G 1800 E

Blätter für deutsche und internationale Politik

Friedhelm Baukloh
Machen unsere Generale wieder Politik?

Janusz Stefanowicz
Polnische Gesichtspunkte für Europa

Wilfried von Bredow
Mehr Demokratie wagen!

Margarete Eschenbach
Intelligenz im Spätkapitalismus

Volker Weyel
Ein Gespräch mit Oginga Odinga

2'70

Februar 1970 Einzelheft 3,50 DM (im Abonnement 2,50 DM, für Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende 2,00 DM)

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

Februar 1970

CHRONIK DES MONATS JANUAR 1970 111

KOMMENTARE UND BERICHTE

Ein Jahr nach Nixons Amtsantritt . . . . . *Martin Hall, Los Angeles* 114
Zur Situation der Schwarzen in den USA . . . . *Hans-Werner Bartsch* 118
Zum Tode von Bertrand Russell . . . . . *Hans Heinz Holz* 119

HAUPTARTIKEL

Machen unsere Generale wieder Politik? . . . . . *Friedhelm Baukloh* 122
Polnische Gesichtspunkte zur Sicherheit Europas . . . *Janusz Stefanowicz* 130
Mehr Demokratie wagen! . . . . . *Wilfried v. Bredow* 134
Naturwissenschaftliche und technische Intelligenz im Spätkapitalismus . . . . . *Margarete Eschenbach* 140
Emanzipation der Schüler — von der SMV zum Schülerkollektiv . . . . . *Ulf Preuss-Lausitz* 151
Ein Gespräch mit dem Oppositionsführer Kenias, Oginga Odinga 171

FERNSEH-SPALTE

Wie das Moos im Walde . . . . . *E. H. Wahl* 182

BÜCHER

Robert Paul Wollf, Das Elend des Liberalismus . . . . . *Ingrid Ahlring* 183
Gert Börnsen, Innerparteiliche Opposition — Jungsozialisten und SPD . . . . . *Kurt Schacht* 186
Günter Apel, Mitbestimmung. Grundlagen, Wege, Ziele *Hans-Dieter Bamberg* 188
Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher 189

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Wortlaut der Rede von Bundeskanzler Willy Brandt vor dem Bundestag am 14. Januar 1970 (Bericht der Bundesregierung zur Lage der Nation) . . 191
Wortlaut der Rede des Staatsratsvorsitzenden der DDR, Walter Ulbricht, auf der internationalen Pressekonferenz am 19. Januar 1970 und seine Antworten auf die Fragen der Presse 202
Starfighter-Verluste 225

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatsschrift · Fünfzehnter Jahrgang · Heft 2/1970

Herausgeber

HILDE BENTELE
GERHARD GOLLWITZER
ANTON NEUHÄUSLER
KNUT NEVERMANN
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HAROLD RASCH
HERMANN RAUSCHNING
HANS RHEINFELDER
HELMUT RIDDER
ROBERT SCHOLL
FRITZ STRASSMANN
KARL GRAF v. WESTPHALEN
ERNST WOLF

Redaktion

PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Barbarossaplatz 2

Chronik des Monats Januar 1970

1. 1. — Kongo. In der bisherigen Republik Kongo (Brazzaville) tritt eine neue Verfassung in Kraft, mit der das Land offiziell die Bezeichnung „Volksrepublik Kongo" erhält. Gleichzeitig wird die Nationalversammlung aufgelöst und durch Volksräte auf der Ebene der Gemeinden, Bezirke und Regionen ersetzt. Die legislativen Kontrollfunktionen gehen auf das Zentralkomitee der regierenden kongolesischen Partei der Arbeit (früher: Nationale Revolutionäre Bewegung) über; die Partei hatte vom 29. bis 31. Dezember 1969 einen Kongreß abgehalten, den Text der Verfassung gebilligt und ein neues ZK gewählt. — Am 5. 1. ernennt der Vorsitzende des Nationalen Revolutionsrates und Staatspräsident Major Marien Ngouabi durch Dekret einen Staatsrat, der die Funktionen eines Regierungskabinetts ausübt. — Am 9. 1. vereinbaren die VR Kongo und die DDR den baldigen Austausch von Gesandtschaften.

5. 1. — Ungarn. Außenminister Janos Peter äußert sich in einem Interview mit dem Deutschen Fernsehen über die Ost-West-Beziehungen und die Entwicklung in Europa. Auf die Frage nach den Perspektiven der Beziehungen zwischen Ungarn und der Bundesrepublik antwortet der Minister u. a.: „Ich sehe, daß viele Möglichkeiten dazu in erster Reihe auf dem wirtschaftlichen Gebiet bestehen. In der Frage der diplomatischen Beziehungen sind wir nach wie vor von dem Prinzip geleitet, daß das nur dann aktuell werden kann,

wenn es der Sache der Festigung der gesamteuropäischen Sicherheit entspricht. Vorangehen sollte dem die Regelung der Beziehungen zwischen der BRD und der DDR, entsprechend den Grundsätzen des Völkerrechts."

6. 1. — Sierra Leone. Der Nationale Rat faßt den Beschluß, die ausländischen Erzbergbaugesellschaften bis zum März 1970 unter staatliche Kontrolle zu stellen und danach 51 Prozent der Aktien in den Besitz des Staates zu überführen.

10. 1. — Berlin. Die Regierung der DDR protestiert in Bonn gegen die für Ende Januar geplanten Tagungen verschiedener Gremien des Bundestages in Westberlin. Ein entsprechendes Schreiben richtet das DDR-Innenministerium an den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Klaus Schütz. — Am 22. 1. beginnt eine Serie von Sitzungen einzelner Bundestagsausschüsse und Fraktionsvorstände im Berliner Reichstagsgebäude; die DDR-Behörden reagieren mit einer schleppenden Abfertigung des Autoverkehrs von und nach Berlin. Auch Bundeskanzler Brandt hält sich am 25. und 26. 1. in Westberlin auf und konferiert dort mit dem Regierenden Bürgermeister und den drei westlichen Stadtkommandanten.

— Spanien / Sowjetunion. Die Madrider Abendzeitung „Pueblo" meldet, der spanische Außenminister Lopez Bravo sei am 26. Dezember 1969 auf der Rückreise von den Philippinen während eines Zwischenaufenthalts auf dem Moskauer Flughafen mit dem stellvertretenden sowjetischen Außenminister Kowaljow zusammengetroffen. Es habe sich um den ersten ministeriellen Kontakt zwischen beiden Regierungen seit über 30 Jahren gehandelt. Von offizieller spanischer Seite wird der Zeitungsbericht bestätigt, die Bekanntgabe von Einzelheiten über die Unterredung jedoch abgelehnt.

11. 1. — USA / Sowjetunion. Der amerikanische Senator Eugene McCarthy wird zum Abschluß eines fünftägigen Besuches in der sowjetischen Hauptstadt von Ministerpräsident Kossygin zu einem Gespräch empfangen. Vor Journalisten erklärt der Parlamentarier später, Themen des Meinungsaustausches seien China, Vietnam, der Nahost-Konflikt, die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen und der Ost-West-Handel gewesen. McCarthy, ein scharfer Kritiker der Vietnampolitik Präsident Nixons, benutzt seinen Aufenthalt in Moskau zur Aufnahme von Kontakten mit nordvietnamesischen Diplomaten; diese Kontakte werden am 12. 1. in Paris mit einem Gespräch zwischen McCarthy und dem Außenminister der Provisorischen Revolutionsregierung, Frau Nguyen Thi Binh, fortgesetzt.

13. 1. — Sowjetunion. Auf einer Pressekonferenz erklärt der Sprecher des Außenministeriums, Leonid M. Samjatin, die Sowjetunion habe die amerikanische Regierung offiziell davon unterrichtet, daß gegen eine Teilnahme der USA an einer europäischen Sicherheitskonferenz keine Einwände bestünden. Samjatin wendet sich gegen die in Westberlin geplanten Sitzungen von Bundestagsausschüssen und unterstützt ausdrücklich den Vertragsentwurf der DDR über die Aufnahme gleichberechtigter Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten.

14. 1. — Bundesrepublik / DDR. Bundeskanzler Brandt trägt dem Bundestag den „Bericht der Bundesregierung zur Lage der Nation" vor, dem sich am 15. und 16. 1. eine Debatte im Parlament anschließt. — Am 19. 1. äußert sich der Staatsratsvorsitzende und Erste Sekretär des ZK der SED, Walter Ulbricht, auf einer Pressekonferenz zu dem Bericht des Bundeskanzlers. Ulbricht beantwortet nach einleitenden Ausführungen Fragen der Journalisten. — Am 22. 1. richtet Bundeskanzler Brandt einen Brief an den DDR-Ministerpräsidenten Stoph. Das Schreiben wird vom Ministerialrat im Bundeskanzleramt, Ernst Günter Stern, dem Leiter des Ministerratsbüros in Ostberlin, Gerhard Schüssler, ausgehändigt (vgl.: „Dokumente zum Zeitgeschehen").

14.—15. 1. — Kommunistische Parteien. Die Vertreter von 28 kommunistischen Parteien europäischer Länder halten in Moskau eine Beratung ab. Die Teilnehmer des Treffens, so heißt es in einem Kommuniqué, hätten „Meinungen über Probleme der kollektiven Sicherheit und des Friedens auf dem europäischen Kontinent" ausgetauscht und „einander über die von ihnen organisierten Veranstaltungen zum 100. Geburtstag W. I. Lenins" informiert.

15. 1. — Nigeria. Mit der Unterzeichnung einer Urkunde über die bedingungslose Kapitulation Biafras wird der militärische Bürgerkrieg zwischen der Zentralregie-

rung und der Ostprovinz, die sich am 30. Mai 1967 als „Republik Biafra" als unabhängiger Staat proklamiert hatte, beendet. Der ehemalige Staatschef Biafras, Oberst Ojukwu, erhält in der Republik Elfenbeinküste politisches Asyl.

18. 1. — Neutralität. Die Regierung von Tansania lädt 74 Staaten zu einer Außenministerkonferenz vom 13. bis 17. April nach Daressalam ein. Die Konferenz soll das dritte Gipfeltreffen der „Blockfreien" vorbereiten, das für Ende des Jahres in Neu Delhi oder Addis Abeba geplant ist. Einladungen zur Entsendung von Beobachtern ergehen auch an die Volksfront zur Befreiung Palästinas und die Provisorische Revolutionsregierung von Südvietnam.

20. 1. — USA / China. Nach zweijähriger Unterbrechung nehmen die Vereinigten Staaten und die Volksrepublik China ihre offiziellen Kontakte in Warschau wieder auf. Gesprächspartner der 135. Zusammenkunft, die erstmalig im Gebäude der diplomatischen Vertretung der VR Chinas stattfindet, sind USA-Botschafter Walter J. Stoessel und der chinesische Gesprächspartner Lei Yang-chen.

21. 1. — Irak. Radio Bagdad gibt die Aufdeckung „eines reaktionären Komplotts" gegen die Revolutionsregierung bekannt und beschuldigt ausländische Regierungen, namentlich die Vereinigten Staaten und den Iran, der Unterstützung der Verschwörer. Innerhalb weniger Tage werden mehr als 30 Personen zum Tode verurteilt und hingerichtet.

22. 1. — USA. Präsident Nixon unterbreitet beiden Häusern des Kongresses seine jährliche „State of the Union Message". Nixon, der einen gesonderten Bericht über die Außenpolitik für einen späteren Zeitpunkt ankündigt und sich nur sehr allgemein zu einigen wichtigen Problemen der internationalen Beziehungen äußert, bezeichnet „die Entwicklung eines neuen Verhältnisses zwischen den USA und der Sowjetunion" als einen „Hauptfaktor" der amerikanischen Politik. Die Verhandlungen über eine Begrenzung der strategischen Rüstungen „wie auch über andere Fragen" sollten fortgeführt werden.

— Naher Osten. Eine israelische Kommandoeinheit besetzt vorübergehend die Insel Schadwan am Ausgang des Golfs von Suez, die zum Territorium der Vereinigten Arabischen Republik gehört. Die Israelis zerstören militärische und technische Einrichtungen und demontieren eine Radarstation. — Am 23. 1. empfängt UN-Generalsekretär U Thant den israelischen Vertreter bei der Weltorganisation, Botschafter Tekoah. Aus Kreisen des Generalsekretariats verlautet, U Thant habe den Diplomaten seine Besorgnis über die zunehmenden militärischen Aktionen Israels gegenüber Jordanien und der VAR wissen lassen. Die israelische Luftwaffe hatte im Laufe des Monats mehrfach das Gebiet dieser beiden Länder bombardiert und war dabei bis in die Umgebung Kairos vorgedrungen. — Am 25. 1. gibt Präsident Nixon in einer Rede vor einem Kongreß amerikanisch-jüdischer Organisationen die Absicht der Vereinigten Staaten zu erkennen, weiteren Waffenlieferungen an Israel zuzustimmen.

26.—28. 1. — Afrika. Die sechste Gipfelkonferenz der Staatschefs der zentral- und westafrikanischen Länder wird in der sudanesischen Hauptstadt Khartum abgehalten. Auf der Tagung sind 13 Staaten vertreten. Die Präsidenten Kaunda (Sambia) und Nimeiri (Sudan) befürworten in ihren Eröffnungsansprachen eine vermehrte Unterstützung der afrikanischen Befreiungsbewegungen. Eine besondere Resolution zur Lage im Nahen Osten fordert die sofortige Durchführung der Beschlüsse des UN-Sicherheitsrats von 1967, die die Räumung der von Israel besetzten Gebiete vorsieht.

28. 1. — Tschechoslowakei. Das Zentralkomitee der kommunistischen Partei nimmt eine umfassende Umbesetzung führender Positionen in der Regierung und in wichtigen Parteiämtern vor. Neuer Ministerpräsident der CSSR wird Lubomir Strougal; sein Vorgänger Oldrich Cernik, der auch seinen Sitz im KP-Präsidium verliert, übernimmt den Vorsitz eines Komitees für technische Entwicklung und Aufbau. Der frühere Parteisekretär Alexander Dubcek, der sich seit dem 24. 1. als Botschafter der Tschechoslowakei in der Türkei aufhält, scheidet aus dem ZK aus.

30. 1. — Gewaltverzicht. Staatssekretär Egon Bahr aus dem Bundeskanzleramt übernimmt in Moskau vorübergehend die Leitung der Delegation, die mit der sowjetischen Regierung über einen vertraglichen Gewaltverzicht verhandelt.

Kommentare und Berichte

Ein Jahr nach Nixons Amtsantritt

Wenn diese Zeilen veröffentlicht sein werden, wird ein Jahr verstrichen sein, seit Richard M. Nixon das Amt des Präsidenten der Vereinigten Staaten übernahm. Von dem Mann, der gewählt wurde, weil er einen Plan zur schnellen Beendigung des Vietnamkrieges versprach, ist nun offenbar geworden, daß er nicht nur keinen solchen Plan vorzuweisen, sondern stattdessen einen anderen entwickelt hat, um den Krieg auszuweiten und in anderer Form noch lange weiterzuführen. Nixons Plan einer „Vietnamisierung" des Krieges ermöglicht zwar eine langsame Verringerung amerikanischer Kampftruppen, bedeutet jedoch eine noch stärkere Verpflichtung seiner Regierung zur Unterstützung und Stärkung der korrupten Thieu-Regierung durch die Ausrüstung der südvietnamesischen Streitkräfte mit den neuesten Waffen und — nach einer kürzlich abgegebenen Erklärung von Verteidigungsminister Laird — durch die beibehaltene Stationierung von „Unterstützungseinheiten" bis zu einer Stärke von einer Viertelmillion amerikanischer Soldaten auf vietnamesischem Territorium, und zwar „für einen langen Zeitraum, vielleicht für Jahre". Thieu hat Washington bereits warnend darauf hingewiesen, daß die Sicherheit dieser Unterstützungstruppen durchaus eine Verlangsamung sogar des von Nixon vorgesehenen stückweisen Abzugs bedeuten könnte, und es gibt auch keinen Zweifel daran, daß amerikanische Bombenflugzeuge weiterhin vietnamesische Dörfer vernichten werden und daß die Entlaubung der Wälder und Felder fortgesetzt wird.

Der deutlichste Hinweis darauf, daß Nixon keinerlei politische, durch Verhandlungen zustandegekommene Beendigung des Krieges anstrebt, ist das völlige Patt der Pariser Gespräche, die Abberufung Botschafter Lodges und die Tatsache, daß bis zu dem Zeitpunkt, an dem dieser Artikel geschrieben wird, noch kein Nachfolger für den amerikanischen Verhandlungsführer benannt worden ist. Thieus jüngste Erklärung, jeder Vorschlag für eine Koalitionsregierung in Südvietnam werde als „Verrat" angesehen, unterstreicht seine Weigerung und die seiner amerikanischen Herren, in anderen Begriffen zu denken als dem von der Kapitulation des „Feindes", von nichts anderem also als einem Sieg der USA und ihrer Marionetten aufgrund der Zerstörung des Landes und der Vernichtung seiner Bevölkerung durch Völkermord, da ein militärischer Sieg nicht errungen werden kann.

Das Massaker von Song My war nur eines der vielen von amerikanischen Truppen an der Zivilbevölkerung verübten Verbrechen gegen die Menschlichkeit, und es ist mehr als zweifelhaft, ob die absichtlich in die Länge gezogene Untersuchung mehr erbringen wird als eine durch einige Sündenböcke aus den unteren Rängen aufs beste getarnte Mohrenwäsche.

Wenn die Regierung Nixon gehofft haben sollte, durch ihre „Abzugs"-Manöver die Friedensbewegung zu demoralisieren, so sind diese Hoffnungen durch die Massendemonstrationen gegen den Krieg zerschlagen worden, in denen Millionen Menschen mobilisiert wurden, und durch die bedeutsame Tatsache, daß der Kongreß zum ersten Male seit dem Ersten Weltkrieg begonnen hat, die ständig höher geschraubten Forderungen des Pentagon genauester Kontrolle zu unterziehen und eine wachsende Tendenz zeigt, diese Forderungen wesentlich zu beschneiden.

Keine noch so heftige Diffamierung der Friedenskräfte durch Regierungssprecher wie etwa Vizepräsident Agnew, der die Forderungen nach sofortigem und vollständigem Truppenabzug als gleichbedeutend mit Verrat abstempelte, hat es verhindern können, daß die Friedensbewegung in einem Maße breiter geworden ist, das man noch vor einem Jahr für unmöglich gehalten hätte. Ebenso fehlgeschlagen ist Agnews Versuch, die Massenmedien davon abzuhalten, wenigstens über einige der wahren Tatsachen dieses barbarischen Krieges zu berichten. Die Zahl der Deserteure ist genau so alarmierend gestiegen wie andererseits die Zahl der sich freiwillig Weiterverpflichtenden so rapide gesunken ist, daß Nixon ernsthaft in Erwägung zieht, die allgemeine Wehrpflicht durch eine hochbezahlte Berufsarmee zu ersetzen, was möglicherweise einen Schritt zur Schaffung eines militärischen Establishments darstellen könnte, das sich auch zur Unterdrückung der Opposition im eigenen Land verwenden ließe.

Im ersten Jahr der Regierung Nixon hat Generalstaatsanwalt John Mitchell — in Nixons Kabinett die Figur mit dem größten und unheilvollsten Einfluß — zweimal versucht, seine immense Macht dazu zu benutzen, die Friedensbewegung ihrer Führung zu berauben. Sein erster Versuch im Prozeß gegen Dr. Spock und andere angesehene Führer der Friedensbewegung schlug fehl und endete mit dem Freispruch der meisten Angeklagten. Sein zweiter Versuch, der Monsterprozeß gegen sieben Führer der Friedensbewegung, die der „Verschwörung" zur Herbeiführung von Unruhen während des Demokratischen Parteikongresses in Chicago 1968 angeklagt sind, dauert noch an. Aber die beispiellose Behandlung der Angeklagten und ihrer Verteidiger, die noch nie dagewesene Knebelung eines Angeklagten (Bobby Seale, Führer der militanten Black Panthers, weil er sein Recht auf Selbstverteidigung geltend machte, als sein Verteidiger erkrankte und der Richter es ablehnte, den Prozeß auszusetzen) haben nur in weiten Kreisen Sympathie für die Angeklagten hervorgerufen, statt diese, wie Mitchell gehofft hatte, zu diskreditieren. Dafür, daß Bobby Seale vom Ankläger und vom Richter herausgegriffen wurde, gibt es einen besonderen Grund. Die Black Panthers, gegen die überall in den USA von der Polizei ein konzertierter Feldzug zu ihrer physischen Vernichtung geführt wird, sind die erste schwarze Organisation, die den Kampf für die Befreiung der Schwarzen mit dem Kampf gegen den Vietnamkrieg und gegen die gesamte imperialistische Politik der Regierung verbunden hat. Wir werden diese wichtige Entwicklung demnächst in einem eigenen Artikel untersuchen.

Es trifft zwar zu, daß das erste Jahr der Präsidentschaft Nixons relativ frei war von den ausgedehnten Unruhen in den Ghettos der Großstädte, die für das Jahr 1968 bezeichnend waren. Die Beziehungen zwischen der Regierung und den Minderheiten, zu den 20 Millionen Schwarzen ebenso wie zu den Amerikanern mexikanischer Abstammung, von denen es in diesem Lande 5 Millionen gibt, haben sich jedoch rapide verschlechtert. Nixon hat keinen einzigen Versuch unternommen, mit den schwarzen und braunen Bürgern einen Dialog zu beginnen, und die totale Verständnislosigkeit für ihre Probleme hat soziales Dynamit in einem Maße angehäuft, das künftige Explosionen schrecklichen Ausmaßes wahrscheinlich macht.

Einer der Gründe für die erstaunliche Blindheit der Regierung Nixon gegenüber den Ghettoproblemen liegt in Nixons sogenannter „Strategie des Südens", die von Generalstaatsanwalt Mitchell entwickelt worden ist. In komprimierter Form besagt diese Theorie folgendes: Es besteht für die Regierung keine Hoffnung, in den Großstädten und insbesondere bei den

Schwarzen viele Stimmen zu erhalten. Nixons einzige Chance auf Wiederwahl im Jahre 1972 liegt in den Stimmen der Vorstädte, der Kleinstädte und vor allem des tiefen Südens. Aber genau dort ist Nixon durch George Wallace bedroht, den rassistischen Ex-Gouverneur von Alabama, der sich 1968 als unabhängiger Präsidentschaftskandidat an der Wahl beteiligte und zehn Millionen Stimmen erhielt. Aus diesem Grunde hat Mitchell von Anfang an eine Politik der Verlangsamung der Rassenintegration in den öffentlichen Schulen des Südens betrieben, um Wallace keinen Anlaß zu Angriffen auf die Politik Nixons zu geben. Aus dem gleichen Grunde hat Nixon auch Vizepräsident Agnew mit der Absicht eingesetzt, Wallace und seine Kampagne für „Gesetz und Ordnung" zu übertrumpfen. Und die Vorhersagen sind eingetroffen: Nixons Regierung ist auf scharfen Rechtskurs gegangen. Es war Mitchell, der Nixon die Nominierung von Richter Haynsworth für den Bundesgerichtshof vorschlug. Haynsworth, Richter auf unterer Ebene, war wegen seiner gegen die Rassenintegration gerichteten Haltung, die er in vielen Prozessen vertreten hat, bekannt geworden. Mitchell war es auch, der die Nominierung des gleichfalls konservativen Richters Burger zum Vorsitzenden des Obersten Gerichtshofes und Nachfolger des liberalen Earl Warren vorgeschlagen hatte. In beiden Fällen konnten die erhofften Resultate jedoch nicht erzielt werden. Burger, der neue Vorsitzende des Supreme Court, verweigerte dem Staat Mississippi den Aufschub der Schulintegration, den Mitchell trotz des Protestes der gesamten Bürgerrechtsabteilung in seinem Justizministerium gefordert hatte. Richter Haynsworth wurde zu einem der außerordentlich seltenen Fälle, in denen der Senat der Vereinigten Staaten die Bestätigung eines obersten Bundesrichters verweigert hat.

Für Präsident Nixon waren dies nicht die einzigen politischen Niederlagen. Gegen eine demokratische Mehrheit im Kongreß hat die Regierung mit den meisten Gesetzentwürfen, die Nixon vom Kongreß verabschieden lassen wollte, einen vergeblichen Kampf geführt. Es trifft zwar zu, daß der lange und bittere Kampf um den Vorschlag des Pentagon, das ABM-Raketenabwehrsystem voll zu entwickeln, schließlich von der Regierung mit einer Stimme Mehrheit gewonnen wurde. Aber weder Nixons Entwürfe zur Steuergesetzgebung noch seine Entwürfe für eine Reform der Sozialgesetzgebung, die den Staaten mehr Befugnisse eingeräumt hätten, wurden verabschiedet. Stattdessen verabschiedete der Kongreß ein Gesetz zur Steuerreform, halbierte die Kriegssteuer und erhöhte die Zahlungen für soziale Sicherheit entgegen dem Wunsche Nixons, der sogar damit drohte, gegenüber diesen „inflationären" Entwürfen sein Veto einzulegen, mit einer so großen Mehrheit, daß der Präsident gezwungen war, die Gesetze mit seiner Unterzeichnung in Kraft zu setzen.

Der Senat verabschiedete eine Entschließung, in der festgelegt wird, daß keine Kampftruppen vom Präsidenten in irgendeinem anderen Land ohne die ausdrückliche Zustimmung des Kongresses eingesetzt werden dürfen.

Nixons großangekündigte Kampagne gegen die Inflation hat sich bisher als völliger Fehlschlag erwiesen. Die Heraufsetzung der Zinssätze auf acht Prozent, was es vorher noch nie gegeben hat, und die allgemeine Regierungspolitik des knappen Geldes haben bereits zu einer Rezession insbesondere in der Bauindustrie geführt. Während sich die Regierung weigert, ihren Einfluß gegen die ständigen Preissteigerungen in Grundstoffen wie Stahl geltend zu machen, übt sie andererseits Druck auf die Gewerkschaften aus, von ihren durch Inflation und ständiges Ansteigen der Lebenshaltungskosten notwendig gewordenen Forderungen nach Lohnerhöhung abzugehen. General

Electric, einer der größten Konzerne des Landes, weigerte sich, den Forderungen der Gewerkschaft nach höheren Löhnen und Prämien nachzukommen und wurde deshalb während der letzten sechs Wochen bestreikt. Dieser Streik auf nationaler Ebene wirkt sich auf zahlreiche weitere Industriezweige aus, die von General-Electric-Erzeugnissen abhängen, und ist aller Voraussicht nach lediglich der Anfang einer Streikserie in anderen Industriebereichen. Nixon hat bereits durchblicken lassen, er werde unter Umständen den Kongreß um größere Vollmachten ersuchen, solche Streiks für illegal zu erklären.

An der Börse hat ein ständiger Abwärtstrend eingesetzt und mittlerweile den tiefsten Stand der letzten zehn Jahre erreicht.

Die amerikanische Politik in Lateinamerika wird sich nicht ändern, wie der Besuch des Gouverneurs von New York, Rockefeller, sehr deutlich gezeigt hat, den dieser in Vertretung Nixons unternahm. Außenminister Rogers Versicherungen auf der letzten NATO-Tagung, die USA hätten keine Pläne, Truppen aus Europa abzuziehen, und die wiederholten Erklärungen von Vizepräsident Agnew auf seiner Asienreise, die USA würden all ihren Verpflichtungen nachkommen und beabsichtigten nicht, ihre Rolle als pazifische Macht aufzugeben, haben deutlich werden lassen, daß sich Nixons Außenpolitik in keinem wichtigen Punkt von der seines Vorgängers unterscheiden wird. Zwar haben endlich Gespräche mit der Sowjetunion über eine mögliche Einschränkung des Wettrüstens begonnen, aber diese Gespräche werden durch das Beharren des Pentagons auf dem Ausbau von Raketenabwehrsystemen erschwert. Und sie werden sicherlich nicht durch die wohlberechneten Avancen gefördert, die Washington kürzlich Peking in einem Augenblick machte, da heikle Gespräche zwischen Moskau und Peking über den Grenzstreit gerade wieder begonnen haben. Der frühere UNO-Botschafter Arthur Goldberg hat die Regierung öffentlich vor dem gefährlichen Versuch gewarnt, Peking gegen Moskau ausspielen zu wollen, wo so viel von den Ergebnissen der Abrüstungsgespräche abhängt.

Ein Jahr nach Nixons Amtsantritt ist keines der schwerwiegenden Probleme gelöst, vor denen die USA stehen, viele haben sich verschärft und neue sind hinzugekommen. Der „neue Nixon", das geschickt aufgebaute Produkt der Werbeagenturen, das dem Wähler 1968 erfolgreich verkauft wurde, ist längst durch den alten Nixon ersetzt worden, einen opportunistischen Politiker ohne Grundsätze, einen Mann ohne Imagination und ohne jedes Charisma. Weit davon entfernt, sein anfängliches Versprechen einzulösen, „die Nation zusammenzubringen", hat er die Kluft nur noch tiefer gemacht und die Frustrationen eines Volkes verschärft, dessen Erwartungen immer und immer wieder verraten worden sind.

Nixon, der alles daran gesetzt hat, auch noch das Letzte an Prestige aus dem einzigen Erfolg des letzten Jahres, der gelungenen Mondlandung, herauszuholen, wurde gezwungen, den Etat zur Erforschung des Weltraums so drastisch zu beschneiden, daß 50 000 Beschäftigte in den verschiedenen betroffenen Industriezweigen ihre Arbeitsplätze verlieren werden. Man könnte sich damit abfinden, wenn diese Kürzung zugleich die Existenz eines einfallsreichen Programms zur Lösung der dringenden innenpolitischen Probleme bedeuten würde. Doch weder der Kongreß noch der Präsident lassen irgendwelche Anzeichen für ein solches Programm erkennen.

Martin Hall, Los Angeles

Zur Situation der Schwarzen in den USA

Die von der Bundesregierung widerrufene Einreiseverweigerung für ein führendes Mitglied der Black Panther Party sowie die Bildung von Solidaritätskomitees für die Partei der Schwarzen in allen europäischen Ländern, haben Beunruhigung verursacht. Allerdings weniger darum, weil der Bundesbürger über seine farbigen Brüder in den USA besorgt ist, sondern vielmehr wegen der Furcht vor diesen zur Gewalt rufenden Schwarzen. Unkenntnis über die tatsächlichen Ereignisse, Verwechslung von Selbstverteidigung (Black Panther Party for Selfdefense ist der volle Name jener Partei) mit Aggressionshandlungen, von Black Power = Schwarzer Macht, über das eigene Schicksal in den eigenen Wohnbezirken zu bestimmen, mit violence = Gewalt, wird von einem großen Teil der Presse unterstützt. Martin Luther King scheint abgeschrieben zu sein, und eine Revolution der Schwarzen propagiert zu werden. Um ein richtiges Bild über die Situation zu gewinnen, schrieb ich auf Empfehlung amerikanischer Freunde an einen schwarzen Pfarrer in New York, Rev. Robert C. Chapman, Direktor für Rassische Gerechtigkeit beim „Nationalrat der Kirchen Christi in den USA". Er gab die folgende Antwort:

... Ich muß sagen, daß ich persönlich einige Zweifel über den Wert irgendeines Artikels habe, der in Europa über die Schwarzen in Amerika geschrieben wird, und der als Grundlage Informationen aus zweiter Hand von Schwarzen hat.

Wir haben genug über uns geschrieben. Wenn Sie über die schwarzweiße Krise in Amerika schreiben wollen, so schreiben sie etwas, das gegen unsere Unterdrücker gerichtet ist — die amerikanischen Weißen. Sicher haben Sie Verwandte oder andere weiße Freunde in diesem Land. Wenn die nicht in der Lage sind, Ihnen wichtige Einblicke in das zentrale Element des Problems zu geben, dann würde ich Ihnen sagen, daß eben diese ihre Unfähigkeit sehr viel darüber sagt, was Amerikas Problem ist. Denn, wenn ein Volk seine Schuld kennt, kann es möglich sein, ihm zur Buße zu verhelfen, aber wenn es naiv oder im Bewußtsein eigener Gerechtigkeit unfähig ist, die eigene Schuld zu erkennen, ist die Aussicht für die Zukunft tatsächlich düster.

Im gegenwärtigen Augenblick unserer nationalen Geschichte haben viele Schwarze Grund zu glauben, daß das Morgengrauen eines Tages ein Pogrom über uns bringen kann, vielleicht sogar Völkermord. Da verstehe ich nicht, daß irgend jemand wünschen könnte, seine Studien über amerikanische Schwarze fortzusetzen oder über sie zu schreiben. Erzählen Sie eine Geschichte, wenn Sie wollen, aber lassen sie es die Geschichte einer Nation sein, die in den Morast der Selbstbeweihräucherung gleitet, die selbst die Fähigkeit verloren hat, objektiv und exakt den eigenen Weg zu überprüfen und zu erkennen, wohin er führt.

Es tut mir leid, wenn meine Bemerkungen Sie enttäuschen, aber ich wäre unehrlich gegenüber Gott und meinem Gewissen, wenn ich anders geantwortet hätte.

Möge Gott die Menschheit segnen und ihr helfen.

Mit freundlichem Gruß

Ihr Robert C. Chapman

Wohlgemerkt, das ist nicht der Brief irgendeines schwarzen Radikalen. Er kommt nicht von den Black Panthers oder einer ähnlichen Gruppe, sondern er kommt von einem verantwortlichen schwarzen Kirchenbeamten. Er stimmt mit der bitteren Bemerkung einer jungen Schwarzen überein, die auf das Lob eines Buches von einem Schweden über die Situation der Farbigen in den

USA sagte: „Wie kann ein Weißer über die Situation der Farbigen in den USA schreiben? Er kann sie niemals verstehen. Ich weiß es von Kind auf an, was es heißt, hier eine Farbige zu sein". Und der als Übertreibung erscheinende Hinweis auf ein mögliches Pogrom, gar Völkermord, ist nicht aus der Luft gegriffen. Nicht nur der Vietnam-Krieg hat gezeigt, wozu jenes überhebliche Selbstbewußtsein fähig ist, wenn es verletzt wird. Es hat bereits einmal derartigen Völkermord in den USA gegeben, als sich nach dem Sieg der Unionstruppen in den Südstaaten Gemeinden von Schwarzen und armen Weißen auf kooperativer Grundlage bildeten, als dort Parlamente zu arbeiten begannen, die von der weißen Herrenschicht boykottiert wurden und dennoch erfolgreich Verfassungen und Gesetze erarbeiteten. Das ging so lange gut, bis im Jahre 1877 die Partei Abraham Lincolns sich die Präsidentschaft ihres Kandidaten von den Südstaatlern dadurch erkaufte, daß sie die Bundestruppen zurückzog, die das Recht schützten. Damals setzten Pogrome ein, die hunderte solcher Gemeinden ausrotteten. Carl Schurtz hat dem Kongreß darüber berichtet, das Material liegt vor, aber man hat es bewußt oder unbewußt verdrängt, um die Rassentrennung zu rechtfertigen mit der Begründung, daß die Schwarzen nicht fähig sind, in Gleichberechtigung zu arbeiten.

Ein Buch, das Howard Fast 1942 schrieb, schildert die Tragödie einer solchen Gemeinde. Sein Titel ist „Freedom Road", und es wurde nicht zufällig im letzten Jahr wieder neu aufgelegt. Es zeigt, was die Schwarzen tun müssen, um zu überleben. Damals haben sie den Weißen vertraut und meinten, durch gütliche Verhandlungen zu einem gleichberechtigten Zusammenleben gelangen zu können. Sie unterließen es, sich selbst zu organisieren, so daß jede einzelne Gemeinde hilflos den organisierten Horden des Ku-Klux-Clan ausgeliefert war. Diesen Fehler suchen die Schwarzen jetzt mit Recht zu vermeiden.

Der Weg Martin Luther Kings hat durch den Marsch auf Washington zwar Gesetze erzwungen, aber er konnte nicht eine Veränderung der gesellschaftlichen Wirklichkeit herbeiführen. In den Südstaaten besuchen noch immer 92 Prozent der schwarzen Kinder rassisch getrennte Schulen. Darum ist es notwendig, über jenen Weg des gewaltlosen Widerstandes hinauszugehen. Die Schwarzen organisieren die Selbstverteidigung, um für jenen Tag gerüstet zu sein, dessen Morgengrauen sie ebenso fürchten, wie jeder vernünftige Mensch.

Hans-Werner Bartsch

Zum Tode von Bertrand Russell

Im öffentlichen Bewußtsein ist Bertrand Russell gegenwärtig als der streitbare Pazifist, der leidenschaftliche Rationalist, der Voltaire des 20. Jahrhunderts, unnachsichtig gegen Vorurteile, gegen kirchliche und politische zumal, ein Mann der bissigen Formulierungen und zuweilen kuriosen Ansichten, scharfsinnig und skurril, ein blendender Stilist, ein Denker, der auf eine eindrückliche Weise englisch ist, so daß man ihn sich in einem anderen Lande kaum vorstellen kann. Charakterisierungen dieser Art bleiben indessen an der Oberfläche. Sie tasten die äußerlich faßbare Erscheinung ab, ohne den Schwerpunkt der Persönlichkeit zu berühren, die organische Mitte, aus der die verwirrende Mannigfaltigkeit der Handlungen und Äußerungen ihre Überzeugungskraft gewinnt.

Nicht häufig kommt es vor, daß ein großer Philosoph auch ein großer Politiker ist — und Politiker eben nicht als politischer Denker, sondern als einer, der aktiv und unerschrocken in den Lauf des Geschehens eingreift, nicht bloß mit dem Wort, das ihm mächtig zu Gebote steht, sondern auch mit der Tat, die für ihn, den Machtlosen, zur Demonstration wird. Weil er im Ersten Weltkrieg in einer Streitschrift das Urteil eines englischen Gerichts gegen einen Kriegsdienstverweigerer heftig kritisierte, wurde er, der Dritte Earl Russell und Enkel eines hoch verdienten Premierministers, zu einer Strafe von einhundert Pfund verurteilt und ihm die Lehrbefugnis als Dozent an der Universität Cambridge entzogen; und weil er, zur Kundgabe seines Protestes, die Strafe nicht zahlte, pfändete man seine wertvolle Bibliothek und versteigerte sie. Seine erste Gefängnisstrafe erhielt er, der damals schon weltberühmte Mitbegründer der modernen mathematischen Logik, weil er 1917 den Einsatz amerikanischer Truppen gegen streikende Arbeiter bekämpfte — seine letzte verbüßte der neunzigjährige Nobelpreisträger, weil er gegen den amerikanischen Krieg in Vietnam demonstrierte. Zwischen diesen beiden Stationen politischen Kampfes lag ein Menschenleben, das dem Einsatz für den Frieden, für die Menschlichkeit, für die Vernunft in der Politik gewidmet war.

Daß Politik vernünftig sein solle, frei von Vorurteilen und getragen von kritischer Prüfung, die die Vorherrschaft partieller Interessen in der Öffentlichkeit verhindert, verband Russells politische Überzeugungen mit seiner Philosophie, in der er die Prinzipien einer strengen Logik ausarbeitete, gemäß der Einsicht, daß Logik und Mathematik sich von ihren Voraussetzungen und Strukturen her als kongruent erweisen müssen. Es ist hier nicht der Ort, auf die philosophische Leistung Russells einzugehen; es muß der Hinweis genügen, daß die moderne Logik und Wissenschaftstheorie nicht denkbar wären ohne ihn, dem sie wesentlichste Teile ihres Denkinstrumentariums verdanken. Der kritische Rationalismus, der sich bei der Formalisierung von Denkabläufen bewährt, bestimmte auch Russells politische Grundsätze, Philosophie und Politik kamen für ihn aus einer Quelle, wenn auch politische Aussagen (wegen der Vielzahl ungeprüft in sie eingehender empirischer Voraussetzungen) nicht mit dem gleichen Gewißheitsgrad wie philosophische Sätze vorgetragen werden können.

Skeptiker von Natur aus, suchte Russell nach dem Fixpunkt, von dem aus die Welt zu konstruieren, das Verhalten zu begründen sei; und mehr als auf die metaphysische Konstruktion der Welt kam es ihm immer auf die humane Praxis des Handelns an. Human aber bedeutete ihm, daß unser Tun gemäß der Definition des Menschen als eines vernünftigen Lebewesens auf ein rationales widerspruchsfreies System von Beziehungen ausgerichtet sein sollte. Folgerungen aus diesem Prinzip klingen manchmal trivial: die Interessen der Individuen können gegenläufig sein, also ist die Demokratie als das System ihrer gegenseitigen Anpassung vernünftig; die monopolkapitalistische Tendenz auf maximalen Profit und die Bedürfnisse der Menschen können in Widerspruch geraten — also ist der Sozialismus als die Demokratisierung der Wirtschaft die sinnvolle Organisation der zukünftigen Gesellschaft.

Simplifikationen dieser Art hätten sicher nur ein Hohngelächter in der hochmütigen Wissenschaftswelt hervorgerufen, wäre Russell nicht als Begründer der modernen Logik in die Geschichte der Philosophie eingegangen — als ein Mann, der immerhin wußte, in welcher Weise Vereinfachungen zulässig vorzunehmen waren. Der Verfasser des dreibändigen Werkes „Principia Mathematica", das er zusammen mit Alfred North Whitehead 1910—1913 ausarbeitete, war über den

Verdacht erhaben, einfach ins Blaue hinein zu philosophieren. Schöngeisterei ist Russell gerade zutiefst widerwärtig. „Über die Zukunft" — heißt es in seiner Essaysammlung „Skepsis" (deutsch Frankfurt am Main 1964) — „kann man auf zwei Arten schreiben: wissenschaftlich und utopisch. Die wissenschaftliche Schreibweise versucht zu erforschen, was wahrscheinlich ist; die utopische legt dar, was der Autor gern kommen sähe. In einer gut entwickelten Wissenschaft, zum Beispiel in der Astronomie, würde niemand die utopische Methode wählen: man prophezeit keine Verfinsterungen von Himmelskörpern, weil es vergnüglich wäre, wenn sie stattfänden."

Russells Votum für den Frieden, für den Sozialismus war also nicht einfach nur eine Neigung; seine eigenen Denkpostulate forderten von ihm, daß seine Meinungen nicht utopisch, sondern wissenschaftlich begründet sein müßten. Er hielt den Frieden nicht nur für wünschenswert, sondern für die logisch einzig mögliche Form des Überlebens des Menschengeschlechts, und er drängte folglich auf eine Organisation des friedlichen Zusammenlebens der Völker in der Welt. Da der Kapitalismus einer solchen Organisation auf die Dauer im Wege stehen würde, könnte die Menschheit nicht umhin (so meinte er), sozialistische Gesellschaftsstrukturen anzunehmen, die die Gefahr tödlicher Interessenkonflikte vermindern oder ausschalten. Für Russell waren das stringente Folgerungen innerhalb einer Relationslogik, in die Begriffe wie Kapitalismus und Sozialismus als klar definierte Gegebenheiten eingesetzt werden. Politisches Handeln ergab sich für ihn als Konsequenz aus der Anwendung logischer Gesetze; man mochte mit ihm über die Definitionen streiten, für die Richtigkeit der Schlüsse gab es unabweisliche Kriterien. Politik wissenschaftlich zu machen und Moral auf Logik zu gründen, war sein Bestreben. Dieser Idee der Einheit von Politik und Moral auf dem gemeinsamen Boden der Vernunft entsprang auch der Gedanke, politische Verbrechen — wenn es schon noch keinen Weltgerichtshof gibt — vor einem Tribunal der Vernunft aufzudecken und zu verurteilen. Wie alles Recht hervorging aus dem Kampf ums Recht, der von denen geführt werden mußte, die Opfer des Unrechtes waren, so sollte auch dem Stockholmer internationalen Tribunal für Vietnam, das Bertrand Russel ins Leben rief, eine Auslöserfunktion für den Fortschritt im Völkerrecht zukommen. Die Verurteilung von Kriegsverbrechen, die Verurteilung des Angreifers — dieser große Gedanke, der den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen zugrundelag — sollte nicht erst post festum ausgesprochen werden, sondern schon während des Krieges den Schuldigen treffen. Russell war so wenig ein Phantast wie ein Propagandist; er erwartete vom Stockholmer Tribunal keine unmittelbare politische Wirkung. Bei diesem seinem letzten großen öffentlichen Plädoyer ging es ihm um die Voraussetzungen für die Menschlichkeit des Menschen. Das war sein Vermächtnis: die Ungebrochenheit eines kämpferischen Humanismus. In diesem Sinne hat er sich auch in dieser Zeitschrift wiederholt geäußert.

Hans Heinz Holz

Kürbiskern

In der Kürbiskern-Reihe sind erschienen:

Jiri Hájek
Demokratie oder Demontage? Ein Prager Handbuch

Agnes Hüfner / Gerd Peter / Peter Schütt
Aktion Roter Punkt, Chronik des Verkehrsstreiks in Hannover

Machen unsere Generale wieder Politik?

Von Friedhelm Baukloh

Eine „Armee im Wandel" schließe heute wieder an die „Tradition zeitgerechter Heeresreformen in der deutschen Geschichte" [1]) an. Dies Kompliment macht die christdemokratische Wochenzeitung „Rheinischer Merkur" sowohl dem General Schnez auf Grund seiner Studie „Gedanken zur Inneren Führung" wie dem Führungsstab des Heeres für die, von Schnez verantworteten, „Gedanken zur Verbesserung der Inneren Ordnung des Heeres" [2]). Aber das Führungsblatt der CDU lobt auch den sozialdemokratischen Verteidigungsminister Helmut Schmidt nicht weniger vorbehaltlos. „Durchsichtigen Versuchen, in der Öffentlichkeit zwischen der CDU/CSU und Schmidt Hader zu säen", tritt der „Rheinische Merkur" in einem Leitartikel von Jürgen Wahl mit Entschiedenheit entgegen. Helmut Schmidt wird besonders dafür vom „Rheinischen Merkur" gelobt, daß er im Kabinett bewirkt hat, den Generalinspekteuren der Luftwaffe, des Heeres und der Marine zum 1. April den Status von Truppenvorgesetzten zu geben.

Das ist freilich eine schwerwiegende Entscheidung. Das Primat der Politik ist aufgegeben worden. Und das von einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung. Übrigens gegen den Widerspruch des Koalitionspartners FDP. Aber mit, wie zitiert, voller Rückendeckung durch die CDU. Und auch durch die CSU. Für die CSU richtete beispielsweise Marcel Hepp, der persönliche Berater von Franz Josef Strauß, als Chefredakteur des „Bayernkurier" die aufmunternden Worte an Helmut Schmidt: „Hier muß der Verteidigungsminister ran, auch wenn er der SPD angehört." Und dann ein frischfröhliches Wort zugunsten von General Schnez und gegen den „intellektuellen Unsinn, der sich hinter dem Wort Friedensforschung verbirgt" sowie als Halali: „Herr Verteidigungsminister, verteidigen Sie Ihre Soldaten" [3]). Mit Soldaten sind da freilich Generäle und Obristen gemeint und mit den Gegnern: Demokraten.

Es ist beklemmend. Während die eher schüchternen Ansätze zu Verhandlungen mit der Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern durch eine Kampagne des Uralt-Antikommunismus der Springer-Presse und der CDU/CSU diffamiert werden, vollzieht sich unter solch vordergründigem Lärm in aller Stille ein effektiver Machtwechsel, und zwar die Mitbeteiligung der Generäle an der politischen Entscheidungsgewalt. Aber diese sicherlich folgenschwere Machtverschiebung findet das Wohlwollen aller, die der Großen Koalition innerlich treu geblieben sind und in Helmut Schmidt den Minister sehen, der sie fortsetzt, wobei die Generalität, von Schmidt und seinen Freunden auf dem rechten Flügel der SPD hofiert, von der CDU/CSU als „Wahrer der Kontinuität der bisherigen Politik" (Gerhard Schröder, Schmidts CDU-Vorgänger) gefeiert, sich in die machtpolitische Schlüsselrolle geschoben hat. Undementiert blieb denn auch das Wort: „Mit Helmut Schmidt machen wir alles", das ein hoher Offizier auf der Hardthöhe im Generalsrang dem bekannten Militärpublizisten Bernhard Wördehoff gegenüber geäußert haben soll [4]).

---

1) Jürgen Wahl: „Armee im Wandel", in „Rheinischer Merkur", 30. 1. 1970.
2) Vgl. „Helmut Schmidt und Albert Schnez", in „Blätter für deutsche und internationale Politik", Nr. 1/1970.
3) „Schmidt muß ran", in „Bayernkurier", 31. 1. 1970.
4) „Deutsche Allgemeine Sonntagszeitung", Hamburg, Nr. 3/1969.

In der Theodor-Heuss-Akademie in Gummersbach fand vom 9. bis zum 11. Januar 1970 eine Tagung statt, an der liberale Politiker und einige Militärexperten teilnahmen, darunter auch General a. D. Graf Baudissin. Es ging um die Frage: „Friedenspolitik-Rückendeckung durch die NATO?" Dabei wurde das schon im Dezember von Bundesaußenminister Walter Scheel auf der Brüsseler NATO-Tagung gegen Verteidigungsminister Helmut Schmidt vertretene Konzept überprüft, ob es möglich sei, im Sinne einer klaren Unterstützung der Pläne zu einer europäischen Friedenskonferenz die NATO zu einer „Rückendeckung" einer auf Entspannung gerichteten Politik der Bundesregierung zu bewegen. Helmut Schmidt und Generalinspekteur de Maiziere hatten dieser Intention ihres eigenen Bonner Außenministers in Brüssel scharf widersprochen.

Spätestens auf der Brüsseler NATO-Konferenz zeigte sich, daß Schmidt erkannte, welche Hilfe ihm und seiner Politik der offensiven Konzeption für die Bundeswehr von der Generalität zuwachsen mußte, wenn er nur entschlossen in diese Kerbe hauen würde. Obwohl Scheel bei Belgien, Kanada und anderen NATO-Partnern durchaus Zustimmung erntete, setzte sich schließlich in Brüssel das Trio der Verteidigungsminister Laird (USA), Healey (Großbritannien) und Schmidt (Bundesrepublik) mit der Weigerung durch, eine europäische Sicherheitskonferenz „zum jetzigen Zeitpunkt" zu befürworten. Scheel, Harmel, Moro und andere Anhänger einer NATO-Befürwortung der europäischen Sicherheitskonferenz erreichten nur, daß diese Frage nicht — wie Schmidt als Maximalforderung verlangt hatte — „für immer vom Tisch" kam [5]).

In Gummersbach überlegten nun die Liberalen und ihre Freunde in der Bundeswehr, wie eine Verbindung zwischen Außenpolitik und Sicherheitspolitik in der neuen Bundesregierung herzustellen sei. Das Problem ist schon deshalb äußerst kompliziert, weil die FDP durch das effektiv vollzogene — beziehungsweise beibehaltene — Bündnis Schmidts mit der CDU/CSU (siehe „Rheinischer Merkur") im ganzen Bereich der Sicherheitspolitik keine reale Teilhabe an der Regierungsverantwortung und damit keine direkte Einflußnahme erreicht hat. Immerhin können die Thesen, die in Gummersbach erarbeitet wurden, auf Grund einer realistischen Situationsanalyse ein Anhaltspunkt für eine brauchbare Alternative zur Schmidtschen Militärpolitik sein und eine Orientierung, wie man die Entspannungspolitik gegenüber Osteuropa von Bonn aus im entscheidenden Bereich, dem der militärischen Konzeption, glaubhaft als Friedenspolitik legitimieren kann. Man kann die Thesen auch, wenn man zunächst den Blick auf die gegenwärtigen bestimmenden politischen Faktoren in Bonn richtet, als Thesen gegen die Praxis der bestehenden Großen Koaltion in der Militärpolitik ansehen, gegen diese Große Koalition, die sich heute auf der Hardthöhe zusammensetzt aus Helmut Schmidt und seinem Anhang in der SPD sowie den nunmehr politisch mitentscheidenden Generalen, ferner aus dem mit einem Staatssekretär im neuen „Pentabonn à la McNamara" ebenfalls vertretenen Management der Rüstungsindustrie (Staatssekretär Ernst Wolf Mommsen vom Direktorium der Thyssen AG) und nicht zuletzt aus der CDU/CSU. Gegen diese Große Koalition also geben die Gummersbacher Thesen zu bedenken:

„Die weltpolitische Gesamtkonstellation, vor allem die Interessenlage der beiden Großmächte USA und UdSSR, begünstigt zur Zeit die Aussichten auf erfolgreiche Verhandlungen über eine Sicherheits- und Friedensregelung in Europa" [6]). In einem Kursus auf der Schule für Innere Führung in Koblenz wurde dem-

---

5) Vgl. „Christ und Welt", Stuttgart, 17. 12. 1969.
6) Alle Zitate laut Tagungsprotokoll der Theodor-Heuß-Akademie Gummersbach.

gegenüber von maßgeblichen Sprechern der militärischen Führung der Bundeswehr folgende Lagebeurteilung entwickelt, die mit der Linie von politischer und militärischer Führung des Bundesverteidigungsministeriums identisch ist: Derzeit müßten die Aussichten auf eine dauerhafte europäische Friedensordnung skeptisch beurteilt werden. Es sei gefährlich, das Verteidigungskonzept mehr auf eine angeblich erkennbare politische Absicht, statt auf die militärischen Möglichkeiten und Fähigkeiten des Gegners einzustellen. Dabei werden die Truppen des Warschauer Paktes mit Selbstverständlichkeit als Gegner angesprochen. Die Bereitschaft der USA zum Truppenabzug aus Westeuropa wird so gewertet, daß dies ein Appell an die Bundeswehr sei, ihre Stärke zu erhöhen, ihre Kampfbereitschaft zu steigern und Anstrengungen zu unternehmen, um zusammen mit anderen europäischen NATO-Partnern, aber möglichst unter bundesdeutscher Leitung, das NATO-Waffenarsenal, auch das atomare (!) aufzufüllen.

Man sieht also, daß sich schon in den Voraussetzungen, im Ausgangspunkt der Lagebeurteilung zwischen den (dominierenden) „Falken" und den (eher in die interne Opposition abgedrängten) „Tauben" [7]) in der Regierung fundamentale Meinungsverschiedenheiten ergeben. Geradezu fatal ist aber die Tatsache, vor der es kein Augenwischen gibt, wenn man zu einer nüchternen Bestandsaufnahme der politischen Realitäten in der Bundesrepublik kommen will, daß die Generalität es ist, die — wieder einmal — den Ausschlag gegen mögliche Ansätze einer deutschen Friedens- und Entspannungspolitik zu geben sich anschickt. Zu den konkreten Möglichkeiten der Bundesrepublik, Sicherheits- und Friedenspolitik in Einklang miteinander zu bringen, wurde in Gummersbach folgende These formuliert: „Die Bundesrepublik stellt die gegenwärtig in Europa bestehenden Grenzen nicht in Frage." Es wurde hinzugefügt, das solle nach Möglichkeit in Verhandlungen mit Polen auch eine Anerkennung der politischen Westgrenze als Konsequenz beinhalten.

Dazu hieß es in Koblenz seitens der Referenten aus der Führung der Bundeswehr: Die Aufrechterhaltung des militärischen Gleichgewichts sei für die Bundeswehr nur dadurch zu erreichen, daß sie an der Konzeption der gemeinsam von der NATO getragenen Vorne-Verteidigung festhalte. Das sei aber den Bündnispartnern in der NATO, namentlich auch den USA, nicht plausibel zu machen, wenn es mit einer Politik verbunden sei, welche beispielsweise die deutsche Teilung anerkenne, die Wiedervereinigung in Freiheit somit aufgebe und damit den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik, für ganz Deutschland zu sprechen. Infolgedessen müsse eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze oder auch nur eine de facto-Anerkennung der Grenze zwischen Bundesrepublik und DDR einer Beeinträchtigung der Vorne-Verteidigung der Bundesrepublik gleichkommen und sei somit abzulehnen.

In Gummersbach stellte man ferner die These auf: „Die Entspannungspolitik darf nicht gegen die grundlegenden Sicherheitsinteressen der Sowjetunion angelegt sein. Dies bedeutet wegen des überwiegenden Interessengleichklangs zwischen der Sowjetunion und der DDR zugleich, daß die Deutschlandpolitik der Bundesrepublik die Sicherheitsinteressen und die Selbständigkeit der DDR respektieren muß." Dazu bemerkte man in Koblenz: Mit Helmut Schmidt, der auf der NATO-Tagung in Brüssel sagte, Entspannung sei kein Ersatz für Sicherheit, stimme man vollkommen überein. Da die Streitkräfte des Warschauer Paktes eine Realität blieben, müsse die Bundeswehr in erster Linie darauf achten, in ihrem Bereich die militärische Gleichwertigkeit so zu erhalten, daß die Bundes-

7) Vgl. „Der Spiegel", Hamburg, 19. 1. 1970.

wehr nicht von Anbeginn einer kriegerischen Auseinandersetzung in die Defensive gedrängt werde. Die Sicherheitsinteressen könnten also nur von der militärischen Offensivstärke her, aber nicht von einer Abstimmung mit den Sicherheitsinteressen der Sowjetunion und der DDR in der Planung beeinflußt werden.

Hierzu wäre auch Helmut Schmidts jüngste Äußerung zu zitieren, in einem Interview mit der neuerdings von ihm favorisierten konservativen Wochenzeitung „Christ und Welt" [8]), die von Ex-Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier mitherausgegeben wird. Helmut Schmidt sagte in dem (mit einem hohen Teil der Auflage von der Bundeswehr bezogenen) Wochenblatt: „Die Bundesregierung hat dem sowjetischen Konferenzprojekt (europäische Sicherheitskonferenz) keinen Vorschußbeifall gewidmet. Alles Bemühen um Ausgleich steht unter dem Leitgedanken des Gleichgewichts, das heißt, der Rücktritt durch das Bündnis und die USA darf nicht gefährdet werden."

In Gummersbach wurde gefordert: „Der Abschluß von Gewaltverzichtsabkommen auch mit der DDR erscheint als notwendiger Schritt, um weitergehende Friedens-, Grenz- und Sicherheitsregelungen vorzubereiten." Bei der Generalität der Bundeswehr sieht man auch das, im Einklang mit dem Verteidigungsminister, ganz anders. Ein Gewaltverzichtsabkommen zwischen Bundesrepublik und DDR müsse, wenn es überhaupt anzustreben sei, die Feststellung und „bindenden Absicherung" erhalten, daß damit der Alleinvertretungsanspruch („Alleinvertretungsrecht") der Bundesrepublik für ganz Deutschland nicht preisgegeben werde, daß die DDR nicht anerkannt werde, daß die Hallsteindoktrin in Kraft bleibe auch gegenüber dritten Staaten, daß die Kampfkraft und Konzeption der Vorneverteidigung der Bundeswehr als NATO-Partner damit nicht angetastet werden. Praktisch dürfte demnach ein solches Abkommen nichts anderes als eine Leerformel sein. „Weitergehende Friedens-, Grenz- und Sicherheitsregelungen" zwischen Bundesrepublik und DDR, wie in Gummersbach gefordert, wurden aus dieser Sicht ohnehin abgelehnt.

Schließlich traten sich beide Konzeptionen fundamental in folgender These und Antithese entgegen: In Gummersbach wurde fixiert: „Dem Sicherheitsbedürfnis der Bundesrepublik entspricht eine einseitig defensive Struktur des Verteidigungspotentials. Es bedeutet Irreführung, diese Forderung als Sicherheitsverzicht im Sinne von Vorleistungen zu interpretieren."

Demgegenüber argumentiert man in Koblenz: Die von der NATO beschlossene Strategie der flexiblen Reaktion setze eine erhebliche Stärke präsenter Streitkräfte voraus. Das gelte für alle militärischen Funktionen, wenn man in der Vorhand bleiben wolle. Eine defensive Struktur des Verteidigungspotentials — damit eine Verminderung der Truppenstärke —, könne gar nicht in Betracht gezogen werden, ohne die Vorne-Verteidigung im Prinzip zu gefährden. Wenn die „Verteidigung" aber nicht mehr offensiv geplant werde, müßten die Politiker einen angesichts der Teilung Deutschlands unbefriedigenden Status quo von vorneherein hinnehmen. Damit schwänden die Aussichten auf die Wiedervereinigung restlos. Das könne nicht das Ziel einer an den deutschen Interessen und den Interessen der NATO orientierten Politik sein. Denn auch im Bündnis müsse man die Bereitschaft der anderen Bündnispartner, „Deutschland auf dem Wege zu seiner staatlichen Wiedervereinigung zu unterstützen", mit allen „vertretbaren Mitteln" lebendig erhalten.

Aus dieser Argumentation der Generalität kann man ermessen, was die Worte, voll gewogen, zu bedeuten haben, die der „Rheinische Merkur" in Anerkennung

[8]) „Papiertiger nicht erwünscht." „Christ und Welt"-Interview mit Bundesverteidigungsminister Helmut Schmidt, in: „Christ und Welt", 30. 1. 1970.

der „Armee im Wandel" fand: „Eine Armee im Wandel das ist so neu nicht... Neu ist die Dimension des Wandels". Diese „Dimension des Wandels", meint Jürgen Wahl in dem CDU-Leitorgan, erlaube es „uns nur partiell, Geist, Geld und Menschen dort einzusetzen, wo wir es gern ausschließlich täten: an der Front des Friedens". Man hätte angeblich so gern friedlichen Reformen den Vorzug gegeben. Aber zunächst muß jetzt Geld, Geist und menschlicher Einsatz auf die Bundeswehr konzentriert werden. Dazu gibt die Generalität mit der Schnez-Studie nach Meinung des „Rheinischen Merkur" den brauchbaren Leitfaden her: „Zieht man von den jüngst umstrittenen Warnungen einiger hoher Offiziere vor Tendenzen zur Aufweichung des Verteidigungswillens hölzerne Formulierungen ab, so gilt auch für die anstehende Armee-Reform noch ein manchen antiquiert erscheinendes Gesetz. Männer nämlich, die — im Unterschied zu anderen Berufen — im Ernstfall töten müssen, sollten ohne — mit der Demokratie zu vereinbarende — Traditionen und soldatische Tugenden nicht dienen."

Mit der Demokratie zu vereinbaren ist also nach Meinung des „Rheinischen Merkur", was die Bundeswehrgeneräle, welche die Schnez-Studie abfaßten, so formulierten: „Nur eine Reform an Haupt und Gliedern, an Bundeswehr und Gesellschaft mit dem Ziele, die Übel an der Wurzel zu packen, kann die Kampfkraft des Heeres entscheidend heben" [9]). Korpsgeist und Waffenstolz müssen gehoben, renitente Leute in Sondereinheiten untergebracht werden, die Strafbataillonen gleichen. Mehr Härte muß her in der soldatischen Erziehung, mehr „Ortsquartier und Friedensbiwak in bundeswehrarmen Räumen", mehr frischfröhlicher Draufgängergeist, mehr „faire Darstellung der Leistungen der Unteroffiziere im Schrifttum", mehr Attribute. Kurz: Nicht die Bundeswehr muß endlich in die Gesellschaft integriert werden, sondern nach Möglichkeit die gesamte Gesellschaft in die Bundeswehr. Auch dafür hat der „Rheinische Merkur" schon das Bild eines „Fächers gemeinwohlbezogener Dienste" parat, womit von „den Militärs" ein „Bild demokratisch legitimierter Gesamtverteidigung aufgerichtet" würde. Man kann also die totale Mobilmachung, das Volk in Waffen wieder ungesäumt fordern, man muß nur das Attribut „demokratisch" dabei miteinflechten und — welch glücklicher Umstand — einen Sozialdemokraten zum Vorzeigen als Bundesverteidigungsminister zur Hand haben.

Der Hamburger Diplomsoziologe Hermann Wessling, Reserveoffizier der Bundeswehr und engagierter Demokrat, verfaßte im vergangenen Sommer eine Studie, deren Aktualität durch den Wechsel im Bundesverteidigungsministerium nicht gelitten, sich durch die jüngste Entwicklung eher erhöht hat. Sie enthält die Frage als Titel: „Die Generalität auf dem Weg nach Athen?" Wessling kommt darin zu dem alarmierenden Ergebnis, auf Grund einer Analyse der „Kurzinformationen", die vom Heer für die Lehr-Offiziere und zivilen Dozenten des Erziehungs- und Bildungswesens verfaßt werden, daß die Bundeswehr nicht länger mit dem Gedanken „spielt", ein „Ordnungsfaktor" à la Griechenlands Obristen zu werden, sondern daß sie sich auf diese Rolle bereits vorbereitet. Bei inneren Unruhen sollen demnach nicht die parlamentarischen Organe bestimmen, wann der Zeitpunkt für einen Einsatz der Streitkräfte gekommen sein könnte — sondern die Armee selbst [10]). Das ist letztlich die „äußerste Warnung", so versichern auf diese Studie von Wessling und die ihr zugrundeliegenden Heeresinterpretationen angesprochene Generalstäbler jedem, der es hören will — die „äußerste Warnung" gegenüber einer „Entspannungspolitik, die zu weit geht".

---

[9]) Vgl. „Der Spiegel", Hamburg, 5. 1. 1970.
[10]) Vgl. dazu Ulrich Mackensen: „Die subtilen Reaktionäre", in „Der Monat", Frankfurt/Main, Februar 1970.

Günter Wirth

HEINRICH BÖLL

„Günter Wirths ausgezeichnete Arbeit über das Prosaschaffen Heinrich Bölls von 1949 bis 1967 befaßt sich überwiegend mit den politischen und religiösen Aspekten der schriftstellerischen Tätigkeit und deren Einwirkung und Bedeutung für die Entwicklung der Tradition des bürgerlichen, kritischen Realismus in Deutschland . . . Er geht durch jeden Roman hindurch dem Prozeß der Lossagung und des Übertritts nach; erst dem des militärischen, dann dem des geistlichen und schließlich dem der ganzen westdeutschen Gesellschaft, wobei er zugleich zeigt, wie Böll eine anfängliche Neigung zu Subjektivität und Irrationalität überwindet, die marxistische Kritiker als charakteristisch für so viele Schriftsteller ansehen, und eine Position erreicht, die als Grundlage die Form des christlichen Humanismus besitzt, welche Böll einen Platz in der besten Tradition des christlichen Realismus in Deutschland zuweist."
The Times, London

„Sehr eindringlich und einleuchtend beschreibt er die Entwicklung Bölls von ‚spätbürgerlichem Irrationalismus' zu einem Realismus, der auf die konkrete, unvermittelte christliche Humanität zielt, auf das Christentum der Bergpredigt."
Süddeutsche Zeitung

„So liest sich Wirths Buch, über den Anlaß und das literarische Thema hinaus, als ein Text, der in die Zukunft weist . . . Günter Wirths Familie gehörte zwei Generationen zuvor jener Reichskanzler an, der im Gegensatz zu einem kleinbürgerlich, milieuverhafteten Katholizismus in den zwanziger Jahren klar erkannt hatte, daß der Feind rechts stand, daß der Nationalsozialismus, einmal an der Macht, zum Kriege führen mußte."
Westdeutscher Rundfunk

244 S., Ln. mit Schutzumschlag, DM 12,80

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

Bleibt also die Frage: Wann geht die Entspannungspolitik, bis jetzt noch kaum in klaren Konturen sichtbar, den Generalen, die nun mitregieren, „zu weit"? Offensichtlich ginge sie ihnen jedenfalls dann zu weit, wenn das militärische Bündnis mit den USA entscheidend gelockert würde. In diesem Rahmen muß man auch die erstaunliche „Dienstreise" sehen, die der Luftwaffeninspekteur General Steinhoff kürzlich nach Südostasien unternahm, um in Thailand, Japan, auf den Philippinen, zuvor in der Türkei, politische und strategische Gespräche zu führen. Mag man den Besuch in Ankara noch im Rahmen der NATO für legitimiert halten, so fragt sich doch, was der deutsche Luftwaffenkommodore in Südostasien zu suchen hatte. Aus Kreisen, die dem Luftwaffeninspekteur nahestehen, wurde dazu angedeutet, Steinhoff habe in Thailand und Japan sowie auf den Philippinen die Bedingungen geprüft und an Ort und Stelle besprochen, unter denen Einheiten der Bundesluftwaffe den USA militärisch zur Hilfe kommen und gleichzeitig „Kampferfahrung sammeln" könnten, wobei es sich natürlich nur um Freiwillige, eine Art asiatische Legion Condor, handeln könnte. Das wäre, so wird behauptet, unter Umständen eine Gegenleistung für Konzessionen der USA in der Frage einer Atombewaffnung der europäischen Streitkräfte der NATO unter deutscher Führung. Steinhoff, der in Bonn auch bereits auf einem „Ball der Luftwaffe" das diplomatische Corps zu Gast hatte, befaßt sich demnach bereits global mit einer Verknüpfung von Militär- und Außenpolitik im Offensivdrang, die freilich allen Beteuerungen der sozialliberalen Koalition zur Entspannungspolitik in ihrer Stoßrichtung sichtlich entgegengesetzt ist

Als Sprecher dieser Politik wird Helmut Schmidt nicht müde, die Präsenz der amerikanischen Streitkräfte in der Bundesrepublik als Dreh- und Angelpunkt aller strategischen Überlegungen herauszustellen. Die Wehrkundetagung in München, die von der Bundeswehr in Verbindung mit der Zeitschrift „Wehrkunde" alljährlich veranstaltet wird, fand dieses Jahr am 7. und 8. Februar in Anwesenheit von Helmut Schmidt und Generalinspekteur de Maiziere statt. Hauptredner waren amerikanische Senatoren der Republikanischen Partei, die — im Gegensatz zu dem Demokraten Mike Mansfield — für eine Politik der militärischen Spannung in Mitteleuropa und damit für eine unverminderte militärische Präsenz der USA in der Bundesrepublik eintreten. Der einflußreiche Senator Towler, dem man nachsagte, er sei gleichsam als Sprachrohr Nixons in München erschienen, erklärte auf der Tagung, daß die amerikanische Regierung unter einem „außerordentlich starken Druck der öffentlichen Meinung stehe", welche die Verringerung der Truppen, die im Ausland stationiert sind, verlange, in Verbindung auch mit dem wachsenden Widerstand des amerikanischen Volkes gegen die Fortsetzung des Krieges in Vietnam. Nixon wolle sich aber „durchsetzen" und „das amerikanische Engagement auch in Europa unvermindert erhalten". Voraussetzung sei, daß sich die Europäer „stärker an den amerikanischen Verteidigungsanstrengungen beteiligen" und auch „die finanzielle Bürde" der USA auf dem Sektor der Militärausgaben erleichterten. Vor allem würde es verheerend wirken, wenn in Europa, namentlich auch in der Bundesrepublik, die Militärdienstzeit verkürzt werde, meinte Towler [11]).

Das alles war Wasser auf die Mühle der Bundeswehrführung und Helmut Schmidts. Nun wird Schmidt mit größter Wahrscheinlichkeit seine noch aus dem Wahlkampf rührenden, letzthin immer vager formulierten Versprechen, eine „Kürzung der Wehrdienstzeit zu überprüfen", unter Hinweis auf die amerikanischen Einwände, fallenlassen. Er wird mehr Geld und mehr Soldaten fordern. So wie er es, im Einklang mit der Generalität, schon in seinem jüngsten „Christ-

11) Vgl. „Die Welt", Hamburg, 9. 2. 1970.

und-Welt"-Interview ankündigte: „Wenn das Gleichgewicht der auf und in Europa wirkenden militärischen Kräfte erhalten bleiben muß, so muß zu diesem Zweck eine adäquate Präsenz amerikanischer Truppen in Europa aufrechterhalten bleiben. Eine ins Gewicht fallende einseitige Reduzierung der amerikanischen Präsenz in Europa würde das den Frieden sichernde Gleichgewicht der Kräfte stören. Sie liefe den Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik Deutschland und Westberlins ebenso entgegen wie dem Sicherheitsinteresse der USA."

Wenn man mit der gebotenen Nüchternheit sich eingestanden hat, daß solches Denken in militärischer Stärke und „Vorneverteidigung" — jenseits aller Prämissen der Friedenspolitik — die Uraltpolitik des Kalten Krieges fortsetzt, wie in zwanzig Jahren Herrschaft der CDU, nur mit noch mehr militantem Rückhalt bei der Generalität, dann ergibt sich wohl zwangsläufig die Frage, ob die neue Bundesregierung nicht als ein Gebot allergrößter Dringlichkeit erst einmal beherzigen sollte, den Dualismus zwischen „Falken" und „Tauben" zu beenden und den Kanzler zu bevollmächtigen, gemäß seinen von der Verfassung gegebenen Möglichkeiten, Richtlinien einer Politik des Ausgleichs, der Entspannung und damit auch der Abrüstung, statt forcierter Hochrüstung, verbindlich zu machen. An diese Richtlinien müßte sich dann auch ein Verteidigungsminister halten, der — darin ist den Jungsozialisten durchaus zuzustimmen — „nicht unbedingt Helmut Schmidt heißen muß" [12]). Lange jedenfalls wird der Kredit nicht mehr reichen, den Brandt eingeräumt bekam von den politischen Kräften im In- und Ausland, die sich von der sozialliberalen Koalition eine fühlbare Entspannung und konkrete Schritte in Richtung auf eine europäische Sicherheitskonferenz versprochen haben. Hat denn, so fragte sich mancher, die Sozialdemokratie so wenig aus der Geschichte begriffen, daß die Figur Noske, mit der schon einmal eine demokratische Hoffnung zuschanden wurde und die Sozialdemokratie schwere Schuld auf sich lud, wie ein Gespenst wieder auftaucht, freudig begrüßt von jenen Generälen, die nun leider notorisch dafür bekannt sind, daß sie aus der Niederlage, in die sie Deutschland 1945 hineinkommandierten, nichts, aber auch gar nichts gelernt haben. Die jungen kritischen Leutnants, die mit einem demokratischen Gegenkonzept hier und dort aufwarten und Diskussion verlangen, sie am ehesten lassen hoffen, daß der Zeitgeist an dieser Armee auf die Dauer doch nicht spurlos vorübergeht. Wenn die Bundeswehrführung indes die Fortsetzung des Kalten Krieges durchsetzen will, mit dem Erben Noskos als Minister, mit dem sie „alles machen kann", so handelt sie damit unserer nach einer Friedensordnung verlangenden Bevölkerung — alle Meinungsumfragen belegen es — diametral zuwider und erschreckt die ganze Welt.

[12]) Vgl. „Frankfurter Rundschau", 9. 2. 1970.

Polnische Gesichtspunkte zur Sicherheit Europas

Von Janusz Stefanowicz

I

Im letzten Jahrzehnt trat eine Wiedergeburt Europas als politischer Begriff ein. Unser Erdteil hat aufgehört, nur eine geographische Bezeichnung eines Gebietes zu sein, wo sich die Nahtstelle zweier Lager befindet. Die eigenen Interessen der europäischen Staaten traten in Erscheinung, und das Gefühl für das gemeinsame Schicksal und in der Folge der notwendigen Zusammenarbeit wurde erneuert. Das System des Gleichgewichts in Europa blieb jedoch eine einfache Funktion des Systems des globalen Gleichgewichts, und zwar mit Rücksicht auf das Übergewicht zweier Blöcke im militärischen Bereich und zweier Supermächte auf politischem Gebiet. Erst in den letzten Jahren begann sich die Tendenz herauszubilden, Europa als besondere und ungemein wichtige Region zu behandeln, die nicht eine gewöhnliche Miniatur eines globalen Systems ist, das zwischen zwei Weltsystemen und ihren führenden Mächten herrscht, sondern daß es eigene Merkmale, eine eigene Konstruktion des Kräfteverhältnisses und der Schwerpunktzentren, eine eigene Entwicklungsdynamik an den Tag legt. Auf westlicher Seite hat dazu die aktive und selbständige Politik des Frankreichs General de Gaulles beigetragen, und eine ähnliche Rolle kann gegenwärtig die Politik Westdeutschlands unter Bundeskanzler Brandt zu spielen beginnen, sofern dieser die notwendige Konsequenz und Redlichkeit zeigt.

Es scheint jedoch offensichtlich, daß der Hauptmotor der Wandlungen die sozialistischen Länder waren, und zwar einfach deshalb, weil sie das Wesen der Evolution der politischen Weltstruktur erfaßt haben: mit der Regionalisierung des Systems des Gleichgewichts müssen regionale Konzeptionen der kollektiven Sicherheit einhergehen, denen die Rolle wirksamer Mechanismen zur Verhinderung eines Krieges zufällt. Sie müssen sogar den besten Stand der Beziehungen zwischen zwei Giganten ergänzen, und das deshalb, weil die sich absondernden regionalen Strukturen keine einfache Funktion eines zweipoligen Systems sind. Mit anderen Worten — die Systeme der kollektiven Sicherheit sind auf für Erschütterungen, Konflikte und Verlagerungen im Kräfteverhältnis am meisten anfälligen Gebieten eine notwendige Garantie des Friedens.

Und eben die sozialistischen Länder haben die Initiative der „Europäisierung" des Problems der Sicherheit und Zusammenarbeit ergriffen. Es lohnt daran zu erinnern, daß in der ersten Periode der Entspannung, und zwar im Sinn des Auslöschens des Kalten Krieges Mitte der fünfziger Jahre, die Sowjetunion vor allem nach der Aktivierung der Koexistenz mit den Vereinigten Staaten strebte, wovon der übrigens unbeständige „Geist von Camp David" und später der Dialog Kennedy-Chruschtschow zeugen. Die Unterbrechung des Dialogs infolge der amerikanischen Aggression in Vietnam sowie die Möglichkeiten, die die Politik de Gaulles eröffneten, veranlaßten die Sowjetunion dazu, sich lebhafter für die innerkontinentalen Lösungen der Probleme Europas zu interessieren, unabhängig von der Entwicklung der globalen Beziehungen auf der Achse Moskau—Washington. Dies fand seine Widerspiegelung in der Evolution der Idee der euro-

päischen Sicherheit. In den Jahren 1960—1963 unternahm die Sowjetunion Bemühungen, zu einem Nichtangriffspakt zwischen der NATO und dem Warschauer Vertrag zu kommen, der — und das ist klar — die Sicherheit Europas unmittelbar betroffen hätte, aber eben in ihrem bisherigen Charakter der Funktionen und des Gebietes der Nahtstelle zweier Blöcke. Seit 1964 jedoch wurde diese Formel von der Idee einer kontinentalen kollektiven Sicherheit verdrängt.

Auf der Vollversammlung der UNO im Dezember eben dieses Jahres machte Polen zum ersten Male den Vorschlag zur Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz unter Teilnahme nicht nur der den Militärblöcken angehörenden Staaten, sondern auch der europäischen neutralen Länder. Dies war eine grundsätzlich neue Erfassung des Problems der Sicherheit Europas, es wurde ihm besondere Gestalt verliehen, was natürlich von den Beziehungen zwischen den beiden Blöcken abhängt, diese aber nicht einfach widerspiegeln muß. Ein Jahr später ergänzte Polen die Formel der vorgeschlagenen Konferenz durch zwei neue Elemente, die gleichfalls für das neue Antlitz Europas wesentlich sind, und zwar durch den Begriff „Zusammenarbeit", der dem der „Sicherheit" beigefügt wurde, sowie dadurch, daß es die Ausarbeitung eines Mechanismus einer solchen Zusammenarbeit zwischen drei in Europa existierenden Wirtschaftsgruppierungen nahelegte.

Die Initiative einer europäischen Konferenz wurde die ganze zweite Hälfte der sechziger Jahre hindurch erneuert und konkretisiert. Sie war enthalten: in der Bukarester Deklaration der Staaten des Warschauer Vertrags vom Juli 1966, in der Erklärung der Beratung der europäischen kommunistischen Parteien in Karlovy Vary im April 1967, im Budapester Appell vom März 1969, im Manifest der kommunistischen Weltberatung in Moskau im Juni des gleichen Jahres, im Kommuniqué der Beratung der Außenminister der Staaten des Warschauer Vertrags vom Oktober 1969 und schließlich in der Erklärung der Begegnung der Führer der Staaten des Warschauer Vertrags vom November 1969. Aus diesen Dokumenten und aus zahlreichen Äußerungen sozialistischer Staatsmänner tritt — als Zielpunkt — die Konzeption eines Systems der europäischen Sicherheit hervor, das, gestützt auf den bestehenden und vertraglich bestätigten Status quo, die Teilnehmer zum Verzicht auf Gewalt, zu allmählichen Abrüstungsschritten sowie zur Entwicklung der wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und kulturellen Zusammenarbeit und zum Zusammenwirken auf anderen Gebieten des menschlichen Zusammenlebens verpflichten würde.

Wie bekannt, weichen die westlichen Staaten bisher einer konkreten Aufnahme der polnischen Initiative zur Einberufung einer Konferenz aus, wobei es nicht nur um die Begegnung selbst und ihre Form geht, sondern um das Wesen des Herantretens an die Frage der Sicherheit in Europa überhaupt. Die Sitzung des NATO-Rates in Reykjavik im Juni 1968 hat bewiesen — und die Sitzung in Brüssel im Dezember vorigen Jahres bestätigte es —, daß die Vereinigten Staaten ihren Verbündeten die alte Konzeption eines Europas als Gebiet der Nahtstelle zweier Blöcke und als Territorium des Spiels und der Rivalisierung der Großmächte aufzwingen. Dies findet seinen Ausdruck nicht nur im Herantreten an das Abrüstungsthema, sondern auch an die Frage Deutschlands und Berlins, wo die Vereinigten Staaten das Privileg der prinzipiellen Entscheidungen sowie die Freiheit des politischen Manövers, das die Anerkennung des europäischen Status quo erschweren würde, aufrechterhalten wollen.

Aber trotz der amerikanischen Gegenaktion, die sich in großem Maße erfolgreich auf die Politik der westeuropäischen Staaten auswirkt, haben die mehrjährigen Anstrengungen der sozialistischen Länder gewisse Früchte getragen.

Erstens haben sich die bilateralen Kontakte mit den westlichen Staaten ungemein belebt, wir haben begonnen, das Gewebe des Dialogs im europäischen Skelett, das zur Zeit des Kalten Krieges doch jeglichen Lebens bar war, zu knüpfen.

Zweitens hat sich das Verständnis dafür verbreitet, daß die Anerkennung des Status quo eine Bedingung für den Frieden und die Errichtung eines Systems der kollektiven Sicherheit ist. Der inhaltliche Wert und Bereich dieser Formel wird allerdings in den verschiedenen politischen Zentren anders beurteilt. Dies ist nichtsdestoweniger ein wichtiger Erfolg Polens, da der minimale Consensus die Oder-Neiße-Grenze betrifft, zumindest in dem Sinne, daß die Bedrohung der polnischen Westgrenze gleichzeitig eine Bedrohung des europäischen Friedens bedeuten würde. Mit anderen Worten, Polen hat seine eigene Sicherheit immanent mit der Sicherheit anderer Staaten verknüpft, und das nicht nur der Verbündeten, sondern auch der Mitglieder der entgegengesetzten militärisch-politischen Gruppierung.

Drittens haben wir es dazu gebracht, daß die allgemeine Anerkennung Fuß gefaßt hat, daß die Sicherheit Europas Vorrang vor allen anderen Problemen hat, einschließlich der deutschen Frage. Dies ist ein sehr gewichtiges Problem, da unser Konflikt mit der Bonner Politik im Grunde genommen darauf hinausläuft, ob die Zukunft Deutschlands eine Funktion der Sicherheit aller europäischen Völker, vor allem aber der Nachbarn Deutschlands sein soll, oder auch umgekehrt — ob die Sicherheit Europas eine Funktion der deutschen Interessen sein soll.

II

In Erwartung des „Anlaufens" der europäischen Konferenz lohnt es wohl, sich näher damit zu befassen, wie sich Polen die Gestalt des künftigen Europas vorstellt.

Vor allem möchten wir sagen, daß wir dabei immer an ein wirkliches Europa und nicht an ein Europa der Träume und Wünsche denken. Das heißt, daß es in der heutigen Zeit kein Europa ohne die integrale Teilnahme der Sowjetunion geben kann. Dies bedeutet ebenfalls das Verständnis, daß Europa in den 25 Nachkriegsjahren, sowohl in seiner politischen Landkarte, in seinen Staatsgrenzen wie auch in seinen gesellschaftlich-strukturellen Umrissen historisch gestaltet wurde. Kurz gesagt, das künftige Europa der Zusammenarbeit muß ein Europa des territorial-politischen Status quo sein, da seine Völker in gesicherten Grenzen, die nach dem Krieg gezogen wurden, sowie in der Gesellschaftsordnung leben wollen, die sie als Garantie ihrer Entwicklung ansehen. Nicht nur die Bundesrepublik will kein „Wanderer zwischen zwei Welten" sein, wenn man sich diese bildliche Äußerung von Bundeskanzler Brandt aus seinem Bericht über die Lage der Nation anzuwenden gestattet. Es ist möglich, daß in näherer oder fernerer Zukunft eins der kapitalistischen Länder — z. B. Italien — die Evolution in Richtung des Sozialismus aufnimmt. Diese wird jedoch das Ergebnis der inneren Wandlungen und der nationalen Wahl sein. Deshalb muß vom Gesichtspunkt der internationalen Politik aus Europa auf der Basis dieses doppelt verstandenen Status quo errichtet werden. Dies schließt natürlich die Möglichkeit irgendeines paneuropäischen Systems im Sinne einer übernationalen Macht aus. Es schließt aber keinesfalls die Errichtung eines gemeinsamen Systems der Sicherheit und Kooperation aus, das die Existenz verschiedener Gesellschaftsordnungen voraussetzt.

Erörtern wir also den ersten Bestandteil dieses Systems: die Sicherheit. Auch hier müssen wir von der bestehenden Wirklichkeit ausgehen, die aus zwei mili-

tärischen Lagern besteht: der NATO und dem Warschauer Vertrag. Nehmen wir an, daß diese auf einer der Aufbauetappen des Systems der kollektiven Sicherheit aufgelöst werden. Die Feststellung jedoch, daß die Auflösung der militärischen Blöcke die besonderen Bande zwischen den Staaten der gegebenen Region und der gegebenen politischen Gemeinschaft beseitigt, Bande, deren rechtlicher Ausdruck bilaterale Verträge über Freundschaft und gegenseitigen Beistand sind, wäre eine Illusion. Dagegen geht es darum, daß die einzelnen Elemente der zwischenstaatlichen Verbündeten die Konstruktion der gemeinsamen Sicherheit errichten und nicht Sicherheitsillusionen in Gestalt einer Konfrontation zweier feindlicher Blöcke.

Der Weg zum System der kollektiven Sicherheit führt über zahlreiche Stufen: über die kollektive Deklaration des Verzichts auf Gewaltanwendung, die Verwirklichung des Vertrags über die Nichtverbreitung von Atomwaffen, den Anteil an allgemeinen Abrüstungsschritten und, unabhängig davon, die Verwirklichung regionaler Schritte, deren doch so schöpferisches Beispiel die laufenden Versionen der polnischen Idee einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa waren. Auf jeder Etappe dieses Prozesses verpflichtet der oberste Grundsatz der Aufrechterhaltung des europäischen Gleichgewichts, und das sowohl in rein militärischem wie auch in breiterem, politischem Sinne.

„Gleichgewicht" hat jedoch nichts gemeinsam mit Isolierung oder blindem Kampf, dagegen ist es der Rahmen für eine vernünftige Zusammenarbeit. Und eben die sozialistischen Länder warnen ihre westlichen Partner vor dem Isolationismus des Gemeinsamen Marktes, der nicht nur für dritte Länder, sondern auch für die Teilnehmer selbst schädlich ist. Gegenwärtig sieht die Lage so aus, daß es zwischen drei Integrationsgruppierungen keinerlei Zusammenarbeit gibt. Der Gemeinsame Markt umbaut sich immer dichter mit einer Handelsbarriere, die einzelnen westeuropäischen Länder dagegen — Italien, Frankreich, Westdeutschland — spüren den steigenden Bedarf des Austausches mit der Sowjetunion und anderen Ländern Osteuropas, wobei sie auf Verständnis stoßen. Dies ist eine auf beiden Seiten begreifliche Tendenz. Die sozialistischen Länder müssen so aktiv wie möglich an der wissenschaftlich-technischen Revolution teilnehmen, die von den hochentwickelten westlichen Staaten bereits früher und oft mit ausgezeichneten Resultaten aufgenommen wurde. Diese wiederum spüren die überlegene Macht der amerikanischen Konkurrenz sowie die Einengung des Integrationsgebietes. Die ökonomische Zusammenarbeit in europäischem Maßstab, sowohl die bilaterale wie auch die zwischen den Gruppen der wirtschaftlichen Integration, liegt also im Interesse aller.

Außer der Frage der Zoll- und Tarifbarrieren, die ein bedeutendes Hindernis in der Entwicklung des Handels sind, gibt es noch zwei meritorische Bedingungen der Zusammenarbeit zwischen Ost- und Westeuropa. Die westlichen Länder können Osteuropa nicht als industrielles Expansionsgebiet der höher entwickelten Staaten bzw. als traditionellen Austauschmarkt für Erzeugnisse der modernen Industrie gegen Rohstoffe, Lebensmittel und primitive Industrieprodukte betrachten. Sie können ebenfalls den Handel und Export der wissenschaftlich-technischen Revolution nicht als Werkzeug des Exports von ideologischen Konzeptionen betrachten, die sich mit dem Wesen der sozialistischen Gesellschaftsordnung nicht in Einklang bringen lassen. Dies betrifft besonders Polen, dessen lateinische und christliche Traditionen es mit sich bringen, daß wir aufnahmefähige Abnehmer auch der zeitgenössischen europäischen Kulturwerte sind; wir möchten von diesen jedoch durch den entsprechenden Filter unserer Gesellschaftsordnung Gebrauch machen.

Die obigen Reflexionen in einem Satz zusammenfassend, geht es uns um die Errichtung eines realen, sicheren und zusammenarbeitenden Europas, das ein Gebiet der Achtung der nationalen Grenzen, der nationalen Rechte auf Entwicklung, der nationalen zivilisatorischen Werte und der nationalen Wahl der Struktur, vor allem aber ein Gebiet des dauerhaften Friedens sein wird.

Mehr Demokratie wagen!

Von Wilfried von Bredow

I

„In den 70er Jahren werden wir aber in diesem Lande nur so viel Ordnung haben, wie wir an Mitverantwortung ermutigen ... Wir wollen mehr Demokratie wagen." Diese Sätze aus der Regierungserklärung von Bundeskanzler Willy Brandt vor dem Bundestag in Bonn sind seit dem 28. Oktober 1969 viel zitiert worden. Sie bedeuteten, als sie formuliert und ausgesprochen wurden, zunächst einmal ein Urteil über die kurze Geschichte der Bundesrepublik: seit 1949, als die CDU/CSU mit einer Mehrheit von nur einer einzigen Stimme den Kanzler ihrer Wahl durchsetzen konnte, hat es in diesem Lande eine Ordnung gegeben, die nicht durch die Mitverantwortung und die Möglichkeit zur Mitentscheidung der Bevölkerung gestützt wurde. Dafür hat es viele Gründe gegeben. Man wird jedoch nicht leugnen können, daß eine moderne Gesellschaft heutzutage eben nicht mehr gelenkt und beherrscht werden kann, ohne daß ihre Mitglieder in irgendeiner Form aktiv an diesem Prozeß beteiligt werden. Der Satz, daß die neue Regierung nun mehr Demokratie wagen wolle, muß deshalb natürlich auch funktional betrachtet werden: ohne mehr Demokratie wird man bald nicht mehr zurecht kommen. Er ist aber dennoch auch mehr. Er ist ein Programm auch und gerade im Sinne all derer, denen die Demokratie mehr bedeutet als ein technischer Prozeß, denen es um das Anwachsen einer immer mächtiger und selbstbewußter werdenden kritischen Öffentlichkeit geht, die staatliche Propaganda und Öffentlichkeitsarbeit durchschaut und die eigenen Interessen mit Vernunft erkennt und mit Nachdruck vertritt.

Willy Brandt hat einige Male bekundet, er wolle ein Kanzler der inneren Reformen werden. Als die SPD noch in der Großen Koalition war, hat sie einigen „inneren Reformen" des Kanzler Kiesinger zugestimmt, die weniger auf eine Ausweitung der Mitverantwortung der Bevölkerung, stattdessen auf eine Zentralisierung und Funktionalisierung der Verwaltung hinausliefen. Solche „Reformen", die einzig und allein unter dem Blickwinkel der Effizienz und der leichteren Bedienung des gewaltigen Staatsapparates eingeleitet werden, können aber nicht gemeint sein, wenn man, wie Willy Brandt in seiner Regierungserklärung, eingesehen hat: „Mitbestimmung, Mitverantwortung in den verschiedenen Bereichen unserer Gesellschaft wird eine bewegende Kraft der kommenden Jahre sein."

Wie aber soll das Wagnis von mehr Demokratie in der Praxis aussehen? Ohne in den Chor derjenigen zu verfallen, die die neue SPD/FDP-Regierung nach Ablauf ihrer ersten 100 Tage schärfstens angegriffen haben (wobei sie vor allem die Ostpolitik als einen „Ausverkauf Deutschlands" denunzierten), muß man doch mit einigem Erstaunen feststellen, daß bislang wenig, ja nichts geschehen ist, was wenigstens als Einleitung solcher innerer Reformen hätte gedeutet werden können, die einen Demokratisierungs-Prozeß auf gesamtgesellschaftlicher Ebene oder auf Teilbereichen der Gesellschaft einzuleiten in der Lage sind. Vielleicht liegt dieses Defizit der neuen Regierung in erster Linie daran, daß sie sich zu intensiv mit all dem Nachlaß-Schutt herumzuschlagen hat, den ihr die vorigen Regierungen hinterlassen haben. Höchst fatal wäre es jedoch, sollte sich herausstellen, daß den Worten der Regierungserklärung keine Taten folgen werden. Denn, wie gesagt, die Demokratisierungs-Forderung ist keineswegs nur ein politisches Programm, das zu erfüllen in das Belieben der jeweiligen Regierung gesetzt ist. Demokratisierung auf allen Bereichen des gesellschaftlichen und politischen Lebens ist eine Notwendigkeit, der sich keine Regierung auf die Dauer entziehen kann: als Alternative dazu ließe sich nur ein Autoritarismus vorstellen, der die Bevölkerung politisch vergewaltigt.

Wo kann, soll und muß eine Reformpolitik einsetzen, die auf Demokratisierung abzielt? Eine Antwort auf diese Frage ist nicht deshalb nicht leicht, weil solche Ansatzpunkte schwer zu finden wären, vielmehr deshalb, weil es so viele davon gibt. Die folgenden Überlegungen können daher weder Vollständigkeit noch eine innere Systematik beanspruchen: es sind ganz einfach Vorstellungen und Vorschläge zur Demokratisierung, die ergänzt und erweitert werden müßten von all denen, die die Zielrichtung einer Demokratisierungspolitik grundsätzlich begrüßen und auf den einzelnen Gebieten die notwendige Kompetenz besitzen.

II

„Wir wollen ein Volk der guten Nachbarn werden im Innern und nach außen." Dieser Schlußsatz der Regierungserklärung Willy Brandts basiert auf der Erkenntnis, daß Innen- und Außenpolitik sich heute weniger denn je trennen lassen, ja, daß man sie nicht einmal getrennt voneinander betrachten kann. Nun ist es nicht mehr als üblich, wenn eine Regierung antritt, daß sie lautstark erklären läßt, sie fühle sich auf eine Friedenspolitik verpflichtet. Diese Deklaration allein genügt nicht; mit ihr begann auch Hitlers Politik der Entfesselung des bisher schrecklichsten Weltkrieges.

Wichtigster Nachbar der Bundesrepublik ist die DDR. Ihr ein guter Nachbar sein, setzt voraus, daß man mit ihr auf der Basis der Gleichberechtigung spricht, verhandelt. Setzt voraus, daß man sie, was bisher noch nicht geschehen ist, anerkennt, und zwar ohne Abstriche. Trotz der jahrzehntelangen anti-kommunistischen Propaganda, die sich in erster Linie gegen den anderen deutschen Staat richtete, votiert heute die Mehrheit der Bevölkerung der Bundesrepublik für eine Anerkennung der DDR.

Diesem Schritt entspricht ein anderer: daß die Bundesregierung alles tut, um ein europäisches Sicherheitssystem mitzukonstruieren. Eine solche Politik würde wahrhaft Friedenspolitik sein, denn darunter ist doch wohl eine Politik zu verstehen, die die bestehenden Spannungen abbaut.

Friedenspolitik ist aber nicht nur „ein Zweig der Außenpolitik, die daneben noch andere Ziele (zum Beispiel wirtschaftliche, territoriale, kulturelle) verfolgen könnte. Es gibt nur eine effektive und glaubwürdige Friedenspolitik, die alle

anderen politische Aktivitäten so gestaltet, daß in ihnen die Erzeugung von Konfliktstoff vermieden wird" [1]). Friedenspolitik wirkt so nach innen. Sie hat sich zu erstrecken:

— auf die Revision der Notstandsgesetze, die formuliert und verabschiedet worden sind im Geiste eines unbarmherzigen Kalten Krieges;

— auf ein erneutes und gründliches Überdenken der Frage, ob es mit der Verfassung der Bundesrepublik zu vereinbaren ist, daß eine Partei, die NPD, offen eine Restaurierung faschistischer Normen und Institutionen erstreben darf;

— auf eine exakte und öffentliche Überprüfung des Rüstungsetats. Es ist doch eine Paradoxie, daß von der gleichen Regierung, die ihren Friedenswillen so nachdrücklich verkündet, der Verteidigungshaushalt nicht eingeschränkt wird.

Sehr deutlich wird in diesem Zusammenhang die enge Verklammerung zwischen Innen- und Außenpolitik. Der dem Begriff „Frieden" entsprechende Begriff in der Innenpolitik ist der der Gerechtigkeit. Jeder weiß, daß die soziale Wirklichkeit in diesem Lande weit davon entfernt ist, dieser Norm und Forderung nach Gerechtigkeit auch nur ansatzweise zu entsprechen. Hier vor allen Dingen geht es um eine Reform in Richtung auf die Demokratie, deren Verwirklichung ja Gerechtigkeit voraussetzt. Eine Demokratisierungspolitik muß folgende Bereiche berühren:

— die Bildungspolitik, in der es darum geht, zumindest erst einmal die grundgesetzlich verankerte Forderung nach Chancengleichheit zu verwirklichen. Seit Jahren ist bekannt, daß die Bildungschancen für Arbeiterkinder extrem niedrig sind. Seit Jahren hat sich nichts Wesentliches verbessert;

— den gesamten Bereich der Gleichberechtigung der Frau: nach der nüchternen Feststellung des DGB wird hierzulande „der Frau noch immer jede Chancengleichheit im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben verwehrt", was sich konkret darin ausdrückt, daß sie unterbezahlt wird;

— den gesamten Bereich der Rechtspflege, wo oft noch nach fast mittelalterlichen, meist jedoch nach frühkapitalistischen und nicht selten gar nach nationalsozialistischen Kriterien Recht interpretiert und gesprochen wird;

— die Wirtschaftspolitik, in der es darum geht, die Mitbestimmung der Arbeitnehmer qualitativ und quantitativ so auszuweiten, daß in der Tat diejenigen in den Verteilungsprozeß eingreifen können, die die zu verteilenden Produkte produziert haben.

Gehen wir etwas weiter in die Details, zumindest bei solchen Fragenkomplexen, die so umfangreich sind, daß ihr Aufzählen allein nicht ausreicht, um der in ihnen enthaltenen Demokratisierungsmöglichkeiten gewahr zu werden.

Besonders heftig ist die Diskussion entbrannt um das Problem der Mitbestimmung in der Wirtschaft. In der Regierungserklärung findet sich leider kein Beitrag dazu — was auch ein Beitrag ist. Inzwischen hat sich die Verwirrung sogar noch gesteigert, weil von einem wissenschaftlichen Gremium, das sich paritätisch aus Anhängern und Gegnern der innerbetrieblichen Mitbestimmung zusammensetzte, ein Gutachten über diese Frage vorgelegt wurde, das sogleich in die verschiedensten Richtungen hin interpretiert wurde. Das ganze Problem umfaßt mehrere Aspekte:

1) Es ist an der Zeit, eine Forderung der Gewerkschaften zu erfüllen, die von ihnen seit 1945 immer wieder erhoben wurde: die Forderung nach einem einheit-

[1]) Hans Heinz Holz, Aspekte einer Friedenspolitik, in: F. Hitzer/R. Opitz (Hrsg.), Alternativen der Opposition, Köln 1969, S. 28.

lichen, fortschrittlichen Arbeitsrecht. Diese Forderung im demokratischen Geiste erfüllen, heißt die öffentliche Debatte darüber einleiten, und zwar mit den Betroffenen selbst.

2) Das Betriebsverfassungs- und das Personalvertretungsgesetz müssen reformiert werden. Hierbei geht es allerdings nicht einfach um eine „partnerschaftliche Zusammenarbeit" (F. J. Strauß), was immer darunter zu verstehen sei. Es geht um die Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten, weil auf diese Weise dem Prozeß der zunehmenden Konzentration wirtschaftlicher Macht in immer weniger Händen entgegengesteuert werden kann. Nur so auch kann in Zukunft vermieden werden, daß Krisen und Flauten der Wirtschaft auf dem Rücken der Arbeitnehmer überwunden werden.

3) Es ist für jedermann einsehbar, daß in der Folge der raschen Entwicklung von Wissenschaft und Technik für die Industrie Rationalisierungs- und Automatisierungsmaßnahmen notwendig werden. Diesem Prinzip muß aber ein anderes übergeordnet bleiben, nämlich das der Sicherung der Arbeitsplätze. Der Schutz vor Arbeitslosigkeit aus strukturellen oder technologischen Gründen muß also erheblich ausgeweitet werden.

4) In der Regierungserklärung ist davon die Rede, daß das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen modernisiert werden solle. In der Tat wartet hier eine wichtige Aufgabe auf ihre Erledigung, geht es doch letzlich darum, die Interessen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung gegenüber den Ansprüchen einer kleinen Oligarchie zu wahren, der es — nach den Strukturgesetzen der Wirtschaftsordnung des Kapitalismus — nur um ihren eigenen Profit und um Maßnahmen, ihn hoch zu halten, geht.

5) Demokratie, das ist die Folgerung, darf vor der Wirtschaft nicht haltmachen, wie sie vor keinem anderen Bereich der Gesellschaft haltmachen darf.

Ein zweiter wichtiger und umfangreicher Komplex betrifft die Bildungspolitik. Seine Bedeutung schien bis vor wenigen Jahren nicht so recht in das Bewußtsein der Öffentlichkeit gerückt worden zu sein; hier hat sich viel geändert, vor allem wegen der Initiative der Studenten. Was mit der gerechtfertigten und mit guten Argumenten bestückten Kritik an der Struktur und an den Zielvorstellungen der wissenschaftlichen Hochschulen begonnen hatte (Stichworte: Humboldt'sches Bildungsideal, Ordinarienprinzip, der Muff von 1000 Jahren, Flucht aus dem Elfenbeinturm), wuchs sich mehr und mehr zu einer Kritik am gesamten Bildungs- und Ausbildungswesen der Bundesrepublik aus, das im Vergleich zu denselben Einrichtungen in anderen Ländern — etwa auch in der DDR — in hohem Maße rückständig ist.

Inzwischen ist diese Kritik immer mehr präzisiert und ausgeweitet worden:

1) Nicht nur die wissenschaftlichen Hochschulen, sondern auch die Pädagogischen Hochschulen, die Ingenieurschulen, aber auch der gesamte Bereich der Primär- und Sekundärschulen müssen von Grund auf reformiert werden. Es ist nachgerade überraschend, daß sich in der Bundesrepublik soviel Kritik- und Demokratiebewußtsein bilden konnte, obwohl doch der gesamte Bildungsapparat autoritäre Denkmuster und Verhaltensweisen der Jugend eingedrillt hat. Bei den anstehenden Reformen geht es einmal um die Erhöhung der Effizienz: daß das bisherige System praktisch zusammengebrochen ist, beweist die Tatsache, daß inzwischen fast jedes Studienfach mit einem Numerus clausus für Studienanfänger vergittert wurde. Seit Jahren wußte man, daß dies auf uns zukommen würde. Wer die Äußerungen von Bundestagsabgeordneten und Regierungsmitgliedern, etwa von Bundeskanzler Erhard, aus den Bundestagsdebatten der Jahre 1964—

1968 nachliest, wird die Hände über den Kopf zusammenschlagen über die Krausheit des Geschwätzes.

2) Auf einzelnen Sektoren ist der Zustand besonders katastrophal: etwa bei den Assistenz-Ärzten. Hier wird eine Gruppe von Menschen, die eine äußerst wichtige Funktion in der Gesellschaft haben, mit fast systematischer Blindheit ausgebeutet. In den Begriffen der modernen Soziologie ist aber das System selbst blind: eine Vernachlässigung des Bildungs- und Ausbildungsapparates einer Gesellschaft zeigt an, daß sie lernpathologisch (Deutsch) handelt.

3) Dieses Phänomen trifft man ebenso im Bereich der Lehrlingsausbildung an. „Willst du einen billigen Arbeitsmann, dann schaff dir einen Lehrling an", dieser Satz, formuliert von protestierenden und sich organisierenden Lehrlingen, spiegelt bundesrepublikanische Wirklichkeit wider. Hier wird sich die Zukunft rächen.

4) Abhilfe muß geschaffen werden, und zwar schnell und umfassend. Das reicht von der Umgestaltung der Lehrpläne, einer Ausweitung und richtigen Ausübung einer demokratischen politischen Bildung für die Jugend über die Neugestaltung der Lehrbücher, die es endlich mit demokratischen Inhalten zu füllen gilt, bis hin zu einer langfristigen Bildungsplanung.

5) Aber auch hier muß wiederum beides berücksichtigt werden: die Forderung nach Erhöhung der Effizienz darf nicht allein Richtschnur der Reformen sein; stattdessen kommt es vor allem auf eine Umschichtung der Bildungsinhalte an. Nicht allein Expertengruppen und Planungsstäbe dürfen deshalb diese Bildungsplanung diskutieren. Hier hat die Bevölkerung ein wichtiges Mitspracherecht.

6) Dieses Mitspracherecht besteht auch bei der Festsetzung der Prioritäten der Forschungs- und Wissenschaftspolitik. Zwei gegensätzliche und einander im idealen Falle ausschließende Begriffe sind in diesem Zusammenhang in letzter Zeit populär geworden: Friedensforschung und Kriegsforschung. Hüten wir uns davor, daß von dem einen nur gesprochen, das andere aber betrieben wird! Es liegt wahrhaft im Interesse der gesamten Bevölkerung, Forschung nur für friedliche Zwecke zu treiben. Das aber setzt voraus, daß die Öffentlichkeit über wichtige Forschungsergebnisse und ihre Auswirkungen unterrichtet wird.

Innere Reformen in Richtung auf mehr Demokratie: sie sind nötig auf den Gebieten der Landwirtschaft, des Städtebaus, der Sozialpolitik und der Finanzpolitik. Es gilt zu erkennen, daß der gewaltige Steuerungsmechanismus des Staatsapparates endlich dazu verwendet werden muß, den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung zu entsprechen.

Die Dringlichkeit dieser Forderung wird vor allem anhand einer Institution deutlich, deren Repräsentanten in der Vergangenheit allzu oft für sich und ihre Organisation in Anspruch genommen haben, Demokratie als für sich unangemessen hinstellen zu dürfen. Die Bundeswehr, eingeführt gegen den erklärten Willen der Mehrheit der Bevölkerung, befindet sich schon jahrelang im Zwielicht: einstmals als bürgerliche Armee proklamiert, wurde sie schnell zu einer sich am Gestern orientierenden „Schule der Nation", die zwar nicht funktionierte, dafür aber, was ihre Bewaffnung und Ausrüstung und das Selbstverständnis ihres Offizierkorps betrifft, immer bedrohlicher wurde für all die Völker, die bereits zweimal in diesem Jahrhundert einen verheerenden deutschen Angriff über sich ergehen lassen mußten.

Der Streit um die Bundeswehr und der Streit in ihr hat sich seit einigen Monaten verschärft: wer, wie General Karst, gemeint hatte, mit der Pensionierung von Graf Baudissin seien die Bestrebungen, eine bürgerliche Armee aufzubauen, end-

gültig erschöpft, muß nun erkennen, daß solche Impulse von der nachfolgenden Generation wieder aufgenommen und „links überholt" (Baudissin) werden.

Das ist auch notwendig, wenngleich es noch nicht ausreicht. Die Bundeswehr muß in der Tat reformiert werden, wobei besonderes Gewicht zu legen sein wird auf die Art ihrer Bewaffnung. Nukleare Sprengköpfe gehören nicht in die Bundeswehr. Der Umstellung auf eine Bewaffnung, die eindeutig einen defensiven Charakter trägt, müßte eine zahlenmäßige Verringerung entsprechen. Ferner müßte der Gesamtkomplex des sogenannten und mit diesem Namen bereits diffamierten „Ersatzdienstes" anders gelöst werden. Gerade auf diesem Gebiet sind von zivilen Verwaltungsstellen in letzter Zeit Vorstellungen entwickelt worden, die einer demokratischen Grundordnung diametral entgegengesetzt sind. Eine Reform auf diesem Felde muß schnell eingeleitet werden.

III

Was verbindet all diese Vorschläge zu einer inneren demokratisch orientierten Reform miteinander? Zunächst einmal — oberflächlich betrachtet — daß ihre Inhalte so aussehen, daß ihre Erfüllung durch eine SPD/FDP-Regierung möglich erscheint. Allerdings unter ganz bestimmten Voraussetzungen: um dem Bonner System demokratische Substanz verleihen zu können, braucht es das weitere Anwachsen einer politisch wachen kritischen Öffentlichkeit und braucht es vor allem ein stärkeres demokratisches Engagement derjenigen, die in Gewerkschaften, Verwaltung, Justiz, Polizei und Armee tätig sind. Nicht passive Loyalität wird benötigt, sondern die Fähigkeit und der Willen, die Demokratie zu verteidigen und auszuweiten. Hier liegt in der Tat das Grundproblem verborgen. Hoffnungsvoll stimmen Einzelheiten wie die Tatsache, daß der neue Chef des Bundespresseamtes öffentlich eingesteht, er habe sich vor zwei Jahren bei der Beurteilung der Demonstrationen gegen die Springer-Presse geirrt, diese Demonstrationen seien sachlich gerechtfertigt gewesen. Hier kommt zum Ausdruck, daß ein höherer Staatsbeamter das demokratische Engagement eines aufgeweckten Teils der Bevölkerung der Bundesrepublik wenigstens zu verstehen beginnt. Beunruhigend ist demgegenüber, daß auch die neue Regierung sich bisher nicht zu einer Amnestie all der von einer mißgeleiteten Polizei im Verlaufe von Demonstrationen Festgenommenen hat durchringen können, daß auch die neue Regierung es mit einer Umformulierung des Demonstrationsrechtes nicht sehr eilig hat.

Es geht um die Ausweitung der Demokratie, die nur möglich ist, wenn eine wachsende Zahl der Staatsbürger in der Bundesrepublik ihre Interessen erkennen und mit Nachdruck verfechten. Man darf sich nicht einschüchtern lassen von all den Politikern, Publizisten und politischen Wissenschaftlern, die von der Unmöglichkeit einer Demokratisierung aller sozialen Bereiche sprechen. Auf welch schwankendem Grunde solche Argumente stehen, macht eine Passage aus einem Pamphlet von Wilhelm Hennis deutlich, Mitglied der SPD und ordentlicher Professor für Politische Wissenschaft. Hennis bedauert, „daß die Menschen zunehmend weniger geneigt sind, die Umstände ihrer Kreatürlichkeit anzunehmen. Dieses ist der eigentlich tiefste Zusammenhang, in dem ich die emanzipatorische Forderung nach Demokratisierung von aufgrund der Natur durch Ungleichheit bestimmten Sozialtatbeständen glaube sehen zu müssen. Diese Forderung ist mithin ... eine Revolte gegen die Natur" [2]). Unsinnigeres läßt sich in diesem Zusammenhang wohl kaum formulieren. Nein: nicht eine Revolte gegen die Natur will, wer Demokratisierung fordert, sondern die Schaffung der Voraussetzung eines friedlichen, menschenwürdigen Lebens.

[2]) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22. 7. 1969.

Naturwissenschaftliche und technische Intelligenz im Spätkapitalismus

Margarete Eschenbach

Die gesellschaftliche Entwicklung ist heute in allen Industrieländern vor allem im Bereich des materiellen Produktions- und Reproduktionsprozesses von einer wissenschaftlich-technischen Umwälzung gekennzeichnet, deren Tempo sich ständig beschleunigt. Sie beeinflußt und fördert zugleich den Prozeß der Vergesellschaftung, der bereits einen hohen Grad erreicht hat und der seit dem Zweiten Weltkrieg in den kapitalistischen Ländern zu einer immer engeren Verflechtung der großen Monopole mit dem Staat und so zur Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus führte. Die Ergebnisse des wissenschaftlich-technischen Umwälzungsprozesses werden sowohl in den staatsmonopolistischen als auch in den sozialistischen Ländern im Rahmen der jeweiligen Produktions- und Machtverhältnisse von den Wechselwirkungen zwischen den ökonomischen und politischen Zielsetzungen sowie von ihren Widerspiegelungen im ideologischen und sozialen Bereich bestimmt. Sie unterscheiden sich eben deshalb in ihrem Wesen genauso prinzipiell voneinander, wie sich die beiden Gesellschaftssysteme voneinander unterscheiden.

Der umfassende Erneuerungsprozeß in Wissenschaft und Technik bewirkt solche Veränderungen in der Produktivkraftentwicklung und in den Lebensbedingungen der Menschen, daß man mit Recht von einer „wissenschaftlich-technischen Revolution" spricht. Sie verstärkt die Vielfältigkeit und Wechselwirkung aller wesentlichen gesellschaftspolitischen Probleme. Charakteristisch für ihren bisherigen Verlauf ist die schnelle Vergrößerung der ökonomischen Potenzen in allen entwickelten Industrieländern.

In ihrem gegenwärtigen Entwicklungsstadium machen Automatisierung und die breitere Anwendung der elektronischen Datenverarbeitung immer mehr Arbeitsabläufe auf dem Gebiet der Wissenschaften, in der Industrie und im Dienstleistungsbereich sowie in der Verwaltung programmierbar und erhöhen ihre Effektivität. Das ist der sichtbare Ausdruck dafür, daß und wie die Wissenschaft sich in eine unmittelbare Produktivkraft verwandelt und in welchem Grade Wissenschaft und Technik alle Gebiete des gesellschaftlichen Lebens durchdringen.

Aus der Verwandlung der Wissenschaft in eine unmittelbare Produktivkraft und der damit verbundenen Verwissenschaftlichung der Arbeit resultiert die wachsende gesellschaftliche Bedeutung der sozialen Schicht Intelligenz, vorrangig ihrer naturwissenschaftlichen und technischen Vertreter. Die Intelligenz leistet gegenwärtig einen großen Anteil jener schöpferisch-geistigen Tätigkeit, die die wissenschaftlich-technische Revolution in wachsendem Umfange und zunehmender Qualität erfordert. Aus diesem Grunde hat sich ihre Zahl in den letzten Jahrzehnten besonders schnell vergrößert, und sie wächst weiter an. Beispielsweise waren in den USA im Jahre 1965 12,2 Prozent aller Beschäftigten Akademiker. Es wird damit gerechnet, daß es im Jahre 1975 etwa 13,2 Millionen oder 14,9 Prozent aller Beschäftigten sein werden [1]).

[1]) „Der Arbeitgeber", Düsseldorf, Nr. 27/67, S. 633.

In Großbritannien kommen heute bereits auf 10 000 Einwohner 35 Forscher und Forschergehilfen, in Frankreich sind es 28, in Italien 8, in der Bundesrepublik und in Schweden je 32 [2]).

Intelligenz und sozialer Strukturwandel

In dem Maße, wie Wissenschaft und Technik alle Lebensbereiche durchdringen, wächst der Anteil schöpferisch-geistiger Arbeit in den Tätigkeiten vieler Arbeiter und Angestellten. Damit werden höhere Anforderungen an ihre Fertigkeiten und Kenntnisse gestellt, die eine entsprechende Aus- und Weiterbildung erfordern. Außerdem erweitern sich speziell im Produktions- und Reproduktionsbereich jene Arbeitsgebiete, die den unmittelbaren Fertigungsprozessen innerhalb der Produktionsstätten und über ihren Rahmen hinaus vor- und nachgelagert sind und in denen hauptsächlich Angestellte sowie Vertreter der Intelligenz arbeiten. Die wissenschaftlich-technische Revolution bewirkte somit in allen Industrieländern tiefgehende industrielle, ganz besonders aber soziale Strukturänderungen, von denen alle Klassen und Schichten erfaßt werden.

Der soziale Strukturwandel offenbart sich besonders eindrucksvoll in der Beschäftigtenstruktur, in der Entwicklung des Anteils von Arbeitern und Angestellten in den kapitalistischen Ländern. Nach der offiziellen amerikanischen Statistik gab es im Jahre 1950 51,6 Prozent Arbeiter und 36,6 Prozent Angestellte. 1966 war der Anteil der Arbeiter auf 49,8 Prozent gesunken und der Anteil der Angestellten auf 45,0 Prozent angestiegen [3]). Nach Schätzungen des US Departments of Labor wird es in den USA im Jahre 1975 rund 42,8 Millionen Angestellte und 45,9 Millionen Arbeiter geben [4]).

Die gleiche Tendenz zeigt sich auch in der Bundesrepublik. Hier betrug 1950 der Anteil der Angestellten an allen Beschäftigten 16,8 Prozent und der Anteil der Arbeiter 51,0 Prozent. Im Jahre 1966 hatte sich der Angestelltenanteil auf 27,2 Prozent erhöht, der Anteil der Arbeiter auf 48,5 Prozent vermindert [5]). Nach inoffiziellen Vorausschätzungen wird das zahlenmäßige Verhältnis im Jahre 1990 etwa 46 Prozent Arbeiter zu 54 Prozent Angestellte betragen. Besonders bedeutungsvoll ist die Tatsache, daß in zunehmendem Maße Vertreter der Intelligenz in der sozialökonomischen Stellung von Angestellten ihrer beruflichen Arbeit nachgehen. Sie konzentrieren sich infolge des Vergesellschaftungsprozesses in ihrer Mehrheit in den großen Konzernunternehmen oder als Beamte im Staatsapparat.

Es handelt sich dabei vor allem um Angehörige der Intelligenz, die in naturwissenschaftlichen, technischen und ökonomischen Fachrichtungen ausgebildet sind, wie z. B. Chemiker, Physiker, Ingenieure, Statistiker, Betriebswirtschaftler, Finanzwissenschaftler, Diplomkaufleute, aber auch um Vertreter anderer Disziplinen, wie Sozialwissenschaftler, Psychologen und Juristen. Im Verlaufe der wissenschaftlich-technischen Revolution erweitert sich dieser Kreis durch neue Fachleute, zu denen z. B. Wirtschaftsingenieure, Mathematiker, Planer, Systemanalytiker, Programmierer, Operationsforscher und -praktiker u. a. gehören.

Im Jahre 1965 gab es in der verarbeitenden Industrie der USA bereits rund 858 000 wissenschaftlich-technische Angestellte, 1962 hatte sich ihre Zahl auf 1,5 Millionen oder um 82 Prozent vergrößert [6]). Besonders schnell nahm die Anzahl der Ingenieure und mit der fortschreitenden Verbreitung elektronischer Rechen-

---

2) „Handelsblatt", Düsseldorf, Nr. 104, v. 2./3. 6. 1967.
3) „Mirovaja ekonomika i mezdunarodnye otnoseniga", Heft 1/69, S. 93.
4) Karl Otto Pöhl, Wirtschaftliche und soziale Aspekte des technischen Fortschritts in den USA, Göttingen 1967, S. 28.
5) Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart-Mainz 1967, S. 138.
6) Veröffentlichungen zu Politik, Soziologie und Geschichte, Bd. 24, Frankfurt/Main 1963, S. 217.

anlagen das akademisch ausgebildete Computerpersonal zu. In der BRD hatte sich von 1950 bis 1961 die Zahl der Ingenieure von etwa 195 000 auf 322 000 erhöht [7]). Während die Zunahme der Beschäftigten rund 26 Prozent betrug, stieg die Zahl der Ingenieure um 64 Prozent. Nach Angaben auf der 3. Internationalen Arbeitstagung über Automatisierung, Rationalisierung und technischen Fortschritt der Industriegewerkschaft Metall in Oberhausen (5. bis 8. 3. 1968) [8]) gab es im Jahr 1954 in den USA ungefähr 6000 Programmierer, 1963 waren es 15 000 und gegenwärtig sind es bereits über 100 000.

Diese gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen werfen neuartige Probleme in den sozialen, politischen und ideologischen Beziehungen zwischen Arbeitern, Angestellten und der Intelligenz auf.

Angestellte Intelligenz — geistige Lohnarbeiter

Arbeiter, Angestellte und die Angehörigen der Intelligenzschicht sind in allen entwickelten Industrieländern die eigentlichen Träger der wissenschaftlich-technischen Revolution. Nicht wenige Publizisten und Politiker ziehen hieraus und aus den strukturellen Entwicklungslinien den Schluß eines allmählichen Verschwindens der Arbeiterklasse und des Klassenkampfes und der Herausbildung einer sogenannten „Angestellten-" oder auch „Mittelstandsgesellschaft", die von einer „Intelligenzelite" geführt werde. Derartigen Behauptungen muß deshalb widersprochen werden, weil sie mit der tatsächlichen sozialökonomischen Entwicklung nicht übereinstimmen.

Bereits vor hundert Jahren hat Karl Marx darauf hingewiesen, daß die Arbeiterklasse nicht homogen ist, sondern sich aus verschiedenen Abteilungen und Gruppen zusammensetzt. Eine dieser Abteilungen sind die Angestellten. Das schnelle Anwachsen ihrer Zahl gegenüber der Zahl der Arbeiter und die Verschiebung des prozentualen Verhältnisses zwischen ihnen zugunsten der Angestellten beweist deshalb natürlich zunächst einmal nicht das Verschwinden der Arbeiterklasse, sondern lediglich die Tatsache, daß sie, wie jede andere soziale Gruppierung auch, eine geschichtliche Entwicklung durchläuft und daß sie offensichtlich in ein neues Stadium dieser ihrer Geschichte eingetreten ist.

Gerade der Angestelltenstatus eines großen Teiles der Intelligenz beweist, daß eine Führung der Gesellschaft durch eine sogenannte „Intelligenzelite" nicht möglich ist. Der im gesellschaftlichen Maßstab ausschlaggebende Teil der Intelligenzangehörigen arbeitet in den kapitalistischen Ländern nicht im eigenen, sondern im Auftrag der Kapitaleigner bzw. des Staates, als deren Angestellte. Die Bevölkerungsschicht Intelligenz ist ja in ihrer sozialökonomischen Grundposition keineswegs einheitlich. Ihre Vertreter repräsentieren unterschiedliche Besitzverhältnisse und demzufolge auch unvereinbare ökonomische und politische Interessen, von denen die Ziele ihrer Tätigkeit, ihr Handeln sowie ihre Beziehungen zu den Arbeitern und Angestellten objektiv bestimmt sind. Die Klassenentscheidung geht im staatsmonopolistischen Kapitalismus mitten durch den Kreis derjenigen hindurch, die als Intelligenz bezeichnet werden.

Die Intelligenz läßt sich im wesentlichen in drei große Gruppen einteilen. Ein Teil sind die angestellten Intelligenzvertreter, ein anderer Teil wird von Kapitalbesitzern, Aktionären, Vorstands- oder Aufsichtsratsmitglieder von Konzernen oder Großbanken gebildet, die eindeutig der großkapitalistischen Klasse an-

7) Technischer Nachwuchs, Denkschrift des Bundesministeriums des Innern, Bonn 1957, S. 11; „Frankfurter Allgemeine Zeitung", Nr. 138, v. 17./18. 6. 1964.

8) Vgl. Karl D. Bredthauer, Computer u. Angestellte, in: „Blätter für deutsche und internationale Politik", Heft 4/1968.

gehören. Zu ihnen zählen auch die meisten obersten Manager, die Kapital angehäuft und Aktienbesitz erworben haben. Eine dritte Gruppe besitzt den sozialen Status von kleinen oder mittleren kapitalistischen Unternehmern, oder ihre Mitglieder arbeiten auch als sogenannte Selbständige, meist mit Hilfe von Angestellten, auf eigenes Risiko und sind den Wechselfällen der kapitalistischen Konkurrenz ausgesetzt.

In den entwickelten kapitalistischen Ländern besitzt die Mehrheit der angestellten Intelligenzvertreter ebenso wie die Produktionsarbeiter und der größte Teil der übrigen Angestellten keine Produktionsmittel, sondern nur ihre Arbeitskraft, mit deren Hilfe sie ihren Lebensunterhalt erwirbt. Sie müssen zu diesem Zweck ein abhängiges Lohnarbeiterverhältnis mit den Besitzern der Produktionsmittel eingehen.

Da die Arbeitskraft jedoch die Fähigkeit besitzt, in dieser Zeit mehr zu schaffen, als sie zu ihrer Reproduktion benötigt, fließt das „Mehr" in die Hände der Eigentümer an den Produktionsmitteln. Das bleibt so, so lange staatsmonopolistische Produktions- und Machtverhältnisse existieren, unabhängig davon, welche Formen die Besitzverhältnisse im Laufe der geschichtlichen Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft annehmen. Auf diese Weise werden in den staatsmonopolistischen Ländern Arbeiter, Angestellte und große Teile der Intelligenz ausgebeutet und vermehren teils mit direkt produktiver, teils durch gesellschaftlich notwendige Arbeit den Kapitalbesitz der privatkapitalistischen Einzelunternehmer, der großkapitalistischen Konzerne und den des Staates. Ausgebeutete Lohnarbeiter zu sein, ist ihre wichtigste und entscheidende sozialökonomische Gemeinsamkeit mit den Arbeitern und den übrigen Angestellten.

Der große Umfang, in welchem in der Gegenwart von der Intelligenz geistige Lohnarbeit verrichtet wird, unterstreicht und bestätigt vollständig die Feststellung von Karl Marx: „Die Bourgeoisie ... hat den Arzt, den Juristen, den Pfaffen, den Poeten, den Mann der Wissenschaft in ihre bezahlten Lohnarbeiter verwandelt" [9]).

Die Lohnarbeiter unter den Vertretern der Intelligenz zählen deshalb heute bereits im weitesten Sinne zur Arbeiterklasse, weil sich ihre gesellschaftliche Stellung sowie ihre grundlegenden sozialen und politischen Interessen in zunehmendem Maße mit den Grundinteressen der Arbeiterklasse decken. Sie bilden innerhalb der Abteilung der Angestellten eine besondere Einheit mit spezifischen Besonderheiten und Merkmalen.

Die Weiterentwicklung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung bewirkt, daß zur Entwicklung und Herstellung von Produkten mehr und mehr schöpferisch-geistige Arbeit vonnöten ist, die nicht nur in den Unternehmen selbst, sondern auch in Institutionen und wissenschaftlichen Einrichtungen geleistet wird. Sie ist beim erreichten Entwicklungsstand der Produktivkräfte aus gesamtgesellschaftlicher Sicht Bestandteil des Produktions- und Reproduktionsprozesses und wird von Vertretern der Intelligenz als Lohnarbeit ausgeübt, bewirkt also Vergrößerung des Profits.

Bei Vorhandensein sozialistisch-gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln dagegen findet kein Kauf und Verkauf der Arbeitskraft und keine Ausbeutung mehr statt, sondern sind Arbeiter, Angestellte und die Vertreter der Intelligenz selbst kollektive Eigentümer und Produzenten, die von der Gesellschaft entsprechend ihrer Leistung entlohnt werden. Die Eigentümerstellung im

[9]) Marx Engels, Ausgewählte Schriften, Bd. I, Berlin 1955, S. 26.

Sozialismus ist die Basis für die Entwicklung von Beziehungen der Gemeinsamkeit, gegenseitiger Achtung und Hilfe zwischen Arbeitern, Angestellten und den Vertretern der Intelligenz im Produktions- und Reproduktionsprozeß. Es zeigt sich, daß Arbeiter und Angestellte sowohl unter staatsmonopolistischen als auch unter sozialistischen Verhältnissen eine gemeinsame sozialökonomische Grundposition besitzen. Diese Grundpositionen sind jedoch qualitativ verschieden.

Veränderte soziale Herkunft

Ganz offensichtlich entwickelt sich im Prozeß der wissenschaftlich-technischen Revolution die Tendenz der noch stärkeren sozialökonomischen Annäherung von Arbeitern, Angestellten und Teilen der Intelligenz. Das wird, was die Intelligenz anbetrifft, ganz allgemein bereits an den Veränderungen in ihrer sozialen Herkunft sichtbar. Kamen zu Beginn der Entwicklung der kapitalistischen Ordnung ihre Vertreter hauptsächlich aus den Reihen der kapitalistischen Klasse selbst, so rekrutieren sie sich heute unter staatsmonopolistischen Bedingungen vorwiegend aus den verschiedenen Abteilungen der Arbeiterklasse und aus den kleinbürgerlichen städtischen Mittelschichten. Typisch ist für viele von ihnen, daß sie in ihrer beruflichen Tätigkeit als angestellte Lohnarbeiter sozialökonomisch noch näher an die Arbeiterklasse heranrücken, als das von ihrer Herkunft aus der Fall war.

Aus Untersuchungen und statistischen Angaben, die über die soziale Zusammensetzung der Studenten an westdeutschen Hochschulen durchgeführt worden sind, ist zu entnehmen, daß es im Jahre 1963 unter den Vätern der Studierenden 33,4 Prozent Beamte, 29,9 Prozent Angestellte, 5,9 Prozent Arbeiter und 3,1 Prozent Bauern gab [10]). In den statistischen Daten über die soziale Herkunft der Studenten kann deutlich der Unterschied zwischen den sozialökonomischen Entwicklungslinien in den staatsmonopolistischen und den sozialistischen Ländern abgelesen werden. Im Studienjahr 1965/66 befanden sich an den Hochschulen der DDR 40 Prozent Studenten, deren Eltern Arbeiter sind, 24 Prozent waren Angestelltenkinder, und 19 Prozent kamen aus Intelligenzfamilien [11]).

Da in den kapitalistischen Ländern noch das bürgerliche Bildungsprivileg vorherrscht, ist der Anteil der Kinder von Industriearbeitern, gemessen am Wachstum der Arbeiterklasse ingesamt, noch zu gering. Die BRD wird jedoch in dieser Hinsicht selbst von anderen westlichen Ländern nicht unerheblich übertroffen. An den englischen Universitäten Oxford und Cambridge mit ihrem privilegierten Aufnahmesystem studieren beispielsweise mehr als 30 Prozent Arbeiterkinder. In den USA sind über 30 Prozent aller jungen Leute mit einem College-Abschluß Arbeiterkinder, und in Frankreich waren 1961 rund 7 Prozent aller Studenten Kinder von Arbeitern und Landarbeitern [12]). Anders scheint die Situation bei den Studenten der Ingenieurschulen zu sein, wo sich, nach bundesrepublikanischen Schätzungen zu urteilen, die Proportionen weitaus stärker zugunsten der Arbeiterkinder verschoben haben. Danach sollen sich die Ingenieurstudenten zu ungefähr 40 Prozent aus jenen sozialen Kreisen rekurtieren, die an den Universitäten der BRD unterrepräsentiert sind.

Bemerkenswert ist, daß die Zahl der Studierenden in jenen Disziplinen beachtlich zunimmt, deren Absolventen mit größter Wahrscheinlichkeit ihren künftigen Arbeitsplatz in der Industrie haben werden. In der Zeit von 1951 bis 1965 vergrößerte

---

10) Gerhard Kath, Das soziale Bild der Studentenschaft in Westdeutschland und Berlin, Sommersemester 1963, Bonn-Westberlin 1964, S. 30/31.
11) Das Programm des Sozialismus wird verwirklicht, Berlin 1967, S. 70.
12) Ralf Dahrendorf, Arbeiterkinder an deutschen Universitäten, in: Recht und Staat, Heft 302/303, Tübingen 1963, S. 7/8.

sich die Zahl der Studenten an den Hochschulen der BRD in der Fachrichtung Volkswirtschaft um 142,0 Prozent, Betriebswirtschaft um 110,3, Maschinenbau (einschl. Schiffbau) um 110,5, Elektrotechnik um 132,0, Chemie um 20,3 Prozent und bei den Wirtschaftsingenieuren sogar um 1800,3 Prozent [13]).

Der geistige Teilarbeiter

Die Verwandlung der Wissenschaft in eine unmittelbare Produktivkraft hat zur Folge, daß im kapitalistischen Betrieb die Tendenz zur Ausdehnung des Bereichs der geistigen Arbeit objektiv, wenn auch infolge der gesellschaftlichen Verhältnisse nur ganz allmählich, zur Umwandlung der Tätigkeit der Arbeiter in ingenieurtechnische Arbeit führt und umgekehrt die Annnäherung der Arbeit eines bestimmten Teils der Intelligenz an die der Arbeiter beschleunigt. Die Arbeitertätigkeit wird in der Tendenz körperlich leichter und verwandelt sich mehr und mehr in komplizierte Arbeit.

Der Annäherungsprozeß vollzieht sich demnach auf dieser Grundlage zugleich von seiten der Arbeiter als auch von seiten der Intelligenz. Er schließt die Höherqualifizierung des Menschen und seiner Arbeitskraft ein, die zu einer objektiven Gesetzmäßigkeit wird, da die schöpferischen Kräfte des Menschen mehr und mehr den Vorrang bekommen. Diese objektiven Entwicklungslinien stoßen jedoch auf die aus den Besitzverhältnissen entspringenden Widersprüche der staatsmonopolistischen Produktions- und Klassenbedingungen, setzen sich insgesamt nur zögernd durch und bleiben somit hinter den Anforderungen zurück, die die Entwicklung an die Arbeitskraft des Menschen stellt. Um den objektiven Erfordernissen soweit als möglich Rechnung zu tragen, bedarf es einer zielstrebigen, planmäßigen Aus- und Weiterbildungspolitik im gesamtgesellschaftlichen Rahmen aus prognostischer Sicht, wie sie in den sozialistischen Ländern betrieben wird. Die in den meisten kapitalistischen Ländern zu diesem Zwecke eingeleiteten Maßnahmen werden dagegen der dynamischen Entwicklung der Produktivkräfte kaum gerecht, weil sie in der Regel, von bisherigen Erfahrungswerten ausgehend, eindeutig am Profit orientiert sind. Dadurch werden ganz besonders der notwendigen Höherqualifizierung vieler Produktionsarbeiter und Angestellten fühlbare Schranken gesetzt.

Trotzdem zeichnet sich in den kapitalistischen Ländern immer sichtbarer ab, daß sich bestimmte von Arbeitern, Angestellten oder Vertretern der Intelligenz ausgeübte Tätigkeiten anzugleichen beginnen und daß sich in diesem Prozeß sogar Arbeiter- und Intelligenzkategorien verschmelzen. In zunehmender Zahl arbeiten z. B. schon heute in den unmittelbaren Fertigungsbereichen Ingenieure und Produktionsarbeiter nicht nur zusammen, sondern üben gleiche Tätigkeit aus, beispielsweise Überwachungs- und Steuerfunktionen an automatischen Anlagen, übernehmen die Leitung von Arbeitsgruppen oder bilden Kollektive zur Steuerung von Produktionsabläufen. Die breitere Anwendung von elektronischen Rechenanlagen, vor allem auch bei der direkten Steuerung der Fertigungsprozesse, fügt dem Annäherungsprozeß der Tätigkeiten neue inhaltliche Momente hinzu. Viele Produktionsarbeiter müssen sich Kenntnisse der Kybernetik und der elektronischen Datenverarbeitung aneignen, und mit Sicherheit wird es künftig zu ihren normalen Aufgaben gehören, Daten zu lesen und sie umzusetzen oder umgekehrt elektronische Angaben aufzuzeichnen und zu ordnen.

Die Tendenz zur Verschmelzung von Arbeiter- und Intelligenztätigkeiten tritt gegenwärtig am klarsten an der Funktion des Meisters zutage. Die Einführung

13) Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Stuttgart-Köln 1953, S. 96/97, Stuttgart-Mainz 1966, S. 104.

von Taktstraßen und kompletten Fließbändern, die Installierung komplexer automatischer Anlagen sowie ihre elektronische Steuerung löst das Werkstättenprinzip nach und nach völlig auf. Für die damit verbundenen höheren Anforderungen an die Kenntnisse und Fertigkeiten reicht die bisher übliche Meisterqualifikation nicht mehr aus. Gerade deshalb wird diese Funktion mehr und mehr an Ingenieure übertragen. Da das Arbeitstempo aber zunehmend von den Maschinen und den elektronischen und numerischen Steuerungsanlagen bestimmt wird, werden sich mit den technischen Abläufen und den sich aus ihnen ergebenden Organisationsaufgaben, für die einstmals der Meister verantwortlich war, zweifellos in zunehmendem Maße ganze Kollektive hochqualifizierter Arbeiter und Ingenieure befassen.

Die meisten als angestellte geistige Lohnarbeiter tätigen Vertreter der Intelligenz arbeiten ebenso wie die Arbeiter und die Mehrheit der übrigen Angestellten in untergeordneter Stellung zur Erfüllung von Aufgaben, die ihnen von der kapitalistischen Unternehmensleitung vorgeschrieben werden und auf deren Festlegung sowie Verwendung sie keinerlei Einfluß haben. Sie sind als geistige Teilarbeiter fest in die hierarchische Organisation und Leitungsstruktur der großen monopolistischen oder staatlichen Unternehmen eingefügt und damit anonyme Rädchen in einem Riesengetriebe, dessen Dimensionen und Arbeitsweise sie nur teilweise und damit unvollkommen überschauen. Erzogen zu einseitig fachlich gebildeten Spezialisten und zum größten Teil in kleinbürgerlichen Vorstellungen befangen, ist ihr Denken relativ leicht manipulierbar. „Wie der Handarbeiter zum Zubehör der Maschine wird, so wird der Kopfarbeiter zum Zubehör seines Büros, seines Laboratoriums ... Der Ingenieur wird zum Fachsimpel, der das Leben nur noch aus der Perspektive seines Zeichenbretts erblickt" [14]).

Bei vielen angestellten Intelligenzvertretern nahm die Arbeit den Charakter geistiger Fließarbeit an, die in ihrer Einseitigkeit und strengen Abgegrenztheit oft zu gedankenloser Routinearbeit wurde. Das ist beispielsweise bei den Teilkonstrukteuren so, die in großen Sälen, Reißbrett an Reißbrett, oft nach bestimmten Zeitvorgaben, über einen längeren Zeitraum eine bestimmte Teilaufgabe lösen. Ihre Arbeit ähnelt im Prinzip jener Tätigkeit, die noch heute in vielen Betrieben von den Arbeitern in vorwiegend manueller Teilarbeit am Fließband geleistet wird. Wie sie, sind auch die angestellten geistigen Teilarbeiter in den Konzernbetrieben als Lohnarbeiter jenem Entfremdungsprozeß ausgesetzt, dessen Grundlage die staatsmonopolistischen Eigentumsverhältnisse sowie der darauf beruhende Warencharakter ihrer Arbeitskraft ist.

Bedingt durch die Herausbildung neuer Wissensgebiete, durch eine neuartige gesellschaftliche Arbeitsteilung und die ihr entsprechende Spezialisierung im Wissenschaftsbereich, beginnen sich in der Tätigkeit der angestellten Intelligenz zwei scheinbar gegenläufige Entwicklungstendenzen abzuzeichnen, die aber einander bedingen: Einmal vertieft sich die Spezialisierung in ihrer Arbeit, zum anderen verwischen sich die Grenzen zwischen den Fachbereichen. „Der Fachwissenschaftler und Fachingenieur braucht neben umfangreichen Kenntnissen auf seinem Fachgebiet einen sich erweiternden Überblick über angrenzende Gebiete und größere Einsicht in gesellschaftliche Zusammenhänge. Diese neuen Qualifikationsanforderungen verlangen die Erhöhung ihrer Disponibilität. Sie müssen variabel einsetzbar" [15]) sein, sich relativ schnell in neue Probleme einarbeiten oder das Fachgebiet und den Arbeitsplatz wechseln können.

---

[14]) Gerhard Kosel, Produktivkraft Wissenschaft, Verlag die Wirtschaft, Berlin 1957, S. 136.
[15]) Management International, V. Europäische Managementskonferenz des CECIOS, Sonderband, Wiesbaden 1966, S. 176.

Die Hauptmethode zur Erhöhung der Disponibilität ist heute in allen Bereichen und auf allen Ebenen der Konzernbetriebe die breite Anwendung des Teamwork. Die Gruppenarbeit allein kann das Disponibilitätsproblem nicht lösen, sie verlangt und sie fördert jedoch das stärkere Eindringen in technische, ökonomische und gesellschaftliche Zusammenhänge, weil Arbeiter, Angestellte und Intelligenz umfangreichere Informationen erhalten müssen, die weitestgehend mit den Zielsetzungen des Unternehmens und mit bestimmten Problemen seiner ökonomischen Situation gekoppelt sind, wenn die gestellten Aufgaben komplex und dem neuesten Wissensstand entsprechend gelöst werden sollen. Damit stellt die Entwicklung selbst das bisher streng gehütete Prinzip der kapitalistischen Unternehmensführung in Frage, den Lohnarbeitern so wenig als möglich Einblicke in die Zusammenhänge und in ihre Geschäftsgeheimnisse zu geben.

Das Gesagte bezieht sich prinzipiell auch auf die in Form von Teamwork in allen Leitungsebenen und Bereichen in den monopolistischen Unternehmen durchgeführte Stabsarbeit. Die Zahl der Unternehmen wächst, in denen sich mit der breiteren Anwendung der elektronischen Datenverarbeitung unmittelbar bei der obersten Unternehmensleitung Stäbe bilden, die sich aus qualifizierten Fachleuten zusammensetzen. Sie haben die Aufgabe, auf wissenschaftlicher Grundlage die Fern- und Nahziele der Konzerne sowie ihre möglichen Varianten zur Entscheidung vorzubereiten. Damit erhalten angestellte geistige Lohnarbeiter weitgespannte Überblicke über die vielfältigsten Zusammenhänge, die ihre Urteilskraft schärfen und sie in höherem Grade als bisher befähigen, gesellschaftspolitische Schlußfolgerungen zu ziehen.

Die angestellten Leiter

In der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit besitzt das Lohnarbeiterverhältnis eines Teils von Angehörigen der Intelligenz einen zwiespältigen Charakter. Sie üben als Leiter in der Unternehmenshierarchie Vorgesetztenfunktionen aus, die von den monopolistischen oder staatlichen Eigentümern an sie delegiert worden sind. Mit wachsendem Umfang der Produktion und zunehmender Arbeitsteilung treten die Unternehmer „... jetzt die Funktion unmittelbarer und fortwährender Beaufsichtigung der einzelnen Arbeiter und Arbeitergruppen selbst wieder ab an eine Sorte von Lohnarbeitern" [16]. In dieser Stellung helfen sie im staatsmonopolistischen System die Ausbeutung der Arbeiter, der Angestellten und der übrigen Vertreter der Intelligenz zu organisieren. Das bringt sie in Gegensatz zu den Arbeitern und den übrigen Angestellten.

Gleichzeitig sind die meisten angestellten Leiter mit ihren qualifizierten Tätigkeiten unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution, ohne die kein Kapitaleigentümer auch nur einen Tag mehr ökonomisch existieren könnte, die wirklichen Organisatoren des Produktions- und Reproduktionsprozesses. In wachsendem Maße demonstrieren gerade die Leiter, daß die Kapitaleigentümer zur Steuerung gesellschaftlicher Prozesse durchaus entbehrlich sind.

Sie haben aber im Gegensatz zu dieser realen gesellschaftlichen Rolle unter den staatsmonopolistischen gesellschaftlichen Verhältnissen eine Stellung inne, die der amerikanische Soziologe Charles Wright Mills wie folgt charakterisiert:

„Sie mögen gewisse Macht haben, aber es ist nicht ihre eigene. Als Höhergestellte, von unten gesehen, flößen sie vielleicht Respekt ein. Als Untergebene, von oben betrachtet, sind sie oft nichts als brauchbare Werkzeuge ... so groß ihre Autorität auch sei, sie ist nur geborgt" [17].

[16] Karl Marx, Das Kapital, Berlin 1947, S. 348.
[17] Wright C. Mills, Menschen im Büro, Köln-Deutz 1955, S. 121.

Aus diesem Blickwinkel muß ihre Funktion gesehen und eingeschätzt werden, müssen sorgfältig jene Veränderungen beachtet werden, die sich abzuzeichnen beginnen.

In der staatsmonopolistischen Unternehmenspraxis werden meist drei Stufen, die oberste, die mittlere und die untere Leitungsstufe unterschieden, die in sich selbst wiederum hierarchisch gegliedert sind. Neu ist, daß „... in der Programmierbarkeit von Entscheidungsbereichen im Unternehmen und in der computerkontrollierten Steuerung von betrieblichen Abläufen und Systemen uns eine Entwicklungstendenz entgegentritt, die das Management ähnlich umformen wird, wie die industrielle Revolution die Produktionsweise der menschlichen Gesellschaft gewandelt hat" [18]). Anzeichen der verschiedensten Art deuten darauf hin, daß mit der weiteren Durchsetzung dieser Tendenz mehr Leiterstellen wegfallen werden als neue entstehen, und daß davon hauptsächlich die Leiter auf der mittleren und unteren Stufe betroffen werden. So berichtete Thomas L. Whisler, Professor für Arbeitsbeziehungen an der Universität Chicago, auf der bereits erwähnten 3. Automationstagung der IG Metall von einem Unternehmen, das die Fertigungskontrolle weitestgehend automatisiert hatte, und in dem dabei die Zahl der Führungsstufen von 6 auf 5, die der leitenden Positionen um 94 Prozent sank.

Die Leitungsarbeit ist in den Unternehmen der kapitalistischen Länder voller Widersprüche. Diese vertiefen sich in dem gleichen Maße weiter, in dem die Konzerne ihre Leitungstätigkeit den sich verändernden Existenzbedingungen des Spätkapitalismus anzupassen versuchen. Dabei wenden sie Formen und Methoden an, die dem Wesen kapitalistischer Leitungstätigkeit fremd sind, und die sie gleichzeitig zur Manipulierung der angestellten Leiter ausnutzen.

Methoden der „human relations" und der Betriebspsychologie sollen verdecken, daß die auf Mehrung des Profits ausgerichtete Leitungstätigkeit, die keine Rücksicht auf Menschen und Kollektive kennt, nach wie vor besteht. Spencer R. Stuart, Chairman der amerikanischen Beraterfirma Spencer Stuart and Associates erklärte vor Mitgliedern des Union International Club in Frankfurt am Main, die beste Form, ein Unternehmen zu führen, sei die „industrielle Demokratie" [19]). Darunter verstehen die Unternehmer einmal die Delegierung von Unternehmerfunktionen an bezahlte Angestellte, zum anderen aber eine Menschenführung, die, von der Oberfläche her gesehen, der berechtigten Forderung der Arbeiter und Angestellten nach einer ihrer zunehmenden Verantwortung gemäßen Stellung im Arbeitsprozeß entgegenzukommen scheint.

Dennoch darf nicht übersehen werden, daß, trotz der widersprüchlichen Natur dieser Formen und Methoden, die angestellten Leiter bei ihrer Praktizierung in bestimmter Hinsicht Erfahrungen und Fähigkeiten erwerben, die über die kapitalistische Art zu leiten hinausgehen. Die genannten Methoden enthalten als positive Seite gleichzeitig im Keim Möglichkeiten, die, bei einem entsprechenden politischen Kräfteverhältnis bewußt genutzt, geeignet sind, die Macht der Monopole zurückzudrängen. Viele angestellte Leiter werden so, ohne sich dessen bewußt zu sein, zu Trägern von Neuem, ein Aspekt, der für die Arbeiter, die Angestellten und die Angehörigen der angestellten Intelligenz zu ernsthaften Überlegungen über die Gestaltung ihrer Beziehungen zu den meisten Leitern Anlaß gibt.

---

[18]) Gerhart E. Reuss, Management im Zeitalter des Elektronenrechners, 2. Sonderreihe der List-Gesellschaft, e. V. Bd. 3, Basel-Tübingen 1965, S. 2.
[19]) „Blick durch die Wirtschaft", Frankfurt/Main, Nr. 96, v. 24. 4. 1968.

Probleme der sozialen Lage der angestellten Intelligenz

Die Vertreter der Intelligenz leisten komplizierte geistige Arbeit, die vielfach schöpferischen Charakter trägt. Das bestimmt ihre im Vergleich zu den Arbeitern und Angestellten noch wesentlich höhere Entlohnung. Zu den Reproduktionskosten ihrer Arbeitskraft zählen vor allem auch die erheblich höheren Ausbildungskosten.

Die Gehälter der angestellten Intelligenz-Angehörigen weichen in der Praxis der Unternehmen in der Regel von den in der amtlichen Statistik ausgewiesenen Durchschnittswerten mehr oder weniger stark nach oben oder unten ab und weisen innerhalb der Unternehmungen noch Abstufungen auf. Im Durchschnitt jedoch wird in der BRD nach Angaben des statistischen Bundesamtes beispielsweise die Tätigkeit eines angestellten Akademikers so bewertet, wie die, die zwei ungelernte Arbeiter zu leisten vermögen. Nach diesen Angaben verdient ein Akademiker im Laufe seines Lebens etwa 75 Prozent mehr als ein Facharbeiter, das Durchschnittsgehalt eines Ingenieurs liegt etwa 41 Prozent höher.

Das statistische Bundesamt bestätigt außerdem eine zunehmende Einkommensnivellierung bei den Gehältern der Angestellten. Die Quote der Nivellierung zwischen den Gehältern von hochqualifizierten Angestellten und solchen mit einfacher Tätigkeit lag 1957 bis 1962 bei rund 24 Prozent [20]).

In Abweichung vom kapitalistischen Verteilungsprinzip und von der gegenüber Arbeitern und Angestellten üblichen Praxis verausgaben die Unternehmer erhebliche Teile ihrer Profite zusätzlich, um damit solche Angehörige der Intelligenz, deren Tätigkeit ihnen für die Erhöhung ihres Profits bedeutsam erscheint, durch hohe individuell festgesetzte Gehälter an sich zu binden. Zu diesem Kreis gehören viele Leiter, hochqualifizierte Forscher, Wissenschaftler, Chefkonstrukteure u. a., die außerdem in vielen Fällen darüber hinaus noch vielfältige andere Zuwendungen als „Unsichtbares Entgelt" in Form eines 13. und 14. Monatsgehalts, von exklusiven Büros, Spesenkonten, Übernahme der Krankenversicherung, kostenloser ärztlicher Untersuchung, bezahlten Urlaubsreisen, Dienstwagen, Villen usw. erhalten. Unter den Sonderzuwendungen nimmt die Zahlung von Tantiemen, meist in Form prozentualer Beteiligung am sogenannten Ertrag des Unternehmens einen besonderen Platz ein. Dadurch entstehen zwischen den einzelnen Intelligenzgruppen große Einkommensunterschiede, werden materielle Anreize zu Höchstleistungen geschaffen und Vertreter der angestellten Intelligenz enger als die Arbeiter und die Masse der Angestellten an das bestehende staatsmonopolistische Herrschaftssystem gebunden.

Einkommensunterschiede zwischen Arbeitern und Angestellten, unterschiedliche Arbeitsbedingungen und Formen der Entlohnung führten im Laufe der Zeit zur Herausbildung eines besonderen Angestelltenstatus, an dessen Erhaltung, Festigung und Ausbau die kapitalistische Klasse mit dem weiteren Fortgang der wissenschaftlich-technischen Revolution aus, vor allem im Hinblick auf die angestellte Intelligenz, begreiflichen Gründen ein besonderes Interesse hat. Der Angestelltenstatus schließt die Herausbildung bestimmter kleinbürgerlicher und bürgerlicher Denkhaltungen, individualistisches Aufstiegsstreben und entsprechender Prestigevorstellungen ein. Diese Besonderheiten erleichtern es den Unternehmern, die Angestellten ideologisch zu beeinflussen. Hauptinteresse der Kapitalseite ist dabei natürlich, den Zusammenschluß von Arbeitern, Angestellten und Intelligenz zur Durchsetzung ihrer Interessen in gemeinsamen Aktio-

20) Blick durch die Wirtschaft, Frankfurt/Main, Nr. 53, v. 2. 3. 1968.

nen zu verhindern. Diese Methode des „teile und herrsche" zeigt bis heute in fast allen kapitalistischen Ländern ihre Auswirkungen, zumal die Vertreter der angestellten Intelligenz noch nicht gezwungen waren, in dem Ausmaß und unter solchen Opfern wie die Arbeiter und viele Angestellte seit Jahrzehnten den Kampf um ihre soziale Existenz zu führen.

Die Bemühungen der Monopole haben aber offenbar nachlassenden Erfolg, denn in vielen Ländern kämpfen in den letzten Jahren in sich erhöhendem Umfang Arbeiter, Angestellte und Angehörige der Intelligenz Seite an Seite um die Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen, ihrer Aus- und Weiterbildung und um demokratische Umgestaltungen, die die ökonomische und politische Macht der Monopole einschränken könnten. Sie bestätigen damit nicht nur in der gesellschaftlichen Praxis, daß der Klassenkampf nicht verschwunden ist, sondern, daß auch für die angestellte Intelligenz soziale Probleme heranreifen, die sie zwingen, sich ihres objektiven gesellschaftlichen Standorts bewußter zu werden und im Kampf der Arbeiterklasse eine politisch aktivere Rolle zu übernehmen.

Zu diesen sozialen Problemen gehört u. a. auch neben oft unzureichenden Arbeitsbedingungen die für viele Angehörige der Intelligenz spürbar werdende Gefahr der Existenzunsicherheit. Die wissenschaftlich-technische Revolution bringt es mit sich, daß auch in der Tätigkeit der Intelligenz ständig vollkommenere und produktivere Maschinen und Präzisionsapparate zur Anwendung kommen, die neue Verfahren und Methoden der wissenschaftlichen Arbeit ermöglichen und voraussetzen. Dadurch werden objektiv Freisetzungseffekte auch bei wissenschaftlich tätigen Personen hervorgerufen. In zahlreichen Konferenzen und wissenschaftlichen Beratungen wurde dargelegt, daß die elektronischen Datenverarbeitungsanlagen nunmehr auch zum Konkurrenten der Menschen im „weißen Kittel" werden. Sie verdrängen den technischen Zeichner, den Arbeitsvorbereiter, den Konstrukteur, den Kalkulator und den Ingenieur. Es werden nicht nur Leiter auf der mittleren Ebene überflüssig, sondern auch Angestellte in „gehobenen Positionen".

Wie sich die Freisetzung auf die soziale Existenz der Arbeiter, der Angestellten und der Vertreter der Intelligenz auswirkt, welche Formen und Konsequenzen diese Auswirkungen haben, hängt von den jeweiligen Kräfteverhältnissen im Klassenkampf im nationalen und internationalen Rahmen ab.

Für viele von Frei- oder Umsetzungen Betroffenen ist dies mit finanziellen Einbußen, dem Verlust bestimmter, oft in langjähriger Tätigkeit erworbener Rechte verbunden. Falls die Freisetzung die Form längerer Arbeitslosigkeit annimmt, birgt sie in sich das fachliche Zurückbleiben, schließlich sogar den Verlust der Qualifikation und damit den sozialen Abstieg. Solche Gefahren, die mehr oder weniger alle Arbeitenden berühren, lassen die Notwendigkeit gemeinsamer Gegenaktionen von Arbeitern, Angestellten und Intelligenz heute immer deutlicher sichtbar werden.

Es ist eindeutig, die von der wissenschaftlich-technischen Revolution ausgelösten sozialen Strukturänderungen führen dazu, daß sich die Arbeiterklasse vergrößert und daß sie sich auf einer neuen höheren gesellschaftlichen Entwicklungsstufe formiert. Der damit verknüpfte stärkere Annäherungsprozeß von Arbeitern, Angestellten und der Mehrheit der angestellten Intelligenz läßt die sozialökonomischen Gemeinsamkeiten und ihre gemeinsame gesellschaftliche Perspektive stärker in den Vordergrund treten. Die Zunahme des Anteils geistiger Arbeit im allgemeinen und bei Arbeitern und Angestellten im besonderen sowie das Anwachsen der Intelligenz und die Entwicklung eines großen Teils zu einer relativ

selbständigen Gruppe innerhalb der Arbeiterklasse, unterstreicht die Feststellung von Karl Marx, wonach die gesellschaftliche Entwicklung selbst der Arbeiterklasse massenhafter als vorher „Bildungselemente" [24]) zuführt, was ihre gesellschaftliche Stellung, ihre Funktion und Aufgabe objektiv erhöht, und zwar unabhängig davon, ob und inwieweit das den Angehörigen der Arbeiterklasse schon bewußt ist.

Emanzipation der Schüler – von der SMV zum Schülerkollektiv*)

Von Ulf Preuss-Lausitz

Die Ideologie der alten SMV

Das Selbstverständnis deutscher Schulen der Nachkriegszeit und der SMV-Erlasse verschleierte für einige Jahre die Machtlosigkeit der Schüler und den autoritären Charakter der Schule. In den Schulgesetzen wurde Demokratie proklamiert. Im niedersächsischen Schulgesetz von 1954 z. B. wurde verlangt, die Schule solle zu „selbständig denkenden und verantwortungsbewußt handelnden Bürgern eines demokratischen und sozialen Rechtsstaats" erziehen, und das Berliner Schulgesetz spricht im § 1 von der „Heranbildung von Persönlichkeiten, welche fähig sind, die vollständige Umgestaltung der deutschen Lebensweise auf demokratischer und friedlicher Grundlage zustande zu bringen . . ., welche der nazistischen Ideologie unerbittlich entgegenstehen sowie auch von dem Gefühl der Verpflichtung der Menschheit gegenüber durchdrungen sind".

Um dies zu erreichen, wurde nach den Erfahrungen mit autoritärer Erziehung in der Nazizeit von gutwilligen und fortschrittlich denkenden Pädagogen versucht, ein neues, demokratischeres Klima in die Schulen zu tragen. Viele Lehrer und Schulverwaltungsbeamte knüpften dabei an das gemeinschaftsorientierte Gedankengut der Jugendbünde und den reformpädagogischen Gedanken der ‚Schulgemeinde' [1]) in den zwanziger Jahren an. Daraus entstand die ‚Schülermitverantwortung'. Sie ist in der ursprünglichen Form tot, zu Grabe getragen von den Schülern selbst und wenigen nachdenklichen Erziehungswissenschaftlern. Die Ideologie, die der traditionellen Form der SMV zugrunde lag, lebt allerdings munter bei vielen Lehrern und Schülern weiter.

Der wichtigste Gedanke dieses ideologischen Selbstverständnisses ist der Glaube, auf der Grundlage partnerschaftlichen Zusammenarbeitens und gegenseitigen Vertrauens ließe sich eine herrschafts- und konfliktlose Gemeinschaft bilden. In diesem von gesellschaftlichen Zwängen und Ansprüchen freien Schonraum, also

[21]) Marx-Engels, Ausgewählte Schriften, Bd. I, Berlin 1955, S. 32.

* Dieser für die „Blätter" überarbeitete Aufsatz ist Teil eines Buches über Schulreform und die Probleme von Schülern, das in diesem Jahr in der Europäischen Verlagsanstalt, Frankfurt, erscheinen soll.

[1]) Vgl. S. Bernfeld, Die Schulgemeinde und ihre Funktion im Klassenkampf, in: Bernfeld, Antiautoritäre Erziehung und Psychoanalyse, Bd. 2, Darmstadt 1969.

einer ‚Pädagogischen Provinz', soll sich die Entfaltung der Persönlichkeit im Bildungsprozeß vollziehen. Aus diesem Grunde forderten die traditionellen SMV-Erlasse von der Einführung einer „Schülermitverantwortung" in den fünfziger Jahren die „Sorge für eine gute Schul- und Klassengemeinschaft" (u. a. Baden-Württemberg), die „bewußte Pflege des Gemeinschaftslebens" (Berlin) und behaupteten, „die Beteiligung der Schüler am Leben der Schule und an der Gestaltung der Schulgemeinschaft" erwachse „aus der Gemeinschaft der Schüler untereinander und aus einer auf gegenseitigem Vertrauen gegründete Partnerschaft zwischen Schülern und Lehrern" (Bremen) [2]).

Dieses an der Familienideologie und der Jugendbewegung der zwanziger Jahre orientierte Verständnis von Schule und Demokratie ist aus mehreren Gründen falsches Bewußtsein und muß an der Realität scheitern. Die Funktion der Schule, die Schulstruktur, die Stellung der Lehrer innerhalb einer hierarchischen Bürokratie und die Erwartungen der Schüler sind damit nicht vereinbar.

Auch jene Schule, die sich als Schonraum begreift, der schützen soll vor zu frühzeitigen Ansprüchen der Gesellschaft, hat die Aufgabe, Kinder hinsichtlich von Persönlichkeitsstruktur, Wissen und Fertigkeiten auf den erreichten — oder, in fortschrittlicher Interpretation, auf den historisch möglich gewordenen — Stand der gesellschaftlichen Entwicklung hin zu erziehen. Schulische wie jede andere Erziehung soll und kann daher im besten Fall immer nur sehr begrenzt ‚Schonraum' sein. War die Vorstellung einer ‚Pädagogischen Provinz' bis weit in das 19. Jahrhundert progressiv, weil sie die Kinder vor unmittelbarer Ausbeutung im Produktionsprozeß oder vor direkter Abrichtung auf die Arbeitsfähigkeit zu schützen versuchte, so verkam sie später zu einer scheinbar weltfernen, elfenbeinernen Ideologie, die dadurch um so mehr dem Bestehenden verbunden war. Da die Gesellschaft in der Schule nicht einmal mehr als Gegenstand reflektiert wurde, konnte sich die Fähigkeit zu kritischer Analyse der Umwelt nicht entwickeln. Angesichts einer technokratischen Schulreform, die ganz ausdrücklich die Pädagogik des Schonraums über den Haufen wirft, käme es heute darauf an, sich wieder auf die fortschrittlichen Absichten der Vorstellung einer ‚Pädagogischen Provinz' zu besinnen, damit kritischer Verstand und emanzipierende Erziehung sich auch gegen die Ansprüche einer autoritären Leistungsgesellschaft entfalten und stemmen können.

Im herrschaftslosen, partnerschaftlichen Konzept der SMV wird ignoriert, daß Schule nicht nur im Funktionszusammenhang der Gesellschaft steht, wie eben skizziert, sondern auch eine manifeste Herrschaftsstruktur hat. Obwohl — oder gerade weil — Lehrer selbst Vorgesetzten unterworfen sind, haben sie eine außerordentlich breite Skala von Mitteln in der Hand, Zwang auszuüben: von der Notengebung über Prügel bis zum oft raffiniert verfeinerten psychischen Druck auf den Schüler, „aus dem Felde zu gehen", d. h. die Schule zu verlassen. Diese Macht ist deshalb so umfassend, weil sie oft nicht erkennbar, damit aber auch nicht ergreifbar ist. Ein Schüler kann nur selten eindeutig feststellen, daß Abneigung und Vorurteile des Lehrers in die Zensuren eingeflossen sind; meist merken die Lehrer selbst nicht, daß ihre Sympathien und Antipathien in die Beurteilung einfließen.

Die Schulkonflikte der letzten Jahre und Monate haben deutlich werden lassen, daß dem Schulleiter eine außerordentlich starke Herrschaftsposition zugestanden ist. Es ist daher auch kein Wunder, daß viele diese Stellung ausnutzen und entsprechend autoritär handeln. Der Kampf gegen autoritäre Schulleiter muß sinn-

[2]) Alle älteren SMV-Erlasse in: W. Scheibe, Schülermitverantwortung. Ihr pädagogischer Sinn und ihre Verwirklichung. Berlin-Neuwied-Darmstadt 1959.

vollerweise als Kampf gegen seine institutionellen Möglichkeiten geführt werden: nicht liberale Schulleiter, sondern die Begrenzung ihrer Machtmöglichkeiten, ihre Ersetzung durch Kollegien und zumindest ihre Kontrolle seitens der Lehrer und Schüler müssen angestrebt werden, wenn die Selbstbestimmung der Schüler und Lehrer gefördert werden soll.

Das wichtigste Argument gegen die vermeintlich herrschaftsfreie Partnerschaftsideologie der alten SMV ist aber nicht gegen die rechtlichen Möglichkeiten der Pädagogen, sondern gegen die Schulorganisation insgesamt gerichtet: Der Klassencharakter der Schule äußert sich in der frühzeitigen Einteilung in verschiedene Schulzweige, die die späteren beruflichen und sozialen Chancen weitgehend bestimmen, in den fremdbestimmten Unterrichtsinhalten und in der ständigen Bestrafung abweichenden, möglicherweise schöpferischen Verhaltens. Nicht nur autoritäre Lehrer belohnen angepaßtes Verhalten. Gerade jene, die der Partnerschaftsideologie anhängen und auf gegenseitiges Vertrauen rechnen, müssen abweichendes und konfliktorientiertes Verhalten als Vertrauensbruch, als moralisch verwerfliches Verhalten Einzelner brandmarken. Der Abweichler gefährdet nicht nur den „Schulfrieden", sondern auch die Gemeinschaftsidylle. Gegensätzliche Meinungen und Interessenkonflikte müssen als „fehlender guter Wille" ausgelegt werden. Die partnerorientierte SMV dient daher dazu, Auseinandersetzungen zu entpolitisieren, auf die moralische und personalistische Ebene zu heben und Abweichler von den Mitschülern zu isolieren. Das verhindert die Entwicklung eines sensiblen politischen Bewußtseins der eigenen Bedürfnisse und Interessen. Äußere Anpassung, Opportunismus und resigniertes Abfinden mit vorhandenen Verhältnissen sind das Ergebnis [3]).

Kanalisierung der Kritik: SMV-Reformen

Die wenigen Schüler, die sich innerhalb der SMV engagierten, erkannten, daß ihr Wunsch nach inhaltlicher Demokratie in der Schule mit dem Selbstverständnis und den institutionellen Möglichkeiten der alten SMV nicht zu verwirklichen war. Ihre durch die persönliche Erfahrung geleitete Kritik fand ihre theoretische Grundlage in einer gesamtgesellschaftlichen Kritik: Sie erkannten, daß eine grundsätzliche Veränderung der Ausbildungsstätten (der Schule, der Hochschule und der Lehrlingsausbildung) eine Veränderung der kapitalistischen Leistungsgesellschaft voraussetzt. Immer mehr Schüler — auch SMV-Vertreter — durchbrachen die vorgeschriebenen Spielregeln und Grenzen ihrer Aktivitäten, unterliefen ihre SMV-Einrichtungen, lösten sie auf und bildeten häufig unabhängige, also von den Schulautoritäten unkontrollierbare Arbeitsgruppen. Sie erkannten, daß ihnen bedeutungslose Entscheidungen und ein Sandkastenparlamentarismus zugestanden worden waren, der die wirklichen Herrschaftsverhältnisse verdeckte und ihre Emanzipation verhinderte.

Die Kultusminister fürchteten eine breite Politisierung der Schüler und sorgten sich, mit der alten SMV ein bewährtes Instrument zur Integrierung politisch interessierter und potentiell kritischer Schüler zu verlieren. Deshalb traten zwischen Sommer 1968 und Sommer 1969 in fast allen Ländern neue, z. T. als vorläufig bezeichnete SMV-Erlasse in Kraft. Die Kultusminister einigten sich auch auf eine gemeinsame Erklärung, in der die Grundsätze, Aufgaben und Organe der SMV festgelegt wurden. Diese Erklärung der Kultusministerkonferenz (KMK) ist rechtlich nicht bedeutsam, weil nur die Kultusminister der einzelnen Länder für ihren Bereich verbindliche Richtlinien erlassen können. Aber sie zeigt an, wel-

[3]) Vgl. dazu u. a. die empirischen Untersuchungen bei Haupt-, Real- und Gymnasialschülern: Becker/Herkommer/Bergmann, Erziehung zur Anpassung? Schwalbach bei Frankfurt 1967; M. Teschner, Politische Bildung an höheren Schulen, Frankfurt 1966.

ches Maß der Übereinstimmung die Politiker der CDU und der SPD bei der ‚Demokratisierung' der Schule entwickelt haben [4]).

Die KMK anerkannte notgedrungen, daß „die Schule als gesellschaftliche Institution" keine „konfliktlose Gemeinschaft" ist. Konflikte sollen daher nicht mehr unterdrückt, sondern „fair und rational" ausgetragen werden. Offensichtlich wurde dabei aber vor allem an Konflikte gedacht, die sich zwischen Personen — etwa einzelnen Lehrern und Schülern — ergeben, nicht aber an solche, die wegen und um die Herrschaftsstruktur der Schule geführt werden. Mit einem Seitenhieb auf die linken Schülergruppen stellt die KMK nämlich fest, daß die Schule „auch kein Betrieb mit den spezifischen Konflikten des Arbeitslebens" sei — also mit dem grundlegenden Konflikt zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, dem Entscheidenden und dem der Entscheidung Unterworfenen.

Selbstverständlich lassen sich in den Erlassen der Länder Unterschiede ausmachen, die auf das ‚fortschrittliche' oder konservative Selbstverständnis der jeweiligen Parteien und Kultusbehörden hinweisen. Wir werden zu zeigen versuchen, daß diese Differenzen nur einen verschieden großen Bereich schaffen, in dem sich die Kritik der Schüler totlaufen kann. Die sogenannten bildungspolitisch fortschrittlichen Länder, gemeinhin die sozialdemokratisch geführten, haben noch wirksamere Neutralisierung der Kritik und der emanzipatorischen Aktivität der Schüler gefunden. Sie sind die klügeren Konservativen, die gewitzteren Erhalter der Herrschaftsverhältnisse in den Schulen — ob das in ihrer Absicht liegt oder nicht.

Die entscheidenden Fragen an die Erlasse zur SMV sind folgende: In welchem Maß ist Schülereinfluß auf die Entscheidungen für die ganze Schule möglich? Wieweit ist die Mitbestimmung im Unterricht und bei der Notengebung rechtlich gesichert? Wieweit unterliegen die Regeln und die Austragung schulischer Konflikte dem Einfluß der Schüler? Wieweit ist politische Arbeit in den Schulen möglich?

Konferenzteilnahme

Nach den neuen, „sehr fortschrittlichen" Erlassen (so der damalige schleswig-holsteinische Kultusminister v. Heydebreck) dürfen in fast allen Ländern der Schulsprecher, zuweilen noch sein Vertreter und ein weiterer Schüler an den Gesamtkonferenzen teilnehmen. Häufig gilt das aber nur, wenn „Schülerfragen" auf der Tagesordnung stehen. Was „Schülerfragen" sind, bestimmen der Schulleiter oder seine Kollegen. Die Trennung in „Schülerprobleme" und „Lehrerprobleme" ist aber künstlich, da alle Themen, die die Lehrer angehen, auch für die Schüler wichtig sind. Nehmen wir ein Beispiel: Wenn von den Lehrern eine Verfügung diskutiert wird, die ihr Verhältnis zur Schulbehörde zum Thema hat, so ist das für die Schüler insofern von Bedeutung, als die Abhängigkeit der Lehrer von der Schulbürokratie und von der Schulleitung sich auswirkt auf das Selbstbewußtsein der Lehrer und damit auf ihren Unterrichtsstil. Eine Beschränkung der Teilnahme von Schülern auf nur wenige Themen einer Konferenz ist also sachlich nicht gerechtfertigt. Diese Beschränkung deutet darauf hin, daß den Schülern ein Teil des Wissens der Lehrer (und der Schulleitung) vorenthalten werden soll. Geheimwissen ist Herrschaftswissen. Die Öffentlichkeit sämtlicher Konferenzen in der Schule ist wie bei Entscheidungsgremien anderer Institutionen Voraussetzung demokratischer Kontrolle und Entscheidungsfindung.

[4]) Der Beschluß der KMK und die reformierten SMV-Erlasse der Länder bis März 1969 sind abgedruckt: in: D. Hinrichs, SMV im Umbruch, Hannover 1969.

In einigen Ländern, etwa in Schleswig-Holstein, haben die Schülervertreter auch Stimmrecht. Die Regelung erinnert an das „Berliner Modell" an der Freien Universität Berlin, das 1950 von Studenten und Hochschullehrern erarbeitet worden war. Es gewährte zwei oder drei Studenten Sitz und Stimme im Akademischen Senat und in den Fakultätssitzungen. Es hat lange gedauert, bis die Studenten merkten, wozu die Stimmen von so wenigen Vertretern gegenüber einer viel größeren Anzahl von Professoren dienten: Die Studenten fühlen sich dadurch mitverantwortlich und an die Beschlüsse gebunden. Gleichzeitig konnte man von Gleichberechtigung und parlamentarisch-demokratischem Verfahren reden. Wenn das Stimmrecht jetzt an den Schulen wieder auftaucht, so darf man vermuten, daß damit die gleiche Wirkung erzielt wird. Daher muß jedes Stimmrecht von Schülern in Konferenzen so lange abgelehnt werden, als sie nicht die Chance haben, die Mehrheit zu gewinnen. Bis dahin ist es viel wichtiger, auf ein Veto-Recht zu pochen. Das verlangt keine Zahlengleichheit von Lehrern und Schülern und kann den Anfang echter Einflußnahme in den Konferenzen bilden.

Besonders absurde parlamentarische Formalismen haben sich das CDU-regierte Saarland und das SPD-regierte Nordrhein-Westfalen ausgedacht: Die Schülervertreter unterliegen in den Konferenzen der Schweigepflicht. In Nordrhein-Westfalen gilt das nicht nur für die Gesamtkonferenz, sondern auch für die Klassen- und die Fachkonferenz [5]) (NRW ist bislang das einzige Land, das eine Teilnahme von je zwei Schülern an den beiden letztenKonferenzen vorsieht). Hier enthüllt sich der vorsichtig progressive Anspruch in den Einleitungen der Erlasse (wie im KMK-Beschluß) von der Notwendigkeit der Interessenvertretung der Schüler einmal mehr als Gerede: Wie eine Interessenvertretung sinnvoll und wirksam stattfinden kann, wenn die Delegierten den sie Delegierenden nicht über die Verhandlungen, die hinter verschlossenen Türen stattfinden, berichten können, bleibt unerfindlich. Zwei Mechanismen dienen der Schwächung echter Interessenvertretung: Durch die Vertraulichkeit können die Schülervertreter durch Geheimwissen korrumpiert und auf die Seite der Lehrer gezogen werden (wie bei der Nichtöffentlichkeit der Konferenzen und dem Stimmrecht). Außerdem kann Kritik in abgeschirmte Besprechungen kanalisiert und dort neutralisiert werden. Der Appell der Schülervertreter an ihre Basis, möglicherweise die Mobilisierung der gesamten Schülerschaft gegen bestimmte Entscheidungen in den Konferenzen wird damit unmöglich gemacht. Das Verhalten ihrer Gesprächspartner in den Konferenzen können sie nicht öffentlich kritisieren.

Mit dem Prinzip der Delegation (nur Schülervertreter haben zu Konferenzen Zutritt), der Vertraulichkeit (Schweigepflicht), der Beschränkung der Zuständigkeit („Schülerfragen") und dem Stimmrecht werden mögliche Ansätze von Schülermit- und selbstbestimmung zur Wirkungslosigkeit verdammt.

Eine Teilnahme an Konferenzen ist daher für die Emanzipation der Schüler nur unter drei Voraussetzungen sinnvoll: Wenn die Öffentlichkeit aller Konferenzen gesichert ist; wenn ein Veto-Recht für die Schüler eingeräumt wird; wenn alle Themen diskutiert werden, die Schüler auf die Tagesordnung setzen.

Schlichtungsausschüsse

Neben der Schülerteilnahme an Konferenzen ist nur noch ein Bereich in den SMV-Erlassen ausführlich erörtert und festgelegt: Die Regelung schulischer Konfliktfälle. Das verwundert nicht, nimmt doch die Zahl derer, die sich nicht mehr anpassen (lassen) wollen, immer mehr zu, und damit auch die Zahl und die Brisanz

5) An Fachkonferenzen nehmen die Lehrer eines Fachs, an Klassenkonferenzen die Lehrer teil, die in einer Klasse unterrichten.

der Konflikte. Nichtanpassung heißt hier, die oft beschworene „Schul- und Klassengemeinschaft", den „Schulfrieden" und den (nicht von Schülern bestimmten) „Schulzweck" zu stören, und zwar vorsätzlich. Nichtanpassung heißt bei bewußten Schüler auch, ihr Handeln nicht individuell zu verstehen, sondern als Teil des politischen Kampfes um Emanzipation in Schule und Gesellschaft, der nur in Zusammenarbeit und Solidarität mit Mitschülern geführt werden kann. Konflikte werden daher auch immer mehr Auseinandersetzungen in und mit Gruppen. Die Aufrechterhaltung der „Disziplin" durch detaillierte Regelungen in den SMV-Verordnungen war daher eine Hauptsorge der Kultusbehörden.

Sie ließen es sich nicht nehmen, die Kritik der Schüler, die sich in erster Linie gegen die ausgedehnte Disziplinargewalt der Schule richtete, aufzugreifen. Meist verfügten sie die Einrichtung eines Gremiums von Lehrern, Schüler und z. T. Eltern, in dem Konfliktfälle erörtert werden sollen.

Die Ausschüsse sind teilweise drittelparitätisch (Eltern, Lehrer, Schüler) zusammengesetzt, wie in Bayern, z. T. halbparitätisch (Lehrer, Schüler), so in Niedersachsen. In diesem Bundesland haben daher die Schüler die reale Chance, eine Mehrheit zu gewinnen. In keinem Land hat aber der Ausschuß echte Entscheidungskompetenz. Er bleibt auf die Klärung von Konflikten und auf den daran geknüpften „Rat" an den Schulleiter und die unmittelbar Betroffenen beschränkt. Für Niedersachsen, das mit seiner halbparitätischen Lösung bisher am weitesten geht, schreibt F. Stäblein in einer offiziösen Interpretation des Erlasses [6]):

„Der Erlaß (räumt) den Schülervertretern an keiner Stelle Mitbestimmungsrechte (ein), die jetzt bestehende Kompetenzstruktur der Schule (bleibt) also voll erhalten ... Durch den in dem Erlaß vorgeschlagenen Schlichtungsausschuß sollen nun die Schüler gewissermaßen offiziell und institutionell an der Klärung solcher Vorfälle mitwirken. Ein Gremium von vielleicht zwei Lehrern und zwei Schülern könnte bei einer ‚Beschwerde' den Sachverhalt ermitteln, die Angelegenheit von der emotionalen auf die rationale Ebene heben und damit die Gewichte wieder richtig verteilen (!). Schließlich könnten die Schülervertreter den beteiligten Schülern (!), die Lehrervertreter dem beteiligten Lehrer (!) raten, wie das Vertrauen zwischen beiden Seiten wieder hergestellt werden kann. Selbstverständlich erfordert die Arbeit in einem solchen Ausschuß Takt und Einfühlungsvermögen ... In diesen Zusammenhang gehört auch die Bestimmung ..., nach der die Mitglieder des Ausschusses zur Verschwiegenheit verpflichtet sind ... Ein Verstoß wird etwa wie ein Vertrauensbruch zu werten sein und den Betreffenden als ungeeignet für die weitere Mitarbeit im Ausschuß erscheinen lassen."

In diesem kurzen Abschnitt steckt die ganze partnerschaftliche Ideologie der Schule. Wörter wie Vertrauen, Takt, Einfühlungsvermögen sind entlarvend. Konflikte werden offensichtlich nur als Auseinandersetzungen einzelner Lehrer mit einzelnen Schülern gesehen, nicht aber als politische, bei denen es um mehr Rechte der Schüler einer Klasse oder der ganzen Schule geht, und wo nicht individuelle Lehrer, sondern Funktionsträger — in der Rolle der Unterrichtenden, des Schulleiters, des Schulverwaltungsbeamten — die Gegner sind. Vor allem aber wird behauptet, durch eine rationale Erhellung der Konfliktursachen ließen sich „die Gewichte wieder richtig verteilen", also die Gegensätze aus der Welt schaffen. Diese Einstellung widerspricht den strukturellen Gegensätzen zwischen sich emanzipierenden Schülern und Lehrern in einer hierarchischen Struktur, in der Herrschaft ausgeübt werden kann. Wenn die Schülervertreter in diesem Aus-

[6]) F. Stäblein, Schülermitverantwortung in Niedersachsen, in: Amtsblatt des Kultusministeriums Niedersachsen, Nichtamtlicher Teil, S. 286—295, Heft 10, 1968.

schuß wirklich Interessenvertreter sein sollen — das wird an anderer Stelle des Erlasses zugestanden —, dann kann von ihnen nicht „Vertrauen" (zu den Lehrern) verlangt werden, sowenig wie der von Lehrern und Eltern definierte „Takt", der ja voraussetzt, daß man sich den vorgegebenen Spielregeln unterwirft. Emanzipatorische Interessenvertretung setzt zuweilen gerade „Taktlosigkeit" voraus, in der Absicht nämlich, die Regeln der Auseinandersetzungen selbst bestimmen zu können. Interessenvertretung setzt auch voraus — davon sprachen wir schon —, daß Schweigepflicht entfällt. Typisch ist, daß echte Interessenvertretung als „Vertrauensbruch" angesehen wird und die betreffenden Schüler dann vom Ausschuß ausgeschlossen werden sollen. Damit enthüllt sich auch die niedersächsische halbparitätische Einrichtung eines Schlichtungsausschusses als ein weiteres Instrument in der Hand der Schule, mögliche grundsätzliche Kritik wirkungslos werden zu lassen.

In den Ländern, in denen die „Schlichtungsausschüsse" drittelparitätisch zusammengesetzt sind, wird den Eltern ein erhebliches Maß informellen Einflusses eingeräumt, wie sonst nirgends im Bereich der Schule. Das ist verdächtig und bezeichnend zugleich. Bei allen größeren Schulkonflikten der vergangenen Jahre ließen sich — wenn überhaupt — gleichartige Elternreaktionen bei Schulkonflikten beobachten. War ein Lehrer auffällig autoritär, prügelte er z. B. häufig, so waren die Eltern eher auf seiten der Opfer, der Schüler. Brachen aber die Schüler bewußt die bürgerlichen Normen der Schule und nahmen aktiv den Kampf um ihre Selbstbestimmung auf, so konnte man Elternvertreter regelmäßig auf der Seite der Schule finden. Das ist verständlich: Das Interesse an der Aufrechterhaltung der Macht (durch ‚Ruhe und Ordnung') seitens der Schule und das Interesse an der Einhaltung der bürgerlichen Spielregeln bei Konfliktaustragung durch die sonst ‚liberalen' Eltern (zu schweigen von den autoritären) trifft zusammen. Beide dulden nicht den Kampf gegen Regeln und Herrschaftsverhältnisse, sondern nur Auseinandersetzungen innerhalb des Systems [7]). Diese Darstellung von Elternverhalten kann sich auch auf eine Untersuchung stützen, in der entsprechende Einstellungen von Eltern ermittelt worden sind [8]).

Die Teilnahme von Elternvertretern in ‚Schlichtungsausschüssen' ist daher zwiespältig. Bei allzu offenkundigen Ausschreitungen von Lehrern kann sie für die Schüler nützlich sein. Wo es aber um Auseinandersetzungen aus letztlich politischen Gründen geht, werden die Eltern meist mit Lehrern um die Aufrechterhaltung der Herrschaftsverhältnisse in der Schule bemüht sein, gegen die Schüler, auch wenn ihre eigenen Kinder davon betroffen sind. Um politische Konflikte geht es aber hauptsächlich an den Schulen. So kann man vermuten, daß der scheinbar so demokratische drittelparitätische ‚Schlichtungsausschuß' ein Instrument in der Hand der Schule ist, die damit sogar noch zu Recht behaupten kann, eine Forderung vieler Schüler erfüllt zu haben. Der Einfluß von Eltern in der Schule hat den Emanzipationskampf der Schüler bislang eher behindert als ihm gedient. Nur unter der Voraussetzung, daß die Eltern selbst an ihrem Arbeitsplatz und in der Familie politisch bewußtes kritisches Handeln praktizieren, sollten sie Einfluß auf die ‚Sozialisationsagentur' Schule nehmen können.

Die hier diskutierte Kritik an der mangelnden Entscheidungskompetenz und der Zusammensetzung der Ausschüsse bliebe unzulänglich, wenn nicht die entscheidende Frage für die Schüler gestellt würde — und sie wird in keinem Erlaß auch nur erörtert —: Können sie die Regeln, nach denen ‚geschlichtet', also

---

7) Vgl. dazu ausführlich F. Wellendorf in M. Liebel/F. Wellendorf, Schülerselbstbefreiung, Frankfurt 1969, S. 26 ff.
8) Vgl. J. P. Kob, Erziehung in Elternhaus und Schule, Stuttgart 1963.

die Konflikte ausgetragen werden, selbst bestimmen? Können sie die von Schulverwaltung und Schulleitung gesetzten Vorstellungen über Hausordnungen, den „Schulfrieden" und den Schulzweck durch ihre eigenen Konzepte ersetzen? Offenkundig ist das nicht der Fall. Die Maßstäbe, nach denen in den Vermittlungs- oder Disziplinarausschüssen diskutiert und entschieden wird, sind allemal die Maßstäbe von Lehrern, Schulverwaltung und z. T. von Eltern. Man kann sich vorstellen, was etwa geschähe, wenn in einem halbparitätischen Schlichtungsausschuß (sozialistische) Schülervertreter nicht den Streik einer Klasse gegen einen vernebelnden Biologieunterricht und die berühmte ‚Rädelsführerschaft' einiger vermeintlicher Drahtzieher diskutieren und verurteilen wollte, sondern den Inhalt des Unterrichts angriffe und auf eine sofortige Veränderung pochte. Ein Aufschrei der Empörung erhöbe sich bei der Mehrzahl der Lehrer. Sie würden vor allem einwenden, daß man über alles reden könne, aber immer im „vernünftigen" Rahmen. Dazu gehört Streik nach Auffassung einer autoriären Vernunft in der Tat nicht. In Bayern könnten die in der Entrüstung vereinten Lehrer sich auf den reaktionären SMV-Erlaß des CSU-Kultusministers Huber stützen. Dort heißt es: „Der Schüler steht in der Ordnung seiner Schule und Klasse ... Die Zusammenarbeit aller Angehörigen einer Schule beruht auf den Gründen des Vertrauens und der Höflichkeit. Jeder Schüler ist verpflichtet, Anweisungen der Schule zu folgen, seinen Beitrag zu einem guten Arbeitsstil zu leisten und Hilfsbereitschaft zu zeigen."

Die verschiedenen Schlichtungs- und Disziplinarausschüsse sind für die Schüler nur dann fruchtbar, wenn sie Entscheidungskompetenz haben, in ihnen die reale Chance der Mehrheitsgewinnung für die Schüler gesichert ist und die Maßstäbe der Entscheidungen nicht vorgegeben, sondern von den Schülern mitbestimmt werden können. Auch der Kampf um diese Forderungen ist ein Kampf um die Veränderung der Herrschaftsverhältnisse in den Schulen, der die Rolle der Schule für herrschende gesellschaftliche Zwecke beeinträchtigen soll.

Einfluß im Unterricht

Die wichtigste Kritik an der traditionellen SMV und an der Ohnmacht der Schüler war, daß sie im Unterricht nichts zu sagen hatten. Außerhalb des Unterrichts wurde ihnen im kläglichen Rahmen der SMV die Illusion einer Mitarbeit zugestanden — im Unterricht aber blieb der einzelne Lehrer unumschränkter Souverän gegenüber den Schülern, wenn auch selbst wieder an Bildungspläne, Verwaltungsvorschriften und Beamtenrecht gebunden. Selbstverständlich gab es schon immer und gibt es auch jetzt besonders unter den jüngeren Lehrern einige, die ihre Schüler an der Unterrichtsplanung beteiligten und über die Arbeitsformen verbindlich diskutierten, die vielleicht sogar Kriterien für Noten mit den Schülern erarbeiteten. Solche Fälle sind aber selten und nicht entscheidend. Entscheidend ist, ob solches und darüber hinaus gehendes Handeln für Schüler rechtlich gesichert wird, ob sie auf die Selbstbestimmung der Lernprozesse einen rechtlichen Anspruch haben. An den Rechten jedes einzelnen Schülers im Unterricht entscheidet sich, ob eine Schule sich im Ansatz demokratisch nennen kann.

Die reformierten SMV-Erlasse geben keinen Anlaß, in diesem Sinne von einer demokratischen Schule zu sprechen. Es bleibt im wesentlichen alles so, wie es war. Soweit der Bereich des Unterrichts überhaupt erwähnt wird, dürfen jetzt „Anregungen und Vorschläge" gegeben werden — das ist offensichtlich keine Selbstverständlichkeit, sonst brauchte dies nicht besonders erwähnt zu werden. Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein schränken die Zahl derjenigen, die „Anregungen" geben können, sogar auf die SMV-Vertreter ein. Die

Demokratie im Unterricht findet nicht statt. Daran ändern auch schülereigene Arbeitskreise nichts, falls sie zugelassen werden.

Das Hauptinstrument zur Disziplinierung der Schüler und zur Entscheidung über die sozialen Chancen nach der Schulzeit sind Noten und Zeugnisse. Es hat sich inzwischen herumgesprochen, daß bislang weder die Wissenschaftler, geschweige denn die einzelnen Lehrer ‚objektive', d. h. nachprüfbare Maßstäbe zur Beurteilung gefunden haben. Keiner weiß so recht, was Noten eigentlich messen, keiner weiß, ob sie konstant das messen, was sie zu messen vorgeben. Noten liegen in Bayern im Durchschnitt eine halbe bis eine Note höher als in Baden-Württemberg (was sogar bei der Aufnahme der Medizinstudenten in die Universitäten berücksichtigt wird). Jedem Schüler und jedem Lehrer ist bekannt, daß ein ‚ausreichend' in Sport in einer Schule mit der Begründung gegeben werden kann, der Schüler sei fähig aber faul, in einer anderen, er sei willig aber untalentiert. Es ist weiterhin bekannt, daß Mädchen generell besser beurteilt werden als Jungen, weil sie weniger aufmüpfig sind. Schließlich weiß man, daß die Kenntnis der sozialen Herkunft und das verfestigte Urteil über ‚bessere' und ‚schlechtere' Schüler die Lehrer unbewußt dazu verleitet, Klassenarbeiten ‚guter' Schüler weniger gründlich anzusehen als die ‚schlechter', und daß die Leistungserwartungen der Lehrer die Schüler dazu bringen, sich diesen Erwartungen anzupassen. So wird ein Schüler, von dem der Lehrer glaubt, er sei ‚unbegabt', nicht nur schlechter beurteilt, sondern auch tatsächlich die Rolle des ‚Unbegabten' übernehmen und schlechtere Leistungen bringen, als wenn man von ihm mehr verlangte [9]).

Die ausschließliche Entscheidung der Lehrer über Noten ist also nicht zu rechtfertigen. Auch eine ‚Objektivierung' der Zensuren, wie sie von kritischen Schülern gefordert wird, bleibt ein zweischneidiges Schwert. Sie kann die subjektiven Verzerrungen des Lehrerurteils ausschalten. Objektiv wird sie nur die tatsächlichen Leistungen messen, aber nicht die Ursachen aufspüren und allen Beteiligten offenlegen können, die zu diesen Leistungen führen. Vor allem aber beinhalten ‚objektivierte' Leistungsmessungen Maßstäbe über Art und Ausmaß der Leistungen, die wieder von den Konstrukteuren dieser Verfahren — Wissenschaftlern und Lehrern — festgelegt sind.

Die Leistungsmaßstäbe sind also nicht wissenschaftlich zu gewinnen, weil in sie Wertvorstellungen und gesellschaftliche Interessen mit einfließen. In Mathematik z. B. können Genauigkeit der Durchführung einer Aufgabe, richtiges Rechnen, Sauberkeit der Darstellung, aber auch Einfallsreichtum beim Lösen, sprachliche Eleganz der Beschreibung einer Operation, kritisches Erwägen der Sinnhaftigkeit einer Aufgabe als Beurteilungsmaßstab genommen werden. Welchen Gesichtspunkt man wählt, hängt von der Bedeutung ab, die den verschiedenen Faktoren im späteren beruflichen und alltäglichen Leben gegeben werden. Diese Bedeutung ist aber wissenschaftlich nur teilweise zu ermitteln. Andere Maßstäbe hängen eng zusammen mit der Absicht emanzipatorischer Erziehung. So zeigt sich selbst an der scheinbar so objektiv beurteilbaren mathematischen Leistung, welche Wertentscheidungen sich hinter einer „Objektivierung" verbergen können. Die Maßstäbe von Beurteilungen können daher nur im herrschaftsfreien Dia-

---

[9]) Vgl. dazu S. Flittner, in: Zeitschrift für Pädagogik: Das Schulzeugnis im Lichte neuerer Forschung, 1966, Heft 6, S. 511/37; M. Zillig, Einstellung und Aussage, in: Zeitschrift für Psychologie, 106/1928, S. 78 ff. (Diktatbeurteilung von Lehrern); Verschiedene Untersuchungsergebnisse sind zu finden in: R. Weiss, Zensur und Zeugnis, Linz 1965; W. Dohse, Das Schulzeugnis im Lichte neuerer Untersuchungen, in: Zeitschrift für Pädagogik, 12/1966, S. 511/38; J. Zielinski, Macht und Ohnmacht der Zensuren in: Pädagogische Rundschau, 1961, S. 122—142. Die Wirkung der Lehrervorurteile über ‚gute' und ‚schlechte' Schüler auf den Schulerfolg wird dargestellt bei E. Höhn, Der schlechte Schüler, München 1967.

log ermittelt werden, an denen auch die Schüler permanent beteiligt werden müssen.

Dagegen spricht der reformierte bayerische SMV-Erlaß aus, was in allen anderen Erlassen auch steckt: „Die Benotung einer Schülerleistung ist ausschließlich Aufgabe der Lehrer". Die vermeintlich fortschrittliche Reform auf diesem Gebiet besteht darin, daß jetzt die Noten den Schülern „verständlich" gemacht und z. T. auf Wunsch jederzeit bekanntgegeben werden sollen. In Hamburg dürfen — als einzigem Land — „Anregungen" zur Notengebung in den Klassen gegeben werden.

Chance (schul-)politischer Aktivität

Nach der bisherigen Analyse der reformierten SMV-Erlasse kann man die Frage nach der institutionellen Sicherung oder gar Förderung schulbezogener und auf andere gesellschaftliche Bereiche hin orientierter politischer Arbeit von Schülern kaum noch mit großer Hoffnung auf eine positive Antwort stellen. Im KMK-Beschluß wurde eine Sicherung gegen kritische Schüler und eine massenhafte Politisierung der Schüler eingebaut: Schülervollversammlungen dürfen nur „im Einvernehmen mit der Schulleitung einberufen (werden), die der Berichterstattung und Diskussion dienen". Im Klartext: Eine Versammlung, die dem Rektor nicht paßt, kann nicht stattfinden, sie kann wenn nötig mit Polizeigewalt verhindert werden (der Rektor hat ja das Hausrecht). Gerade Vollversammlungen sind aber besonders wichtig bei größeren Schulkonflikten. Sie erlauben eine breite Information, eine öffentliche Diskussion und Teilnahme jedes Schülers an möglichen Problemlösungsversuchen. Der Schulleiter wird sein „Einvernehmen" natürlich versagen, wenn eine Versammlung geplant ist, die gegen ihn, einen seiner Kollegen oder gegen die ihm vorgesetzte Behörde gerichtet ist. Aber selbst wenn eine Vollversammlung stattfinden könnte, wäre sie wirkungslos, denn Beschlüsse jeder Art sind nach der Vorstellung der KMK verboten. Zu Recht würde das Interesse der Schüler an solchen Veranstaltungen schwinden. Durch den Beschluß der KMK soll dem Ruf kritischer Schüler nach handlungskräftigen Vollversammlungen als (schul)politischem Instrument der Wind aus den Segeln genommen werden. Verstümmelt sollen sie als Ventil für Aktivität und Kritik dienen, die den Lehrern (bzw. Schulleitungen und Schulbehörden) dazu noch das Alibi scheinbarer Demokratie bieten.

Den meisten Bundesländern war selbst dieses in Themenwahl und Beschlußfähigkeit beschränkte Forum zu gefährlich. Nur in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen werden Vollversammlungen überhaupt zugelassen.

Das aktuelle Problem der Flugblattverteilung auf dem Schulgelände wird in den meisten Erlassen nicht erwähnt. Nur in Hamburg und Bayern dürfen Schüler Flugblätter verteilen: In Hamburg ist die Genehmigung des Schulleiters, in Bayern gar des Kultusministeriums erforderlich. Man kann sich vorstellen, daß Aufklärung und Agitation auf diesem Weg weithin unmöglich ist. In den letzten Monaten wurden wegen Flugblattverteilen eine Reihe von Schülern der Schulen verwiesen [10]).

In Schleswig-Holstein sind politische Schülergruppen ganz verboten. Auch Bayern meint: „Aktive politische Tätigkeit gehört nicht in die Schule." Wie unter diesem Aspekt politische Bildung betrieben werden soll, bleibt unerfindlich, sagt doch derselbe bayerische Erlaß an anderer Stelle zu Recht: „Das demokratische Bewußtsein (und Handeln! — d. Verf.) erwächst nicht nur aus der im Unterricht

10) Vgl. dazu die Berichte in „Underground". Zur Kritik der Zeitschrift Underground generell vgl. AUSS Frankfurt, in: M. Liebel: F. Wellendorf, a.a.O., S. 180.

vermittelten Einsicht, sondern auch aus der Erfahrung, die im praktischen Handeln heranreift." Häufig ist „aktive politische Tätigkeit" zugleich unmittelbar und mittelbar schulbezogene Tätigkeit, weil bestimmte Zustände in den Schulen abhängig sind von bestimmten gesellschaftlichen Verhältnissen. Wer sich weigert, politische Arbeit in den Schulen zuzulassen, versucht die Abhängigkeit schulischer Chancen, der Struktur und den Inhalten der Schule von gesellschaftlichen, politischen Zuständen zu verdecken. Er stützt dadurch objektiv die bestehenden Verhältnisse.

In einigen Ländern sind politische Gruppen und politische Veranstaltungen zugelassen. Dabei werden allerdings meist Einschränkungen gemacht, die schon im KMK-Beschluß auftauchten. Die KMK beschloß, politische Veranstaltungen „dürfen nicht den Zielsetzungen einzelner politischer, konfessioneller oder weltanschaulicher Gruppen dienen".

Das sozialdemokratische Hamburg läßt Schülergruppen zu, „wenn sie politisch, weltanschaulich und konfessionell nicht gebunden" sind. Im christdemokratischen Saarland dürfen Schülerveranstaltungen „nicht einseitig den Interessen und Auffassungen einer Organisation oder Gruppe dienen. Werbeveranstaltungen für eine politische Partei oder Gruppe sind untersagt". Selbst das ist den Saarländern noch zu gefährlich: „Der Schulleiter kann die Durchführung einer Veranstaltung untersagen, wenn sie den (von ihm definierten — d. Verf.) Erziehungsauftrag oder das (von ihm definierte — d. Verf.) Ansehen der Schule gefährdet."

Diese Einschränkungen zeugen nicht nur von der Angst der Schulverwaltungen vor kritischen, womöglich sozialistischen Schülergruppen. Sie offenbaren eine merkwürdige Vorstellung von Politik und Schule. Parteipolitik, so ist daraus zu entnehmen, sei ein schmutziges Geschäft und gehöre in den Bereich der Propaganda, nicht aber in den politischer Aufklärung und Willensbildung. In der Schule könne demgegenüber interessenfreie politische Bildung betrieben werden.

Bayern hat innerhalb der konservativen Fronde der sozialdemokratischen und christdemokratischen Kultusministerien auch zu diesem Thema etwas Besonders beizutragen: Der Schüler solle zwar „im Unterricht seine Meinung frei äußern und vertreten". Aber: „Politische Werbung in Wort (!) und Schrift zur Durchsetzung persönlicher Anschauungen und Interessen (!) ... sind nur außerhalb des Unterrichts und des Schulbereichs zulässig." Dieser Satz ist ein Symptom dafür, wie offen ein Kultusminister das in der Bundesverfassung festgehaltene Selbstverständnis eines demokratischen und sozialen Rechtsstaats ignorieren darf. Die freie Meinung eines Schülers (und Lehrers!) ist immer eine „politische Werbung im Wort", gewollt oder nicht, wenn sie sich auf bevorstehende Entscheidungen richtet. Wer den Satz des Erlasses ernst nimmt, schließt nicht nur die Emanzipation von Schülern und Lehrern aus, er verhindert zugleich sinnvollen politischen Unterricht. Mit diesem ist ja immer noch verbunden, daß die Schüler politisch erzogen, d. h. bestimmte, begründbare Einstellungen zu politischen Prozessen und Verhältnissen gewinnen sollen. Einen wertneutralen politischen Unterricht kann es sowenig geben wie einen politisch „objektiven" Lehrer. Immer ist damit zugleich (politische) „Werbung" verbunden.

Selbst wenn diese Konsequenz nicht gesehen oder nicht gewünscht wird: Angestrebt ist auf jeden Fall, das politische Engagement unter Kontrolle zu halten und auf die staatserhaltenden Werte der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung zu verpflichten. Wenn das nicht gelingt, wird — wie im Bereich der Hochschulen

— versucht, den Schülern ein ‚politisches Mandat' abzusprechen, also den Anspruch zu leugnen, als Schüler zu politischen Problemen Stellung zu nehmen [11]). Aber Schüler können sich ebensowenig wie Studenten auf Probleme der Schulen (bzw. Hochschulen) beschränken, weil eben diese Institutionen von außerschulischen und außeruniversitären Bereichen abhängig sind. Diese Abhängigkeit ist selten direkt (etwa wenn die Industrie die Art der Forschung bestimmt und auf Lehrpläne Einfluß zu nehmen versucht). Häufiger ist sie vermittelt: über die Erziehung der Eltern, die Ausbildung und Werthaltungen der Lehrer, über soziale Chancen in der Schule, die Finanzmittel für das Bildungswesen, über Schulreformen, die Entstehung neuer Bildungspläne usw. Den nicht sofort einsichtigen, vermittelten Zusammenhang aufzudecken, ist eine der Aufgaben kritischer Schüler — und sollte die wichtigste Aufgabe aller Schulen sein.

Möglichkeiten emanzipatorischer Arbeit von Schülern

Es kann nicht die wichtigste Aufgabe kritischer und sozialistischer Schüler sein, den Kampf um die revolutionäre Veränderung der Gesellschaft aufzunehmen. Dieser Kampf wird hauptsächlich in der Sphäre der Produktion und ihrer Verwertung geführt werden müssen.

Kritische Schüler haben die Aufgabe, die Rolle der Schule als ‚Sozialisationsagentur', als Verstärker und Verfestiger bürgerlich-kapitalistischer Werte zu entlarven und aufzubrechen. Es geht dabei um die Analyse der äußeren Zwänge in der Schule, im Elternhaus und in der Gesamtgesellschaft, sei es im ökonomisch-beruflichen Bereich, im Konsumsektor oder im Bereich der Bewußtseinsindustrie. Es geht um die Aufdeckung des Zusammenhangs, durch den die verschiedenen Instrumente der Sozialisation und sozio-ökonomischen Herrschaft miteinander verbunden sind. Es geht auch um die Analyse der psychischen Vorgänge, durch die sichtbare Zwänge in einer vermeintlich liberalen Gesellschaft verdeckt, ja z. T. überflüssig werden. S. Bernfeld beschreibt einen dieser Mechanismen: „Die Kinder müssen die bürgerliche Klasse lieben lernen. Und dieser Unterricht muß so nachdrücklich, so sicheren Erfolgs sein, daß ein ganzes Leben, in Not und Sklaverei verbracht, nicht hinreicht, diese Liebe zu verlöschen. Was in Wahrheit gewaltsam erzwungene Ausbeutung ist, ... soll ihnen als freiwillig dargebrachtes Opfer der Liebe erscheinen" [12]).

Die Emanzipation der Schüler kann aber nicht bei Analyse und kritischem Bewußtsein stehen bleiben. Es müssen Formen der Praxis gefunden werden, die den äußeren Zwang verringern, denen die Jugendlichen vor allem in der Schule, in der Familie und bei der Berufsausbildung unterworfen sind, und die dadurch die Möglichkeit schaffen, durch ‚Gegenmilieu' die eigene Sozialisation, die verinnerlichten Normen, Haltungen, Gewohnheiten, die in dieser Gesellschaft belohnt werden, wenigstens teilweise aufzuheben.

Schließlich gehört zur politischen emanzipatorischen Arbeit auch die Gewinnung einer möglichst breiten Basis kritischer und kritisch handelnder Schüler. Die Politisierung der Schüler (und Lehrer!) ist die Voraussetzung für einen weitreichenden Erfolg der Schülerrebellion.

Diese drei Ziele: befreiende Praxis, Politisierung und Analyse sollen an drei möglichen Instrumenten der „Schülerselbstbefreiung" (Liebel/Wellendorf) diskutiert werden, die in der gegenwärtigen (schul-)politischen Lage von Bedeutung sind: an der SMV, an Gegenschulen oder Kritischen Schulen und an Schülerkollektiven. Wir können hier keine neuen Strategien vorschlagen. Diese müssen

11) Vgl. zum politischen Mandat U. K. Preuß, Das politische Mandat der Studentenschaft, edition suhrkamp 1968.
12) S. Bernfeld, Sisyphos oder Die Grenzen der Erziehung, Frankfurt 1967 (erstmals 1925), S. 97 f.

von den unmittelbar Betroffenen selbst erarbeitet werden. Wir werden diese drei strategischen Konzepte lediglich diskutieren, um möglichst viele Aspekte in die Diskussion bei Schülern einzubringen.

SMV als Instrument der Emanzipation?

Immer mehr Schüler haben erkannt, welche Funktion die SMV im Herrschaftszusammenhang von Schule und Gesellschaft spielen soll. Daher lösen immer mehr Schüler ihre Vertretungen auf. Die Analyse der reformierten SMV-Erlasse zeigte, daß diese als Plattform für befreiende Praxis sich emanzipierender Schüler ungeeignet sind.

Es wäre deshalb falsch, wenn Schüler — seien sie auch noch so kritisch — den neu formulierten Rahmen der SMV akzeptierten und dazu benützten, ihrer konkreten Kritik ein begrenzt öffentliches Forum zu schaffen (etwa in den Konferenzen, im Schlichtungsausschuß). Im besten Fall könnten sie gewerkschaftsähnliche Arbeit leisten, die aber die bestehenden Verhältnisse nicht grundsätzlich verändern würde. Auch noch so radikale und zutreffende Kritik innerhalb der SMV würde für schulpolitische Entscheidungen und für die Politisierung der Schüler wirkungslos bleiben.

Die politische Arbeit der Schüler kann daher nicht von der SMV ausgehen. Sie muß von politischen Schülergruppen in die Hand genommen werden (vgl. unten). Dabei wird der Kampf um umfassende Mitbestimmungsrechte z. T. anhand der Entlarvung der Rolle der SMV und dadurch geführt werden können, diese Rolle zu zerstören. Das bedeutete, die durch die Erlasse der Schulbehörden gesetzten Grenzen anzugreifen und so zu handeln, als seien die eigenen Vorstellungen von Mitbestimmung am schulischen Arbeitsplatz schon erfüllt. Im Unterricht hieße das zu versuchen, Inhalte und Formen des Unterrichts selbst zu bestimmen, indem man die Lehrer in eine dauernde Diskussion über die Ziele und die Formen der Fächer verwickelt und versucht Gegenkonzepte durchzusetzen, die in den Schülerkollektiven erarbeitet worden sind. Das hieße auch, beschlußfähige, möglicherweise illegale Vollversammlungen durchzuführen. Die Öffentlichkeit von Entscheidungsprozessen könnte durch gezielte go-ins, verbunden mit konkreten Forderungen, hergestellt werden. Der zugestandene Bereich schülereigener Veranstaltungen müßte natürlich nach eigener Interpretation ausgefüllt werden.

Das läuft auf eine Strategie permanenter offener Konflikte hinaus, wobei die SMV-‚Rechte' als ein Angriffsziel dienen. Von Schulleitung und Kultusbehörde wird die Mitbestimmung der Schüler immer nur soweit zugestanden werden, als dadurch keine grundsätzliche Bedrohung der letzten Entscheidungskompetenz von Lehrern, Schulleitung und Schulbehörde und damit keine Bedrohung der Funktion der Schule gesehen wird. Die normenbrechende, offene Konfliktstrategie wird also wenig sichtbaren Erfolg haben. Aber sie wird einerseits zur Verbreiterung des kritischen Bewußtsein von noch unpolitischen und apathischen, und andererseits zum Handeln von kritischen, aber ängstlichen Schülern führen. Das gelingt allerdings nur, wenn alle Aktionen dem Selbstverständnis der durchschnittlichen Schüler vermittelt werden können. Man wird den Herrschenden ihre eigene verbal-demokratische Melodie vorspielen, wird ihnen (und den Mitschülern) den Widerspruch zwischen den zahlreichen demokratischen Beteuerungen von Pädagogen, Schulpolitikern und Eltern einerseits und der unterdrückenden Praxis andererseits deutlich machen und den Mitschülern zeigen, wie wenig ihre eigenen Interessen und Bedürfnisse in einer im Kapitalismus notwendigerweise

unterdrückenden Schule erfüllt werden können [13]). Gerade wegen der Kläglichkeit der SMV-Reformen (auch gemessen an den Lippenbekenntnissen der Schulbehörden) eignen diese sich dazu, Schulkonflikte zu provozieren, sie öffentlich zu machen. Die Reaktionen von Lehrern, Schulleitung und Schulbehörde, zuweilen auch der Eltern, der lokalen Presse und der Polizei auf diese Konflikte wird deren Interesse an der Aufrechterhaltung der Verhältnisse in Schule und Gesellschaft wie ihre Furcht vor einer Emanzipation der Schüler enthüllen — und damit einen bewußtseinsbildenden Prozeß unter der Schülerschaft auslösen oder verstärken.

Gegenschulen und Kritische Schulen

Analog der Errichtung von ‚kritischen Universitäten' wird von einigen Schülergruppen die Erprobung von kritischen oder Gegenschulen diskutiert. Sie sollen dazu dienen, frei vom Leistungsdruck und der Wettbewerbssituation des Unterrichts jenes Wissen zu erwerben, das für kritisches Bewußtsein, emanzipiertes Verhalten und die Erfüllung aktueller Bedürfnisse (etwa einer aufgeklärten Sexualpraxis) Bedingung ist und das in der traditionellen Schule vorenthalten wird. So wurden unter dem Titel der ‚Kritischen Schule' in einigen Städten Westdeutschlands eine Reihe von Vorträgen, Diskussionen und Seminaren veranstaltet. Sie beschäftigten sich hauptsächlich mit Sexualität und Herrschaft, Psychoanalyse, politischer Ökonomie und Problemen der Dritten Welt. Solche Veranstaltungen leisten allerdings nur dann mehr als theoretische Wissensvermittlung, wenn sie zum einen den Zusammenhang zwischen der Situation der Schüler, der Funktion und Arbeitsweise der Schule und dem gesamtgesellschaftlichen Herrschaftszusammenhang aufarbeiten; zum andern, wenn sie deutlich machen, welche praktischen Folgen sich aus dieser Analyse für den einzelnen Schüler ergeben könnten.

In manchen Städten, z. B. in Hannover, wurden solche ‚Kritischen Schulen' von einer liberalen Schulbehörde begrüßt und sogar finanziell unterstützt. Das stimmt mißtrauisch: Der Verdacht läßt sich nicht ausräumen, daß durch diese Veranstaltungen der Kritik der Schüler an langweiligem, unnützen und konformistischem Unterricht der Wind aus den Segeln genommen werden sollte. Das zeigt, daß vor allem gegen den ganz konkreten Unterricht in einzelnen Fachbereichen gearbeitet werden muß und die Ergebnisse in den ‚normalen' Unterricht hineingetragen werden müssen, damit dort nichts mehr seinen müden Trott weitergehen kann.

Teilweise wurden die Veranstaltungen der Kritischen Schulen auch Gegenschulen genannt. Diese Bezeichnung ist offenkundig falsch, denn bisher wurden in Deutschland von kritischen und sozialistischen Schülern nach dem zweiten Weltkrieg noch keine Gegenkonzepte zur traditionellen Schule erarbeitet und praktiziert. Es gibt aber einige Beispiele in anderen Ländern. Eines dieser Modelle soll diskutiert werden, um zu sehen, ob die damit gemachten Erfahrungen für die deutsche Szene fruchtbar zu machen sind.

In Oslo hatten eine Schülerin und zwei Schüler die ‚tote' traditionelle Schule satt [14]). Sie verteilten an einigen der Gymnasien Oslos Flugblätter (an den meisten war es ihnen verboten worden) mit der Aufforderung zur Gründung einer Gegenschule. Fast hundert Schüler und Lehrer, Studenten und Universitätsdozen-

13) Aus diesem Grund sind Sexualkampagnen zur Beginn des Politisierungsprozesses besonders geeignet.
14) Die folgenden Informationen stützen sich auf M. Liebel, Das Norwegische Versuchsgymnasium. Modell einer demokratischen Gegenschule? in: Frankfurter Hefte 9/1968, 630—637. Ein Teil der Darstellung von M. Liebel beruht auf dem Bericht der Osloer Schulinspektion: Forsøks-Gymnaset i Skoleavet 1967—68. Skoleinspektøren i Oslo — Ardeling for Forsøk og Forskning. Oslo 1968. — Das Osloer Modell wird hier so ausführlich dargestellt, weil damit ein großer Teil der Diskussion um Gegenschulen exemplarisch geklärt werden kann.

ten bereiteten den inhaltlichen und organisatorischen Aufbau eines Gegengymnasiums vor, das eine „radikale Veränderung in einem traditionsgeladenen System" bewirken sollte. Natürlich reagierte die herausgeforderte Schulbehörde nicht pädagogisch, sondern entsprechend bürokratisch-herrschaftlichem Interesse an der Erhaltung des Bestehenden: Sie verweigerte die Unterstützung und versuchte das Projekt zu verhindern. Auch der norwegische Philologenverband blieb mißtrauisch abseits.

Schließlich stellte 1967 die Stadtverwaltung Oslos für ein Jahr Mittel und Räume zur Verfügung. Danach sollte der Staat wenigstens die Hälfte der Kosten übernehmen. Er weigerte sich bisher, Unterstützung zu geben. Auch zur Zeit ist die endgültige Finanzierung der Schule noch nicht gesichert.

Etwa 140 Schüler gründeten mit 37 Lehrern, von denen 26 hauptberuflich an anderen Schulen blieben, die Schule. Sie umfaßt die letzten drei Jahre des Gymnasiums. Nach einem Jahr bestanden 20 Schüler (von 22) mit zum Teil sehr gutem Erfolg die Abiturprüfungen, die unter erschwerten Bedingungen an einem normalen Gymnasium durchgeführt wurden. Der Schulerfolg, gemessen am bürokratischen Maßstab des erfolgreichen Abiturs, ist unbestritten. Eben dies haben die staatlichen Schulbehörden vermutlich befürchtet; daher auch ihr Versuch, das Experiment an finanziellen Gründen scheitern zu lassen.

In der Osloer Gegenschule werden neben den traditionellen Unterrichtsstoffen (zur Erreichung des Abiturs) nicht nur selbst ausgewählte kritische Problembereiche bearbeitet. Wichtiger ist ein anderes: Die organisatorische Struktur der Schule ignoriert eine Reihe von sogenannten ‚Notwendigkeiten' autoritärer Leitung von Schule und Unterricht:

Das Gymnasium wird von einem Rat geleitet, der sich aus vier gewählten Schülern und drei gewählten Lehrern zusammensetzt. Die Mitglieder des Rats sind für ein halbes Jahr im Amt; eine Wiederwahl ist erst nach einem Jahr möglich. Der Rat entscheidet auch darüber, welche Lehrer an der Schule angestellt werden und wer (als Direktor) die Schule nach außen vertritt.

Die Sitzungen des Rats, die zweimal wöchentlich stattfinden, sind öffentlich. Jeder Schüler und Lehrer kann verlangen, daß bestimmte Probleme im Rat diskutiert werden. Die Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefaßt. Wird aber ein Antrag von einer Gruppe (etwa der Lehrer) einstimmig abgelehnt, muß er in der nächsten Sitzung noch einmal behandelt werden. Dann kann er verbindlich beschlossen werden. Auch die drei Vertreter der Lehrergruppe haben also bei dieser Regelung von Entscheidungsprozessen ein aufschiebendes Veto-Recht. Die Direktorin betont allerdings: „Es ist ... in all unseren Diskussionen im Rat und in der Vollversammlung niemals passiert, daß Lehrer und Schüler gruppenweise gegeneinander verschiedener Ansichten waren. Die Grenze verläuft immer anders. Und es ist noch nicht vorgekommen, daß etwas Unvernünftiges beschlossen wurde."

Die Vollversammlung aller Schüler und Lehrer tagt einmal wöchentlich durchschnittlich eine Stunde lang. Sie dient als Kontrollorgan des Rats und zugleich als öffentliches Forum der Diskussion und Entscheidung allgemeiner schulpolitischer und pädagogischer Fragen. Wie im Rat werden Beschlüsse mit einfacher Mehrheit gefaßt. Veto-Recht gibt es hier nicht.

Es wird berichtet, daß in den — selbstverständlich freiwilligen — Vollversammlungen fast immer rund 90 Prozent der Schüler anwesend sind. Ihre Diskussionsteilnahme ist außerordentlich hoch. Die Schüler haben erkannt, daß sie selbst entscheiden können, welchen Lernprozessen und organisatorischen Strukturen sie

sich aussetzen können. Bei der gemeinsamen Suche nach Lösungen von Problemen, die im Rat, in der Vollversammlung und im Unterricht entstehen, tritt außergewöhnlich viel Phantasie und Kreativität zutage.

An dieser Schule gibt es keine Schulordnung, keine Verbote, keinen Zwang — auch nicht zum Besuch des Unterrichts. Schüler und Lehrer gehen davon aus, daß jeder selbst beurteilen kann, wo er bestimmte Probleme besser erarbeiten kann: im Unterricht, zu Hause oder in einer informellen Arbeitsgruppe. Die Teilnahme am Unterricht lag nach einem Jahr Gegenschule durchschnittlich bei 62 Prozent. Es wurde festgestellt, daß zwischen der Häufigkeit des Unterrichtsbesuchs und dem Schulerfolg kein Zusammenhang bestand.

Dieser ‚Schulerfolg' wird allerdings — außer beim staatlichen Abitur — nicht in Noten ausgedrückt: Es gibt weder Versetzungen noch Zeugnisse. Wer eine Beurteilung einer geleisteten Arbeit wünscht, kann sie jederzeit erhalten und mit dem Fachlehrer diskutieren.

Die Osloer Gegenschule hat einige wesentliche Nachteile, die teilweise darauf hinweisen, daß ein fortschrittliches Experiment innerhalb einer bürokratischen Schulverwaltungsstruktur ihre Ziele nicht völlig erreichen kann:

1) Die Schule ist beschränkt auf die drei Jahre des Gymnasiums [15]). Das könnte den Einwand ängstlicher Schulpolitiker unterstützen, die Demokratisierung der Schule, wenn sie sich nicht völlig vermeiden lasse, müsse auf die Oberstufe beschränkt bleiben. Diese Einstellung entbehrt nicht jeder Grundlage. Solche Argumente können sich auf ‚unmündiges' Verhalten von Schülern in autoritären Schulen stützen. Zu Recht entgegnet dem aber die Direktorin des Osloer Gymnasiums: „Die Schüler sind vernünftige Menschen. Die Vernunft setzt nicht zu irgendeinem bestimmten Zeitpunkt ein, der im Leben eines Menschen genau festgelegt werden kann. Wahrscheinlich kommt sie nach und nach — je nach den Umständen — zum Vorschein. Und welches sind die Umstände? Ein Schulsystem, in dem vorausgesetzt wird, daß die Jugendlichen unreif, unverantwortlich und außerstande seien, auf eigene Faust zurechtzukommen. Das Fatale ist aber, daß die Jugendlichen in einem solchen System so werden, wie es vorausgesetzt wird. Wir haben gewagt, diesen Umstand zu brechen. Und was erlebten wir? Wir erlebten, daß die meisten Jugendlichen völlig imstande sind, Verantwortung zu übernehmen, wenn sie nur dürfen. Und wir erlebten, daß die Grenze zwischen Vernunft und Unvernunft keine Altersgrenze ist". Von psychologischen und pädagogischen Gesichtspunkten her ließe sich also kein Argument finden, warum die Gegenschule auf die Oberstufe beschränkt bleiben soll.

2) Die Gegenschule ist beschränkt auf das Gymnasium. Eine Gegenschule, die ihrem demokratischen Anspruch gerecht werden will, muß aber aus dem dreigliedrigen Schulsystem ausbrechen und als Gesamtschule organisiert sein. In Oslo wäre dieser Ansatz wahrscheinlich nicht zu realisieren gewesen [16]). Aber für eine Diskussion von Gegenschulen in Deutschland ist dieser Einwand wichtig.
3) Die Schule ist finanziell abhängig von der Stadt. Die Reform wird also nur so weit und so lange geduldet, wie eine (sozialdemokratische) Stadtverwaltung geneigt ist, dieses Experiment zu unterstützen, da es auf die Hilfe der (konservativen) Regierung nicht rechnen kann. Es ist zu vermuten, daß auch die Stadtverwaltung ihre Unterstützung entzieht, sobald die Schule Mittelpunkt politischer Aktionen gegen das traditionelle Schulsystem wird.

---

15) In Norwegen dauert das Gymnasium nach einer 10jährigen Gesamtschulzeit nur drei Jahre.

16) Angesichts der norwegischen Schulorganisation hätte das bedeutet, Abiturvorbereitung und Berufsschulausbildung miteinander zu verbinden.

4) Schließlich kann die Gegenschule ihre Absicht, emanzipatorische Inhalte zu vermitteln, nur teilweise — außerhalb des offiziellen Unterrichts — erfüllen. Die Schüler müssen für das Abitur vorbereitet werden, das nicht an der Schule abgelegt werden kann. Da in fast allen Fächern geprüft wird, die Inhalte also von außen vorgeschrieben werden, bleibt in den drei Jahren Unterricht nicht viel Spielraum, die individuellen Interessen und den Wunsch nach einem Unterricht in kritischer Absicht zu befriedigen. Die bürokratischen Vorschriften (für die Durchführung des Abiturs) hindern die Schule daran, wesentlich von den Unterrichtsinhalten der traditionellen Gymnasien abzuweichen. Außerdem besteht die Gefahr, daß diese Schule als Experiment unter besonderen Bedingungen angesehen wird. Dann wäre geleugnet, daß die Verhältnisse sich auf andere Schulen übertragen lassen.

Trotz dieser schwerwiegenden Nachteile hat die Osloer Gegenschule auch für die BRD und Westberlin einigen Nutzen: Durch das erfolgreiche Experiment wird mit einigen Märchen aufgeräumt, die von den Autoritären in der Elternschaft, unter den Lehrern und den Schulverwaltungen (und nicht zuletzt der Industrie) immer wieder erzählt werden. Z. B. das Märchen, ohne eine straffe Ein-Mann-Schulleitung funktioniere eine Schule nicht. Oder das Märchen, die Mehrheit der Lehrer müsse in den Entscheidungsgremien gesichert sein, sonst werde wegen der Unreife der Schüler das Chaos ausbrechen. Oder die Befürchtung, ohne Zwang zum Unterrichtsbesuch werde überhaupt nichts mehr oder doch weniger gelernt. Das trifft allerdings zu für eine Schule, in der autoritär unterrichtet wird und die Unterrichtsstoffe langweilig sind und dazu dienen, kritisches Bewußtsein zu verhindern. In solch einer Situation wird Freiwilligkeit des Schulbesuchs dazu führen, daß die Schüler sich vernünftigerweise weigern, etwas zu lernen, was nicht ihrer Orientierung in ihren unmittelbaren und erwarteten künftigen gesellschaftlichen Zusammenhängen dient. Dann ist die Verweigerung von Lernen Selbstschutz. Das hat nichts mit einer Naturnotwendigkeit von Schülerfaulheit zu tun, sondern mit autoritärem Unterricht und uneinsehbaren Unterrichtsstoffen.

Schließlich zeigt die Osloer Gegenschule, daß Noten und Zeugnisse für den Lernerfolg wie für die vielbeschworene ‚Schuldisziplin' überflüssig sind. Das gilt auch für die vermeintlich notwendige Amtsautorität der Lehrer. Die Direktorin der Gegenschule schreibt dazu: „Die Situation in einem Klassenzimmer, wo alle freiwillig anwesend sind, ist von der gewöhnlichen fundamental unterschieden. Es ist in einem solchen Zimmer niemals nötig, die Stimme zu erheben ... Wir erleben das kleine Wunder, daß der Gegensatz, den man zwischen Lehrern und Schülern erwartet, in Wirklichkeit nicht existiert. Er existiert nur in einer künstlichen Prestigewelt, die davon ausgeht, daß sich die Menschen primär schlagen wollen ... Die Lehrer am Versuchsgymnasium haben keine Autorität, die an System, Würde und Prestige gebunden ist". Noten, Zeugnisse und Amtsautorität sind nur notwendig in einer hierarchisch organisierten Schule, die die Schülerinteressen und das Bedürfnis nach Selbstverwirklichung ignoriert oder in nebensächliche Kanäle ableitet. Daher kann die Forderung nach Abschaffung von Noten nur sinnvoll sein, wenn gleichzeitig die Veränderung der Unterrichtsinhalte und die Beseitigung der hierarchischen Struktur der einzelnen Schule (und ihrer Abhängigkeit von einer bürokratischen Schulverwaltung) gefordert wird. Es ist einsichtig, daß eben dies voraussetzt, die außerschulischen Faktoren zu verändern, die für die Aufrechterhaltung der bestehenden Schulwirklichkeit verantwortlich sind. Es wird einmal mehr deutlich, daß alle Einzelreformen (wie z. B.

die Beseitigung der Noten) wie jeder Teil der Schule mit außerschulischen, ‚rein' politischen, ökonomischen und historischen Faktoren verknüpft sind.

Das Osloer Modell kann also eine Reihe von gängigen Argumenten zur Aufrechterhaltung der bestehenden Schulverhältnisse auch in der Bundesrepublik und West-Berlin widerlegen. Es ist aber umstritten, ob solche Experimente, falls man sie finanziell bei uns verwirklichen könnte, die Politisierung und Emanzipation einer größeren Zahl von Schülern (und Lehrern) vorantreiben könnte. Denn vermutlich würden sich in ihnen jene Lehrer und Schüler zusammenfinden, die in den traditionellen Schulen die Kritik und Rebellion tragen. Das AUSS argwöhnt, daß damit — zur Freude der meisten Schulverwaltungen und Schulleitungen — die kritischsten Schüler (und Lehrer) isoliert und die traditionellen Schulen unverändert (ohne ihre Rebellen) zu Ruhe, Ordnung und ‚Schulfrieden' zurückkehren würden [17]).

Diese Gefahr hätte zu Beginn der Schülerrebellion bestanden. Inzwischen ist aber die Zahl der Schüler, die nicht nur die Verhältnisse zwischen ihrer individuellen Situation, der Lage an ihrer Schule und den politischen und ökonomischen Herrschaftsverhältnissen durchschauen, sondern auch den Kampf um ihre Emanzipation aufgenommen haben, zu groß geworden, als daß man sie noch in einige Gegenschulen abschieben könnte. Die meisten Schüler werden weiterhin in ihren Schulen politisch arbeiten.

Trotz aller Bedenken könnte eine Gegenschule in Westdeutschland oder West-Berlin vor allem den ängstlichen, unsicheren und uninformierten Schülern ein lebendiges Anschauungsbeispiel bieten. Der Vergleich ihrer eigenen schulischen Erfahrungen mit dieser konkreten (begrenzten) Utopie würde sie stärker motivieren und fähiger machen, die Kritik an der eigenen Schule und an der Gesellschaft zu leisten.

Schülerkollektive

Seit Anfang 1969 wurde den kritischen Schülern deutlich, daß die Politisierung ihrer Mitschüler und die Veränderung der Schulverhältnisse neue Formen der Arbeit an den Schulen erforderlich macht. Seither sind an vielen Schulen Basisgruppen entstanden. Diese ‚Arbeitskollektive' verfolgen verschiedene Zwecke. Zum einen soll gemeinsam die Arbeit für den Unterricht vorbereitet werden. Auf diese Weise ist es nicht nur möglich, schneller die für den Unterricht erforderlichen Kenntnisse zu erwerben, sondern den Unterricht auch selbst in die Hand zu nehmen. „Die Schüler werden dann beginnen, die Langeweile aufzuheben, indem sie den Unterricht umfunktionieren, d. h. sie werden sich im Unterricht das Wissen aneignen, das notwendig ist, um ihre Rolle in dieser Gesellschaft und die Gesellschaft selbst zu begreifen" [18]). Kollektive Arbeit hat darüber hinaus den Vorteil, daß es autoritären Lehrern nicht mehr leicht möglich ist, kritisches Verhalten im Unterricht als individuelles Fehlverhalten zu bestrafen. Diese Tatsache wie die qualifizierte, schnelle und kritische Unterrichtsvorbereitung wird ängstliche Schüler eher als bisher dazu bringen, nicht nur kritisches Bewußtsein zu entwickeln, sondern es auch in Handeln umzusetzen.

Die politischen Schülergruppen, die die Arbeitskollektive als strategisches Mittel des politischen Kampfes vorschlagen, betonen, daß durch die gemeinsame intensive Unterrichtsvorbereitung auch das Wissensmonopol der Lehrer und damit eines seiner Herrschaftsmittel beseitigt wird. Das gilt zugleich auch für den

[17]) Diese These vertritt auch M. Liebel, vgl. M. Liebel/F. Wellendorf, Schülerselbstbefreiung, Frankfurt 1969, S. 153; die Diskussion des AUSS zur Gegenschule dort S. 161 ff.
[18]) Nachrichtenblatt-Kollektiv Berlin, Zielvorstellungen, Notwendigkeit und Möglichkeiten kollektiver Arbeit, in: M. Liebel/F. Wellendorf, a.a.O., S. 195.

Soeben erschienen — 50 % der Auflage in 10 Tagen verkauft

Eberhard Czichon

Der Bankier und die Macht

Hermann Josef Abs in der deutschen Politik

mit einem Vorwort von George F. W. Hallgarten
330 Seiten, glanzkart., DM 14,—

Dem jungen Wirtschaftshistoriker Eberhard Czichon war es möglich, die Akten der Deutschen Bank AG von 1870—1945 sowie zahlreiche andere, sonst kaum zugängliche Quellen, auszuwerten, darunter die Handakte von Hermann Josef Abs. Aufgrund dieser außergewöhnlich günstigen Umstände konnte erstmals der Anteil der Deutschen Bank und besonders von Hermann Josef Abs an der Stützung der Eroberungspolitik des Dritten Reiches und dem Wiederaufleben machtpolitischer Tendenzen nach 1945 exakt ermittelt werden.

Zwei Stimmen über Hermann Josef Abs:

Frankfurter Allgemeine Zeitung

„Ein angesehener Professor der Wirtschaftswissenschaften fragte uns am Telefon: ‚Wenn es in unserem Lande möglich ist, daß Herr Abs zum Kanzler gehen und so die fällige Aufwertung der D-Mark verhindern kann, wie will man sich dann gegen das böse Wort wehren, in unserem Lande regiere der »Monopol-Kapitalismus«? Ich weiß es nicht.‘ “

Der Spiegel

„Kein Ministerposten in Bonn könnte Hermann Josef Abs jenes Maß von Macht und Einfluß schaffen, das er jetzt besitzt. (...) Sein Arm reicht weit über Westdeutschland hinaus. Wer eine finanzielle Transaktion wagt, ohne die geziemende Hilfe der Deutschen Bank in Anspruch zu nehmen, spürt das sehr bald (...) Ein Stirnrunzeln von Abs entscheidet über Millionenkredite oder eine Managerkarriere.“

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

Vorsprung an Wissen, den einzelne kritische Schüler gegenüber anderen haben. Das AUSS Buxtehude bemerkte selbstkritisch, daß sich häufig auch in politischen Schülergruppen die bürgerlichen Normen des Leistungswettbewerbs, der Konkurrenz, des Prestiges und des Strebens nach Uberordnung zeigen: „Das Verhältnis der Gruppenmitglieder zueinander ist gekennzeichnet von bürgerlichem Erfolgsstreben (der theoretisch Beste, der die erforderlichen Meter Bücher durchgekaut hat, wird zur anerkannten Autorität). Diese ‚Autoritäten' bewegen sich in keiner Weise außerhalb der von ihnen formal kritisierten bürgerlichen Sphäre, sie gehen darin auf, indem sie ihre Komplexe abzureagieren versuchen durch Ubertragung des bürgerlichen Erfolgs- und Leistungsdenkens auf die antiautoritäre Bewegung" [19]). Diese Gefahr läßt sich angesichts der Erziehung im Elternhaus, in der Schule und durch die Massenmedien kaum vermeiden und wurde auch in der Studentenbewegung deutlich [20]). Sie läßt sich bekämpfen, wenn Wissen gemeinsam erarbeitet, Einzelwissen allen zur Verfügung gestellt wird und gruppendynamische Prozesse ständig diskutiert werden.

Die Schülerkollektive haben über die Neuorganisierung der Unterrichtsvorbereitung und die Umfunktionierung des Unterrichts hinaus vor allem die Aufgabe, die Vorbereitung und Durchführung schulischer Konflikte zu tragen. D. h. sie müssen vor allem die Politisierung der Mitschüler durch eine ständige Konfliktstrategie voranzutreiben. Als Problembereiche bietet sich in erster Linie die Entlarvung der Scheinzugeständnisse von Schüleraktivität (z. B. im Rahmen der SMV) als Mittel der Integration von Kritik an; auch die Interpretation autoritären Lehrerverhaltens als Ausdruck hierarchisch-autoritärer Schulstruktur gehört dazu.

Bleiben aber die Arbeitsgruppen auf die Vorbereitung und Umfunktionierung des Unterrichts und die Politisierung der Schüler begrenzt, besteht leicht die Gefahr, „in reformistischen Detailforderungen sich zu erschöpfen und die Perspektive einer Revolutionierung der Gesamtstruktur aus dem Auge zu verlieren" [21]). Deshalb muß das Grundmuster einer gemeinsamen politischen Theorie Bedingung der Zusammenarbeit sein. Das genügt jedoch nicht; notwendig ist auch — und das wird in dem Begriff des ‚Arbeitskollektivs' nicht deutlich —, daß die Schüler die Veränderung ihrer eigenen erworbenen Persönlichkeitsstruktur zum Ziel haben. Je stärker das gemeinsame Handeln sich nicht nur auf die schul- und gesellschaftspolitische Arbeit erstreckt, sondern sämtliche Interessen- und emotionalen Bereiche umfaßt, desto wahrscheinlicher wird es, daß Vereinzelung und Konkurrenzstreben aufgehoben und solidarischem, auch emotional bestimmten Handeln innerhalb der Gruppen Platz macht.

Verschiedene AUSS-Gruppen schreiben daher: Das Ziel der Kollektive ist „die Aufhebung zwischen privatem und politischem Leben. Die Schüler müssen sich Entfaltungsmöglichkeiten schaffen, die weder die autoritären Familien noch die entmündigenden Schulen bieten. Die Schüler werden anfangen, sich in der politischen Arbeit ihre psychischen Probleme bewußt zu machen; sie werden sich gemeinsam von den bürgerlichen Werten und Kategorien befreien" [22]).

Ein weiteres Problem scheint den politischen Erfolg der Kollektive zu beeinträchtigen: Ihre Beschränkung auf Schüler. Dadurch kann leicht der theoretische und praktische Zusammenhang mit Emanzipationsbestrebungen in anderen ge-

19) AUSS Buxtehude, Zur Organisation der Schülerbewegung, in: M. Liebel/F. Wellendorf, a.a.O., S. 177.
20) Vgl. zu den psychischen Schwierigkeiten in Arbeitsgruppen linker Studenten den wichtigen Bericht eines Autorenkollektivs in: Diskus, Mai 1969.
21) M. Liebel, in M. Liebel/F. Wellendorf, a.a.O., S. 157 f.
22) AUSS-Gruppen Kiel, Frankfurt, Darmstadt, Stuttgart, München, Organisiert den Widerstand in den Schulen, in: M. Liebel/F. Wellendorf, a.a.O., S. 192.

sellschaftlichen Bereichen verloren gehen. Vor allem die Verbindung mit Lehrlingen und Studenten im Rahmen informeller Gruppen und politischer (sozialistischer) Organisationen (wie z. B. dem Schüler- und Lehrlingszentrum in West-Berlin) [23]) scheint nötig, um sowohl Unterstützung bei größeren Konflikten zu erhalten und anderen Gruppen zu geben, als auch die Gesamtperspektive nicht aus den Augen zu verlieren.

Nur drei mögliche Ansätze zur Emanzipation der Schüler wurden diskutiert: SMV, Gegenschulen und Schülerkollektive. In einigen Jahren werden die Schüler bei veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen andere Strategien finden müssen. Das Ziel bleibt das gleiche: Die Befreiung der Schüler aus den Zwängen ihrer Erziehung im Elternhaus und der Schule, die Veränderung der Funktion der Schule und die demokratische Umgestaltung der Gesellschaft.

Ein Gespräch mit dem Oppositionsführer Kenias, Oginga Odinga

Vor dem Verbot der Oppositionspartei Kenias im Herbst 1969 konnte Volker Weyel ein Gespräch mit deren Vorsitzendem, Oginga Odinga, führen. Im folgenden werden die wesentlichen Passagen dieses Interviews abgedruckt: sie vermitteln einen informativen Einblick in die Auffassungen dieses profilierten afrikanischen Politikers. Volker Weyel hat dem Gespräch einen Bericht über die Situation in Kenia vorangestellt. D. Red.

Zur Situation in Kenia

Seit dem 5. Juli 1969 ist aller Welt offenbar geworden, daß die innenpolitische Lage in der ostafrikanischen Republik Kenia äußerst prekär ist — auch wenn das den Touristen am Strand von Mombasa oder im Tsavo-Nationalpark verborgen bleibt. An diesem Tage wurde der kenianische Wirtschafts- und Planungsminister Tom M'boya ermordet, was eine Welle von Aufruhr unter seinen Luo-Stammesgenossen auslöste. Sie verdächtigten die Kikuyus, den größten Stamm Kenias, dem auch Präsident Jomo Kenyatta angehört, ein Komplott angezettelt zu haben. Der gefaßte und zum Tode verurteilte Mörder — wobei nicht wenige freilich zweifeln, ob es überhaupt der Richtige sei — gehört dem Kikuyu-Stamm an. Und so gefällt sich denn auch die westliche Presse darin, mit angenehmen Gruseln, im Gedenken an die einst von ihr verbrochenen Schauergeschichten über die angebliche „Mau-Mau"-Bewegung, bevorstehende blutige Stammeskämpfe auszumalen.

Kein Zweifel, solche Kämpfe, ebenso sinnlose wie zerstörerische bürgerkriegsartige Auseinandersetzungen, sind in Anbetracht der augenblicklichen Lage für

[23]) Das West-Berliner Schüler- und Lehrlingszentrum bietet allerdings nur Organisationshilfe (Räume, Vervielfältigungsapparate usw.) für die politische Arbeit an. Die Zusammenarbeit von Schülern und Lehrlingen ist organisatorisch nicht gesichert.

sellschaftlichen Bereichen verloren gehen. Vor allem die Verbindung mit Lehrlingen und Studenten im Rahmen informeller Gruppen und politischer (sozialistischer) Organisationen (wie z. B. dem Schüler- und Lehrlingszentrum in West-Berlin) [23]) scheint nötig, um sowohl Unterstützung bei größeren Konflikten zu erhalten und anderen Gruppen zu geben, als auch die Gesamtperspektive nicht aus den Augen zu verlieren.

Nur drei mögliche Ansätze zur Emanzipation der Schüler wurden diskutiert: SMV, Gegenschulen und Schülerkollektive. In einigen Jahren werden die Schüler bei veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen andere Strategien finden müssen. Das Ziel bleibt das gleiche: Die Befreiung der Schüler aus den Zwängen ihrer Erziehung im Elternhaus und der Schule, die Veränderung der Funktion der Schule und die demokratische Umgestaltung der Gesellschaft.

Ein Gespräch mit dem Oppositionsführer Kenias, Oginga Odinga

Vor dem Verbot der Oppositionspartei Kenias im Herbst 1969 konnte Volker Weyel ein Gespräch mit deren Vorsitzendem, Oginga Odinga, führen. Im folgenden werden die wesentlichen Passagen dieses Interviews abgedruckt: sie vermitteln einen informativen Einblick in die Auffassungen dieses profilierten afrikanischen Politikers. Volker Weyel hat dem Gespräch einen Bericht über die Situation in Kenia vorangestellt. D. Red.

Zur Situation in Kenia

Seit dem 5. Juli 1969 ist aller Welt offenbar geworden, daß die innenpolitische Lage in der ostafrikanischen Republik Kenia äußerst prekär ist — auch wenn das den Touristen am Strand von Mombasa oder im Tsavo-Nationalpark verborgen bleibt. An diesem Tage wurde der kenianische Wirtschafts- und Planungsminister Tom M'boya ermordet, was eine Welle von Aufruhr unter seinen Luo-Stammesgenossen auslöste. Sie verdächtigten die Kikuyus, den größten Stamm Kenias, dem auch Präsident Jomo Kenyatta angehört, ein Komplott angezettelt zu haben. Der gefaßte und zum Tode verurteilte Mörder — wobei nicht wenige freilich zweifeln, ob es überhaupt der Richtige sei — gehört dem Kikuyu-Stamm an. Und so gefällt sich denn auch die westliche Presse darin, mit angenehmen Gruseln, im Gedenken an die einst von ihr verbrochenen Schauergeschichten über die angebliche „Mau-Mau"-Bewegung, bevorstehende blutige Stammeskämpfe auszumalen.

Kein Zweifel, solche Kämpfe, ebenso sinnlose wie zerstörerische bürgerkriegsartige Auseinandersetzungen, sind in Anbetracht der augenblicklichen Lage für

[23]) Das West-Berliner Schüler- und Lehrlingszentrum bietet allerdings nur Organisationshilfe (Räume, Vervielfältigungsapparate usw.) für die politische Arbeit an. Die Zusammenarbeit von Schülern und Lehrlingen ist organisatorisch nicht gesichert.

die Zukunft nicht auszuschließen. Die Gründe allerdings sind nicht einfach mit dem „Tribalismus", dem Steckenpferd mancher bürgerlicher Afrikanisten zu erklären. Der Gegensatz zwischen den beiden größten Stämmen — besser: Völkern — Kenias, Luos und Kikuyus, ist weitgehend ein künstlicher, der den Grundwiderspruch der kenianischen Gesellschaft verdecken soll. Dieser liegt im Gegensatz der Klassen. Seit der Unabhängigkeit im Dezember 1963 hat sich in Kenia rasch eine afrikanische besitzende Klasse von Abgeordneten, Ministern, Verwaltungsbeamten und Grundeigentümern, vorwiegend aus der Regierungspartei KANU (Kenya African National Union), herausgebildet, die zudem in erstaunlich kurzer Zeit Reichtum anhäufte. Die große Mehrheit des Volkes leidet allerdings unter Zuständen, die frühkapitalistischen nicht sehr fern sein dürften. Und so stellte sich für immer mehr Kenianer die Frage: „Wo ist Uhuru — was haben wir denn von der Unabhängigkeit?" Diese Frage wurde aufgenommen und nachdrücklich gestellt von der KPU, der Kenya Peoples Union, der sozialistischen Oppositionspartei, die sich unter dem ehemaligen Vizepräsidenten Jaramogi Oginga Odinga im April 1966 von der KANU abgespalten hatte, nachdem klar geworden war, daß ganz andere Interessen als die des Volkes, des „wananchi" (suaheli), die Politik des „unabhängigen" Kenia bestimmten.

Der Oppositionspartei wurde freilich das Leben sehr sauer gemacht. So wollte es beispielsweise bei den letzten Kommunalwahlen vor gut zwei Jahren ein sonderbarer Zufall, daß in sämtlichen Wahlkreisen die KPU-Listen bei ihrer Einreichung an Formfehlern litten und zurückgewiesen werden mußten. Die KANU-Listen wurden, ebenso vollzählig, alle ordnungsgemäß eingereicht, und die Regierungspartei durfte sich ihres „Wahlsieges" freuen.

Die letzten allgemeinen Wahlen zur Nationalversammlung, die Kenyatta und Odinga noch Seite an Seite sahen, fanden 1963 vor der Unabhängigkeitserklärung statt. Die Regierung mußte angesichts der wachsenden Unzufriedenheit schließlich für 1970 abermals Wahlen ankündigen. Für diese Wahlen rechnete sich die Opposition nicht ganz zu Unrecht gute Chancen aus. Diese Einschätzung der Lage, wurde dann offenbar auch von der Regierung geteilt: sie ließ es erst gar nicht zu freien Wahlen kommen.

Die Herrschenden in Kenia sind wenig wählerisch hinsichtlich der Mittel, wenn es um die Erhaltung ihrer Macht geht. In diesen Zusammenhang gehört die Welle von Eideszeremonien, die derzeit unter den Kikuyus — in deren traditionalem System dem Eid eine große Bedeutung zukommt — abläuft und die kurz nach M'boyas Ermordung begann; Gerüchte sprechen auch von einer massiven Mitwirkung des Kikuyu Jomo Kenyatta, Präsident der Republik Kenia. Mittlerweile wird auch nicht mehr vage von „Eiden" gesprochen, sondern auch davon, was sie beinhalten: einen Treueid auf Kenyatta und die KANU sowie das Versprechen, auch mit Waffengewalt zu verhindern, daß ein anderer als ein Kikuyu jemals das Land regiere. Odinga, der seine Chancen bei unbehinderten Wahlen Präsident zu werden, seinerzeit als recht günstig erachtete, ist Luo. Von Kikuyus, die der KPU angehörten, wurde verlangt, die Partei zu verlassen und sich der KANU anzuschließen. Und hier ist auch schon der Punkt, an dem schlagartig klar wird, daß es in Wirklichkeit recht wenig um „Luos contra Kikuyus" geht: es ist der verzweifelte Kampf einer mit den Brosamen der Pfund-, Mark- und Dollar-Investoren gespeisten Clique, die Stammesloyalitäten ausnützt und künstlichen Haß schürt, um ihre Macht zu festigen.

Die Ereignisse von Kisumu am 25. Oktober 1969 und die ihnen folgenden Unterdrückungsmaßnahmen stellen den vorläufigen Höhepunkt des offiziellen Terrors

dar. Mit einiger Wahrscheinlichkeit kann angenommen werden, daß es sich um eine wohlvorbereitete Provokation handelte: Der Präsident funktionierte eine offizielle Visite der westlichen Provinzen in einen Propaganda- und Verleumdungsfeldzug gegen die Oppositionspartei um; bei der Eröffnung eines (tatsächlich schon zwei Jahre zuvor in Betrieb genommenen) mit sowjetischer Hilfe erbauten Hospitals in der am Viktoria-See gelegenen, von Luos bewohnten Stadt Kisumu attackierte Kenyatta den ebenfalls anwesenden Oppositionsführer Odinga. Diese Attacke wurde danach von der Bevölkerung mit dem in Sprechchören vorgetragenen Losungswort der KPU beantwortet. Die „feindliche Masse" in dem als KPU-Hochburg bekannten Kisumu nahm die berühmte „drohende Haltung" ein, und der Mercedes 600 des Präsidenten soll ins Gedränge gekommen sein. Ohne irgendwelche Vorwarnung schoß die Leibwache aufs Geratewohl in die Menge (auch noch, nachdem der Weg schon freigeschossen war!) — das Ergebnis: 11 Tote, über 90 Verletzte. Andere Berichte sprachen von mindestens 27 Toten.

Sofort wurde über Kisumu eine Ausgangssperre und über die Provinz der Ausnahmezustand — schon vorher waren Versammlungen von mehr als zehn Personen verboten gewesen — verhängt. Der Vorsitzende und Präsidentschaftskandidat der KPU, Oginga Odinga, und sein Stellvertreter wurden unter Hausarrest gestellt und später deportiert; die übrigen KPU-Parlamentsabgeordneten wurden verhaftet und an einen „unbekannten Ort" gebracht. Die Verantwortung für die Geschehnisse von Kisumu wurde der Opposition in die Schuhe geschoben.

Das Verbot der Kenya Peoples Union folgte wenige Tage später; so konnten denn auch bald darauf die erst für 1970 vorgesehenen Wahlen vorverlegt und ohne die störende Beteiligung der Opposition am 6. Dezember 1969 abgehalten werden. Jomo Kenyatta wurde zum Staatspräsidenten „wiedergewählt"; um die Parlamentssitze konnten sich bei den „Wahlen" nur KANU-Angehörige bewerben (und sogar bei dieser Art von „Wahl" fielen etliche völlig diskreditierte Prominente durch).

Diese Farce kann keine Lösung der Probleme des Landes bringen. Die Verfolgung der Opposition ändert nichts an der Tatsache, daß die von ihr aufgezeigte Alternative gültig bleibt.

Das folgende Gespräch, in dem Jaramogi Oginga Odinga Gelegenheit zur Darlegung seiner grundsätzlichen Auffassungen und seiner Einschätzung der Lage in Kenia findet, wurde vor den Ereignissen von Kisumu geführt.

Oginga Odinga datiert seine Geburt in den Oktober 1911. Lebensgeschichte, politischen Werdegang und Weltanschauung Odingas kann man seiner Autobiographie entnehmen: „Not Yet Uhuru" (African Writers Series, Heinemann Educational Books, London 1968). Er spielte eine führende Rolle bei der Bildung eines politischen Bewußtsein des Luo-Volkes und in der Organisation von afrikanischen Wirtschaftsunternehmungen auf der Basis der gegenseitigen Hilfe. Sein Titel „Jaramogi" — Ramogi ist der legendäre Urahn der Luos — weist ihn als den Bewahrer der Luo-Traditionen aus; dennoch ist er kein „Tribalist", sondern überzeugter kenianischer Nationalist und Panafrikanist. Zur Zeit des Ausnahmezustandes wirkte er den Versuchen der Briten, mit tribalistischen Argumenten die anderen Stämme gegen die Kikuyus, die Hauptträger des bewaffneten Kampfes gegen die Kolonialherrschaft waren, aufzuhetzen, entgegen. Er war einer der Gründer der KANU und spielte eine entscheidende Rolle im Kampf um die Freilassung Jomo Kenyattas. Seine politische Einstellung ist durch kompromißlose Haltung gegenüber jeder Form des klassischen oder Neo-Kolonialis-

mus und Imperialismus, auch in ihren subtileren Arten, und den Willen, eine demokratische und sozialistische Gesellschaft aufzubauen, gekennzeichnet.

Volker Weyel

Interview

F.: Es ist nachgerade ein Gemeinplatz, festzustellen, daß die Welt sich in den letzten zwanzig Jahren rapide gewandelt hat. Die Erklärungen dieser Wandlungen sind freilich sehr unterschiedlich. Um nur ein Beispiel zu nehmen: Entwicklungshilfe. Sehr viele Leute in Europa betrachten sie als etwas Neues und als eine Art von milder Gabe. Andererseits meinen einige, daß der größte Teil der gegenwärtigen Entwicklungshilfe nichts anderes als die „Fortsetzung des Kolonialismus mit anderen Mitteln" ist. Was ist Ihre Meinung?
A.: Ich würde sagen, daß jede Hilfe ohne Hintergedanken geleistet werden sollte ... Aber wenn die Hilfe so aussieht, daß man jemandem Entwicklungshilfe gibt, um ihn auszubeuten, so ist es die falsche Art von Hilfe. Wir nennen sie nicht Hilfe, wir nennen sie nur „Investition" — zum Zwecke der Ausbeutung, was man wahrlich nicht „Hilfe" nennen kann. Wir sollten die Sache so ansehen, daß, wenn du weißt, daß deinem Freund etwas fehlt, du es ihm mit reinem Herzen gibst und ihm Gutes für seine Entwicklung wünschst, daß er dir ebenbürtig werde und dir helfen kann, wenn die Zeit kommt, wenn auch du Hilfe von ihm benötigst.

F.: Von welcher Art von Hilfe können wirklich die wananchi, die Volksmassen, profitieren? Bis jetzt scheint die Entwicklungshilfe zum großen Teil überfällige politische Strukturen samt unpopulären und bürgerlichen Regierungen stabilisiert und die Einrichtung von unpopulären Regierungen begünstigt zu haben.
A.: Das ist sehr wahr. Ich bin der Ansicht, daß alle die Länder, die den wananchi, den Volksmassen, den unterentwickelten Ländern, echte Hilfe leisten wollen, die Hilfe, die diese Leute benötigen — und sie benötigen wirklich einige Hilfe, um die eigenen Ressourcen zu entwickeln — ohne irgendwelche Bedingungen, die in irgendeiner Art ihre freien Gedanken, freien Entscheidungen und freien Regungen hemmen könnten, geben sollten. Hilfe, die versucht, das Empfängerland an das Geberland zu binden, nenne ich nicht Hilfe — ich betrachte sie als Anlaß, dieses Land zu unterjochen oder ihm eine neue Art von Kolonialismus aufzuerlegen, die wir Neo-Kolonialismus nennen und die meines Erachtens noch viel schlimmer als der direkte Kolonialismus ist, den wir so sehr verabscheut haben.

F.: Können Entwicklungshelfer im augenblicklichen Stadium wirklich vermeiden, „Soldaten des Imperialismus" zu sein, auch wenn sie persönlich das Beste für das Volk tun wollen? Können sie das vermeiden, solange sie Freiwillige aus kapitalistischen und imperialistischen Ländern sind?
A.: Nun, das hängt von der Politik ab, der sie dienen wollen. Wenn sie herausgehen, meine ich, laßt sie kommen — diejenigen, die als Freiwillige kommen, um den unterentwickelten Ländern in ihrer Entwicklung zu helfen. Sie sollen mit technischem Wissen, technischem Know-How kommen; sie sollen aber nicht kommen mit einer bestimmten Politik, die sie diesem Lande einflößen wollen. Sie sollen kommen, um Bestandteil des Systems zu werden, das sie im Lande vorfinden, und versuchen, dieses System zu verbessern. Wenn sie aber mit einer unterschiedlichen Politik kommen, bin ich sicher, daß sie auf Zurückweisung stößen werden, und das ist es, was im Augenblick in all den unterentwickelten Ländern geschieht. Das mag später zu einer Menge von Konflikten führen, so wie wir sie hier während der Kolonialzeit hatten.

Fernseh-Spalte

Wie das Moos im Walde

Erogene Zonen, selbst harmlose Popos, waren bis vor kurzem tabu für den Bildschirm; und auch jetzt hat wohlproportionierte Anatomie Seltenheitswert. Über solch strenge Fleischrationierung soll auch keine Klage geführt werden. Unserem Leserkreis, darf ich annehmen, ist das ziemlich wurscht. Wenn hier nun von Prüderie gesprochen wird, steht Wichtigeres zur Debatte: erstens die damit verbundene degoutante Morallüge, zweitens der gesellschaftspolitische Aspekte.

Von „John Klings Abenteuer" bis zu „High Chaparral" wird unablässig und ungehemmt Brutalität und faschistische Ideologie verspritzt. Und eben propagiert das „ZDF Journal" (26. 1. 70). die Wieder-Inthronisation eines primitiven Übermenschen: „Auch Tarzan darf nicht sterben". Angekündigt ist u. a. eine besonders leckere Filmüberraschung: „Tarzan im erfolgreichen Kampf gegen nationalsozialistische Eindringlinge in das Urwaldreich." Nein, da hört selbst übelster Kitsch auf, Kitsch zu sein. Zu überbieten wäre das allenfalls noch mit Frankenstein in Auschwitz. — Aber eine weibliche Brustwarze im Bild läßt unsere TV-Funktionäre erschauern, nicht aus Spaß, sondern aus Angst vor einer Protestfront. Immerhin, könnte man nun auftrumpfen, war da doch neulich der Bericht über die Sexmesse in Kopenhagen zu sehen (SDR, 12. 1. 70). Unbegreiflich, wäre dann zu erwidern, daß derselbe Roman Brodmann dafür verantwortlich zu machen ist, der einst den furchtlosen Film über den Schah-Besuch und die Prügel-Perser gedreht hat. Von der Porno-Messe selbst gab es außer ein paar schlecht erkennbaren Standfotos so gut wie nichts zu sehen. Die Oben-ohne-Hosteß im Charterbus von Deutschland nach Kopenhagen war die Hauptattraktion dieses mit gewaltigem Wortaufwand vor „unmoralischen" Mißverständnissen geschützten massiven Antisex-Streifens. Man kann über Pornographie streiten. Aber wenn man sich darauf einläßt, dann muß man konsequenterweise auch ein paar recht unbequeme Kausalzusammenhänge aufklären, zum Beispiel den Prostitutions- und Sklaven-Charakter der konventionellen Ehe (vergl. Friedrich Engels „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats") und den ganzen Komplex repressiver Moralideologie, auf die sich alle autoritären abendländischen Herrschaftssysteme stützen. Hinter der Mutterschaftsgloriole und dem Leitbild vom „Ernährer der Familie" verbergen sich ungeheuerliche sozialpolitische Mißstände wie totale Abhängigkeit der Frau, perverse rechtliche Zwangsnormen („eheliche Pflichten"!), Degradierung des Mannes zum Handlanger innerhalb der systemimmanenten Unterdrückungsmechanismen. Mitverantwortlich zu machen für solche Tendenzen sind nicht zuletzt Produktionen wie die ZDF-Serie „Informationen zur Geschlechtserziehung" von Dr. Karl-Erich Graebner. Nicht zu unterbieten in anatomischer Prüderie und durchsetzt mit reaktionärer Ideologie, bewirkt solche „Lebenshilfe" (ZDF-Pressedienst) das Gegenteil der vorgegebenen Absicht. Diese „Elternschule" ist ein Instrument zur Stabilisierung demagogischer Familienpolitik im Sinne der traditionellen sexualfeindlichen Klassengesellschaft. (Sozialpolitische Folgerungen siehe oben). Wenn Dr. Graebner doziert, „die Organe der Frau stehen immer im Dienste der Fortpflanzung", so fügt sich das nahtlos in die tausendjährige Versklavungsideologie, deren Zentralfigur die sozial und ethisch mißbrauchte „Hausfrau und Mutter" ist. Das steigerte sich bis zum Erbrechen verursachenden Mystifikationsgefasel einer Psychologin (?) namens Leist, die ganz im Sinne der konfessionellen Traktatliteratur kein noch so verlogenes Argument gegen die sexuelle Lust und für eine mit abstrakten „Werten" aufgeblähte „Liebe" ausließ. Nicht der physische Genuß führt zum Glück . . . undsoweiter! Und dann wieder Graebner: der biologische Sinn der Vereinigung ist die Erzeugung neuen Lebens. Und gebt ja acht auf die verschieden verlaufenden Erregungskurven von Mann und Frau. Liebe, Liebe, Liebe gehört dazu. Auch das Moos im Walde pflanzt sich geschlechtlich fort — und braucht dazu den Regen. Liebe und Fortpflanzung: die ältesten Rechtfertigungsklischees für einen sonst „sündigen" Vorgang, nicht wahr? Die Inhumanität dieser „Elternschule" wird nur übertroffen von ihrer genußfeindlichen Obszönität.

E. H. Wahl

Bücher

„Elend der Philosophie"

Robert Paul Wolff, Das Elend des Liberalismus, Edition Suhrkamp, Bd. 352, 261 S., brosch., 6,— DM.

Da der Autor Professor der Philosophie ist, darf man ihm wohl rein philosophisches Abhandeln von Problemen nicht zum Vorwurf machen. Da er aber mit soziologischen und gesellschaftspolitischen Theorien hinreichend bekannt ist und sich zudem selbst als „radikal" bezeichnet, möchte man doch mit einem solchen Vorwurf nicht zurückhalten. Wolff, der mit Begriffsanalyse und exakten logischen Deduktionen arbeitet, aber seine Ergebnisse stets auf soziale und politisch relevante Fragen anwendet, wird sich diesem Vorwurf nicht entziehen können.

So sollen in dieser Besprechung seine ersten beiden Kapitel über Freiheit und Loyalität im großen und ganzen unberücksichtigt bleiben. Sie sind nicht so sehr von politischem Interesse wie die nachfolgenden. (Das erste Kapitel analysiert die logische Unmöglichkeit von John Stuart Mill, seine Thesen aus dem Utilitarismus abzuleiten. Es konstatiert die Unsinnigkeit amerikanischer Liberaler, sich weiterhin auf Mill zu berufen, da gerade die Grenzen und Ausnahmefälle bei Mill den Ansatz für eine Theorie bedeuten, die heute allein sich Wohlfahrtsliberalismus nennen könnte. Das zweite Kapitel enthält eine interessante Analyse des Begriffs Loyalität.)

Die übrigen Aufsätze, die hier zur Sprache kommen sollen, hätten wohl statt „Elend des Liberalismus" eher den Titel „Elend der Philosophie" verdient.

1) In seinem Artikel über Macht erklärt Wolff zunächst, mit welchen festgefahrenen Meinungen über die Machtverteilung in Amerika er sich auseinandersetzen will, nämlich

a) mit der liberalen Auffassung, nach der „die Macht in den Vereinigten Staaten aufgeteilt und so unter einer Vielzahl von miteinander im Wettbewerb stehenden Interessen und Eliten verstreut (ist), daß keine Gruppe ein Herrschaftsmonopol erwerben kann . . ." und

b) mit der „radikalen" Auffassung, vertreten durch C. W. Mills' Buch „Power Elite", nach der „es eine Machtkonzentration in den Händen einer Klasse oder einer Gruppe miteinander verfilzter Interessen gibt, die . . . der Bevölkerung ihren Willen aufzwängen". (S. 115)

Wolff will es sich bei seiner Analyse nicht zu leicht machen und nicht diese Auseinandersetzung von vornherein als Scheingefecht abtun, da beide Parteien es eigentlich besser wissen müßten. Nein, Wolff will es genau wissen. Dabei weiß er es bereits, wie die o. a. Bemerkung zeigt — irgendwo zwischen liberaler und radikaler Anschauung muß die wahre Machtverteilung angesiedelt sein, es bedarf anscheinend nun nur eines exakten Begriffsapparates und genauer Definitionen, um dies plausibel darzulegen. Daß nichts allzu Plausibles dabei herauskommt, ist wirklich bedauerlich, denn Wolff rückt dem Machtbegriff mit äußerster logischer Akribie zu Leibe. Über den Zwischenbegriff „Objekt der Wahl" (= Ereignisse oder Sachlagen, die irgend jemand nach seinem Belieben effektiv zustande bringen kann. Eindrucksvolles Beispiel: der Kauf eines Autos kann Objekt der Wahl sein, nicht aber das Verlangen, eine Meile in vier Minuten laufen zu wollen) wird der Leser sorgfältig auf eine Definition der Macht vorbereitet. Diese nimmt sich dann schließlich folgendermaßen aus: „Politische Macht wäre dementsprechend die Fähigkeit, Entscheidungen im Hinblick auf Angelegenheiten von erheblicher sozialer Bedeutung zu treffen und durchzusetzen". (S. 126)

Zwar deutet Wolff an mehreren Stellen die Wichtigkeit des subjektiven Faktors in bezug auf die Definition der „Angelegenheiten von erheblicher sozialer Bedeutung" an, jedoch bleiben seine Versuche, dies durch objektive Kriterien genauer zu definieren, unbefriedigend. Während er Politologen und Soziologen, die sich anschicken sollten, „Macht" zu untersuchen, rät, ihren Standpunkt klar darzulegen, fehlt bei ihm selbst eine klare Aussage, die den obskuren „Angelegenheiten von sozialer Bedeutung" mehr Gestalt geben könnte. Nach dieser umfangreichen Vorbereitung ist man

wahrlich gespannt, wie sich nun Wolff mit seinem Machtbegriff in der Kampfarena von Liberalen und Radikalen verhalten wird, wie seine Stellungnahme zu Mills Thesen ausfallen wird. Man erfährt also nach einer Weile, daß es nach Wolffs Definition keine „Gruppe von Personen, die gemeinsam die meisten Angelegenheiten von erheblicher sozialer Bedeutung entscheidet, die überhaupt Objekte der Wahl für jemanden sind, und die in der Lage ist, ihre Entscheidung gegen weitverbreitete Opposition verfassungsmäßiger oder auch gewaltsamer Natur durchzusetzen", gibt. (S. 142)

Wolff gesteht von vornherein, daß er die gegenwärtige Machtverteilung der USA nicht ausführlich erörtern will und schafft sich somit freie Bahn für eine logische Abhandlung mit schönen Definitionen (s. o.), die aber am Ende Aussagen über eben diese Machtverteilung macht, ohne sie untersucht zu haben. Der aufmerksame Leser merkt, daß Wolff, sobald er seinen Begriffsapparat auf die politische Wirklichkeit anzuwenden beginnt, erheblich ins Schwimmen kommt. Daß er Demokratie und politische Willensbildung von unten nach oben begrüßt, ist sicherlich edel; daß er behauptet, alle Entscheidungen über „Angelegenheiten von erheblicher sozialer Bedeutung" seien in den USA durch diesen demokratischen Willensbildungsprozeß korrigierbar, ist bestenfalls formaldemokratisch, auf jeden Fall aber äußerst oberflächlich. „Diese mächtige Gruppe (das es eine gibt, gesteht er immerhin zu) trifft in der amerikanischen Gesellschaft zwar die meisten wichtigen politischen Entscheidungen, sie ist aber in bemerkenswertem Maße (sic) durch Opposition verletzbar, wenn diese von breiten Kreisen ‚gewöhnlicher Menschen' ... getragen wird. Alle Amtsträger unter ihnen, einschließlich der Militärs, die bis zu Positionen mit politischem Einfluß aufsteigen, werden entweder selbst vom Volke gewählt oder durch gewählte Vertreter ernannt. Eine massive Verschiebung der Wählerstimmen nach der linken oder der rechten Seite des politischen Spektrums würde daher fast unmittelbar zu einer radikalen Umorientierung der Entscheidungsprozesse führen." (S. 145/46) „Die einzige Gruppe, deren Machtbasis von den Wählern unabhängig ist, ist die der Industriemanager. Ihre Macht beruht auf der Kontrolle über die großen Unternehmen, die ihrerseits wiederum nicht dem Volke verantwortlich sind. Nun beruht ein Teil der Macht des Big Business ... auf der Fähigkeit, die Entscheidungen des Kongresses und der Regierung durch Wahlkampfbeiträge, Einwirkung auf die gesetzlichen Kontrollorgane etc. zu beeinflussen. Die für unsere Zwecke wichtige Frage ist jedoch, ob die Unternehmen auch durch andere Kanäle als die des Regierungsapparates Macht ausüben. Ohne Zweifel sind viele Entscheidungen der großen Konzerne von größter sozialer Bedeutung, und außerdem sind sie nicht ... der Kontrolle durch die Öffentlichkeit unterworfen. Aber obgleich die unkontrollierten Entscheidungen des Big Business Folgen von erheblicher sozialer Bedeutung haben, sind diese Folgen in den seltensten Fällen Objekte der Wahl." (S. 146/47)

Diese etwas verwirrende Aussage ist — nach der o. a. Definition des Begriffs „Objekt der Wahl" — folgendermaßen zu übersetzen: es gibt Bereiche, in denen die Entscheidungen auch von anderen effektiv getragen werden können, und Bereiche, in denen das nicht der Fall ist. Die Frage, ob es nicht an der Zeit sei, die Entscheidungen des Big Business zu kontrollieren, stellt Wolff nicht. Und zwar deshalb nicht, weil die Folgen dieser Entscheidungen aufgrund fehlender Wirtschaftsplanung (S. 147) nicht „Objekte der Wahl" sind, d. h. in anderen Worten, daß sie a priori in diesem Wirtschaftssystem nicht kontrollierbar sind. Hier offenbart sich die Zwickmühle, in die sich Wolff mit seinem exakten logischen Begriffsapparat hineinmanövriert hat. Er beklagt in seinem ganzen Buch das Elend des Liberalismus, aber seine eigenen Definitionen verwehren ihm, über liberale Forderungen hinauszugehen ... Allerdings scheint dies für Wolff auch gar nicht nötig, denn ein gesellschaftlicher Umschwung in den Vereinigten Staaten kann wunderbar auf formaldemokratischem Wege erreicht werden. In einem eindrucksvollen Beispiel schildert Wolff die Umwandlung der USA in einen Staat mit sozialistischem Präsidenten an der Spitze (anscheinend ist dann der Sozialismus auch schon gleich da), ein Prozeß, der in weniger als sechs Jahren (!!) sich vollziehen könnte. Es brauchen nur überall sozialistische Kandidaten aus dem Boden zu sprießen und diese brauchten nur alle gewählt werden, dann würde sich auf halbem Wege das Big Business „durch private Beiträge zum sozialistischen Wahl-

kampffonds rückversichern" (149) und der Präsident wäre so gut wie gewählt.

Es scheint kaum nötig, dies Beispiel zu kommentieren. Der Wähler ist schließlich selbst schuld, wenn er von konservativen Präsidenten übers Ohr gehauen wird ... Man muß Wolff zwar zugestehen, daß er an das Problem der Manipulation zumindest gedacht hat. Jedoch weist er diesbezügliche Argumente mit dem Hinweis auf die Vietnamberichterstattung zurück. Das einzige an Beeinflussung, was er gelten läßt, ist die Einhämmerung bestimmter ideologischer Phrasen wie „freier Westen", „kommunistische Bedrohung" etc., die den Amerikaner von der Wiege bis zur Bahre begleiten. Frage: Ist das keine Manipulation? Fängt Manipulation erst in Rotchina an, wo nach Wolff „das tägliche Leben vom Dröhnen der Propagandalautsprecher und rituellen Lesungen aus den Worten des Vorsitzenden begleitet wird"? (S. 155) Da demzufolge Opposition in den USA nach wie vor möglich ist, das Volk die Möglichkeit nur leider nicht wahrnimmt, gibt es auch keine Machtelite, die sich (s. o.) gegen eine Opposition durchsetzen müßte. Opposition ist deshalb für Wolff immer möglich, weil die Demokratie formal intakt ist und er sich selbst der Möglichkeit beraubt hat, zu überprüfen, ob sie tatsächlich noch intakt ist. Wie war das noch mit dem Elend des Liberalismus ...

2) Es folgt bei Wolff ein Abschnitt über Toleranz, der bereits zusammen mit Artikeln von Moore und Marcuse in dem Band „Kritik der reinen Toleranz" erschienen ist und daher bekannt sein dürfte. Nur ist in diesem Zusammenhang der Grundtenor etwas besser zu sehen: Toleranz ist eine fundamentale politische Tugend, nur ist das amerikanische Volk gar nicht tugendhaft. Die faktische Umwandlung von Toleranz in schärfste Intoleranz gegenüber nonkonformierenden Individuen oder auch Gruppen wird dargestellt, nur erwähnt Wolff nicht, daß dies an einer Beibehaltung einer liberalen Theorie liegen dürfte, deren Voraussetzungen längst entschwunden sind und die sich demzufolge in eine systemstabilisierende Ideologie verwandelt hat. Die Amerikaner machen nicht falschen Gebrauch von einer richtigen Theorie des Pluralismus und der Toleranz, sondern die Theorie ist einfach nicht mehr anwendbar. Wenn man hier Wolff liest, hat man das Gefühl, daß er von Herzen gern ein Liberaler wäre, wenn es sich nur realisieren ließe und wenn die anderen Liberalen nur nicht so „elend" wären.

3) Da dem aber so ist, „bedarf es einer neuen Philosophie des Gemeinwesens jenseits von Pluralismus und Toleranz". In dem Aufsatz „Kollektivwerte" unternimmt Wolff den Versuch dazu. Hätte Wolff nicht augenscheinlich total übersehen, daß es vor über 100 Jahren schon einmal jemanden gegeben hat, der dies Bedürfnis erkannt hat — und zwar das Bedürfnis nach einer Theorie, die über die Philosophie hinausging und die zugleich Methode und Praxis war —, dann hätte er sicherlich diesen Aufsatz nicht geschrieben. Letztlich kommt doch nichts weiter heraus, als die Feststellung, daß ein Gemeinwohl logisch denkbar und möglich wäre.

Man mag einmal darüber hinwegsehen, daß Wolff sich nur mit den „reinen" Liberalen auseinandersetzt, die die Theorie des Pluralismus und der Kompromisse vertreten, weil es ihrer Ansicht nach nur eine Vielzahl letztlich unvereinbarer Privatinteressen gibt. Man mag entschuldigen, daß Wolff all diejenigen übersieht, die das Gemeinwohl (nicht nur im totalitären Staat) im Sinne der Stabilisierung der Herrschaftsstrukturen in Anspruch nehmen und daß er nicht auf die Idee gekommen ist, daß das Gemeinwohl im obigen Sinne sogar im Gewande der Toleranz verkleidet einhergeht, die etablierten Gruppen auf der anerkannten Basis des Privateigentums zu halten und vor der Unbill anderer Meinungen oder Interessen zu schützen versteht. Wolff hat es auf diese Weise jedenfalls leichter: er braucht nicht die obigen Gemeinwohl-Theorien zu demaskieren, er kann gleich damit anfangen zu untersuchen, ob es ein „wahres" Gemeinwohl für alle geben kann. Hier muß dem Autor wiederum seine Akribie zugute gehalten werden, mit der er diesen Begriff bestimmt. Über die Zwischenbegriffe der privaten Werte (den Bewußtseinszustand einer Person betreffend), der interpersonellen Werte (den Bewußtseinszustand einer anderen Person betreffend) und der sozialen Werte (wechselseitiges Bewußtsein erfordernd) schreitet er schließlich fort zu der Kardinalfrage, welche der unzähligen sozialen Werte nun wohl ein Gemeinwohl konstituieren könnten. Dabei kommt er zu drei Kriterien des Gemeinwohls:

a) gemeinsame Teilnahme an der Kultur;

b) gemeinschaftliche Produktion;

c) freier Dialog (qualitativ verschieden von der Redefreiheit Mills).

Die Tatsache, daß Wolff die Marxsche Analyse der entfremdeten Arbeit nur für den zweiten Punkt in Anspruch nimmt, beweist schon sein eminentes Mißverständnis. Für Marx war die „gemeinschaftliche Produktion" nicht ein Verhältnis unter vielen, sondern die Arbeit bestimmte alle menschlichen Beziehungen: die Selbsterkenntnis, das Verhältnis zu den Mitmenschen und zur Gattung. „Kulturelle Verbindungen" und „Dialog" können also demzufolge mitnichten einfach als Parallelen neben die gemeinsame Arbeit der Menschen gestellt werden. Außerdem hängt bei Marx die Arbeit nicht einfach in der Luft. Er hat genau die ökonomischen Strukturen analysiert, die dem Arbeitsverhältnis und damit allen menschlichen Beziehungen in einer kapitalistischen Gesellschaft (in der auch Wolff lebt!) ihr Gepräge geben — um es einmal sehr vereinfacht auszudrücken.

Hätte Wolff in diesem Punkte Marx richtig gelesen und verstanden, so wäre ihm sein Aufsatz über Kollektivwerte sicherlich überflüssig erschienen, zumindest wären dann wohl einige Gedanken an die gesellschaftlichen Strukturen verschwendet worden, die die von ihm geforderten Voraussetzungen des Gemeinwohls überhaupt realisierbar machen.

4) Wenn man also in diesen o. a. Aufsätzen genau die einzelnen Stufen von Wolffs Analysen verfolgt, so wird man wohl kaum einen Fehler in seiner logischen Reihe entdecken können. Wer „Macht" als Entscheidungen über Angelegenheiten definiert, die für viele „Objekte der Wahl" sind und gleichzeitig darlegt, daß die Entscheidungen der Big Business keine Objekte der Wahl per definitionem sind, der hat es leicht, an der politischen Wirklichkeit soweit vorbeizugehen, daß aufgrund formaldemokratischer Entscheidungen in den USA politische 180-Grad-Wendungen möglich scheinen. Wer nur aufzeigen will, daß Gemeinwohl als Begriff logisch möglich ist, der kann befriedigt sein, wenn die exakte logische Deduktion (nach Kant, wohlgemerkt!) dies bestätigt. Nicht befriedigt sein kann jedoch der Leser, der derartiges Philosophieren heute für irrelevant hält; der Leser, der zwar gerne exakte Definitionen hat, aber weiter wissen will: wieso sind denn ganze Entscheidungsbereiche nicht „Objekte der Wahl"? Wenn Gemeinwohl möglich ist, wieso nicht heute und unter welchen Umständen ist es möglich? Mit reiner logisch-philosophischer Begriffsklärung, so interessant sie immer sein mag, fällt Wolff hinter die gesellschaftstheoretische Entwicklung der letzten 100 Jahre zurück und die eventuelle Entschuldigung, sich absichtlich im rein philosophischen Rahmen (?) halten zu wollen, kann man von einem Wissenschaftler wie Wolff nicht gelten lassen.

Ingrid Ahlring

Innerparteiliche Opposition

Gert Börnsen, Innerparteiliche Opposition — Jungsozialisten und SPD. W. Runge-Verlag, Hamburg 1969, 104 S., 4,— DM.

Die außerparlamentarische Opposition ist wiederholt totgesagt worden. Ihre Schwungkraft, wird behauptet, sei ebenso dahin wie ihre politische und theoretische Qualität. Solcherart Urteil geht von den Erscheinungsformen einer in zahlreiche, sich befehdende Gruppierungen zerfallenden außerparlamentarischen Bewegung aus, die in der Tat das Bild heilloser theoretischer und politischer Konfusion bietet. Was aber kaum oder nur ungenügend vermerkt wird, ist die ungebrochene Fortwirkung der von der außerparlamentarischen Opposition ausgehenden Impulse gerade in einem Teil jener Institutionen, gegen die sich ihre Kritik vorwiegend gerichtet hat. Die außerparlamentarische Opposition ist teilweise zur innerparteilichen Opposition geworden. Und wie jene an Stoßkraft und Zusammenhalt verloren hat, gewann diese an Profil und Homogenität.

Jüngstes Beispiel ist die Hinwendung der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten innerhalb der SPD zur sozialistischen Fundamentalopposition. Daß es sich dabei nicht um eine vorübergehende Erscheinung handelt, sondern um einen qualifizierten, von starken Kräften getragenen

Versuch, sozialistische Konzeptionen in der SPD zu vertreten und durchzusetzen, geht aus der Darstellung eines der Akteure jungsozialistischer Bewegung über den Weg der SPD-Nachwuchsorganisation von einer Schule zur Rekrutierung parteifrommer Jungfunktionäre zur sozialistischen Fundamentalopposition prägnant hervor. Verfasser der Darstellung, die unter dem Titel „Innerparteiliche Opposition — Jungsozialisten und SPD" im Hamburger Runge-Verlag erschien, ist der ehemalige 1. Sprecher des Sozialdemokratischen Hochschulbundes (SHB) Gert Börnsen, dem das Verdienst zugesprochen werden muß, zum erstenmal umfassend darauf aufmerksam gemacht zu haben, daß der Kampf für die Demokratisierung des spätkapitalistisch strukturierten reaktionären Herrschaftsapparates in der Bundesrepublik nicht nur im grellen Scheinwerferlicht außerparlamentarischer Öffentlichkeit stattfindet, sondern ebenso intensiv in den der interessierten Öffentlichkeit wenig durchsichtigen etablierten Insitutionen, speziell in der SPD.

Börnsen ist sich bewußt, daß die innerparteiliche Opposition ihre entscheidenden Anstöße durch die außerparlamentarische Opposition empfangen hat, wie ihm auch klar ist, daß der „konsequente Zusammenschluß der Nonkonformisten, Radikaldemokraten und demokratischen Sozialisten" in der außerparlamentarischen Bewegung auch als Reaktion „gegenüber der Verhärtung des Parteiensystems und der Abkehr der SPD von ihren traditionellen Prinzipien" aufgefaßt werden muß. Einmal entstanden, wirkte die außerparlamentarische Opposition auf die SPD zurück. Börnsen schreibt: „Was keiner linken Splittergruppe, die sich nach 1960 neben der SPD entwickelt hatte, gelungen war, nämlich relevanten Einfluß zu nehmen auf größere Teile der verbliebenen SPD-Mitgliedschaft, vermochte die Spontaneität, Impulsivität und politische Argumentationskraft der so heterogenen außerparlamentarischen Bewegung. Die Demonstrationen gegen die Bildung der Großen Koalition und die Verabschiedung der Notstandsgesetze, die Kundgebungen zum 1. Mai, für Mitbestimmung und gegen Vorbeugehaft sowie eine Fülle von spontanen Protestaktionen fanden unter starker Beteiligung innerparteilich oppositioneller Sozialdemokraten statt."

Eine dauerhafte Schwäche oder gar ein Absterben der außerparlamentarischen Bewegung würde sich zweifellos langfristig negativ auf die Chancen und Möglichkeiten innerparteilicher Opposition in der SPD auswirken. Deshalb meint Börnsen mit Recht, daß die innerparteiliche Opposition ein essentielles Interesse am Weiterbestehen einer demokratisch strukturierten und in ihren Aktionen vom Mehrheitswillen der Teilnehmer getragenen außerparlamentarischen Opposition haben muß, „damit die außerparteiliche Diskussion und Kommunikation als Alternative politischer Wirkungsmöglichkeit aufrechterhalten werden kann, zuerst bis fraktionsmäßige Gruppierungen innerhalb der SPD etabliert sind, die ohne die Gefahr einer Parteispaltung auch nicht beseitigt werden können".

Der Autor bezeichnet die organisatorische Zusammenfassung der innerparteilichen Opposition als Voraussetzung ihrer dauerhaften und effektiven Einwirkungsmöglichkeit. Ja, er setzt organisierte innerparteiliche Organisation mit innerparteilicher Demokratisierung gleich. Fraktionsbildung hält er für notwendig, „um Mutlosigkeit, Resignation und unpolitische Lethargie des politischen ‚Einzelkämpfers' zu vermeiden."

Für die Jungsozialisten ergeben sich für Börnsen folgende Chancen und Alternativen: „Wenn die Parteiführung den Bruch mit den linken Jungsozialisten vermeiden will und ihre Arbeit toleriert, ist es möglich, daß sie bei einer Phasenverschiebung von etwa 3 bis 5 Jahren hinter den Jungsozialisten ‚herhinkt' und folglich in einigen Jahren ganz erhebliche qualitative Veränderungen durchmacht, die sich heute schon durch die veränderte Position der südhessischen und schleswig-holsteinischen SPD im Rahmen der Gesamtpartei andeuten. Setzen sich aber die autoritären Tendenzen gegen die Mobilisierung der Basis durch, bleibt den Jungsozialisten — falls sie die Politisierungsphase antizipieren können — nur, neue Organisationsformen zu suchen, die sich etwa an die der organisatorisch selbständigen Jungdemokraten anlehnen dürften."

Wie die Entwicklung auch konkret verläuft, der „lange Marsch" gesellschaftsverändernder Kraft durch die Institutionen ist seit einiger Zeit keine theoretische Überlegung mehr, sondern bereits Praxis.

Kurt Schacht

Auch ein Buch über Mitbestimmung

Günter Apel, Mitbestimmung. Grundlagen, Wege, Ziele, München 1969 (Nymphenburger Verlagshandlung), Bd. 32 der „sammlung dialog", 201 S., kart., DM 12,80.

Für die, die im Wust der Mitbestimmungsliteratur die Übersicht verloren haben und nicht wissen, welche Vorschläge dazu vom DGB, von der DAG, von SPD und CDU/CSU — was von FDP, DFU, DKP, ADF und NPD hierüber gesagt ist, verschweigt der Verfasser — gemacht wurden und welche 393 Unternehmen in den Geltungsbereich der von den erstgenannten drei Organisationen geforderten „Ausweitung" der Montanmitbestimmung fallen würden, sei der zweite Teil dieses Buches (129 ff.) empfohlen.

Das, was der Diplom-Politologe, stellvertretende Vorsitzende der DAG und „ständige Berater der wissenschaftlichen Kommission der Bundesregierung in Fragen der Mitbestimmung" selbst zu bieten hat, ist nicht bloß bis zur plattesten Naivität systemkonform — was bei den erwähnten Statusbezeichnungen nicht verwundert —, sondern darüber hinaus von solcher belanglosen Seichtheit, daß man sich nach Büchern von Sozialreaktionären wie Briefs, Rauscher, Heintzeler usw. geradezu sehnt, weil da wenigstens noch deutlich gesagt wird, um was es überhaupt geht. Daß es sich um harte Machtkämpfe handelt, weiß der Verfasser nicht oder verschweigt es. Seine Ausführungen beendet er mit den tröstlichen Worten: „Seit 200 Jahren — oder länger (!!) — ist die Mitbestimmung auf dem Vormarsch. Sie hat jetzt die außerpolitisch(!!)-gesellschaftlichen Bereiche erfaßt. (...) Vieles (...) spricht dafür, daß am Ende dieser Entwicklung eine demokratische Gesellschaft stehen wird." (127 f.)

Das Vorhergehende entspricht diesem „organischen" Geschichtsverständnis: wie sich die Demokratie im politischen „Bereich" aus absoluten und autoritären Herrschaftsformen herausgeschält habe — weil A. Demokratie nur formal als Wahl und Repräsentation begreift, fällt es ihm auch nicht ein, heute etwas daran unzulänglich zu finden, wenn man von einem Hinweis auf möglicherweise vorhandene (apostrophierte!) Meinungsmanipulation (28) absieht —, so entwickelte sich die Verfassung des Betriebes und des Unternehmens ebenfalls immer hübsch harmonisch weiter, stehe heute allerdings erst da, wo sich im Bereich des Politischen der „Konstitutionalismus" des 19. Jahrhunderts befand. Wer das leugnet und etwa von Betrieben als „autorität beherrschte(n) Gebilde(n)" spricht (da A. fast durchgehend auf Belege verzichtet und schlicht auf „ausreichende Literatur" verweist, bleibt man im unklaren, ob er sich hier auch auf die empirisch-eindringlichen Berichte von Wallraff oder Runge bezieht), setzt sich Apels Vorwurf „einer ideologischen Verklemmung" (51) aus, da „dieser Zustand (...) in der Bundesrepublik Deutschland überwunden worden" sei (ebd.). Kurios ist auch, wie A. die Beziehungen von Ökonomie und Politik sieht: „Immer ist es so gewesen, daß die Prinzipien, die die Strukturen gesellschaftlicher Gebilde bestimmt haben, ihren Ausgang nahmen aus Anstößen im engeren politischen Bereich (...)" (43): Demnach entstanden z. B. Hilfsdienst- und Betriebsrätegesetz — die Frage, ob diese kriegerischen „Ereignisse" nicht ökonomisch-gesellschaftliche Gründe hatten, stellt A. freilich nicht —, und auch der Faschismus hatte nicht etwa ökonomische Ursachen, nein, es war eher umgekehrt: „Die Knebelgesetze des dritten Reiches (...) waren nicht Ausfluß betrieblich-wirtschaftlicher Notwendigkeiten oder Erwägungen, sondern umgekehrt die Übertragung von politischen Prinzipien (Führerprinzip) in die Betriebe, in die Unternehmen, die (!) Wirtschaft." (44) Sich selbst hält der Verfasser offenbar für einen Realisten, braucht das Wort „Kapitalismus" nur ein einziges Mal an einer unwesentlichen Stelle (23), dafür aber „Funktionsgerechtigkeit" und ähnliche Wendungen fast auf jeder Seite. Weil das wohl auch für ihn Ideologie ist, bleibt recht unklar, wozu denn jeweils die vielgelobte und — beschworene Funktions- und Sachgerechtigkeit da sei. Im politischen „Bereich" ist es ihm zufolge wohl Mündigkeit und Mitverantwortung und Mitbestimmung (über was, bleibt dunkel) und im wirtschaftlichen eben dasselbe, ausgehend von diesem „demokratischen Menschenbild". Freilich muß alles fein „sachgerecht" bleiben: plebiszitäre Demokratie ist — weil z. B. nicht jedermann „mittels Knopfdruck" an eine „Abstimmungsmaschine" angeschlos-

sen werden kann (33) und Herrschaft eben sein muß (pass.) — nach Apels Meinung ebenso unrealistischer Humbug wie ihr „logisches Pendant" (64), die Sozialisierung, die auch nicht „funktionsgerecht" sei und darum auch „soweit wir (Apel!) sehen, von keiner ernst zu nehmenden gesellschaftlichen Gruppe innerhalb der Bundesrepublik gefordert oder auch nur zur Diskussion gestellt" werde (65). Daß der Verfasser trotz seines vielbeschworenen Menschenbildes, das von fern an die Aufklärung erinnert — einmal wird sogar Schiller dafür bemüht, daß der Staat nicht sein eigener Zweck sei (40), in letzter Instanz Kostenminimierung und Gewinnmaximierung als die entscheidenden Motivationen kapitalistischen (und daher allen) Wirtschaftens ansieht (39 f.) und der Kapitalismus für ihn ohne „sachgerechte" Alternative ist, versteht sich am Rande. Er lobt denn auch, „daß weder das Betriebsverfassungsgesetz (. . .) noch das Mitbestimmungsgesetz (. . .) die marktwirtschaftliche Ordnung (. . .) auch nur im geringsten behindert" hat (75).

Die systemimmenten Vorschläge Apels zur „Ausdehnung der qualifizierten Mitbestimmung" (112 ff.) sind nicht verschieden von denen vieler seiner neo-„liberalen" Partei- und Gewerkschaftsfreunde. Apels „ausgewählte Bibliographie" (29 Titel) und das „Sachregister" sind kraus, unbrauchbar und überflüssig — darin dem ganzen Buch sehr ähnlich.

Es versteht sich am Rande, daß solche geistige Schonkost für angepaßte Bundesbürger sich offizieller Beliebtheit erfreut: Das Buch wird als kostenloser Sonderdruck — u. a.? — von der Berliner Landeszentrale für politische Bildung verteilt.

Hans-Dieter Bamberg

Neuerscheinungen Eingesandte Bücher

Kulturkritik und Soziologie

B. V. A. Röling, Einführung in die Wissenschaft von Krieg und Frieden. Neukirchener Verlag, Neukirchen-Vluyn, 276 S., Ln. 14,— DM, Paperback 12,— DM.

Evolution und Verhalten. Herausgegeben von Anne Roe und George Gaylord Simpson. Aus dem Amerikanischen von Kirsten Bergerhoff. Suhrkamp Verlag, Frankfurt, 264 S., br. 10,— DM (Reihe „Theorie 2").

Heinrich Beck, Philosophie der Technik. Perspektiven zu Technik, Menschheit, Zukunft. Spee-Verlag, Trier, 226 S., Ln. 19,80 DM (Sammlung „Incitamente"). — In der gleichen Reihe liegt vor: Erich Christian Schröder, Abschied von der Metaphysik. Beiträge zu einer Philosophie der Endlichkeit (163 S., Ln. 15,— DM).

Walther Eichrodt, Religionsgeschichte Israels. Francke Verlag, Bern, 146 S., kart. 3,80 (Dalp-Taschenbuch, Bd. 394 D).

Kurt Tucholsky, Briefe an eine Katholikin 1929—1931. Rowohlt Verlag, Hamburg, 90 S., kart. mit Büttenumschlag 6,80 DM. — Die erstmals publizierten Briefe wurden erst kürzlich aufgefunden.

Yorick Spiegel, Kirche als bürokratische Organisation. Christian Kaiser Verlag, München, 100 S., kart. 8,— DM (Theologische Existenz heute, Bd. 160).

Strukturplan der Universität Oldenburg. Herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft „Universität in Oldenburg" der Stadt Oldenburg. Heinz Holzberg Verlag, Oldenburg, 32 S., br. 2,— DM. — Im vergangenen Herbst erschien: Hermann Helmers / Wolfgang Schulenberg, Zur Frage einer Universität im Nordwesten Niedersachsens (16 S., br. 1,40 DM).

Geschichte und Zeitgeschichte

Entscheidung 1870. Der deutsch-französische Krieg. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, 380 S., 6 Kartenskizzen, zahlreiche zeitgenössische Vignetten, 6 Bildtafeln, Ln. 24,— DM.

Enno Eimers, Das Verhältnis von Peußen und Reich in den ersten Jahren der Weimarer Republik (1918—1923). Verlag Duncker & Humblot, Berlin, 503 S., br. 79,— DM (Schriften zur Verfassungsgeschichte, Bd. 11).

Klaus J. Herrmann, Das Dritte Reich und die deutsch-jüdischen Organisationen 1933 bis 1934. Carl Heymanns Verlag, Köln, VIII, 146 S., Ln. 28,— DM (Schriftenreihe der Hochschule für Politische Wissenschaften, München, Bd. 4).

Heinz Höhne, Der Orden unter dem Totenkopf. Die Geschichte der SS. Fischer Bücherei, Frankfurt, 651 S. in zwei Bänden, br. je Band 4,80 DM (Fischer Bücherei, Bd. 1052/53). — Ungekürzte Ausgabe (mit Quellennachweis und Namensregister) des im Bertelsmann Sachbuchverlag und zuvor als „Spiegel"-Serie erschienenen Dokumentarberichts.

Der Kampf um Berlin 1945 in Augenzeugenberichten. Herausgegeben von Peter Gosztony. Einleitung von Heinrich Grüber. Karl Rauch Verlag, Düsseldorf, 440 S. mit Zeittafel, Quellenverzeichnis, Personenregister, 5 Karten und 37 Fotos auf Kunstdruck, Ln. 24,80 DM.

Claude Julien, Das amerikanische Imperium. Deutsche Ausgabe von „L'Empire Americain". Aus dem Französischen von Edwin Ortmann. Verlag Ullstein, Berlin, 374 S., Ln. 25,— DM.

Noam Chomsky, Amerika und die neuen Mandarine. Politische und zeitgeschichtliche Essays. Aus dem Amerikanischen von Anna Kamp. Suhrkamp Verlag, Frankfurt, 372 S., kart. 22,— DM, Ln. 32,— DM.

Aktuelle Themen

Der Fischer Weltalmanach 1970. Zahlen, Daten, Fakten. Herausgegeben und verfaßt von Gustav Fochler-Hauke. Fischer Bücherei, Frankfurt, 416 S., br. 4,80 DM. — Wie in jedem Jahr liegen hier die neuesten Angaben über alle unabhängigen und abhängigen Territorien vor, dazu Statistiken aus Wirtschaft, Handel, Verkehr, Kultur und Wissenschaft sowie die Fortsetzung der „Weltchronik" (Herbst 1968 bis Herbst 1969). Zu den Sonderkapiteln des Bandes gehört eine Übersicht über die Entwicklung der Weltraumfahrt vom Start des sowjetischen „Sputnik I" (am 4. 10. 1957) bis zur Landung der amerikanischen Astronauten Armstrong und Aldrin auf dem Mond (am 21. 7. 1969).

Gefahr aus der Retorte. Die geheimen Vorbereitungen des chemisch-biologischen Krieges. Herausgegeben von Steven Rose aus den Unterlagen der Londoner CB-Waffen-Konferenz. Aus dem Englischen von Thomas M. Höpfner. Walter-Verlag, Freiburg, 233 S. mit Anmerkungen, Glossar und 10 Tabellen, Ln. 24,— DM.

Jean Meynaud, Bericht über die Abschaffung der Demokratie in Griechenland. Mit einem Nachwort von C. T. Aris: Analyse der griechischen Klassenstruktur. Verlag Klaus Wagenbach, Berlin, 160 S., br. 6,50, im Abonnement 5,50 DM (Rotbuch, Bd. 1).

Hans Joachim Orth, Polen ohne Tabus. Progress-Verlag Johann Fladung, Gundernhausen über Darmstadt, 128 S., 16 Bildtafeln, Geschichtstabelle, Paperback 6,80 DM.

Neuerscheinungen Frühjahr 1970

Eberhard Czichon	**Der Bankier und die Macht** **Hermann Josef Abs in der deutschen Politik** 330 S., glanzkart., DM 14,–
Wilhelm Raimund Beyer	**Vier Kritiken: Heidegger, Sartre, Adorno, Lukácz** Ca. 200 S., glanzkart., ca. DM 9,60
Wolfgang Harich	**Zur Kritik der revolutionären Ungeduld** Ca. 150 S., glanzkart., ca. DM 7,50
Rainer Rilling	**Vernichtungswissenschaft und Forschungspolitik in der BRD** Ca. 200 S., glanzkart., ca. DM 9,60
Günther Rose	**Konvergenz der beiden Systeme — Legende und Wirklichkeit** Ca. 200 S., glanzkart., ca. DM 9,60
Hans Karl Rupp	**Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer** Mit einem Vorwort von Karl Dietrich Bracher Ca. 300 S., glanzkart., ca. DM 28,50
Hans-Dieter Bamberg	**Militärseelsorge in der Bundeswehr** Ca. 200 S., glanzkart., ca. DM 9,60
Günter Wallraff	**Das alte Lied . . . Berichte aus der Bundeswehr** Ca 200 S., glanzkart., ca. DM 9,80

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

Dokumente zum Zeitgeschehen

Wortlaut der Rede von Bundeskanzler Willy Brandt vor dem Bundestag am 14. Januar 1970 (Bericht der Bundesregierung zur Lage der Nation)

I

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Dies ist der erste Bericht, die erste Erklärung der Bundesregierung im ersten der siebziger Jahre. Sie handelt von der Lage der Nation, der Lage unseres geteilten Vaterlandes. Die Wahrhaftigkeit gebietet einzugestehen, daß an eine baldige, grundlegende Änderung dieser Situation der Teilung leider nicht zu denken ist.

Dennoch — oder gerade deswegen — ist die Bundesregierung verpflichtet, jährlich einen Bericht über die Lage der Nation zu erstatten. Dieser Bericht muß sich vorrangig mit dem Problem der Teilung beschäftigen. So wird deutlich, daß wir dieses Problem, das unter dem Stichwort „deutsche Frage" die internationale Politik seit Kriegsende beschäftigt, niemals aus den Augen verlieren werden.

Ich übersehe dabei nicht, daß es in den beiden Teilen Deutschlands und damit natürlich auch in der Bundesrepublik zahlreiche andere Probleme und Schwierigkeiten gibt, die die Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen. Sie sind teils kurzfristiger, teils mittelfristiger Natur. Zum Teil sind es Fragen, die uns ständig begleiten und mit denen sich Regierung und Parlament ständig befassen müssen.

Diese Regierung hat erklärt und bleibt dabei, daß sie eine Regierung der inneren Reformen sein will. Die innenpolitischen Aufgaben werden uns weiterhin vorrangig beschäftigen, aber es wird auch immer wieder Zeitabschnitte geben, in denen die außenpolitischen Themen dominieren oder zu dominieren scheinen. Schon das Arbeitsprogramm dieses Hohen Hauses für die nächsten Wochen zeigt, in wie starkem Maße wir gemeinsam für das innere Wohl unseres Landes und damit unserer Bevölkerung zu sorgen haben und sorgen wollen.

Im Vordergrund steht dabei natürlich die Wirtschafts- und Finanzpolitik. Ganz abgesehen davon, daß die Fragen der Preise und der Löhne und der Konjunkturentwicklung jeden Bürger unmittelbar berühren, ist sich die Bundesregierung bewußt, daß ihre Reformpolitik nur auf einer soliden wirtschaftlichen und finanziellen Grundlage durchgeführt werden kann.

Die öffentliche Diskussion dieses Themas ist in den letzten Wochen recht heftig gewesen. Wir müssen uns hier an die Tatsachen halten. 1969 ist das Sozialprodukt in der Bundesrepublik um mehr als 60 Milliarden DM gestiegen. Das ist ein reales Wachstum von mehr als 8 Prozent. Das ist, konkret gesprochen, eine großartige wirtschaftliche Leistung, und sie hat auch zu einer angemessenen Steigerung des Einkommens aller Bevölkerungsgruppen, die am wirtschaftlichen Geschehen teilnehmen können, geführt. Trotz dieses Rekordergebnisses an wirtschaftlichem Wachstum ist der Preisanstieg, international verglichen, erträglich geblieben. Er bleibt im Jahresdurchschnitt 1969 noch unter 3 Prozent.

Wir leben allerdings in einer Welt, die ein ausgewogenes Verhältnis von Wachstum und Stabilität anders versteht als wir. Wir kämpfen beharrlich — und müssen es weiterhin tun — gegen Tendenzen, die die Preise über ein streng bemessenes Maß hinaus steigen lassen. Nicht zuletzt deswegen kämpfen wir dagegen und müssen wir es tun, weil wir das Einkommen der Rentner und das Eigentum der Sparer nicht schmälern wollen. Aber ich muß es hier erneut betonen: Stürmisches wirtschaftliches Wachstum und die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung werden uns immer wieder vor das Spannungsverhältnis zwischen Preisstabilität und Sicherung der Arbeitsplätze stellen.

Um dennoch Preiserhöhungen Einhalt zu gebieten, war es notwendig — auch wenn wir hier in diesem Hohen Hause darüber nicht alle einer Meinung waren; aber es war nach Meinung der Regierung und der sie tragenden Mehrheit notwendig —, die Aufwertung nachzuholen. Damit war der erste unserer Überzeugung nach notwendige Schritt getan, um uns gegen eine importierte Inflation abzuschirmen und unsere Hochkonjunktur zu zügeln. Als zweiten Schritt wird die Bundesregierung einen konjunkturgerechten Haushalt vorlegen. Er wird am 22. und 23. Januar im Kabinett beraten und verabschiedet werden und auch den Reformwillen der Regierung zum Ausdruck bringen. Fristgerecht zum 31. Januar wird dem Bundestag der Jahreswirtschaftsbericht vorgelegt werden. Er wird das Konzept der Bundesregierung zur Sicherung von Stabilität und Wachstum enthalten. Dieses Hohe Haus wird also in den nächsten Wochen ausreichend Gelegenheit haben, alle diese Probleme gründlich zu debattieren, und die Bundesregierung wird, wie es sich gehört, dabei Rede und Antwort stehen.

II

Was nun unser heutiges Thema angeht, so ist festzustellen:

25 Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation des Hitler-Reiches bildet der Begriff der Nation das Band um das gespaltene Deutschland. Im Begriff der Nation sind geschichtliche Wirklichkeit und politischer Wille vereint. Nation umfaßt und bedeutet mehr als gemeinsame Sprache und Kultur, als Staat und Gesellschaftsordnung. Die Nation gründet sich auf das fortdauernde Zusammengehörigkeitsgefühl der Menschen eines Volkes.

Niemand kann leugnen, daß es in diesem Sinne eine deutsche Nation gibt und geben wird, so weit wir vorauszudenken vermögen. Im übrigen: auch oder, wenn man so will, selbst die DDR bekennt sich in ihrer Verfassung als Teil dieser deutschen Nation.

Wir müssen, so meine ich, eine historische und eine politische Perspektive haben, wenn über die Lage der Nation gesprochen wird, wenn wir die Forderung auf Selbstbestimmung für das deutsche Volk bekräftigen. Die Geschichte, die Deutschland durch eigene Schuld, jedenfalls nicht ohne eigene Schuld, geteilt hat, wird darüber entscheiden, wann und wie diese Forderung verwirklicht werden kann. Aber solange die Deutschen den politischen Willen aufbringen, diese Forderung nicht aufzugeben, so lange bleibt die Hoffnung, daß spätere Generationen in einem Deutschland leben werden, an dessen politischer Ordnung die Deutschen in ihrer Gesamtheit mitwirken können.

Auch in einer europäischen Friedensordnung werden die nationalen Komponenten ihren Rang haben. Aber bis zur Selbstbestimmung der Deutschen in einer solchen Friedensordnung wird es ein langer, ein weiter und ein schwerer Weg sein. Die Länge und Schwere dieses Weges dürfen uns nicht davon abhalten, in dieser Phase der Geschichte, wenn es möglich ist, zu einem geregelten Nebeneinander zwischen den beiden Staaten in Deutschland zu kommen. Es geht um den deutschen Beitrag in einer internationalen Lage, in der sich, um mit den Worten Präsident Nixons zu sprechen, ein Übergang von der Konfrontation zur Kooperation vollziehen soll.

Die Bundesregierung, meine Damen und Herren, hat diesem Hohen Hause einige Materialien über die Entwicklung der deutschen Frage und über den Stand der innerdeutschen Beziehungen vorgelegt (vgl. BULLETIN Nr. 5 vom 14. Januar 1970). Sie arbeitet an einem Bericht, der einen umfassenden Vergleich der Verhältnisse in der Bundesrepublik und in der DDR auf den verschiedensten Lebensbereichen enthalten wird. Schon die Vorarbeiten zu diesem größeren Bericht haben bereits die Erkenntnis erbracht oder bestätigt, je nachdem, daß die unter dem Namen Konvergenz-Theorie bekanntgewordene Auffassung falsch und richtig zugleich ist; falsch, weil sich die beiden Staaten in Deutschland nicht automatisch aufeinander zuentwickeln; richtig, weil die Notwendigkeiten der modernen Industriegesellschaft in West und Ost zu Maßnahmen, Entwicklungen und auch Reformen zwingen unabhängig davon, welche politischen und gesellschaftlichen Bedingungen gegeben sind. So ist es auch zu erklären, daß manche technischen und wissenschaftlichen Vorhaben und die Behandlung einiger Strukturprobleme auf verschiedenen Gebieten in den beiden Teilen Deutschlands in die gleiche Richtung weisen. Diese Tatsachen sind, objektiv betrachtet, ermutigend.

Allerdings: In den beiden staatlichen und gesellschaftlichen Ordnungen, die es nun schon seit mehr als zwei Jahrzehnten auf deutschem Boden gibt, drücken sich völlig verschiedene und nicht zu vereinbarende Vorstellungen darüber aus, wie die Einheit Deutschlands, wie eine gemeinsame Zukunft aussehen soll und wie sie zu erreichen sein könnte. Niemand darf sich der trügerischen Hoffnung hingeben, den Auseinandersetzungen entgehen zu können, die unausweichlich sind, weil Deutschland eben nicht nur staatlich gespalten ist, sondern weil sich auf seinem Boden völlig unterschiedliche Gesellschaftssysteme gegenüberstehen. In diesem Punkt sind wir uns mit Ulbricht einig: Zwischen unserem System und dem, was drüben Ordnung geworden ist, kann es keine Mischung, keinen faulen Kompromiß geben.

III

In meiner Regierungserklärung vom 28. Oktober vergangenen Jahres habe ich festgestellt und will hier heute unterstreichen:

1) Niemand kann uns ausreden, daß die Deutschen ein Recht auf Selbstbestimmung haben, wie alle anderen Völker auch.

2) Die Fragen, die sich aus dem Zweiten Weltkrieg und aus dem nationalen Verrat durch das Hitlerregime ergeben haben, können abschließend nur in einer europäischen Friedensordnung beantwortet werden.

3) Aufgabe der praktischen Politik in den jetzt vor uns liegenden Jahren ist es, die Einheit der Nation, soweit dies möglich ist und soweit es an uns liegt, dadurch zu wahren, daß das Verhältnis zwischen den Teilen Deutschlands aus der gegenwärtigen Verkrampfung gelöst wird.

4) Über ein geregeltes Nebeneinander zu einem Miteinander zu kommen, entspricht nicht nur einem deutschen Interesse, denn es hat seine Bedeutung auch für den Frieden in Europa und für das Ost-West-Verhältnis.

5) Deshalb hat die Bundesregierung angeboten und bietet sie dem Ministerrat der DDR auf der Ebene der Regierungen ohne Diskriminierung Verhandlungen an, die zu vertraglich vereinbarter Zusammenarbeit führen sollen.

6) Unsere Bereitschaft zu verbindlichen Abkommen über den gegenseitigen Verzicht auf Anwendung oder Androhung von Gewalt gilt auch gegenüber der DDR.

Im übrigen bleibt es dabei: Bundesrepublik und DDR sind füreinander nicht Ausland. Und es bleibt auch dabei: Eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR kommt für uns nicht in Betracht.

Es ist absurd, wenn die Ostberliner Polemik in diesem Zusammenhang behauptet, wir wollten die DDR zu „Bonner Inland" machen oder ihr einen Kolonialstatus aufnötigen.

Im übrigen, meine Damen und Herren, führt es nicht weiter, wenn die sogenannten „verständigungsbereiten" oder, wie man drüben sagt, „friedliebenden" Kräfte in der Bundesrepublik aufgefordert werden, ihren Einfluß zu verstärken. Es würde ja, wie die Dinge liegen, auch nicht weiterführen, wenn wir die verständigungsbereiten Kräfte, die es in Ostberlin und in der DDR gibt, aufforderten, sich stärker als bisher gegen die Dogmatiker und die linken Reaktionäre durchzusetzen, denen ihre Machtpositionen wichtiger sind als der Frieden der europäischen Völker.

Die Bundesregierung wird diesen Leuten nicht den Gefallen tun, in eine bloße Gegenpolemik zu verfallen. Sie wird die objektiv möglichen historischen Entwicklungen zur Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden Teilen Europas und den beiden Teilen Deutschlands aktiv fördern. Profiteure der Spaltung gibt es in Ost und West. Die Menschen in Ost und West leiden darunter.

In dem Bemühen, im eigenen Lager den Nachweis gebührlicher Betriebsamkeit zu führen, ist von Ostberlin aus durch die dortigen Propagandisten dieser Tage unter anderem gefordert worden, den Entwurf eines Vertrages, den der Staatsratsvorsitzende Ulbricht unserem Bundespräsidenten Heinemann geschickt hat, zum Objekt einer Volksabstimmung in der Bundesrepublik zu machen. Nun: Das Richtigste an diesem Dokument ist zunächst einmal die Überschrift, die Bezeichnung „Entwurf". Ich möchte meinerseits die-

sen meinen Bericht, den ich Ihnen zu geben habe, nicht zu Propaganda benutzen; die Sache, um die es geht, ist ernst.

Ich möchte aber in aller Klarheit sagen: Ein Vertrag zwischen der DDR und uns darf nicht, darf nie zu einer Nebelwand werden, hinter der alle die Menschen belastenden Tatbestände unverändert liegen. Zum anderen: Wenn man schon — wie es die Ostberliner Propaganda versucht hat — mit dem Gedanken einer Volksabstimmung spielt, dann könnte ich mir noch andere Fragen vorstellen als die nach dem Ulbrichtschen Entwurf!

Wir haben es mit einer bemerkenswerten Entwicklung zu tun. Die Staaten des Warschauer Paktes haben — die DDR ausgenommen, trotz mancher Einschränkungen — den guten Willen der Bundesrepublik verstanden.

Sie haben darauf aufmerksam gemacht, daß Worten Taten folgen müssen. Das entspricht unserer Überzeugung, nämlich, daß dies überall beachtet werden sollte.

In der DDR gibt es führende Kräfte, die sich in immer neuen Forderungen überschlagen, gerade in diesen letzten Tagen. Ein hohes Maß an Sturheit ist ihnen dabei durchaus zuzuerkennen. Ich will drei Beispiele nennen.

Das erste ist dies: Die DDR-Regierung fordert von uns die völkerrechtliche Anerkennung. Die anderen Staaten des Warschauer Pakts erwarten von uns Verträge mit der DDR, und zwar solche, die — natürlich könnte man sagen —, ebenso verbindlich sein müssen wie die mit ihnen, den anderen genannten Staaten, geschlossenen.

Ein zweites Beispiel: Die DDR verlangt von der Bundesregierung, sie müsse die Pariser Verträge überprüfen und ihre Verpflichtungen im Atlantischen Bündnis reduzieren oder gar abwickeln. Die Sowjetunion und andere Staaten des Warschauer Paktes betonen, daß eine europäische Sicherheitskonferenz in dieser Zeitspanne, in der wir leben, durch den blockiert wird, der den Abbau oder die Auflösung der bestehenden Bündnisse auf die Tagesordnung setzen will; selbst die Frage einer gleichwertigen Truppenreduzierung scheint dort gegenwärtig nicht überall für aktuell oder opportun gehalten zu werden.

Ich brauche hier vor diesem Hohen Hause, meine Damen und Herren, kaum zu unterstreichen, daß für die Bundesregierung weder die Pariser Verträge noch unsere Verpflichtungen im Atlantischen Bündnis zur Diskussion stehen.

Ein drittes Beispiel: Die DDR-Regierung erklärt, sie habe schon vor 20 Jahren die Oder-Neiße-Linie endgültig als Friedensgrenze anerkannt, und zwar, wie es wörtlich heißt, „im Namen aller Deutschen, also auch im Namen der westdeutschen Bevölkerung".

Nun, ich weiß nicht, ob diese Erklärung der Regierung Polens angenehm in den Ohren geklungen hat. Die Logik dieser Erklärung würde dazu führen, daß die polnische Westgrenze für uns kein Thema zu sein hat. Nach allem, was ich weiß, ist die Volksrepublik Polen nicht dieser Auffassung.

Ich frage wirklich, meine Damen und Herren, welchen Grad von Anmaßung die Bundesrepublik und andere europäische Staaten, und zwar nicht nur solche im Westen, seitens der Führung der DDR noch zu erwarten hat. An ihrer Besserwisserei und an ihrem Wesen wird jedenfalls Europa nicht genesen. Wer auch nur über ein Minimum an Selbstachtung und Wirklichkeitssinn verfügt, muß es ablehnen, wenn in Ostberlin versucht wird, allen anderen Bedingungen aufzuzwingen, unter denen die Verhältnisse in Europa eben nicht verbessert werden können.

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, gleich hinzufügen: Politische Bemühungen müssen unter bestimmten Umständen auch dann unternommen werden, wenn die Aussicht auf Erfolg gering ist. Die reine Negationshaltung, die hier und da, wenn ich die öffentlichen Erörterungen vergangener Tage und Wochen richtig verstanden habe, auch bei uns geübt und verlangt wird, wäre das Gegenteil von Politik, ja wäre in Wahrheit der Verzicht des deutschen Volkes auf die Regelung seiner eigenen Angelegenheiten.

Patriotismus verlangt die Erkenntnis dessen, was ist, und den Versuch, immer wieder herauszufinden, was möglich ist. Er verlangt den Mut zum Erkennen der Wirklichkeit. Dies ist nicht gleichbedeutend damit, daß man diese Wirklichkeit als wünschenswert ansieht, oder daß man auf die Hoffnung verzichtet, sie ließe sich im Laufe längerer Zeiträume ändern. Aber die Aufrichtigkeit, ohne die keine Politik auf Dauer geführt werden kann,

verpflichtet uns, so meine ich, keine Forderungen zu erheben, deren Erfüllung in den Bereich der illusionären Wunschvorstellungen gehören. Und sie verpflichtet uns, miteinander natürlich auch unsere Bevölkerung davor zu bewahren, von Rattenfängern ins Verderben geführt zu werden.

Ich bin für die „Stunde der Wahrheit", von der kürzlich wieder einmal die Rede war. Dazu gehört dann auch, daß in diesem Hause nicht anders gesprochen wird als draußen im Lande und daß man den Landsleuten nicht Hoffnungen macht, die nicht verwirklicht werden können. Es ist Augenauswischerei, wenn man den Eindruck vermittelt, Politik müsse immer kurzfristig sichtbare Erfolge haben. Der Respekt vor dem mündigen Staatsbürger verlangt, daß man ihm Schwierigkeiten nicht vorenthält.

Bewußt auf diesem Hintergrund sage ich: Es muß, es kann und schließlich wird verhandelt werden zwischen Bonn und Ostberlin. Auch im Verhältnis zu Ostberlin ist es mit dem argumentativen Schlagabtausch nicht getan. Aber es gibt unsererseits unverzichtbare Orientierungspunkte:

1) das Recht auf Selbstbestimmung,

2) das Streben nach nationaler Einheit und Freiheit im Rahmen einer europäischen Friedensordnung,

3) die Zusammengehörigkeit mit West-Berlin, ohne Beeinträchtigung der Verantwortung der Vier Mächte für ganz Berlin,

4) die Bundesregierung respektiert — und wird respektieren — die Rechte und Verantwortlichkeiten, die die Drei Mächte in bezug auf Deutschland als Ganzes und Berlin haben. Wir denken nicht daran, daran zu rütteln oder rütteln zu lassen. Darin sind auch Bindungen enthalten, sowohl für die Bundesregierung, wie für die Regierungen der Drei Mächte. Ich, meine Damen und Herren, habe lange genug in Berlin gewirkt, um zu wissen, daß es Dinge gibt, für die unsere Schultern zu schmal sind und in denen uneingeschränkte Souveränität anzustreben die Bundesrepublik kein Interesse hat.

Alles, was wir im Verhältnis zur DDR beabsichtigen, wird die genannten Rechte der Drei Mächte nicht berühren. Wir haben natürlich dennoch bereits begonnen, wie das unter Verbündeten und Freunden üblich ist, diese Problematik mit den drei Regierungen zu konsultieren.

IV

Meine Damen und Herren, die uns allen bekannten Unterlagen lassen erkennen, wie fest und durch wie viele Bande die Bundesrepublik mit dem Westen, die DDR mit dem Osten verbunden sind. Ich denke nicht daran, einigen Leuten den Gefallen zu tun, in eine fruchtlose Diskussion darüber einzutreten, warum das so gekommen ist und wer allein dafür möglicherweise anzuklagen sei. Die meisten von uns haben darauf ihre Antwort, ich glaube, eine in diesem Hause weithin übereinstimmende Antwort. Einiges wird noch die Geschichtsforschung beschäftigen. Die Regierungen haben von dem auszugehen, was ist; sie haben nach vorn zu sehen und ins Auge zu fassen, was aus dem Heute entwickelt werden kann für ein besseres Morgen.

Dabei wollen wir uns bitte alle im klaren darüber sein, daß es auf dieser Welt nicht allzu viele Menschen gibt, außerhalb unseres Volkes, die sich angesichts der Eventualität begeistern, daß die 60 und die 17 Millionen, daß das eine und das andere Wirtschaftspotential, von den Armeen nicht zu sprechen, zusammenkommen. Aber auch ein Streit darüber lohnte jetzt kaum. Ich will nur deutlich machen, was ich in diesem Zusammenhang für die Wahrheit halte: Es gibt trotz allem noch die Einheit der Nation. Die Einheit der Deutschen hängt von vielen Faktoren ab. Doch wohl nicht in erster Linie, jedenfalls nicht allein, von dem, was in der Verfassung steht, sondern von dem, was wir tun. Nicht in erster Linie oder allein von dem, was in Verträgen steht, sondern davon, wieweit wir andere Staaten als Freunde gewinnen. Weniger von Potsdam 1945 als vielmehr von der Überwindung der europäischen Spaltung in den siebziger, achtziger und, wenn es sein muß, in den neunziger Jahren.

Professor Hermann Heimpel hat schon 1955 mit der Distanz des Historikers ein Ausrufungszeichen gesetzt, als er uns, die deutsche Öffentlichkeit, darauf aufmerksam machte,

daß es kein ein für allemal gegebenes Recht auf Wiedervereinigung gebe und daß wir einem Prozeß gegenüberstünden, dessen Chancen auch gespielt werden können.

Die Einheit der Deutschen ist eine Chance; mehr nicht, aber auch nicht weniger. Daß wir sie nicht verspielen, liegt, bei allem Augenmaß für das begrenzte Gewicht der Bundesrepublik, für die Rechte der Vier Mächte, für die Interessen aller unserer europäischen Nachbarn, bei uns allen, die wir in der Bundesrepublik politische Verantwortung tragen. Unser Ziel muß sein, wie Herbert Wehner es formuliert hat, dem eigentlichen Souverän, dem deutschen Volk, zur Geltung zu verhelfen.

Meine Damen und Herren, dabei gibt es nicht mehr nur eine deutsche Frage, sondern man muß, wenn von Deutschland die Rede ist, von deutschen Fragen, von mehreren deutschen Fragen sprechen, die als Einzelprobleme unterschiedlich betrachtet und nicht mehr, wie man es etwa in den fünfziger Jahren versuchte, einfach einheitlich beantwortet werden können. Heute müssen sie unterschiedlich, wenn auch nicht losgelöst voneinander und vor allem nicht isoliert, betrachtet werden.

Wenn ich „deutsche Fragen, mehrere deutsche Fragen" sage, dann denke ich an das, woran wir alle in diesem Zusammenhang denken:

— das Schicksal der Ostprovinzen und ihrer Menschen, der Vertriebenen, der dort Verbliebenen, der dort Angesiedelten und der dort inzwischen Geborenen; die sowjetisch besetzte Zone (SBZ), aus der die DDR, die drei Westzonen, aus denen die Bundesrepublik Deutschland wurde — beide keine Provisorien mehr, beide von wirtschaftlichem Rang und beide engste Partner einer der beiden Supermächte;

— und nicht zuletzt die Realität West-Berlin, Teil einer Vier-Mächte-Stadt unter der uneingeschränkten Oberhoheit der Drei Mächte, dazu im Auftrag der Drei Mächte die Bindungen an die Wirtschafts-, Finanz- und Rechtsordnung des Bundes und die Vertretung nach außen durch die Bundesregierung.

Dies ist die Lage, etwas knapp dargestellt, und über jedes dieser Probleme, die sich für Deutschland stellen, läßt sich jederzeit mehr sagen. Aber angesichts dieser Lage, die wir kennen und die uns bedrückt und die uns seit so vielen Jahren begleitet, stellt sich die Frage: Was sind die Ziele, an denen deutsche Politik in diesem Zusammenhang orientiert sein soll?

Die erste Antwort ist die, daß wir die Teile Deutschlands, die heute freiheitlich geordnet sind, frei halten müssen, oder — wie man gesagt hat — daß die Bundesrepublik sich selbst anerkennen muß.

Die zweite Antwort ist die, daß wir alle Probleme nur in Frieden lösen wollen und dürfen.

Die dritte Antwort ist, daß wir unseren Beitrag leisten, damit mehr Menschenrechte eingeräumt und praktiziert werden. Dies sind die Orientierungspunkte.

Hinzu tritt logisch die Frage: Wie kann deutsche Politik diese Ziele durchsetzen? Das geht nicht mehr mit den traditionellen Mitteln des Nationalstaates, sondern nur noch im Bündnis mit anderen. Ich glaube überhaupt, es wird in Zukunft keine politischen Lösungen von Wichtigkeit mehr geben außerhalb von Bündnissen, Sicherheitssystemen oder Gemeinschaften.

Nicht nationalstaatlich und in traditionellem Sinn werden in Zukunft deutsche Probleme von Wichtigkeit behandelt werden können, sondern nur in schrittweisem Bemühen um eine europäische Friedensordnung.

Es geht also darum, Wirklichkeiten, Realitäten zu erkennen und zu respektieren — dies nicht etwa gar, um bestehendes Unrecht resignierend hinzunehmen, sondern um sehr realitätsbezogen unseren Beitrag dazu zu leisten im Laufe der Jahre, daß den Grenzen in Europa der Charakter des Trennenden genommen wird.

V

Die Bundesregierung hat am 28. Oktober 1969 vor diesem Hohen Hause erklärt:

„Unser nationales Interesse erlaubt es nicht, zwischen dem Westen und dem Osten zu stehen. Unser Land braucht die Zusammenarbeit und Abstimmung mit dem Westen und die Verständigung mit dem Osten."

Es gibt im übrigen nur eine in sich geschlossene deutsche Außenpolitik und keinen Gegensatz zwischen Ost und Westpolitik. Wer unvoreingenommen die zweieinhalb Monate zurückblickt, die seit der Abgabe der Regierungserklärung vergangen sind, wird feststellen, daß diese Regierung, wie es unseren ganz natürlichen Gegebenheiten entspricht, nach Westen sehr viel aktiver gewesen ist als nach Osten. Ich erinnere an die Tagung des NATO-Rats, an die Besprechungen des Verteidigungsministers in Washington, an die Gipfelkonferenz in Den Haag, durch die das westliche Europa wieder eine Perspektive gewonnen hat; ich erinnere an die zeitraubenden und kräftezehrenden Verhandlungen, durch die meine Kollegen aus der Regierung dazu beitragen konnten, in Brüssel das Endstadium des Gemeinsamen Marktes zu erreichen. Ich denke auch an die Sicherung von EURATOM durch diese Bundesregierung bis hin zur Aktivität des Außenministers bei der letzten Zusammenkunft im Rahmen der Westeuropäischen Union.

Dort wie überall ist deutlich geworden, meine Damen und Herren, daß wir uns bei unseren Bemühungen um eine Entspannung nach Osten auf Vertrauen und Zustimmung unserer Freunde und Verbündeten verlassen können.

Dabei kann es übrigens niemanden überraschen, wenn anderswo mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt wird, wie die Dinge sich entwickeln, wenn diese Bundesregierung den begrenzten Handlungsraum, den sie hat, möglichst ausfüllt.

Ich habe natürlich Respekt vor jedem bei uns in der Bundesrepublik, der aus seiner echten Sorge Zweifel anmeldet. Aber ich bitte zu verstehen, daß es in der praktischen Politik immer wieder Gebiete gibt, auf denen heute bestimmte Methoden nicht mehr zweckmäßig oder falsch sein können, die bis gestern oder vorgestern richtig gewesen sein mögen. Kein Verständnis habe ich für Eiferer, die der Bundesregierung auch dann schaden, vielleicht sogar schaden wollen, wenn sie damit der Bundesrepublik schaden. Diese Regierung wird und darf sich dadurch nicht beirren und von ihrem Kurs abbringen lassen.

Die Bundesrepublik Deutschland ist kein „Wanderer zwischen zwei Welten". Ohne den Hintergrund und die Sicherheit bewährter Freundschaft und bewährter Bündnisse könnte es einen aktiven deutschen Beitrag zur Entspannungspolitik überhaupt nicht geben.

Der Kern unserer Politik ist der Gewaltverzicht. Dieser Gewaltverzicht soll Grundlage für eine Verbesserung der Beziehungen zu allen osteuropäischen Staaten sein. Da das deutsche Volk in seiner Gesamtheit in absehbarer Zeit nicht auf einen Friedensvertrag hoffen kann, wird der Gewaltverzicht — er kann es zumindest werden — die Basis für die Regelung der einzelnen heute lösbaren politischen Fragen mit den verschiedenen Staaten Osteuropas sein. Wir sehen im Gewaltverzicht insoweit etwas Dauerhaftes, weil es für das deutsche Volk — und hier denke ich auch an unseren Sicherheitsbeitrag im Atlantischen Bündnis — nur noch Friedenspolitik geben kann.

Der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU hat in einer Erklärung vom 12. Januar für seine Fraktion, die größte Fraktion dieses Hauses, betont: „Wir haben die Politik der Großen Koalition in Sachen Gewaltverzicht, Polen und DDR unterstützt und bekräftigen diese Inhalte der deutschen Politik erneut." Nachdem es auch ganz anderslautende Ausführungen gegeben hat, begrüße ich diese Erklärung des Herrn Kollegen Dr. Barzel besonders, in der Hoffnung, daß wir uns jedenfalls insoweit über die Ziele einig geblieben sind und daß Meinungsverschiedenheiten über Methodik und Wege sachlich ausgetragen und — wo es die Natur der Sache gebieten sollte — auch vertraulich untereinander behandelt werden können.

Ich kann deshalb an dieser Stelle nur erklären, meine Damen und Herren, daß der Meinungsaustausch mit der Sowjetunion mit dem Ziel, zu einem Gewaltverzicht zu kommen, breit angelegt ist, demnächst weitergeführt wird, und zwar der Natur der Sache nach vertraulich. Die Bundesregierung beabsichtigt, demnächst einen entsprechenden Meinungsaustausch mit der Regierung der Volksrepublik Polen aufzunehmen. Sie wird über diese Politik, wenn sie sich tatsächlich entwickelt, mit den Fraktionsführungen dieses Hauses so offen sprechen, wie dies, vielleicht noch nicht umfassend genug, gestern — nicht zum erstenmal — in einem Gespräch mit den Fraktionsvorsitzenden geschehen ist.

Die Konsultationen der Bundesregierung mit ihren Verbündeten berühren auch Themen, die über die Tagesaktualität hinausgehen. Ich werde Ende dieses Monats Staatspräsident

Pompidou in Paris besuchen, Anfang März mit dem britischen Premierminister in London zusammentreffen und im April den amerikanischen Präsidenten sehen. Bei diesen drei Begegnungen werden wir unter anderem, und zwar schon in diesem Monat in Paris, über die vorgeschlagene Konferenz über europäische Sicherheit sprechen, der die Bundesregierung grundsätzlich positiv gegenübersteht. Sie muß gründlich genug vorbereitet sein, um für Europa einen sicheren Erfolg zu versprechen. Sie kann nur erfolgreich sein, wenn alle Teilnehmer im Rahmen der Sicherheit gleich verbindliche Verpflichtungen übernehmen.

Es dürfte bekannt sein, daß wir im Rahmen des Atlantischen Bündnisses und darüber hinaus an der Meinungsbildung zu den Fragen der europäischen Sicherheit — und dazu gehört auch der Vorschlag eines gleichgewichtigen, auf die konventionelle und atomare Komponente bezogenen Abbaus des Rüstungspotentials — aktiv und konstruktiv beteiligt sind. Auch die Fragen der wirtschaftlichen und technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit sollten unserer Auffassung nach über Erklärungen des guten Willens hinaus beantwortet werden. Die Bundesregierung wird mit allen daran interessierten Staaten den Meinungsaustausch aufnehmen oder fortführen. Dabei wäre es eine besondere Genugtuung, wenn der bilaterale Gewaltverzicht sowohl eine solche europäische Konferenz und ihre Arbeiten wie auch die vielfache bilaterale Zusammenarbeit fördern würde. Klarheit sollte allerdings auch darüber herrschen, daß unsere, der Bundesrepublik Teilnahme an einer solchen Konferenz wenig sinnvoll wäre, wenn sich bis dahin kein positiver Ansatz im zwischendeutschen Bereich gezeigt hätte. Das will ich hier in aller Öffentlichkeit sagen, nicht als Bedingung, sondern als Klarstellung.

Die Bundesregierung begrüßt im übrigen die Absicht der Drei Mächte, über Berlin, die Bestätigung seines Status und Verbesserungen für die Lage der Stadt mit der Sowjetunion zu sprechen. Ich hoffe, daß diese Verhandlungen erfolgreich verlaufen werden. Sie könnten insofern einen günstigen Ausgangspunkt haben, als — unbeschadet mancher lautstarker Propaganda — keine der genannten Vier Mächte — zumindest auf die jetzige Zeit bezogen — nach allem, was wir erkennen können, den Status der Stadt ändern will.

Zu den Realitäten dieser Zeit und dieser Welt, meine Damen und Herren, gehören die gewachsenen Bindungen zwischen Westberlin und der Bundesrepublik, die Stellung der Stadt in unserem gemeinsamen Wirtschafts- und Währungssystem. Ich betrachte es als Störaktion der genannten internationalen Gespräche, wenn die DDR anmaßend die Bundesregierung auffordert — was sie, nebenbei gesagt, zuständigkeitshalber gar nicht könnte —, zum Beispiel Arbeitssitzungen von Fraktionen oder Ausschüssen des Deutschen Bundestages in Berlin zu unterbinden. Wir haben nicht weniger Recht, in Berlin zu sein, als die Volkskammer, die dort regelmäßig tagt. Unser Recht, uns als Mitglieder des Bundestages oder in anderer Eigenschaft auch in Berlin zu versammeln, ist auch von den Drei Mächten, die selbst nach sowjetischer Ansicht dort die oberste Gewalt haben, stets anerkannt worden. Und wenn ich über Berlin-Verhandlungen spreche, dann bin ich der Auffassung, daß dabei natürlich nicht Verschlechterungen herauskommen dürfen, sondern eine Entspannung um diese Stadt muß auch zu Verbesserungen für die Menschen in der Stadt führen.

VI

Meine Damen und Herren, wir haben mit Interesse zur Kenntnis genommen, daß auch die Regierungen der CSSR und der Volksrepublik Ungarn an verbesserten Beziehungen mit der Bundesrepublik interessiert sind. Ich hoffe, daß sich hieraus zu gegebener Zeit sachliche Anknüpfungspunkte ergeben werden.

Der ungarische Außenminister Janos Péter hat in einem Interview für das Deutsche Fernsehen einen Gedanken entwickelt, dem die Bundesregierung durchaus zustimmt. Auf die Frage, ob die historische Gemeinsamkeit oder das heute ideologisch Trennende in Europa überwiege, hat der ungarische Außenminister nicht nur das Vorhandensein dieser beiden Faktoren bestätigt, sondern einen dritten hinzugesetzt: Er nannte diesen dritten Faktor die gemeinsame Verantwortlichkeit. Er hat daran erinnert, daß es in Europa die ältesten — wenn man diese Terminologie akzeptiert — „kapitalistischen" und die ältesten „sozialistischen Länder" gebe, und er fügte hinzu: „Wir müssen der Welt zeigen, daß wir, um

die Kriegsgefahr abzuwenden, bereit sind, über unsere Gegensätze hinweg die gemeinsame Verantwortung auf uns zu nehmen."

Dem können wir durchaus zustimmen. Wir leugnen nicht die Gegensätze, wir verniedlichen nicht die Gegensätzlichkeit der gesellschaftlichen Systeme, wir sehen zugleich die Gemeinsamkeiten und die historischen Bindungen. Dies gilt für das Verhältnis der europäischen Völker in Ost und West; dies gilt für die in zwei Teile gespaltene und zweifach organisierte eigene Nation, bei der dennoch die Verantwortlichkeit dafür vorhanden sein muß, den Frieden sicherer zu machen, die Entspannung praktisch in Angriff zu nehmen. Diese Verantwortung ist objektiv auf beiden Seiten gleich groß. Sie besteht nicht nur in Bonn, sondern auch in Ostberlin, und es bedarf nicht nur der Taten hier, es bedarf auch der Taten dort.

Die Bundesrepublik bleibt nach Bindung und Überzeugung ein Staat des Westens. Die DDR bleibt durch Bindung und nach dem Willen ihrer Führung ein Staat des Ostens. Dies sind die Fakten. Sie dürfen uns nicht davon abhalten, das Nebeneinander, wenn es geht, zu organisieren und ein Miteinander zu versuchen, also von der Konfrontation zur Kooperation zu kommen. Bei dieser internationalen Zielsetzung — und um eine solche handelt es sich — gibt es eine wichtige Aufgabe für die Deutschen hier wie drüben. Die Bundesregierung ist entschlossen, ihren Teil der Verantwortung mit den sich daraus ergebenden Konsequenzen zu übernehmen. Sie wird sich von dieser Absicht weder durch Störungen noch durch Verunglimpfungen oder Verdächtigungen abhalten lassen, von wo sie auch herkommen. Sie unterwirft sich diesem Test; sie stellt sich, stellt damit auch andere Regierungen auf diesen Prüfstand der Ernsthaftigkeit, der Sachlichkeit und der Vernunft, das jetzt Mögliche zu tun, es zumindest zu versuchen.

Dies mit dem Blick auf die Sicherheit zu tun, ist heute meine Aufgabe als Bundeskanzler, wie es lange meine Aufgabe als Regierender Bürgermeister von Berlin gewesen ist: Nach meiner Überzeugung muß alles versucht werden, trotz der prinzipiellen Gegensätze, Formen des Zusammenlebens, also der Koexistenz, zu finden, über die ich im Herbst 1962 an der Harvard-Universität gesagt habe, daß sie ein „Zwang zum Wagnis" sei.

VII

In Ostberlin hat man sich daran gestoßen, daß wir die Formulierung gebraucht haben, die beiden deutschen Staaten könnten füreinander nicht Ausland sein. Dies habe keine völkerrechtliche Bedeutung, so hält man uns entgegen. Ich habe mich dazu vorhin schon geäußert; ich will das jetzt nicht vertiefen, sondern ich sage: Es hat jedenfalls eine eminent praktische Bedeutung. Es entspricht vor allen Dingen Realitäten, von denen die andere Seite so gerne spricht, sie allzuoft aber nur einseitig sieht. Es bestehen eben intensivere verwandtschaftliche Beziehungen zwischen den Menschen in Leipzig und in Hamburg als zwischen den Menschen in Leipzig und in Mailand oder in Warschau. Und das Verhältnis der Steglitzer zu den Lichtenbergern ist eben ein anderes als zwischen den Lichtenbergern und den Bewohnern des 6. Arrondissement in Paris.

Gibt es eine Mauer durch Paris, Prag, London oder Warschau? Gibt es für irgendeines unserer Nachbarvölker eine blutende Grenze im Innern, so wie sie uns aufgezwungen ist, diesem deutschen Volk, mit Tausenden von Schießereien und einer noch immer nicht abgeschlossenen Liste von Todesopfern?

Warum hatten wir von Beziehungen besonderer Art gesprochen? Natürlich nicht, um eine Vormundschaft zu schaffen, aber natürlich auch nicht, um die Absurdität aufrechtzuerhalten, die heute die Besonderheit zwischen uns darstellt, daß man nämlich aus der Bundesrepublik leichter in die Tschechoslowakei, nach Ungarn und nach Rumänien reisen kann als aus der DDR, und daß man selbst aus der DDR leichter in diese Länder reisen kann als — von dort aus gesehen — in den anderen Teil Deutschlands oder schon gar nicht zu sprechen von West-Berlin und Ost-Berlin.

Wenn die Führung der SED diese Besonderheiten ablehnte, dann wären wir ganz einer Meinung. Diese Besonderheiten sollte es in Zukunft nicht mehr geben. Es sind nämlich Besonderheiten der Nichtbeziehungen oder Negativ-Beziehungen.

Die beiden Staaten auf deutschem Boden sind nicht nur Nachbarn, sondern sie sind Teile einer Nation mit weiterhin zahlreichen Gemeinsamkeiten. Was liegt näher, als daß sie praktische Fragen möglichst vernünftig miteinander regeln? Wir sind dazu bereit. Wir sind bereit, jene Vereinbarungen schaffen zu helfen, die auf den Gebieten der Wirtschaft, der Wissenschaft, des Verkehrswesens und der Post, der Kultur, des Sports, des Informationsaustauschs usw. zu beiderseits akzeptablen Regelungen führen können. Auf diese Weise würde zunächst einmal der Nachholbedarf erfüllt, den wir im Vergleich zu den Beziehungen beider Staaten zu Dritten haben. Dieser Nachholbedarf muß erfüllt werden, bevor wir zu besonders engen Beziehungen kommen, wie sich das für zwei staatliche Ordnungen einer Nation gehören sollte.

Man kann verstehen, daß es der Regierung in Ostberlin um politische Gleichberechtigung, auch um gewisse abstrakte Formalitäten geht. Man muß aber auch Verständnis dafür haben, daß die Bundesregierung nur dann über vieles mit sich reden lassen wird, wenn dabei gleichzeitig auch Erleichterungen für die Menschen im geteilten Deutschland herauskommen.

Das Wohl der Staaten ist wenig wert, wenn es nicht zugleich das Wahl seiner Bürger ist.

VIII

Nun sagt die Regierung der DDR, sie sei zu Verhandlungen bereit. Wir haben das zur Kenntnis genommen. Wir sind dazu ebenfalls bereit, wie mit anderen Mitgliedern des Warschauer Paktes. Die Bundesregierung schlägt der Regierung der DDR Verhandlungen auf der Basis der Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung über den Austausch von Gewaltverzichtserklärungen vor. Nachdem der Meinungsaustausch darüber mit der Sowjetunion im Gange ist — ohne daß freilich über einen positiven Ausgang schon irgendetwas gesagt werden könnte —, halten wir es für praktisch, in entsprechende Verhandlungen auch mit der Regierung der DDR einzutreten. Sie würden einen guten Rahmen dafür bieten, in einem breit angelegten Meinungsaustausch alle Fragen zu erörtern, die für ein geregeltes Verhältnis der beiden Seiten von Bedeutung sind. Dabei geht es natürlich nicht, daß die eine Seite sagt: Dies ist mein Vertragsentwurf; er kann nur angenommen werden. Wenn das die Haltung der DDR wäre, gäbe es nur die Ablehnung.

Es liegt nach unserer Auffassung im Interesse einer Übereinkunft, wenn über alle, beide Seiten interessierenden und miteinander zusammenhängenden, Fragen ein direkter Meinungsaustausch stattfindet, bevor man sich auf die Formulierung von Einzelheiten festlegt. Dies ist das übliche praktikable Verfahren. Es findet z. B. zur Zeit zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion eben auf diese Weise statt. Dieser Meinungsaustausch oder diese Verhandlungen, wie immer man das nennen will, können bald beginnen. Jede Seite muß dabei frei sein, alle Punkte auf den Tisch zu legen, die sie zu erörtern wünscht. Ich möchte sagen: Ein Vertrag kann nicht am Anfang, sondern er muß am Ende von Verhandlungen stehen.

Dem Vorsitzenden des Ministerrats der DDR werde ich demnächst einen entsprechenden Vorschlag machen.

Die Bundesregierung wird sich hierbei von folgenden Grundsätzen leiten lassen:

1) Beide Staaten haben ihre Verpflichtung zur Wahrung der Einheit der deutschen Nation. Sie sind füreinander nicht Ausland.

2) Im übrigen müssen die allgemein anerkannten Prinzipien des zwischenstaatlichen Rechts gelten, insbesondere der Ausschluß jeglicher Diskriminierung, die Respektierung der territorialen Integrität, die Verpflichtung zur friedlichen Lösung aller Streitfragen und zur Respektierung der beiderseitigen Grenzen.

3) Dazu gehört auch die Verpflichtung, die gesellschaftliche Struktur im Gebiet des anderen Vertragspartners nicht gewaltsam ändern zu wollen.

4) Die beiden Regierungen und ihre Beauftragten sollten eine nachbarschaftliche Zusammenarbeit anstreben, vor allem die Regelung der fachlich-technischen Zusammenarbeit, wobei gemeinsame Erleichterungen in Regierungsvereinbarungen festgelegt werden können.

5) Die bestehenden Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in bezug auf Deutschland als Ganzes und Berlin sind zu respektieren.

6) Die Bemühungen der Vier Mächte, Vereinbarungen über eine Verbesserung der Lage in und um Berlin zu treffen, sind zu unterstützen.

Man könnte sich auch über weitere Punkte verständigen. Dabei muß klar sein, daß eine Regelung der Beziehungen zwischen den beiden Seiten nicht zeitlich beschränkt sein darf. Sie muß mit der Perspektive der Verbesserung gelten für die Zeit, in der es diese beiden Staaten gibt.

IX

Für die Bundesregierung kann ich abschließend erklären, daß unser Verhalten von einer kühlen und realistischen Einschätzung der Situation bestimmt ist. Dies bedeutet, daß die Bundesregierung mit dem ernsten Willen zu ernsten Verhandlungen und dem Wunsch nach einer möglichst positiven Entwicklung in die Verhandlungen geht mit der Sowjetunion, mit Polen, mit der DDR und mit anderen; daß sie sich über die Schwierigkeiten dieser Verhandlungen keinerlei falsche Hoffnungen macht; daß sie bei den festen Positionen, die sie hat und halten wird, nicht ausschließen kann, daß diese Bemühungen scheitern, obwohl sie dies gewiß nicht wünscht.

Aber ich sage noch einmal: die Bundesregierung unterwirft sich selbst und die anderen genannten Regierungen dem Test der Ernsthaftigkeit der Bemühungen um Entspannung und Frieden.

Im übrigen möchte ich noch ein Wort zu den in der öffentlichen Debatte gelegentlich apostrophierten „Vorleistungen" sagen. Es hat in der Bundesrepublik eine Zeit gegeben, in der beachtliche deutsche Vorleistungen nach Westen als Ausweis besonderer staatsmännischer Klugheit und Weitsicht galten. Man kann in der Tat gut sehen, daß sich dies für die Bundesrepublik weithin ausgezahlt hat an Vertrauen, das wir gewonnen haben, an Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung.

Wenn wir begonnen haben — die vorige Regierung, diese Regierung, ich sage: mit einigen anderen Akzenten, mit einigen anderen methodischen Vorstellungen —, nach den Schrecken des Krieges auch im Osten um Vertrauen zu werben, dann ist das eine schwere und eine große Aufgabe. Man wäre versucht, denjenigen kleinmütig und im Grunde auch nicht genügend an die patriotische Pflicht gebunden zu nennen, der angesichts dieser Aufgabe fragt: Was bekommt ihr eigentlich dafür?

Den Frieden sicherer zu machen, für unser ganzes Volk — ist das nichts? Der Freundschaft mit den Völkern des Westens, des Nordens und Südens das Vertrauen, den Ausgleich und schließlich hoffentlich eines Tages auch einmal sogar die Freundschaft mit den Völkern des Ostens hinzuzufügen — ist das nichts? Und wird nicht Deutschland danach selbst mehr Sicherheit und einen besseren Frieden haben? Werden nicht seine Menschen, jeder einzelne, davon profitieren? Um es mit diesem Wort zu sagen: Weil es weniger Furcht geben wird; weil die Lasten geringer werden; weil sich Menschen wieder sehen werden, die sich Jahre nicht sehen konnten; weil vielleicht zwei Menschen aus den beiden Staaten in Deutschland heiraten können, die heute unmenschlicher Zwang trennt.

Dies sind die Maßstäbe, im großen, im kleinen, aber immer auf den Menschen bezogen, denen sich diese Regierung stellt, und zwar in aller Nüchternheit, in klarem Bewußtsein der Schwierigkeiten, der Länge des Weges, eines Risikos, das wohlkalkuliert ist.

Dies ist die Aufgabe, der wir uns stellen können, weil wir sebstbewußt sind und gute Freunde haben.

Wortlaut der Rede des Staatsratsvorsitzenden der DDR, Walter Ulbricht, auf der internationalen Pressekonferenz am 19. Januar 1970 in Berlin und seine Antworten auf die Fragen der Presse

Meine Damen und Herren!

Liebe Freunde und Genossen!

Es geht um die vertragliche Regelung der Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der westdeutschen Bundesrepublik. Es geht also um Probleme, welche die Fragen von Krieg und Frieden, von Ruhe und Sicherheit für die schöpferische Arbeit der Menschen, für alle Völker Europas berühren.

Ich möchte einleitend nachdrücklichst unterstreichen:

Es ist uns sehr ernst mit dem Abschluß des von uns vorgeschlagenen Vertrages „über die Aufnahme gleichberechtigter Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland".

Nach zwei Jahrzehnten vertragsloser und über lange Strecken denkbar schlechter Beziehungen zwischen der DDR und der BRD würden wir es im Interesse von Frieden und Sicherheit der Menschen und Staaten unseres schwergeprüften Kontinents begrüßen, wenn es gelänge, ein normales, völkerrechtlich einwandfrei abgesichertes friedliches Nebeneinander der beiden deutschen Staaten — ungeachtet ihrer gegensätzlichen Gesellschaftsordnungen — vertraglich zu gewährleisten.

Die historische Notwendigkeit der friedlichen Koexistenz der beiden deutschen Staaten und die Erfahrungen der letzten 20 Jahre machen die vertragliche Vereinbarung völkerrechtlicher normaler gleichberechtigter Beziehungen, frei von jeder Diskriminierung, unabdingbar.

Ich habe mit Interesse auf die Erklärung des westdeutschen Bundeskanzlers Brandt im westdeutschen Bundestag gewartet. Leider fehlte der Rede die große geschichtliche Note, die 25 Jahre nach dem Sieg der Antihitlerkoalition notwendig gewesen wäre. Es war eine Rede tiefster Widersprüche. Herr Brandt geht nicht von den realen Entwicklungsbedingungen aus, sondern von Spekulationen. Und er bediente sich zum Teil eines Vokabulars — wie z. B. „blutende Grenze" und dergleichen —, das den Älteren unter uns noch in unangenehmer Erinnerung ist.

Aufschlußreich ist die Erklärung von Herrn Brandt, seine Regierung sei kein Wanderer zwischen zwei Welten. Er hielt es für nötig, das ganz besonders zu unterstreichen, nachdem er vorher die Pariser Verträge auch heute in allen Teilen für gültig erklärt und sich auf den Boden der NATO und der USA-Globalstrategie gestellt hatte. Wir sind überzeugt, daß viele westdeutsche Bürger erwartet hatten, daß Herr Brandt zu seinem Thema „Bericht zur Lage der Nation" eine deutsche Friedenspolitik entwickeln würde, die den Interessen der westdeutschen Bevölkerung entspricht.

Die westdeutsche Regierung hatte als Tagesordnung der Bundestagssitzung die „Lage der Nation" festgelegt. Offenkundig ist Herr Brandt bei seinen Ausarbeitungen mit dieser anspruchsvollen Thematik nicht zurechtgekommen. Denn er hat weniger über die Nation als vielmehr über die Integration der BRD in die NATO gesprochen. Dabei ist charakteristisch, daß er es nicht gewagt hat, zum Vertragsentwurf der DDR wirklich Stellung zu nehmen, daß er nicht einen einzigen konstruktiven Vorschlag für die völkerrechtlich einwandfreie vertragliche Regelung der friedlichen Koexistenz zwischen den beiden deutschen Staaten gemacht hat.

Herr Brandt sprach von der Existenz zweier deutscher Staaten. Also der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland. Er stellte fest, daß die Besonderheit der Beziehungen der DDR und der westdeutschen Bundesrepublik darin besteht, daß es sich um äußerst schlechte Beziehungen bzw. sogar um Nichtbeziehungen handle. Herr Brandt hatte schon vorher erklärt, daß er von Wiedervereinigung nicht mehr reden will, und er unterstrich in seiner Erklärung vor dem Bundestag, daß er eine Überwindung der Spaltung der Nation in absehbarer Zeit nicht für möglich hält. Herr Brandt hat festgestellt, daß die Westmächte keinerlei Interesse an einer Wiedervereinigung

hätten. Sie fürchteten das vereinte Wirtschaftspotential und eine neue demokratische Entwicklung. Herr Brandt hat weiterhin erklärt, zwischen den unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen in den beiden deutschen Staaten könne es keine Mischung oder auch nur einen Kompromiß geben. Aber der Konsequenz dieser Erkenntnisse möchte Herr Brandt aus dem Wege gehen. Er lehnt es immer noch ab, an die Stelle der besonders schlechten Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten geregelte gleichberechtigte Beziehungen, vereinbart durch einen einwandfreien völkerrechtlichen Vertrag, zu setzen und damit zu einer Entspannung beizutragen. Schade, wirklich sehr schade!

Weshalb ist diese Aufgabe jetzt so besonders aktuell?

Es gibt — im dritten Jahrzehnt bereits — einen deutschen Friedensstaat, der — ausgehend von den Lehren der deutschen Geschichte und insbesondere von den im Potsdamer Abkommen festgelegten Richtlinien für eine friedliche Zukunft der Deutschen — die Wurzeln des Krieges beseitigt hat. Dieser Staat, die Deutsche Demokratische Republik, ist ein völkerrechtlich anerkannter, moderner sozialistischer Staat. Durch Beistandspakte mit der Sowjetunion, mit den anderen sozialistischen Ländern und durch unsere Zugehörigkeit zur Gemeinschaft der Staaten des Warschauer Vertrages wurde die Sicherheit für den friedlichen Aufbau und das friedliche Leben des Volkes der DDR geschaffen. Eines haben wir bisher leider nicht erreicht: die Normalisierung der Beziehungen zu dem separaten westdeutschen Staat. Seine Führung hat es bisher beharrlich abgelehnt, die grundlegenden Gebote des Potsdamer Abkommens zu verwirklichen und die im Ergebnis des Sieges der Antihitlerkoalition entstandenen Veränderungen in Europa in völkerrechtlichen Verträgen anzuerkennen.

Die sogenannte deutsche Frage erweckt auch deshalb allgemeines Interesse, weil die von den Herren Dulles und Adenauer begründete westdeutsche Revanchepolitik aussichtslos in der Sackgasse steckt und bankrott ist. Außer den Herren Strauß, Kiesinger und von Thadden gibt es in der Welt nur wenige Politiker, die das nicht einsehen. Es ist also ein günstiger Zeitpunkt für die neue Regierung in Bonn gekommen, um Lehren aus der Geschichte zu ziehen und die aussichtslose Revanchepolitik ein für allemal über Bord zu werfen. Da der westdeutsche Bundeskanzler Brandt selbst von der Existenz zweier deutscher Staaten sprach, steht die Frage: Wie sind friedliche völkerrechtliche Beziehungen zwischen den beiden souveränen deutschen Staaten möglich?

Die Staatsführungen beider Staaten erkennen an, daß in der DDR und in der BRD entgegengesetzte Gesellschaftsordnungen bestehen, in der DDR die sozialistische Gesellschaftsordnung, in der westdeutschen Bundesrepublik die kapitalistische. Wir ziehen aus dieser Tatsache die Schlußfolgerung, daß es notwendig ist, zu einer friedlichen Koexistenz der beiden Staaten verschiedener Gesellschaftsordnung zu kommen. Die herrschenden Kreise der Bundesrepublik dagegen haben daraus die Schlußfolgerung der Revanchepolitik mit dem Ziel der Eingliederung der DDR in die NATO gezogen.

Wir wissen, daß es nur einen Weg gibt, die Herbeiführung der friedlichen Koexistenz. Wir haben also wieder die Initiative ergriffen. Und wir haben vorgeschlagen, daß noch im Monat Januar die Verhandlungen zwischen dem Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik und dem westdeutschen Bundeskanzler über unseren Vertragsentwurf aufgenommen werden.

Wenn man uns nach dem nächsten Ziel unserer Bemühungen fragt, so sagen wir offen: Wir wollen Westdeutschland vom Weg des Revanchismus, der Atomrüstungspolitik und Kriegspolitik zurückhalten und dem Volk der westdeutschen Bundesrepublik, insbesondere den westdeutschen Werktätigen und der westdeutschen Jugend, bei der Erringung einer friedlichen und gesicherten Zukunft helfen. Das bedeutet zugleich die Herstellung gutnachbarlicher Beziehungen zwischen der DDR und der BRD auf der Grundlage der Gleichberechtigung und unter Ausschluß jeglicher Diskriminierung. Das aber erfordert den Abschluß eines entsprechenden völkerrechtlichen Vertrages.

Viele Menschen stellen die Frage: Was ist denn nun aus der deutschen Nation geworden? Vor hundert Jahren wurde die deutsche Nation durch Bismarck mit Blut und Eisen zusammengeschmiedet. Es war ein Krebsübel, daß die Gründung des Deutschen Reiches unter antidemokratischen, militaristischen Bedingungen erfolgte. Es hat sich fortgepflanzt bis in die westdeutsche Bundesrepublik. Mit Recht stellt die westdeutsche Jugend die Frage nach ihrer Zukunft. Sie will nicht unter dem Kommando einer Bonner Regierung

und der Hitlergenerale der Bundesrepublik in einem dritten Abenteuer verheizt werden. Durch die Politik des deutschen Großkapitals und der Großgrundbesitzer, die sich im Kreislauf Krise — Konjunktur — Krieg vollzog, wurde Deutschland in jedem Krieg kleiner. Zuletzt wurde die deutsche Nation von den USA und den westdeutschen Imperialisten gespalten. Und diese Spaltung wurde verbrieft und besiegelt in den Pariser Verträgen, die Herr Adenauer gegen den erklärten Willen des Volkes in Westdeutschland unterzeichnet hat. Das heißt, die Spaltung Deutschlands erfolgte durch einen Staatsstreich Adenauers im Einvernehmen mit den USA. Herr Brandt erklärt sich ausdrücklich für die Durchführung der Pariser Verträge. Er bezeichnet sie auch heute noch in allen ihren Teilen als gültig. So wird besonders unverständlich, wie er in diesem Zusammenhang von der Einheit der deutschen Nation sprechen kann.

Nachdem Herr Brandt ausdrücklich betont hatte, daß die Regierung auf dem Boden der Pariser Verträge steht, wurde das von den CDU-Vertretern näher erläutert und das Ziel begründet, die Herrschaft der NATO über die DDR herbeizuführen. Deshalb wurde sowohl von seiten der Regierung wie von seiten der CDU/CSU abgelehnt, einen völkerrechtlichen Vertrag mit der DDR abzuschließen, der der Sicherung des Friedens dient.

Die Deklamation des westdeutschen Bundeskanzlers über die Einheit der Nation wurde übrigens von ihm selbst widerlegt, indem er feststellte, daß es zwei deutsche Staaten gibt, mit gegensätzlicher Gesellschaftsordnung, und indem er das Bekenntnis zur Integration in das westliche imperialistische Bündnissystem begründete und einen deutschen Nationalstaat ausdrücklich ablehnte. Das ist die historische Realität: Die Deutsche Demokratische Republik ist ein sozialistischer deutscher Nationalstaat, die westdeutsche Bundesrepublik ist ein kapitalistischer NATO-Staat, dessen ehemalige Adenauer-Regierung sogar solche Grundrechte wie die Regelung der Beziehungen zur DDR den imperialistischen Westmächten übertragen hat. Es ist ein Staat mit beschränkter nationaler Souveränität.

Seinerzeit, als die Spaltung der deutschen Nation besiegelt wurde, hat die Kommunistische Partei Deutschlands gegen die Pariser Verträge gekämpft. Aber auch namhafte sozialdemokratische Funktionäre und bürgerliche Politiker haben eindringlich vor den Folgen dieser Verträge gewarnt. In der Paulskirche zu Frankfurt am Main wurde am 29. Januar 1955 von hervorragenden westdeutschen Bürgern ein Manifest angenommen. Hier wird festgestellt: „Die Antwort auf die deutsche Schicksalsfrage der Gegenwart, ob unser Volk in Frieden und Freiheit wiedervereinigt werden kann . . ., hängt heute in erster Linie von der Entscheidung über die Pariser Verträge ab." Die Verfasser wiesen auf die große Gefahr hin, daß durch die Ratifizierung der Pariser Verträge die Tür für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands zugeschlagen wird. Die Verfasser wenden sich dagegen, daß durch die Pariser Verträge die Zerreißung unseres Volkes erfolgt, im Interesse der Genehmigung der Westmächte für die Aufstellung militärischer Streitkräfte in der Bundesrepublik. Das Manifest trägt die Unterschrift von Dr. Gustav Heinemann, gegenwärtig Präsident der westdeutschen Bundesrepublik, von Erich Ollenhauer, damals Vorsitzender der SPD, Ernst Reuter, damals Regierender Bürgermeister von Westberlin, und anderen.

Wenn gegenwärtig Herr Brandt in mystischer Weise von einer Einheit der Nation spricht, so braucht er diese unrealistische Behauptung, um der Herstellung normaler, gleichberechtigter völkerrechtlicher Beziehungen mit der DDR aus dem Wege zu gehen. Herr Brandt sollte sich übrigens darüber klarwerden, daß auch in der westdeutschen Bundesrepublik von einer Einheit der Nation nicht die Rede sein kann. Zwischen den Krupps und den Krauses, zwischen den Milliardären und Multimillionären und dem werktätigen Volk gibt es keine nationale Einheit. Sie hat es auch im untergegangenen Deutschen Reich nicht gegeben. Oder hält Herr Brandt die Konzentrationslager des deutschen Imperialismus nazistischer Prägung, in denen deutsche Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter zu Tode gequält wurden, für einen besonderen Ausdruck der nationalen Einheit?

Was ist denn das Problem der deutschen Nation seit Gründung des Bismarckschen Reiches? Das Problem war und ist die Überwindung der feudalen, militaristischen, später monopolkapitalistischen und antidemokratischen Staatsordnung und der Verzicht auf imperialistische Eroberungspläne. Der deutsche Imperialismus nazistischer Prägung hat

die Grundübel des Deutschen Reiches so auf die Spitze getrieben, daß es unter den Schlägen der Antihitlerkoalition unterging.

Im Ergebnis der totalen militärischen Niederlage und bedingungslosen Kapitulation des deutschen Imperialismus nazistischer Prägung ist das einstige Deutsche Reich, das als Kaiserreich, als Weimarer Republik und schließlich als Großdeutsches Naziimperium zusammengenommen 74 Jahre Bestand hatte, so untergegangen, wie es einstmals aus der Taufe gehoben worden war, nämlich in Blut und Eisen.

Von den Hauptmächten der Antihitlerkoalition wurden vier Besatzungszonen auf dem Territorium des untergegangenen Deutschen Reiches errichtet. Dann zerrissen die USA-Imperialisten und die reaktionären Kräfte Westdeutschlands 1949 die deutsche Nation und die Restbestände an Zusammenhang, die zwischen den Besatzungszonen zeitweilig noch bestanden hatten — oder gemäß Potsdamer Abkommen hätten bestehen sollen — und bildeten in den ihrer Herrschaft unterworfenen Gebieten einen westdeutschen imperialistischen Separatstaat, der „Bundesrepublik Deutschland" genannt wurde.

Die unermeßlichen Opfer, die von den Völkern der Sowjetunion und der Antihitlerkoalition und auch von den deutschen antifaschistisch-demokratischen Kräften der Widerstandsbewegung gebracht wurden, dürfen nicht umsonst gewesen sein. Diese Opfer mahnen und verpflichten uns, nie wieder zuzulassen, daß auf deutschem Boden wieder die revanchistischen Kräfte und die Herren des Rüstungskapitals das Volk zum drittenmal auf den verhängnisvollen Weg treiben.

Meine Damen und Herren!

In der Deutschen Demokratischen Republik sind nicht nur die Wurzeln des Imperialismus und Militarismus beseitigt worden. Hier wurde auch eine neue deutsche Außenpolitik begründet, eine Außenpolitik der Freundschaft mit der Sowjetunion und den anderen Völkern, auf der Grundlage der Gleichberechtigung, der Anerkennung der Souveränität und der Sicherung des Friedens.

Die Deutsche Demokratische Republik und die Sowjetunion haben im Staatsvertrag vom 20. September 1955 im Artikel 1 vereinbart, daß die DDR frei ist „in der Entscheidung über Fragen ihrer Innen- und Außenpolitik, einschließlich der Beziehungen zur deutschen Bundesrepublik sowie der Entwicklung der Beziehungen zu anderen Staaten". Was also in der DDR zu den unverzichtbaren Attributen der Innen- und Außenpolitik gehört, muß offenbar in der westdeutschen Bundesrepublik erst noch herbeigeführt werden. Trotz der Pariser Verträge meinen wir aber, daß die Bonner Regierung den Mut haben sollte, die notwendigen Souveränitätsrechte in Anspruch zu nehmen, um den von uns vorgeschlagenen völkerrechtlichen Vertrag mit der DDR abschließen zu können.

Allerdings hat es sich schon längst als besonders folgenschwer erwiesen, daß Bonn den USA in den Pariser Verträgen Entscheidungsbefugnisse über die Gestaltung der Beziehungen der BRD zur DDR eingeräumt hat.

Was nun die Gestaltung der Beziehungen zur westdeutschen Bundesrepublik betrifft, so sind unsere Vorstellungen klar im Vertragsentwurf formuliert.

Unser Entwurf steht im Einklang mit dem Kommuniqué über das Treffen führender Persönlichkeiten sozialistischer Bruderländer, das Anfang Dezember 1969 in Moskau durchgeführt worden ist. In diesem einstimmig beschlossenen Kommuniqué wird an die westdeutsche Regierung appelliert, die Lehren aus der Geschichte zu ziehen und sich des Ballastes der Vergangenheit zu entledigen. Es wird bekräftigt, daß die Interessen des Friedens und der Sicherheit es erfordern, daß alle Staaten gleichberechtigte Beziehungen auf völkerrechtlicher Grundlage zur Deutschen Demokratischen Republik aufnehmen und die bestehenden europäischen Grenzen einschließlich der Oder-Neiße-Grenze als endgültig und unantastbar anerkennen. Die sozialistischen Staaten bestätigten noch einmal ihr einmütiges Bestreben, die gesamteuropäische Staatenkonferenz unter gleichberechtigter Teilnahme aller europäischer Staaten ungeachtet ihrer Gesellschaftsordnung zustandezubringen, damit im Interesse von Frieden und Sicherheit die Spannungen in Europa durch Beziehungen der guten Nachbarschaft abgelöst werden können.

Im Potsdamer Abkommen sind von den Hauptmächten der Antihitlerkoalition die Grundsätze formuliert worden, welche gewährleisten sollen, daß eine demokratische Entwicklung in Deutschland erfolgt und daß von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgeht. Entmilitarisierung, Entnazifizierung und Einschränkung der Macht der Monopole — das

sind die wichtigsten Grundsätze von Potsdam. Sie wurden in der DDR schon vor 20 bis 25 Jahren durchgesetzt. Ihre Erfüllung steht in der westdeutschen Bundesrepublik noch immer aus. Die Erfüllung dieser Grundsätze — das war der erklärte Wille der Unterzeichner des Potsdamer Abkommens — sollte den Deutschen die Möglichkeit geben, zu gegebener Zeit ihren „Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen". Ich frage also: Wann endlich wird Westdeutschland dieses Gebot von Potsdam erfüllen und sich damit vor der deutschen und europäischen Geschichte ehrlich machen?
Zu den grundlegenden Bestimmungen des Potsdamer Abkommens gehört auch die Festlegung einiger Grenzen. Im Potsdamer Abkommen wurden mehrere Grenzen in Europa neu gezogen. Sie wurden verbindlich festgelegt. Und es wurden weitreichende Konsequenzen aus dieser verbindlichen und endgültigen Festlegung — wie z. B. die Umsiedlung von Millionen Menschen — vereinbart und realisiert.
Die ursprüngliche Vorstellung der Hauptmächte der Antihitlerkoalition war es, daß die in Potsdam getroffenen endgültigen Entscheidungen schnellstens durch den Friedensvertrag bestätigt werden sollten. Nachdem aber durch die Pariser Verträge und die Einbeziehung Westdeutschlands in die NATO der Abschluß eines Friedensvertrages mit den beiden deutschen Staaten vereitelt worden war, sind die genannten grundlegenden Bestimmungen von Potsdam endgültiges Völkerrecht. Zumal in den ersten Jahren nach Abschluß der Pariser Verträge mehrfach Vorschläge der Sowjetunion und der DDR, doch noch einen Friedensvertrag abzuschließen, von den drei Westmächten, von der Regierung der westdeutschen Bundesrepublik und auch von den drei Parteien des westdeutschen Bundestages abgelehnt worden sind.
Die Gewährleistung von Frieden und Sicherheit in Europa und die Normalisierung der Beziehungen aller europäischen Staaten mit allen europäischen Staaten ungeachtet ihrer Gesellschaftsordnungen muß also auf den in Potsdam völkerrechtlich verbindlich festgelegten Entscheidungen beruhen. Insbesondere aber müssen die Verhältnisse in den beiden deutschen Staaten den grundsätzlichen Geboten des Potsdamer Abkommens entsprechen. Hier gibt es in der westdeutschen Bundesrepublik noch einen beträchtlichen Nachholbedarf. Über ihn wird in den vorgeschlagenen Verhandlungen über den Abschluß eines völkerrechtlichen Vertrages zwischen der DDR und der BRD zweifellos sehr ernsthaft gesprochen werden müssen.
Seitdem der Friedensvertrag durch die Pariser Verträge bewußt vereitelt wurde — zumal seit Beendigung des zweiten Weltkrieges auch schon wieder ein Vierteljahrhundert vergangen ist — ist es nicht nur irreal, sondern unzulässig, ja Ausdruck friedensfeindlicher Absichten, wenn die Regierung der BRD fortfährt, mit Berufung auf angebliche spätere friedensvertragliche Regelungen der notwendigen eindeutigen Anerkennung der im Ergebnis des zweiten Weltkrieges und des Sieges der Antihitlerkoalition entstandenen Lage aus dem Wege zu gehen.
Diese Taktik ist mit Recht so ausgelegt worden, daß sie der Bonner Regierung die Möglichkeit geben soll, den irrealen Anspruch aufrechtzuerhalten, auf unbegrenzte Zeit gälten noch die Grenzen von 1937. Das heißt, das Nichtvorhandensein des Friedensvertrages wird als Vorwand und zugleich als Tarnung der Revanchepolitik des westdeutschen Imperialismus benutzt.
Das Ausweichen vor den unabdingbaren völkerrechtlich verbindlichen Entscheidungen unter Berufung auf einen irgendwann einmal zu erwartenden Friedensvertrag soll offenbar einer westdeutschen Regierung — wenn ihr die Umstände günstig erscheinen — die Möglichkeit geben, alle etwaigen provisorischen Grenzanerkennungen, Gewaltverzichtserklärungen und dergleichen mit der Feststellung vom Tisch zu wischen, die Voraussetzungen für die genannten Verträge oder Erklärungen seien hinfällig geworden, da eben ein Friedensvertrag nicht zustande gekommen ist.
Dabei ist klar, daß man von Bemühungen um Entspannung in Westdeutschland erst dann wird sprechen können, wenn die Regierung der westdeutschen Bundesrepublik die im Ergebnis des zweiten Weltkrieges in Europa vollzogenen historischen Veränderungen rechtsgültig anerkennt.
Im übrigen weiß es die Regierung der SPD/FDP in Bonn doch ebenso gut wie wir, daß die heutigen Grenzen in Europa einschließlich der Grenzen der DDR, der BRD, Volkspolens und der ČSSR, der Sowjetunion und der anderen Staaten nicht veränderbar sind

und daß jeder Versuch, es wider jegliche Vernunft dennoch zu tun, eine unvorstellbare Katastrophe nicht zuletzt für das Volk der westdeutschen Bundesrepublik heraufbeschwören würde.

Die Empfehlung der Moskauer Tagung führender Persönlichkeiten sozialistischer Länder, die Bonner Regierung möge die Lehren aus der Geschichte ziehen, soll es dieser erleichtern zu erkennen, daß wir in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus leben, die durch die Große Sozialistische Oktoberrevolution eingeleitet wurde. Auch die Bürger der BRD sollten erkennen und anerkennen, daß mit Beginn des Wirkens der Sowjetmacht Lenin und die Oktoberrevolution dem deutschen Volk geholfen haben, aus dem blutigen Schlamm des ersten Weltkrieges herauszukommen.

Leider war die Politik der herrschenden Kreise Deutschlands bis 1945 immer in der falschen Richtung orientiert. Und wenn wir heute nach Westdeutschland blicken, können wir uns des Eindrucks nicht erwehren, daß sich die BRD erneut auf dem falschen und unheilvollen Weg befindet.

Dabei sollte auch in Westdeutschland jedem Bürger klar sein, daß im Ergebnis der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und der Bildung des sozialistischen Weltsystems die Alleinherrschaft des kapitalistischen Weltsystems zu Ende ging und mit der Bildung des sozialistischen Weltsystems die Vorherrschaft des kapitalistischen Systems beseitigt wurde. Es besteht jetzt ein sozialistisches und ein kapitalistisches Weltsystem nebeneinander. Angesichts des Kräfteverhältnisses zwischen der Sowjetunion und den USA ist die Herstellung normaler Beziehungen und die Gewährleistung der Sicherheit auf Grund der Anerkennung des Status quo in Europa auch für die westdeutsche Bundesrepublik die optimale Variante. Nur bei Anerkennung des Status quo kann ein System der europäischen Sicherheit geschaffen werden, welches allen europäischen Staaten, einschließlich der BRD und der DDR, den Frieden sichert.

Schließlich weiß heute jedermann, daß sich das Kräfteverhältnis in Europa und in der Welt ganz anders entwickelt hat, als sich das Adenauer, Abs und Dulles vorgestellt hatten. Der Versuch, mit Hilfe eines vermeintlichen Atomwaffenmonopols der USA die Sowjetunion zu erpressen und die Ergebnisse des Sieges der Antihitlerkoalition rückgängig zu machen, scheiterte. Die Deutsche Demokratische Republik entwickelte sich in dieser Periode zu einem stabilen volksdemokratischen Staat und konnte schließlich zum erfolgreichen Aufbau des Sozialismus übergehen.

Für die Entwicklung des Kräfteverhältnisses war von großer Bedeutung, daß in diesem Zeitraum die nationale Befreiungsbewegung und der antiimperialistische Volkskampf der kolonial unterdrückten und ausgebeuteten Völker den imperialistischen Staaten den größten Teil ihres einstigen kolonialen Hinterlandes genommen hat.

Heute ist das Kräfteverhältnis noch eindeutiger erkennbar als damals. Das dürfte mit dazu beigetragen haben, daß die westdeutschen Bundestagswahlen 1969 die Entfernung der Hauptparteien des westdeutschen Spätkapitalismus aus der Regierung zur Folge hatten. Damit wurde zugleich die Möglichkeit eröffnet, daß nun wirklich ein neuer, ein realer und demokratischer, ein friedlicher Weg der Vernunft von der Regierung der BRD beschritten wird.

Erinnern wir uns daran, daß die Hauptmächte der Antihitlerkoalition mit dem Abschluß des Potsdamer Abkommens auch die Gründung der Vereinten Nationen nachdrücklich gefördert haben. Das Ziel war und ist, künftig neue Weltkonflikte zu verhindern. Es würde dem Anliegen der UNO und den Interessen der europäischen Sicherheit dienen, wenn die DDR und die BRD möglichst ohne weitere Verzögerung — mit allen anderen Staaten gleichberechtigt — Mitglieder der Organisation der Vereinten Nationen würden. Deshalb haben wir das in unserem Vertragsentwurf der westdeutschen Bundesregierung vorgeschlagen. Ich bin der Überzeugung, daß dies auch für die Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten von großem Nutzen wäre.

Meine Damen und Herren!

Über die einzelnen Bestimmungen des Entwurfs und die Initiative der Deutschen Demokratischen Republik im allgemeinen ist schon sehr viel gesagt und geschrieben worden. Schließlich wird der Entwurf seit fast einem Monat in der Öffentlichkeit von Freunden und Feinden normaler und gleichberechtigter Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten leidenschaftlich diskutiert. Ich kann mir daher wohl in diesem Kreis politischer

Journalisten und Publizisten weitere Erläuterungen — über das bereits Gesagte hinaus — ersparen. Wenn Sie — aus Ihrer Sicht — noch Probleme sehen und Fragen haben, so werde ich gern antworten.

Ich möchte nur noch einige Bemerkungen machen:

Wenn in Westdeutschland hier und da der Vorwurf gegen uns erhoben wurde, wir hätten eine Position der Maximalforderungen eingenommen, dann hält solche Behauptung einer sachlichen Prüfung nicht stand. Es gibt in dem Vertragsentwurf, welcher den internationalen Normen des Zusammenlebens von Staaten und Völkern entspricht, keine Bestimmung, welche die Deutsche Demokratische Republik bevorzugt und die Bundesrepublik Deutschland benachteiligt. Der Entwurf geht von der Grundlage der völligen Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung, völlig gleicher Rechte und Pflichten, aus. Es gibt in dem Entwurf keine Bestimmung, aus welcher geschlußfolgert werden könnte, daß wir für die DDR Vorrechte gegenüber der BRD zu erlangen wünschen. Aber es kann wohl nicht als Maximalforderung angesehen werden, wenn wir gleichermaßen unmißverständlich feststellen, daß wir unter gar keinen Umständen der BRD irgendwelche Vorrechte gegenüber der DDR zugestehen können. Es ist also offenkundig, daß unsere Vorschläge Minimalforderungen darstellen.

Die BRD betrachtet sich — wir haben nichts dagegen einzuwenden — als völkerrechtlich anerkannter Staat. Die DDR erhebt selbstverständlich gleichen Anspruch. Es kann wohl nicht als Maximalforderung angesehen werden, wenn wir feststellen, daß auch die Deutsche Demokratische Republik seit 20 Jahren ein völkerrechtlich anerkannter Staat ist, der alle damit verbundenen Pflichten auf sich genommen hat, aber natürlich auch nicht darauf verzichtet, die damit verbundenen Rechte in Anspruch zu nehmen. Und diese Rechte werden wir uns auch von der Regierung der BRD unter keinen Umständen streitig machen lassen.

Die Regierung der westdeutschen Bundesrepublik sollte endlich ihre Politik der Diskriminierung der DDR und ihrer Bürger einstellen und aufhören, sich ständig in die Außenpolitik anderer Staaten einzumischen. In dieser Frage wie auch in der Grundlinie der Politik gegenüber der DDR wird sichtbar, in welchem Maße die Regierung von Herrn Brandt die gescheiterte Politik der CDU/CSU — unter dem Druck der vereinigten Reaktion — mit bestimmten Abwandlungen kontinuierlich fortsetzt.

Wenn Sie alle Bestimmungen des Vertrages durchgehen, so werden Sie feststellen, daß überall dem Grundsatz der Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung Rechnung getragen wird. Hier von Maximalforderungen sprechen, kann offenbar nur derjenige, der die DDR in einer minderberechtigten Position zu sehen wünscht und der den Anspruch darauf erhebt, daß die Regierung der BRD die DDR und ihre Bürger diskriminieren und über sie eine Art Aufsichtsrecht in Anspruch nehmen kann.

Es ist interessant, daß die Regierung der BRD das von ihrem Apparat ausgearbeitete Material zur Lage in den beiden deutschen Staaten nicht verteilen ließ. Dort war dargelegt, daß der Lebensstandard der Bevölkerung in den beiden deutschen Staaten im wesentlichen gleich ist. Aber bekanntlich ist nicht der Lebensstandard entscheidend. Entscheidend ist vielmehr, welcher Staat die höhere, den Interessen des Volkes entsprechende Gesellschaftsordnung hat. Also: Wer hat in der Deutschen Demokratischen Republik und wer hat in der BRD die politische Macht in der Hand? Wem gehören hüben und drüben die entscheidenden Produktionsmittel? Wie ist das Bestimmungsrecht der Werktätigen in den beiden Staaten verwirklicht? Welches Bildungssystem haben die beiden Staaten? Wie steht es mit der Gleichberechtigung der Frauen und mit den Rechten der jungen Generation?

In dem Material, das im Apparat der Bundesregierung ausgearbeitet worden ist, wird nämlich bestätigt, daß in all diesen Lebensfragen der Arbeiterschaft und des ganzen werktätigen Volkes die Deutsche Demokratische Republik der westdeutschen Bundesrepublik weit überlegen ist. Deshalb mußte es zurückgezogen werden.

Herr Brandt hat Vorschläge für Verhandlungen über einen Gewaltverzichtsvertrag oder den Austausch von Gewaltverzichtserklärungen zwischen der DDR und der BRD in Aussicht gestellt. Im Vertragsentwurf der DDR ist ein solcher Vorschlag bereits enthalten. Es ist eine Binsenwahrheit: Völkerrechtlich gültige Gewaltverzichtsabkommen können nur zwischen Staaten abgeschlossen werden, die sich gegenseitig völkerrechtlich, d. h.

als Völkerrechtssubjekte anerkennen. Wenn die Bonner Regierung wirklich Gewaltverzicht gegenüber der DDR will, dann muß sie die Ernsthaftigkeit ihrer Absicht in allererster Linie dadurch beweisen, daß sie die DDR als souveränen deutschen Staat anerkennt und mit ihr gleichberechtigte, d. h. völkerrechtliche Beziehungen aufnimmt.

Die Geschichte lehrt: Gewaltverzichtsvereinbarungen erfüllen nicht ihren Zweck, wenn sie nicht mit der völkerrechtlichen Anerkennung der Grenzen der betreffenden Staaten verbunden sind. Der Abschluß eines Vertrages über Gewaltverzicht mit einem Staat, dessen Grenzen man ausdrücklich nicht als Staatsgrenzen anerkennen will, läuft doch darauf hinaus, die revanchistischen Ansprüche auf die Einebnung von Grenzen und auf fremde Territorien zu legalisieren.

Im übrigen ist der Abschluß von Gewaltverzichtsverträgen zwischen den sozialistischen Staaten und der westdeutschen Bundesrepublik eine gemeinsame Angelegenheit der sozialistischen Staaten. Deshalb begrüßen wir, daß zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Besprechungen über einen Gewaltverzichtsvertrag begonnen haben. Daher ist wohl verständlich, daß wir zunächst das Ergebnis der Verhandlungen Sowjetunion—Bundesrepublik abwarten, ehe wir auf der Grundlage des Ergebnisses der sowjetischen Verhandlungen einen Vertrag mit der BRD abschließen. Selbstverständlich gehören die Fragen des Gewaltverzichts zu den grundsätzlichen Problemen, über die in den Verhandlungen, zu denen wir nach wie vor bereit sind, gesprochen werden soll. Der Vertrag über Gewaltverzicht muß abgeschlossen werden zwischen den beiden souveränen Staaten. Gewaltverzicht hat nur einen realen Sinn, wenn er von der Anerkennung des Status quo ausgeht und den Verzicht auf eine solche Politik enthält, die nur mit Gewalt durchgesetzt werden kann.

Herr Brandt hat in seiner Erklärung vor dem westdeutschen Bundestag viel von Westberlin gesprochen, obwohl Westberlin nicht zur westdeutschen Bundesrepublik gehört und auch niemals zu ihr gehören wird. Auf Detailfragen, die Westberlin betreffen, möchte ich aus bestimmten Gründen heute nicht eingehen. Falls Sie sich über unsere Einstellung zum Problem Westberlin informieren wollen, verweise ich Sie auf die jüngste einschlägige Note des Außenministeriums der Deutschen Demokratischen Republik. Ich habe heute dieser Note nichts Weiteres hinzuzufügen.

Was die Vorbereitung und Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz betrifft, so gehen wir von den Vorschlägen der Budapester Beratung der Staaten des Warschauer Vertrages aus. Die Staatsführung der Deutschen Demokratischen Republik hat mehrfach erklärt, daß sie alles in ihren Kräften Stehende tun wird, um die Vorbereitung und Durchführung einer europäischen Sicherheitskonferenz zu fördern. Wir gehen davon aus, daß alle europäischen Staaten, einschließlich der DDR und der BRD, gleichberechtigt an dieser Konferenz teilnehmen. Die bisherigen Vorbesprechungen haben ergeben, daß keiner der europäischen Staaten seine Teilnahme an irgendwelche Vorbedingungen knüpft. Lediglich Herr Brandt hat die Teilnahme der BRD an der Sicherheitskonferenz abhängig gemacht vom Ergebnis der Verhandlungen zwischen beiden deutschen Staaten. Das heißt, er fordert, die DDR solle sich vor einer Sicherheitskonferenz einer Art Vormundschaft der BRD über die DDR unterwerfen.

Wir möchten Herrn Brandt in aller Form ersuchen, solche und ähnliche Störmanöver gegen die europäische Sicherheitskonferenz zu unterlassen. Herr Brandt weiß ebenso gut wie wir, daß die Verhandlungen zwischen dem Vorsitzenden des Ministerrates der DDR und dem Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland längere Zeit erfordern. Er sollte auch berücksichtigen, daß die baldige Durchführung einer europäischen Sicherheitskonferenz für die Minderung der Spannungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik von Bedeutung sein könnte.

Gewisse Kreise in Westdeutschland behaupten, wir wollten mit Hilfe des von uns vorgeschlagenen Vertrages in Westdeutschland den Kommunismus einführen. Eine solche Aufgabe haben wir uns gegenwärtig noch nicht einmal in der DDR gestellt. Bitte lesen Sie Wort für Wort noch einmal unseren Vertragsentwurf durch. Sie werden bestätigen, daß keine Forderung enthalten ist, die eine Änderung der Gesellschaftsordnung in Westdeutschland zur Vorbedingung macht. Es handelt sich vielmehr gerade um einen Entwurf, der von der realen Einschätzung des Vorhandenseins der monopolkapitalistischen Herrschaft in der BRD und der sozialistischen Ordnung in der Deutschen Demokratischen

Republik ausgeht. Im Vertrag wird die Forderung nach Sozialisierung in Westdeutschland also nicht gestellt.
Wir sind Realpolitiker. Wir wissen — und wir haben niemals einen Zweifel daran gelassen —, daß die innere Entwicklung Westdeutschlands von den politischen Kräften in Westdeutschland selbst bestimmt wird. Das heißt, die Entwicklung in der BRD wird im Kampf zwischen den friedliebenden und demokratischen Kräften der Arbeiter und Angestellten, der Bauernschaft, der Intelligenz, der Handwerker und kleinen Gewerbetreibenden auf der einen Seite und den konservativen rechtsextremen Kräften des Rüstungskapitals, der Hochfinanz und der in der BRD noch über großen Einfluß verfügenden Großagrarier entschieden werden.
Wie wir aus den Äußerungen der Deutschen Kommunistischen Partei entnehmen, ist es deren strategisches Ziel, in der BRD eine neue demokratische Ordnung des Friedens und des sozialen Fortschritts herbeizuführen und die Macht und den Einfluß der nazistischen Kräfte und des Rüstungskapitals zu beseitigen.
Es ist unser Anliegen — ich habe es eingangs schon gesagt —, die Regierenden Westdeutschlands vom Wege des Revanchismus und der Kriegspolitik abzubringen und so dem Volk Westdeutschlands und vor allem auch seiner Jugend eine friedliche Zukunft zu sichern.
Es ist uns bekannt, daß die Regierung in Bonn den Entwurf eines Vertrages zwischen der Bundesrepublik und der DDR ausgearbeitet hat. Ich würde Herrn Brandt empfehlen, bevor er diesen Vertrag an die Regierung der DDR sendet, sich in Arbeiterversammlungen mit den Arbeitern zu konsultieren, wie sie über den Vertragsentwurf der Deutschen Demokratischen Republik und über die Debatte im Bundestag denken.
Wenn die westdeutsche Regierung unter Brandt eine menschliche Politik, eine Politik der Vernunft, zu betreiben wünscht, so braucht sie nur für immer alle revanchistischen Pläne gegen die DDR aufzugeben und sich mit der Existenz des Sozialismus auf deutschem Boden abzufinden. Sie muß mit einer Politik brechen, deren Wesen und Ziele aggressiv und unmenschlich sind.
Das erfordert:
— vorbehaltlose Anerkennung des Status quo in Europa, insbesondere völkerrechtliche Anerkennung der staatlichen Existenz der DDR;
— vorbehaltlose Anerkennung der Grenzen zwischen der DDR und der Bundesrepublik als Staatsgrenzen;
— vorbehaltloser Verzicht auf die Alleinvertretungsanmaßung in jeder Form und auf die Hallstein-Doktrin;
— Verzicht auf jeden Versuch der Diskriminierung der DDR und ihrer Bürger;
— Aufnahme normaler gleichberechtigter Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten auf völkerrechtlicher Grundlage.
Mit dem Entwurf eines Vertrages über die Aufnahme gleichberechtigter Beziehungen hat die DDR den Weg gezeigt, die anstehenden Probleme vernünftig und zum Nutzen aller zu lösen. Es ist jetzt an der SPD/FDP-Regierung in Bonn, im Interesse der Menschen in beiden deutschen Staaten auf dieses Angebot einzugehen.

Die Fragen der Pressevertreter und Ulbrichts Antworten

Karl-Eduard von Schnitzler (Deutscher Fernsehfunk):
Herr Staatsratsvorsitzender! Meine Frage bezieht sich auf die Diskussion, die von Bonn über „Ausland oder Inland" ins Leben gerufen wurde. So hat Bundeskanzler Brandt wörtlich erklärt, es sei absurd, wenn die „Ostberliner Polemik" behaupte, „wir", also die Bundesrepublik, „wollten die DDR zum Bonner Inland machen". Ist das nach Ihrer Meinung wirklich so absurd?
Walter Ulbricht:
Die Absurdität ist schriftlich in einer Reihe Gesetze und Verordnungen sowie höchstrichterlicher Entscheidungen der westdeutschen Bundesrepublik enthalten. Ich finde es bemerkenswert, daß Herr Brandt damit die westdeutsche Gesetzgebung, die westdeutschen höchstrichterlichen Entscheidungen und andere staatliche Normativakte sowie die seit 20 Jahren betriebene Bonner Deutschlandpolitik selbst als absurd bezeichnet. Unsere

Feststellungen stützen sich auf Tatsachen. Wir haben Ihnen die ganze Dokumentation zur Verfügung gestellt. Sie beweist, in welcher Weise in der Gesetzgebung oder durch höchstrichterliche Entscheidungen solche absurde Politik festgelegt wird.

Dr. Kertzscher, „Neues Deutschland":

Genosse Ulbricht, Sie haben ausführlich die Haltung der westdeutschen Bundesregierung zur Nation dargelegt. Können Sie die Stellung der DDR zur Nation noch etwas präzisieren?
Ich habe noch eine zweite Frage: Sind Sie der Meinung, daß in Westdeutschland über den Vertragsentwurf der DDR eine Volksabstimmung stattfinden sollte?

Walter Ulbricht:

Zur Volksabstimmung: Dieser Vorschlag ist aus westdeutschen Kreisen gekommen. Ich meine, die westdeutschen Bürger müssen selber entscheiden, ob sie eine Volksabstimmung über den Vertragsentwurf durchführen wollen. Wir hätten dagegen selbstverständlich keine Einwendungen.
Zur Frage der Nation habe ich eigentlich schon sehr viel gesagt. Mir ist dieser Tage ein Aufsatz der „Frankfurter Rundschau" in die Hände gekommen. Ich zitiere zur Frage der Nation die „Frankfurter Rundschau".
„In aller Kühle ist festzustellen, daß wir in Wirklichkeit schon seit Ende des fluchwürdigen letzten Krieges Satelliten der westlichen Siegermächte geworden sind. Aus dem Dreizonengebiet der siegreichen Westmächte sind wir zu deren bürgerlich-demokratischen Satelliten geworden."
In der Verfassung der DDR ist festgelegt, daß sie ein sozialistischer Staat deutscher Nation ist. Das ist klar.
Wir gehen von den historischen Realitäten aus. Die Einheit der deutschen Nation ist vor über 20 Jahren mit der Gründung des westdeutschen Separatstaates von den imperialistischen Westmächten und den reaktionären Kräften des westdeutschen Monopolkapitals zerstört worden. Man kann keine Einheit bewahren, die seit 20 Jahren nicht mehr existiert. Es bringt wirklich nichts ein, den Kopf in den Sand zu stecken und die Beziehungen zwischen der DDR und der BRD auf Fiktionen gründen zu wollen.
Die Fiktion von der angeblich noch einheitlichen Nation soll der Bonner Regierung nur dazu dienen, normalen völkerrechtlichen gleichberechtigten Beziehungen ohne jede Diskriminierung zwischen den beiden deutschen Staaten aus dem Wege zu gehen.
Wir haben, als die CDU/CSU und auch die SPD-Führung die Spaltung betrieben und zementierten, für die Einheit Deutschlands gekämpft. Im Grunde genommen haben die USA und die antinationalen Kräfte in Bonn durch die Bildung eines westdeutschen Separatstaates der NATO die Bundesrepublik selbst zum Ausland gestempelt.
Gerade weil Gesetzgebung, Rechtsprechung und politische Praxis der westdeutschen Bundesrepublik zäh an der anmaßenden Behauptung festhalten, die DDR sei im Verhältnis zur westdeutschen Bundesrepublik „Inland" oder irgendwie der BRD untergeordnet, ist unsere Forderung nach Herstellung einwandfreier vertraglicher, gleichberechtigtre, völkerrechtlicher Beziehungen unabdingbar.
Die deutsche Nation wurde — wie gesagt — vor mehr als zwei Jahrzehnten von den imperialistischen Westmächten und den Kräften des westdeutschen Monopolkapitals gespalten. Wir aber wollen — das kommt auch in unserer Verfassung zum Ausdruck —, daß eines Tages die vom Imperialismus gespaltene Nation, die beiden deutschen Staaten und ihre Völker auf der Grundlage der Demokratie und des Sozialismus sich einnander nähern und vielleicht auch wieder zusammenfinden. Wir rechnen mit langen Zeiträumen. Damit eine künftige Annäherung möglich wird, werden die fortschrittlichen und demokratischen Kräfte Westdeutschlands die Macht der rechtsextremen Kräfte in Politik und Wirtschaft, die Macht des Militarismus, des Noanazismus und der Monopolherren beseitigen müssen.

Mai Podkljutschnikow, „Prawda", Moskau:

Erlauben Sie mir, folgende Frage zu stellen: In seiner Erklärung im Bundestag hat der westdeutsche Bundeskanzler darüber gesprochen, daß zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der westdeutschen Bundesrepublik Verhandlungen über Gewalt-

verzicht geführt werden müßten. Dabei aber hat Herr Brandt mit keinem Wort die Notwendigkeit einer Anerkennung der europäischen Grenzen erwähnt. Das ist ein offensichtlicher Widerspruch. Es wäre interessant zu erfahren, wie Ihre Meinung darüber ist, ob der Weg ersichtlich ist, um diesen Widerspruch zu lösen.

Walter Ulbricht:

Meines Erachtens ist der Widerspruch sehr einfach zu lösen. Herr Brandt muß im Zusammenhang mit einem Gewaltverzichtsvertrag die bestehenden europäischen Grenzen anerkennen, das heißt die Oder-Neiße-Grenze sowie die Staatsgrenze zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland. Wenn er die Grenze nicht anerkennen will, dann ist seine Erklärung über Gewaltverzicht nur ein Luftballon, weiter nichts.

Horst Pehnert, „Junge Welt":

Herr Brandt hat in seiner Erklärung vor dem Bundestag die Hoffnung geäußert, daß spätere Generationen in einem Deutschland leben werden, an dessen politischer Grundordnung, wie Herr Brandt sagte, die Deutschen in ihrer Gesamtheit mitwirken können. Teilen Sie, Herr Vorsitzender, diese Ansicht?

Walter Ulbricht:

Ich sehe, der Vertreter der „Jungen Welt" rollt die Lebensfrage und die Zukunft der Jugend bis zum Jahre 2000 auf. Ich bin der Überzeugung, daß spätere Generationen in einem Deutschland leben werden, an dessen politischer Ordnung die Deutschen in ihrer Gesamtheit mitwirken können. Das setzt die Durchführung einer demokratischen Umwälzung in Westdeutschland und die Schaffung zumindest der Grundlagen des Sozialismus voraus. Ich nehme an, daß Herr Brandt, als er im Bundestag seine Hoffnung formulierte, diese auf Artikel 8 der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik stützte. Dort ist die Perspektive ganz präzis formuliert.

Die Entwicklung einer neuen Demokratie in Westdeutschland müßte jetzt beginnen. Leider kann man nicht sagen, daß in der Bundestagsrede des Herrn Brandt Zeichen für diesen Neubeginn gesetzt wurden.

Möge die westdeutsche Jugend diese Fragen selbst mit Herrn Brandt klären. Diejenigen, die das Jahr 2000 erleben werden, sollen ihn darüber informieren, wie sie sich die Zukunft vorstellen, warum jetzt begonnen werden muß mit der neuen Demokratie in Westdeutschland, mit dem Abbau jeder Revanche- und Kriegspolitik und mit der Herstellung völkerrechtlicher Beziehungen zur DDR.

Prof. Albert Norden:

Unter den Anwesenden befinden sich zwei Chefredakteure der Gewerkschaftspresse des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Ich habe hier Fragen vom Chefredakteur der Zeitschrift „Metall", des Organs der IG Metall, und dem Chefredakteur der Zeitung „Gewerkschaftspost", die der IG Chemie, Papier und Keramik angehört.

Ich darf die Frage des Chefredakteurs der Zeitschrift „Metall", des Kollegen Jakob Moneta, verlesen: Ist die initiierte Behauptung, daß Brandt nur die revanchistische Politik mit anderen Mitteln durchführt, nicht eine Neuauflage der Theorie des Sozialfaschismus, die die deutsche Arbeiterklasse schon einmal in die Katastrophe führte? — Das ist die Frage nicht nach der Politik des „kleineren Übels", sondern nach der Theorie des Sozialfaschismus.

Walter Ulbricht:

Ich möchte den Fragesteller bitten, mit uns die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zu betrachten. Sie lehrt, daß die Aufrechterhaltung der Macht der großen Monopole nach der Novemberrevolution in Deutschland und die Wiederherstellung des Militarismus unter General Seeckt die Basis für die Entwicklung des Faschismus waren. Hitler wurde schließlich die Staatsmacht von Herrn Hindenburg übergeben, für dessen Wahl bürgerliche Parteien und die Sozialdemokratie gestimmt hatten. Wir hatten demgegenüber einen Kandidaten vorgeschlagen, der konsequent für den Frieden kämpfte. Das war Ernst Thälmann, der erklärte: „Hitler, das ist der Krieg!" Recht gehabt hat also Thälmann, und nicht die Sozialdemokratie.

Der Nazismus konnte sich damals in Deutschland entwickeln, weil nach dem ersten Weltkrieg an den realen Machtverhältnissen wenig geändert wurde. Der Kaiser ging, die Generale blieben. Und wir befürchten, daß es gewisse Parallelen in der Gegenwart gibt. Die Generale blieben, und ein Sozialdemokrat wurde Kriegsminister. Ich will jetzt darauf verzichten, das zu analysieren; dazu haben wir noch genügend Zeit.
Der Faschismus hätte verhindert werden können. Als Herr Papen den Putsch gegen die preußische Regierung durchführte, war die Sozialdemokratie im Besitz des preußischen Staatsapparates und verfügte über ein Polizeiheer von 100 000 Mann. Wenn die Sozialdemokratie, die Kommunistische Partei, die Gewerkschaften und andere Antifaschisten gemeinsam den Generalstreik ausgerufen hätten, wenn die sozialdemokratischen Minister nicht von ihren Posten weggelaufen wären, dann hätte man den Rechtskräften mitsamt der Nazipartei eine Niederlage bereitet. Leider fragte Herr Severing lediglich, unter welchen Bedingungen er zurücktreten solle. Das Übel war also, daß die Einheitsfront aller Gegner der Harzburger Front und des Nazismus nicht zustande kam.
Daraus ziehen wir die Schlußfolgerung: Auch in Westdeutschland ist die Bildung der gemeinsamen Front aller Gegner der erzreaktionären Kräfte notwendig. Es ist die Zusammenarbeit der westdeutschen Werktätigen mit der Deutschen Demokratischen Republik notwendig, damit den Revanchisten ein für allemal der Weg versperrt wird. Ich möchte den Vertreter der IG Metall daran erinnern, daß die Kampagne für Aufrüstung und Militarisierung nach dem ersten Weltkrieg mit den Revancheforderungen der reaktionären Kräfte begann.
Deshalb fordern wir, daß in Westdeutschland mit dem Revanchismus Schluß gemacht wird: Denn der Revanchismus ist in jedem Fall Wasser auf die Mühlen des Militarismus, Wasser auf die Mühlen des Neonazismus, Wasser auf die Mühlen der CDU/CSU. Mit „Sozialfaschismus" hat das überhaupt nichts zu tun.

Prof. Albert Norden:
Obwohl im Referat des Herrn Staatsratsvorsitzenden auf die beiden Fragen des Vertreters der „Gewerkschaftspost" von der IG Chemie, Papier und Keramik schon eingegangen wurde, werde ich sie jetzt vorlesen. Die Fragen, die Kollege Kurt Brumlop stellte, lauten: Wird Brandts Angebot auf Verhandlungen über Gewaltverzicht und andere Fragen abgelehnt und warum? Ist die Annahme des DDR-Entwurfs über die völkerrechtliche Anerkennung der DDR Voraussetzung jeglicher Verhandlungen?

Kurt Brumlop, „Gewerkschaftspost":
Darf ich zur Erläuterung noch etwas sagen? Ich möchte sagen, daß Brandts Verzicht auf einen Gegenentwurf meiner Meinung nach daraus resultiert, daß man ernsthaft überhaupt erst einmal Verhandlungen ermöglichen will. Zweitens bin ich der Auffassung, daß in der Bundesrepublik als einem demokratischen Land die Opposition von rechts ja doch der Regierung große Schwierigkeiten macht und daß man, indem man hier Verhandlungen durch Maximalforderungen erschwert, das Spiel von Strauß spielen würde.

Walter Ulbricht:
Ihre Frage ist sehr einfach zu beantworten. Wir haben keine Vorbedingungen gestellt, sondern wir haben dem Herrn Präsidenten Dr. Heinemann einen Vertragsentwurf übermittelt. Er hat diesen Entwurf dem Bundeskanzler übergeben. Die Lage ist jetzt also so, daß wir auf unser Dokument, auf unseren Verhandlungsvorschlag die offizielle Antwort der Regierung in Bonn erwarten. So ist die Lage. Wir haben schriftlich das niedergelegt, was zu sagen war. Nun erwarten wir die offizielle Antwort der Bundesregierung. Die Rede von Herrn Brandt im Bundestag kann nicht als Antwort gewertet werden, denn sie ist sehr widerspruchsvoll. Jeder kann sich da heraussuchen, was ihm paßt oder nicht paßt. Auch die CDU und die CSU haben das getan. Auf diese Art unverbindlichen Geplauders an Bonner Kaminen können wir uns nicht einlassen. Wir erwarten eine offizielle Antwort.

Roland Delcour, „Le Monde", Paris:
Ist der Vertragsentwurf nur eine mögliche Basis für Verhandlungen zwischen der DDR und der BRD? Vielleicht darf ich meine Frage noch erläutern, Herr Vorsitzender! Bundeskanzler Brandt hat vor dem Bundestag gesagt, wenn Ihr Vertragsentwurf der einzige

Ausgangspunkt für mögliche Verhandlungen wäre, dann würde er das ablehnen. Meine Frage lautet nun: Ist dieser Vertragsentwurf kein exklusiver Ausgangspunkt?

Walter Ulbricht:

Der Vertragsentwurf ist eine ausgezeichnete Grundlage für Verhandlungen. Deswegen steht ja auch „Entwurf" darüber. Das heißt, die andere Seite wird nun ihre Meinung dazu sagen. Wir sind neugierig, welche Meinung sie offiziell sagen wird. In der Bundestagsrede von Herrn Brandt gab es sehr unterschiedliche Meinungen. Darin waren noch die Überreste aus der Zeit der Koalitionsregierung und alles mögliche andere enthalten. Das kann man nicht als eine exakte Stellungnahme bezeichnen. Wir sind geduldige Leute und warten, bis der Brief der Regierung der BRD kommt.

Kurt Olivier, ADN:

Bundeskanzler Brandt hat in seiner Erklärung vor dem Bundestag sogenannte menschliche Erleichterungen angeregt. Wie stehen Sie dazu, Herr Vorsitzender?

Walter Ulbricht:

Wissen Sie: Menschliche Beziehungen sind wichtig und können sogar eine große Errungenschaft sein. Wir verkennen das nicht, zumal im Mittelpunkt unserer Aufmerksamkeit die Menschlichkeit und im Bereiche der Deutschen Demokratischen Republik die sozialistische Menschengemeinschaft steht.

Aber das von Bonner Seite übliche Gerede von den menschlichen Beziehungen dient doch nur dem Versuch, den Menschen Sand in die Augen zu streuen. Sie sollen nicht erkennen, daß eben die Menschlichkeit es erfordert, die Grundfragen von Krieg und Frieden zu lösen. Und auch in der westdeutschen Bundesrepublik die grundlegenden Gebote des Potsdamer Abkommens, die zugleich Gebote der Menschlichkeit sind, durchzuführen. Mit unserer Politik verteidigen wir auch die Lebensinteressen der Menschen in Westdeutschland, denen — wir sagen es offen — unsere Sorge gilt.

Von 1945 bis 1961 gab es eine offene Grenze. Die „menschlichen Erleichterungen" wurden von seiten der Bundesregierung für Spekulationen, Diversionstätigkeit und vieles andere organisiert ausgenutzt. Das heißt, diese Zeit war doch reichlich lang. Aber in dieser Zeit hat man uns im Namen der „menschlichen Erleichterungen" um mehr als 100 Milliarden Mark „erleichtert". (Heiterkeit)

Eigentlich müßte man die Geduld bewundern, mit der wir so lange unsere Grenze für die Diversionstätigkeit des Gegners offengelassen haben.

Ich will ganz offen sprechen: Die von Bonn ausgehende Diversionstätigkeit und ökonomische Schädigung hatten zur Folge, daß wir in dieser Zeit nicht in der Lage waren, den Maschinenpark unserer Industrie zu erneuern. Die Tätigkeit der von der Bonner Regierung gelenkten und geleiteten Organe und Organisationen hatte das Ziel, die Entwicklung des Sozialismus in der DDR zu verhindern oder zumindest schwer zu schädigen.

Wer also von menschlichen Erleichterungen spricht, dem kann man nur sagen: Weshalb hat Bonn denn die ganze Zeit von 1945 bis 1961 nichts getan, um menschliche Erleichterungen mit der Herstellung normaler vernünftiger Beziehungen zu verbinden? Statt dessen wurde diese Zeit für den Versuch ausgenutzt, die Konterrevolution zu organisieren. Man kann doch nicht sagen, daß die Organisierung der Konterrevolution ein Ausdruck menschlicher Erleichterungen ist. Das ist doch zuviel.

Erleichterungen der Beziehungen zwischen den Bürgern der beiden deutschen Staaten hängen letztlich davon ab, inwieweit eine Friedensordnung zwischen der DDR und BRD hergestellt wird. Nachdem uns die Pläne der NATO über die psychologische Kriegsführung, über den verdeckten Krieg und die Graubücher der Bonner Regierung bekannt sind, werden sie verstehen, daß wir nicht für Mitglieder der Neonazipartei, für Hitler-Offiziere, Revancheschreier und dergleichen einen freien Grenzverkehr einrichten können.

Die Bürger der DDR wollen in Frieden und Ruhe leben und arbeiten. Die besten und wichtigsten menschlichen Erleichterungen bestehen in der Sicherung des Friedens, im Abschluß eines völkerrechtlichen Vertrages zwischen DDR und BRD und eines Gewaltverzichtsabkommens. Das ist die entscheidende Voraussetzung für die Regelung anderer Fragen, an denen beide Staaten interessiert sind.

Die letzten Äußerungen des Bonner Kriegsministers Schmidt, in denen die Revanchepolitik der Hitler-Generale der Bundeswehr, die verstärkte Aufrüstung und die Militarisierung

des öffentlichen Lebens in Westdeutschland begründet wurden, lassen jedoch leider wenig Hoffnung, daß die Regierung Brandt bereit ist, Voraussetzungen für menschliche Erleichterungen zu schaffen.
Herr Franke, der in der westdeutschen Regierung für die Beziehungen zwischen Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen zuständig sein mag, hat die Pflege von Jugendbeziehungen befürwortet. Echte Verbundenheit mit der Jugend setzt voraus, daß endlich in Westdeutschland zumindest die Grundrechte der jungen Generation verwirklicht werden. Wenn Herr Franke dabei die Hilfe der Jugendorganisationen sozialistischer Länder wünscht, könnte ihm sicher geholfen werden.

Herr Nair, „Blitz", Bombay:

Aus der Rede von Herrn Brandt geht hervor, daß Bonn nur dann an der europäischen Sicherheitskonferenz teilnehmen will, wenn sich die DDR bereit erklärt, mit Bonn zu Brandts Bedingungen zu verhandeln. Was ist Ihr Standpunkt?
Noch eine zweite Frage: Herr Brandt hat die CDU-Führer in der Verunglimpfung der Ordnung an der DDR-Staatsgrenze noch übertroffen und bekräftigt ausdrücklich die Bonner Anmaßung in bezug auf Westberlin. Was ist Ihre Antwort darauf, Herr Staatsratsvorsitzender?

Walter Ulbricht:

Was die Bedingungen betrifft, die Herr Brandt für die Durchführung der europäischen Sicherheitskonferenz stellt: Im Prozeß der Verhandlungen zwischen den europäischen Staaten wird Herr Brandt klargemacht werden, daß seine Vorbedingungen nicht annehmbar sind, sondern daß die Sicherheitskonferenz nur möglich ist, wenn sie auf der Grundlage der Gleichberechtigung und ohne jede Vorbedingung vorbereitet und durchgeführt wird. Wir stellen an niemanden Vorbedingungen. Wir hoffen, daß sich die Regierung der westdeutschen Bundesrepublik ihren Standpunkt noch einmal überlegt und auf ihre jetzt formulierten Bedingungen verzichtet. Herr Brandt hat das schon angedeutet, als er sagte, er möchte seine Bedingungen nicht als Vorbedingungen aufgefaßt wissen.
Was die Verunglimpfung der Ordnung an der Staatsgrenze der DDR betrifft: Sehen Sie, jeder ordentliche Staat hat eine Ordnung an seiner Staatsgrenze. Diese Ordnung wird bestimmt durch die führenden Staatsorgane. Diese Ordnung kann recht unterschiedlich sein, je nachdem, ob zu dem betreffenden Nachbarn gute oder schlechte Beziehungen bestehen. Die Ordnung an unserer Grenze kann nur jemandem unbequem sein, der die Auflösung der Ordnung wünscht, um Revanchepolitik oder Diversionsakte usw. durchzuführen.
Den Herren Revanchepolitikern ist die sogenannte Mauer sehr unbequem. Ich will ganz offen hier etwas dazu sagen: Die eigentliche Mauer wurde doch durch die Pariser Verträge errichtet. Diese Verträge haben Westdeutschland als Separatstaat in der NATO konstituiert und die Spaltung Deutschlands zementiert.
Nachdem sie sich mit Hilfe der Pariser Verträge im Westen abgesichert hatten, waren Herr Adenauer und die herrschenden Kreise Westdeutschlands der Meinung, daß nun die Offensive gegen die DDR, die Unterminierung der DDR und die Organisierung der Konterrevolution beginnen könnten. Am 30. Juni 1960 fand im Bundestag eine Debatte über die Deutschlandfrage statt, in der die sozialdemokratische Führung auf die Positionen der CDU überging und die Revanchepolitik der damaligen CDU-Regierung vollinhaltlich unterstützte. Zur gleichen Zeit brachte die regierungsamtliche Kommission ein Graubuch über die Durchführung der Konterrevolution in der Deutschen Demokratischen Republik heraus. Die Graubücher können Sie in Bonn alle einsehen. Wir könnten sie Ihnen geben, aber es ist besser, Sie gehen selbst an die Quelle. In diesen Graubüchern ist bis ins einzelne dargelegt, wie beispielsweise die Bauern der Deutschen Demokratischen Republik von ihrem Grund und Boden „befreit" werden sollen, im Interesse der Junker, die in Westdeutschland sitzen, wie die Arbeiter „befreit" werden sollen von ihren volkseigenen Betrieben, wer die Elektrizitätswerke übernimmt, welche der kapitalistischen Gesellschaften das tut usw. Es ist alles dort ganz detailliert aufgeführt, so wie früher strategische Dokumente ausgearbeitet wurden, wenn die Imperialisten eine Kolonie erobern wollten. Das war der Sinn der Graubücher. Man war der Meinung, daß die DDR durch die Spekulationen und die Unterminierung so weit geschwächt sei, daß es möglich sein werde,

die Bundeswehr „mit klingendem Spiel durch das Brandenburger Tor" einziehen zu lassen. — So schrieb damals eine bekannte westdeutsche Zeitung. Das ist keine Formulierung von mir.

Wir haben damals die Lage sorgfältig analysiert, uns mit unseren Verbündeten in der Sowjetunion und den anderen Staaten des Warschauer Vertrages beraten und beschlossen: Wir wenden uns an die Arbeiterschaft. Wir sind selbst in die Betriebe gegangen und haben den Arbeitern gesagt: Jetzt ist es genug. Seid ihr bereit, den Kampf aufzunehmen? Die Arbeiter in den Betrieben haben geantwortet: Ja, wir sind bereit. Dann wurden die militärischen Vorbereitungen zur Sicherung der Grenze getroffen. Die Staaten des Warschauer Vertrages stimmten zu. Es wurde beschlossen, die Grenzen der Deutschen Demokratischen Republik vollständig zu sichern. Es wurde auch beschlossen, daß die DDR die Sicherung der Grenzen zu gewährleisten hat. — So ist es auch gemacht worden. Das ist alles.

Wie wohltuend diese Sicherungsmaßnahmen gewirkt haben, kann Ihnen jeder Bürger der DDR erzählen. Und Sie können sich selbst davon überzeugen, welchen Aufschwung seitdem die DDR genommen hat.

Es wäre ohne Zweifel sehr nützlich, wenn die westdeutschen Journalisten in ihren Zeitungen auf die Bonner Regierung einwirken würden, daß sie die über 100 Milliarden DM zurückerstattet, die den Bürgern der DDR bis zum Jahre 1961 gestohlen worden sind.

Über die Mauer gibt es nichts mehr zu diskutieren. Das ist kein Diskussionsgegenstand.

Leonid Stepanow, „Iswestija", Moskau:

Genosse Vorsitzender des Staatsrates! Es ist bekannt, daß Herr Brandt aus dem Vertragsentwurf der DDR einen Vorschlag über den Gewaltverzicht herausgegriffen hat. Hält es die Deutsche Demokratische Republik für möglich, einen gesonderten Vertrag über den Gewaltverzicht zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland zu unterzeichnen?

Walter Ulbricht:

Ich habe schon gesagt, daß gegenwärtig die Sowjetregierung und die Regierung der BRD in Kontakt über die Vorbereitung eines Gewaltverzichtsvertrages stehen. Wir haben uns mit der Sowjetregierung konsultiert und unsere Meinung zu diesem Problem dargelegt. Wir warten also ab, was bei den hoffentlich beginnenden Verhandlungen zwischen der BRD und der Sowjetunion über Gewaltverzicht herauskommt.

Wir sind für einen Gewaltverzichtsvertrag auf derselben Grundlage wie der Gewaltverzichtsvertrag zwischen der Sowjetregierung und der Bonner Regierung. Es gibt für die DDR keine besonderen Bedingungen. Bis jetzt hat Herr Brandt die elementarsten Grundbedingungen eines Gewaltverzichtsvertrages, nämlich die Anerkennung der Grenzen, noch nicht akzeptiert. In seiner Rede vor dem Bundestag hat er kein Wort darüber gesagt. Bevor wir Stellung nehmen, müssen wir abwarten, welche Haltung Herr Brandt zu den Grundfragen des Status quo und des Gewaltverzichts einnimmt. Wir hoffen, daß er diese Fragen positiv beantwortet.

Der Gewaltverzichtsvertrag ist gemeinsame Sache der sozialistischen Staaten, nicht die Frage des einen oder des anderen. Deshalb werden wir uns in jedem Falle mit der Sowjetunion und anderen sozialistischen Staaten konsultieren.

Dr. Mustapha Haikal, „Rose el Youssef", Kairo:

Herr Staatsratsvorsitzender! Darf ich Sie fragen: Welche Auswirkungen hat der Abschluß eines Staatsvertrages zwischen den beiden deutschen Staaten auf das politische und wirtschaftliche Leben der Arbeiterklasse in Westdeutschland?

Walter Ulbricht:

Ein völkerrechtlicher Vertrag zwischen den beiden deutschen Staaten würde den Arbeitern und allen Werktätigen in Westdeutschland ein ruhiges und friedliches Leben ermöglichen. Wenn sie gleichzeitig im Inneren ihres Landes mithelfen, die Revanchepolitiker an die Kandare zu nehmen, und wenn die Arbeiter, die werktätigen Bauern und die Angehörigen der Intelligenz in Westdeutschland dafür sorgen, daß die Hitlergenerale und die Hitleroffiziere aus der Bundeswehr verschwinden! Das heißt, der Vertrag hat selbstverständlich bestimmte Konsequenzen. Er enthält für beide Völker, für das Volk der DDR und für das Volk der westdeutschen Bundesrepublik bestimmte Verpflichtungen.

Herr Bednaric, „Pravda", Bratislava:
Wie muß man nach Ihrer Meinung die jetzige Haltung der westdeutschen Regierung zum Münchner Abkommen einschätzen?
Walter Ulbricht:
Tatsache ist, die neue Regierung in Westdeutschland hat bisher nicht die Erklärung abgegeben, daß das Münchner Abkommen von Anfang an ungültig ist. Das zeigt, daß sie vor den Revanchistenverbänden in Westdeutschland zurückgewichen ist. Zu den aktivsten Revanchistenverbänden in Westdeutschland gehört die sogenannte sudetendeutsche Landsmannschaft. Wir können nur hoffen, daß sich die neue Regierung allmählich den Mannesmut anschafft, auch gegen den Druck der Revanchistenverbände das Münchner Abkommen von Anfang an für ungültig zu erklären. Damit würde sie die Voraussetzungen schaffen für Verhandlungen zur Herstellung normaler Beziehungen zwischen der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und der westdeutschen Bundesrepublik.

Frau Bartens, „New York Times", New York:
Ist die DDR bereit, in gleichberechtigten Verhandlungen mit der Bundesrepublik die Vorschläge der westdeutschen Seite zu erörtern und zu berücksichtigen? Oder soll nach Ihrer Vorstellung lediglich Ihr Vertragsentwurf behandelt werden?
Walter Ulbricht:
Ich kann mich dazu gegenwärtig noch nicht äußern, da ich — wie gesagt — eine Antwort der Regierung der BRD noch nicht besitze und nicht weiß, was sie vorschlagen wird. Selbstverständlich bedeutet die Tatsache, daß wir der Bundesrepublik einen Entwurf übermittelt haben, daß über den Entwurf verhandelt wird und daß jeder seine Vorschläge macht. Das ist natürlich nicht so möglich, wie das einige Leute verstehen, sie könnten sich mit uns über die Frage unterhalten, irgendwo gäbe es Störungen im Telefonverkehr. Dazu kann ich nur sagen: Fragen solcher Art sollen die Minister miteinander ausmachen. Sie sollen vor allen Dingen die Frage klären, wann die BRD ihre Postschulden an die DDR bezahlen wird. Denn Bonn kann ja nicht von uns erwarten, daß wir die Leitungen in Ordnung halten und Leistungen erbringen und nicht einmal die Gebühren bekommen, die uns zustehen. Seit 20 Jahren haben wir diese Gebühren nicht bekommen. Aber Schulden müssen bezahlt werden.
Wenn Sie die Frage stellen, ob wir uns zu den einzelnen Problemen äußern werden, dann sage ich: Ja. Aber die Verhandlungen zwischen dem Vorsitzenden des Ministerrates der DDR und dem Kanzler der BRD müssen sich selbstverständlich mit den politischen Grundfragen beschäftigen. Davon werden die anderen Fragen abgeleitet. Daß die Schulden bezahlt werden müssen, das ist das Abc. In dieser Beziehung sind wir nicht schlechtere Geschäftsleute als Geschäftsleute in Westdeutschland. Wir haben Bonn eine genaue Aufrechnung auf Mark und Pfennig übergeben. Wir wünschen, daß diese Schulden auf Mark und Pfennig bezahlt werden. Das ist das ganze Geheimnis der Reparatur bestimmter Telefonleitungen.

Rolf Lehnert, „Berliner Zeitung":
Im Gegensatz zur Regierung der Bundesrepublik, die in ihrer Politik eine Viermächtekontrolle in allen Fragen, die Deutschland als Ganzes betreffen, berücksichtigt bzw. zu berücksichtigen behauptet, spricht die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik niemals von einer solchen Viermächteverantwortung. Wie stehen Sie dazu?
Walter Ulbricht:
Wann ist der Alliierte Kontrollrat gestorben? Das war noch in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre. Seither gibt es — über uns jedenfalls — keine Viermächteverantwortung. Die Verpflichtungen, welche die Regierung der BRD in den Pariser Verträgen übernommen hat, ohne dazu legitimiert zu sein und ohne das Volk zu fragen, gehen uns überhaupt nichts an. Die grundlegenden Bestimmungen des Potsdamer Abkommens haben wir erfüllt. Die BRD hat sie allerdings erst noch zu erfüllen. Für die BRD ist die Rechnung noch offen.
Was die Hauptstadt der DDR, Berlin, betrifft, so steht sie natürlich ebenfalls nicht unter irgendeiner Viermächtekontrolle. Im übrigen hat sich bei uns auch noch kein Vertreter einer Viermächtekontrolle gemeldet. Wir können wirklich sagen: Wir haben gar nichts mit der ganzen Sache zu tun. Wir sind ein souveräner Staat, und die Hauptstadt unseres

souveränen Staates, der Deutschen Demokratischen Republik, ist Berlin. So steht es in der Verfassung. Das gilt und weiter nichts.

Eine andere Frage ist es mit Westberlin. Westberlin unterliegt einem Besatzungsstatut und einem Besatzungsregime. Aber ich möchte mich hier nicht in dieses Besatzungsregime einmischen.

Georg Dittrich, „Westdeutsche Allgemeine Zeitung":

Meine erste Frage hat sich weitgehend erledigt. Es wäre nur noch zu fragen, ob die Formulierung des Moskauer Kommuniqués, daß gleichberechtigte Beziehungen auf der Grundlage völkerrechtlicher Vereinbarungen zu allen europäischen Staaten mit der DDR aufgenommen werden sollten, schon auf Grund der Meinungsbildung auf der Moskauer Konferenz unbedingt bedeuten mußte, alle europäischen Staaten sollen unbedingt die DDR völkerrechtlich voll anerkennen, oder ob dabei auch gedacht worden ist an die Herstellung von Beziehungen anderen Ranges eines anderen Staates.

Eine zweite Frage: Herr Staatsratsvorsitzender, halten Sie die in Ihrem Vertragsentwurf vorgeschriebenen Abrüstungsverhandlungen und Verhandlungen über andere militärische Probleme zwischen der Bundesrepublik und der DDR für sinnvoll und die Ergebnisse für praktikabel, da doch die beiden Staaten jeweils einem anderen militärischen Mächteblock angehören und nur Teile, auch unterschiedlich große Teile, dieser Militärblocks sind? Die wirkliche Einheit, die Souveränität der militärischen Hoheit, das sind doch die Blöcke und nicht die beiden Staaten.

Walter Ulbricht:

Zur Formulierung im Kommuniqué der führenden Staatsmänner sozialistischer Staaten: In diesem Kommuniqué heißt es, daß alle Staaten völkerrechtliche Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik aufnehmen sollen. Es wird gefordert, daß zwischen den beiden deutschen Staaten völkerrechtliche Verträge abgeschlossen werden. Wir sind der Meinung, daß selbstverständlich im fortgeschrittensten Stadium alle europäischen Staaten miteinander völkerrechtliche Beziehungen pflegen werden. Das heißt, die DDR und die westlichen Staaten Europas, die der NATO angehören, nehmen völkerrechtliche Beziehungen zueinander auf. Die Aufnahme völkerrechtlicher Beziehungen zwischen der BRD und der DDR ist eine Grundbedingung auch für normale Beziehungen anderer Staaten des Warschauer Vertrages mit der westdeutschen Bundesrepublik. Der Versuch der Bonner Regierung, zwischen den Staaten des Warschauer Vertrages zu differenzieren, wird durch dieses Kommuniqué blockiert. Das ist die erste Antwort.

Zweitens, was die Abrüstung betrifft: Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik haben eine besonders hohe und besondere Verantwortung für die Sicherung des Friedens. Weshalb?

a) Weil von deutschem Boden zwei Weltkriege ausgegangen sind.

b) Weil Westdeutschland wiederum begonnen hat, den Weg der Revanche zu beschreiten. Die Regierung der BRD bringt damit die Völker Europas in eine große Gefahr. Deshalb sind wir der Meinung, daß — unabhängig von den Verhandlungen, die auf internationaler Ebene geführt werden — in den Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten spezielle Abmachungen über Abrüstung getroffen werden sollten.

Das Bündnis der Staaten des Warschauer Vertrages dürfte keine Einwendungen dagegen haben, wenn beide deutsche Staaten abrüsten. Wenn z. B. die westdeutsche Bundesrepublik ihre Rüstungskosten um 50 Prozent senkt, wenn sie auf Mitverfügung über Atomwaffen verzichtet, werden die Warschauer-Vertrags-Staaten keine Einwendungen dagegen haben, daß auch wir uns gegenüber der Bundesrepublik vertragsmäßig zu gleichen Leistungen verpflichten. Das läge im Interesse des Friedens der Völker beider deutscher Staaten.

Also, machen Sie sich bitte keine Sorgen über unsere Verbündeten. Die werden sich schon zu helfen wissen. Es geht doch vielmehr darum, daß sich die beiden deutschen Staaten bemühen, den Frieden zu sichern. Weil sie eine besondere Verantwortung haben, weil von deutschem Boden zweimal ein Weltkrieg ausging, deshalb müssen sie eine besondere Initiative zur Sicherung des Friedens entfalten.

Hans Jacobus, Deutscher Demokratischer Rundfunk:
Herr Staatsratsvorsitzender! In seiner Bundestagsrede hat der Bundeskanzler Brandt in widersprüchlicher Weise zur Konvergenztheorie Stellung genommen. Auf der einen Seite hat er gesagt, die beiden deutschen Staaten seien völlig unterschiedlich, und daran sei aus seiner Sicht auch nichts zu ändern; auf der anderen Seite hat er gesagt, was Wissenschaft und Technik, Kultur und andere Dinge anbetreffe, so könne man durchaus der Konvergenztheorie huldigen. Wie erklären Sie diesen Hammelsprung, diese Widersprüchlichkeit in der Darlegung zur Konvergenztheorie?
Walter Ulbricht:
Sie stellen mir eine rätselvolle Aufgabe. Bundeskanzler Brandt sagte, diese Theorie sei richtig und falsch zugleich, und ich soll jetzt das Rätsel lösen, was er damit gemeint hat. Das ist ja eben das Eigenartige, daß Herr Brandt nicht präzis formuliert, sondern immer soundsoviel Hintertüren offenläßt, so daß jeder aus seinen Worten entnehmen kann, was er will.
Die Konvergenztheorie ist in jedem Falle falsch. Sie ist auf dem Gebiet der Wissenschaft und Technik falsch, und auf dem Gebiet der Ideologie erst recht. Daß wir in der Deutschen Demokratischen Republik mit Computern arbeiten und daß es auch in Westdeutschland Computer gibt, besagt gar nichts über das ökonomische System. Im ökonomischen System der DDR planen die Arbeiter mit und haben sie volles Mitbestimmungsrecht. In Westdeutschland haben die Werktätigen kein Mitbestimmungsrecht. Ich glaube auch nicht, daß die Werktätigen in Westdeutschland mehr Mitbestimmung hätten, wenn noch mehr Computer aus den USA gekauft würden.
Was das Gebiet der Ideologie betrifft, so habe ich noch nichts davon bemerkt, daß sich das Gesellschaftssystem der USA mit seinen Rassenverfolgungen dem Gesellschaftssystem der Sowjetunion angenähert hätte.
Die Konvergenztheorie ist gar nichts anderes als eine Methode, naiven Gemütern einzureden: Die wissenschaftlich-technische Entwicklung nehme einen solchen Verlauf, daß der Kampf gegen die Herrschaft der großen Monopole überflüssig werde. Aber die wissenschaftlich-technische Revolution hat gerade umgekehrt zu einer solchen Zuspitzung der inneren Widersprüche in den kapitalistischen Ländern geführt, daß sich die Klassenkämpfe dort verschärfen. Eine Annäherung ist nur zwischen den sozialistischen Staaten und den klassenbewußten Werktätigen in den kapitalistischen Ländern zu verzeichnen.
Herr Abs finanziert den Krieg Israels gegen die arabischen Völker. Wir stehen auf der Seite der arabischen Völker. Das ist doch keine Konvergenz! Die Bonner Regierung unterstützt die USA-Aggression gegen das vietnamesische Volk. Wir unterstützen das vietnamesische Volk gegen die imperialistischen Eindringlinge. Von Konvergenz ist keine Spur!
Der Versuch, mit Hilfe der Konvergenztheorie den Aufbau des Sozialismus zu stören, ist vergeblich. Wir schließen mit kapitalistischen Firmen Verträge ab, wir machen Geschäfte mit ihnen zu gegenseitigem Vorteil. Und wir passen auf, daß wir nicht übers Ohr gehauen werden. Das ist ganz normal. Aber mit Konvergenz hat das nichts zu tun. Krupp und Krause haben sich nicht versöhnt.
Bei den Verhandlungen auf der Leipziger Messe sprach ich vor einigen Jahren mit dem stellvertretenden Generaldirektor von Krupp. Der sagte mir: Seien Sie gewiß, die Firma Krupp wird keine Aufrüstung, keine Rüstungsgeschäfte mehr mitmachen. Er las mir eine schriftliche Mitteilung von Herrn Krupp mit dieser selben Versicherung vor. Darauf haben wir zusammen einen Kognak getrunken — in der festen Überzeugung, daß die Firma Krupp die Rüstungsaufträge, die mir wohl bekannt waren, konsequent weiterführt. (Heiterkeit)

Fritz Noll und Adolf Broch, „Unsere Zeit", Zentralorgan der DKP, Düsseldorf:
Bundeskanzler Brandt versuchte im Bundestag deutlich zu machen, daß es in der europäischen Sicherheits- und in der Deutschlandfrage Differenzen zwischen der Sowjetunion und Volkspolen einerseits und der DDR andererseits gäbe. Was ist Ihre Meinung dazu, Herr Staatsratsvorsitzender?
Walter Ulbricht:
Bei der letzten Beratung der Partei- und Staatsführungen in Moskau haben wir uns sehr

sachlich über die Fragen der europäischen Sicherheit und auch über einen Vertrag zwischen der DDR und der Bundesrepublik auf der Grundlage der völkerrechtlichen Anerkennung unterhalten. Wir haben unsere Freunde informiert und uns über unsere Schritte verständigt. Darüber gab es keine gegenteiligen Meinungen. Mehr kann ich dazu nicht sagen. Im Kommuniqué ist klar gesagt, was wir gemeinsam tun wollen im Interesse der baldigen Durchführung einer Konferenz der europäischen Sicherheit. Darüber herrschte Einmütigkeit.
Welche wirtschaftlichen Beziehungen einzelne sozialistische Länder mit kapitalistischen Ländern haben, das ist ihre Sache. Auch wir unterhalten zu den kapitalistischen Ländern Westeuropas wirtschaftliche Beziehungen. Wir trennen bewußt die Frage der politischen Beziehungen von der Frage der geschäftlichen Beziehungen, des Handels. Das sind zwei ganz verschiedene Dinge.

Kurt Goldstein, Deutschlandsender:

Bundeskanzler Brandt hat in seiner Rede der Regierung der DDR vorgeworfen, sie zeige ein hohes Maß an Sturheit. Könnten Sie uns dazu noch etwas sagen?
Eine zweite Frage: In Bonn spricht man darüber, in den Hauptstädten der DDR und der BRD ständige Vertretungen einzurichten. Was halten Sie davon?

Walter Ulbricht:

Was die Vertretungen betrifft, so haben wir in unserem Vertragsentwurf vorgeschlagen, daß in beiden Hauptstädten normale diplomatische Vertretungen errichtet werden.
Nun zum Thema Sturheit: Wer hat denn alle Entwürfe von Friedensverträgen und alle Vorschläge über Verständigung auf der Grundlage der Gleichberechtigung abgelehnt? Das war doch die Bundesregierung!
Wenn man die Darlegungen von Herrn Brandt im Bundestag über die Treue zur NATO, zu den Pariser Verträgen usw. nimmt, so war das noch mehr als Sturheit. Denn Herr Brandt weiß ebensogut wie wir, daß die Bestimmungen der Pariser Verträge, wonach ganz Deutschland in die NATO eingegliedert werden soll, daß die westdeutsche Bundesregierung über alle Deutschen bestimmen soll, einfach Unfug sind.
Was die DDR betrifft, so mögen sich die Westdeutschen doch Gedanken über die Entwicklung der DDR machen. Die Führung der SED und die Regierung der DDR haben große Beweglichkeit an den Tag gelegt, als sie die demokratische Umwälzung durchführten, ohne daß auch nur ein Schuß abgegeben wurde! Das ist eine Leistung.
Die DDR hat große Beweglichkeit an den Tag gelegt, als sie den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR vollzog, ohne daß auch nur ein Gurt Maschinengewehrmunition verbraucht wurde! Das ist eine Leistung! Das zeugt von einer hohen politischen, ökonomischen und auch militärischen Beweglichkeit.
Die Staatsmacht derDDR hat große Beweglichkeit an den Tag gelegt, als sie alle Kräfte der Arbeiterklasse einigte und das feste Bündnis mit den Bauern schuf — auch mit den Großbauern, die heute in den LPG eine gute Arbeit leisten!
Welche Beweglichkeit hat die Deutsche Demokratische Republik bei der Entwicklung des neuen ökonomischen Systems an den Tag gelegt! Das zeugt doch von einer Zielstrebigkeit und Beweglichkeit, von der ich nur 10 Prozent der Bonner Regierung für die neue demokratische Politik wünschte, die diese versprochen hat. Dann würde sie nämlich zum Beispiel das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in den Betrieben durchsetzen, die Grundrechte der jungen Generation gewährleisten und die Gleichberechtigung der Frauen in der Praxis verwirklichen. Das wäre zum Nutzen der westdeutschen Bevölkerung. Das würde auch den Abschluß eines Vertrages zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der westdeutschen Bundesrepublik fördern.
Allerdings sind wir nicht in der Lage, dem deutschen Imperialismus und seiner Aggressivität Konzessionen zu machen. Sehen Sie, wir führen doch seit Jahrzehnten den Kampf gegen den deutschen Imperialismus. Schon in der Zeit, als der deutsche Imperialismus Vorderasien mit Hilfe der Bagdadbahn beherrschen wollte, haben wir die Interessen der Araber gegen die Kolonialpolitik des deutschen Imperialismus unterstützt. Damals, als wir noch zur Sozialdemokratie gehörten, haben wir gegen die Niedermetzelung der Hereros in Südwestafrika durch die deutschen Imperialisten gekämpft. Wir haben vom ersten Tage an gegen den ersten Weltkrieg gekämpft, gegen die Bewilligung der Kriegskredite. Wir

haben 1918 darum gekämpft, daß die Macht der Rüstungsmillionäre gebrochen wird und daß die Werktätigen in Deutschland bestimmen.
Unsere Erfahrungen reichen vollständig aus, um eine richtige Politik durchzuführen. Deshalb waren wir Ende April 1945 auch genügend vorbereitet und mit einem guten wissenschaftlichen Programm ausgerüstet, um — die Köpfe voll Erfahrungen — die neue antifaschistisch-demokratische Ordnung aufzubauen. Mit Sturheit war da nichts zu machen. Wir werden unsere Politik zielbewußt weiterführen. Das Symbol für diese unsere Politik ist der Neuaufbau des Zentrums unserer Hauptstadt.

Folgende Fragen wurden nach der Pressekonferenz schriftlich beantwortet:

Kurt Wolterstedt, „BZ am Abend":
Herr Brandt hat festgestellt, die BRD sei ein Staat des Westens, die DDR ein Staat des Ostens. Sind Sie mit dieser Einteilung einverstanden?
Walter Ulbricht:
Es gibt keinen geographischen Ost-West-Gegensatz. Es gibt aber einen Gegensatz zwischen Kapitalismus/Imperialismus auf der einen Seite und Sozialismus und demokratischem Fortschritt auf der anderen Seite. Und innerhalb der kapitalistischen Länder gibt es einen Gegensatz zwischen den fortschrittlichen, demokratischen Kräften und der Herrschaft des Spätkapitalismus. Wenn Herr Brandt feststellt, die BRD sei ein Staat des Spätkapitalismus/Imperialismus, so sagt das noch nichts aus über die Stärke der Gegner des spätkapitalistischen Systems innerhalb Westdeutschlands. Es ist bezeichnend, daß die Parteien des Kapitalismus und Imperialismus sich heute genieren, ihren Platz in der Geschichte korrekt zu kennzeichnen.

Gerhard Fischer, „Der Morgen":
In der Erklärung von Herrn Brandt wird von einer gleichwertigen Truppenreduzierung in Europa, d. h. von einem Rückzug sowohl amerikanischer als auch sowjetischer Truppenteile, gesprochen. Halten Sie das für einen gangbaren Weg?
Walter Ulbricht:
Für uns Deutsche ist doch wohl das Nächstliegende, daß zwischen den beiden deutschen Staaten eine Vereinbarung erreicht wird über die Begrenzung der Rüstung und den umfassenden Verzicht auf ABC-Waffen. Über amerikanische und sowjetische Truppen sollen die Sowjetunion und die USA verhandeln.
Der westdeutsche Bundeskanzler hat jedoch die USA-Regierung angefleht, sie möchte auf keinen Fall ihren Truppenbestand in Westdeutschland verringern.

Horst Kreier, „Nationalzeitung":
Herr Brandt hat erklärt, 25 Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation des Hitlerreiches sei der Begriff der Nation das Band um das gespaltene Deutschland. Wie stehen Sie dazu?
Walter Ulbricht:
Herr Brandt hat vergessen zu sagen, worin das Band bestehen soll. Man kann doch wohl die besonders schlechten Beziehungen zwischen den deutschen Staaten nicht als Band bezeichnen.

Klaus Friedrich, „Tribüne":
Herr Brandt meinte, eine vertragliche Regelung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten dürfte zeitlich nicht beschränkt sein. In dem Entwurf der DDR ist eine zehnjährige Gültigkeitsdauer vorgesehen. Wollen Sie etwas dazu sagen?
Walter Ulbricht:
Wir haben in unserem Entwurf eine Laufzeit von zehn Jahren vorgesehen. Wir glaubten, das sei für die Regierung der BRD vielleicht leichter anzunehmen als eine längere Laufzeit. Aber bitte sehr, wenn Herr Brandt es wünscht, wären wir auch bereit, den Vertrag für 20 Jahre abzuschließen.

Leonhard Helmschrott, „Bauern-Echo":
Brandt hat von Beziehungen „zwischenstaatlichen Rechts" gesprochen. Sehen Sie hier einen Unterschied zu völkerrechtlichen Beziehungen? Wäre das für die DDR akzeptabel?

Walter Ulbricht:

Zwischenstaatliche Beziehungen — was ist das? Das sind doch Beziehungen zwischen souveränen Staaten auf der Grundlage der Gleichberechtigung. Beziehungen zwischen souveränen Staaten sind in jedem Falle völkerrechtliche Beziehungen. Wenn ein neuer Terminus eingeführt wird, soll offenkundig der völkerrechtliche Charakter der Beziehungen abgewertet werden und der Weg zu einer Art Vormundschaftsanmaßung offengehalten werden.

Herr Brandt definiert die staatlichen Beziehungen. Er erklärt, hierbei müßten — ich zitiere — „die allgemein anerkannten Prinzipien des zwischenstaatlichen Rechts gelten, insbesondere der Ausschluß jeglicher Diskriminierung, die Respektierung der territorialen Integrität, die Verpflichtung zur friedlichen Lösung aller Streitfragen und zur Respektierung der beiderseitigen Grenzen".

Offenkundig sind hier Formulierungen aus dem Vertragsentwurf der DDR entlehnt worden. Wir nehmen es mit Interesse zur Kenntnis, daß Herr Brandt — wenn wir das richtig verstanden haben — aufhört, von „Demarkationslinien" zu reden und Grenzen als das bezeichnet, was sie sind, nämlich Grenzen. Das sollte dann aber auch ganz klar ausgesprochen werden.

Dr. Dieter Eberle, „Neue Zeit":

Herr Vorsitzender des Staatsrates, was sagen Sie zu der in manchen Kreisen Westdeutschlands erhobenen Forderung nach einem geregelten Modus vivendi zwischen den beiden deutschen Staaten?

Walter Ulbricht:

Es kommt darauf an, was man unter Modus vivendi versteht. Wir verstehen darunter die Regelung eines friedlichen, gleichberechtigten Nebeneinanderlebens der DDR und der BRD, das heißt die Herstellung der friedlichen Koexistenz zwischen ihnen. Diese Regelung muß natürlich völkerrechtlich einwandfrei sein.

Herr Brandt hat unlängst in einem Interview eines amerikanischen außenpolitischen Journals erklärt, er möchte nicht mehr von Wiedervereinigung sprechen. Herr Wehner hat gesagt, „in der Deutschlandspolitik ist nur eines klar: es gibt keine Möglichkeit zur Wiedervereinigung!" Das Zentralorgan des westdeutschen Gewerkschaftsbundes schlußfolgert ebenfalls, es gelte jetzt, endgültig Abschied von Bismarck zu nehmen, denn „es führt kein Weg mehr zur Wiedervereinigung".

Solange die Pariser Verträge nicht aufgehoben sind, existiert in der Tat ein solcher Weg nicht. Dann aber sind es doch die Regierungen der beiden deutschen Staaten dem Volk der Deutschen Demokratischen Republik ebenso wie dem Volk der westdeutschen Bundesrepublik schuldig, für ihr friedliches, gleichberechtigtes Nebeneinanderleben ohne Diskriminierung, für ihre friedliche Koexistenz, einen durch völkerrechtlichen Vertrag gesicherten Modus vivendi zu gewährleisten. Das entspricht den Interessen des Friedens und der Sicherheit aller Völker und Staaten in Europa. Das ist auch das Anliegen der Menschen in beiden deutschen Staaten.

Günter Herlt, Deutscher Fernsehfunk:

Brandt beschuldigt das Hitler-Regime des nationalen Verrats. Wie stehen Sie dazu?

Walter Ulbricht:

Hitler wollte im Interesse des deutschen Monopolkapitals die Vorherrschaft in Europa erringen. Deshalb brach er den zweiten Weltkrieg vom Zaun und zerstörte Deutschland. Aber Herr Brandt hat nicht die ganze Wahrheit gesagt. Die volle Wahrheit besteht darin, daß die imperialistische Großbourgeoisie Westdeutschlands ebenfalls nationalen Verrat beging, als sie die Pariser Verträge durch Herrn Adenauer unterschreiben ließ, als sie Westdeutschland eine restaurierte imperialistische Herrschaft aufzwang und durch ihre Revanchepolitik aufs neue Kriegsgefahr heraufbeschwor.

Günter Herlt, Deutscher Fernsehfunk:

Wie stehen Sie zur Selbstbestimmung der Deutschen?

Walter Ulbricht:

In der Deutschen Demokratischen Republik hat das Volk seine Selbstbestimmung längst praktiziert und seinen sozialistischen Staat geschaffen. In Westdeutschland ist man hin-

gegen noch nicht einmal bei der bescheidenen Position der Mitbestimmung in den Betrieben angelangt.

Christa Runge, „horizont":

Herr Vorsitzender des Staatsrates! Das Völkerrecht ist ja reichlich kompliziert. Manche Westdeutsche verstehen nicht den Unterschied zwischen völkerrechtlichen Beziehungen, welche die Deutsche Demokratische Republik fordert, und staatsrechtlichen Beziehungen, oder „innerdeutschen Beziehungen", die Bonn anzubieten scheint. Können Sie die Haltung der Regierung der DDR hierzu noch etwas näher erläutern?

Walter Ulbricht:

Wir wollen uns einmal die Rechtslage etwas näher betrachten: Ein Staat, der mit einem anderen von ihm unabhängigen Staat Verträge schließen will, aber gleichzeitig leugnet, daß der andere Staat als Völkerrechtssubjekt existiert, verletzt damit das geltende Völkerrecht. Er bekundet damit, daß er

a) entweder den Partner als nicht souveränes, nicht gleichberechtigtes und letztlich seiner eigenen Staatsgewalt unterworfenes Staatsgebilde betrachtet, zu dem nur staatsrechtliche Beziehungen möglich wären, oder daß er

b) von vornherein gar nicht die Absicht hat, rechtswirksame Vereinbarungen abzuschließen. Was die konkrete Haltung der Bonner Regierung betrifft, so enthält sie beide Varianten. Die Haltung der Bonner Regierung der DDR gegenüber ist eine Verletzung elementarer Grundsätze des geltenden und allgemein verbindlichen Völkerrechts. Hier tritt das Festhalten an dem annexionistischen Anspruch der westdeutschen Bundesrepublik, sich die DDR unterzuordnen, klar zutage.

Weshalb die verschiedenen Bonner Regierungen so hartnäckig völkerrechtlichen Verträgen aus dem Wege gehen wollen, ergibt sich unter anderem aus einer westdeutschen Denkschrift, welche im Jahre 1967 formuliert worden ist. Verfasser war Herr Wilhelm Wolfgang Schütz. Dort ist dargelegt, die Konstruktion angeblich innerdeutscher Sonderverhältnisse in den Beziehungen der beiden deutschen Staaten zueinander habe zum Ziel, die DDR zunächst unterzuordnen und sie schließlich mit Gewalt zu beseitigen. Denn — ich zitiere wörtlich — „Bürgerkrieg oder bürgerkriegsähnliche Erscheinungen sind innerstaatliche, nicht außenpolitische Vorgänge".

Das Völkerrecht verpflichtet alle Staaten,

— die souveräne Gleichheit und Unabhängigkeit der Staaten zu achten,

— sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen,

— Beziehungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung der Staaten zu entwickeln,

— sich der Anwendung oder Androhung von Gewalt zu enthalten, die gegen die territoriale Unverletzlichkeit oder politische Unabhängigkeit irgendeines Staates gerichtet ist.

Die Prinzipien des Völkerrechts, so wie sie in der Charta der Vereinten Nationen festgelegt sind, stellen eine Einheit dar und sind in ihrer Gesamtheit auf die Sicherung des friedlichen Nebeneinanderbestehens von Staaten gerichtet.

Die DDR ist es also nicht nur ihrem eigenen Volke, sondern den Völkern Europas schuldig, diese sogenannten innerdeutschen Zumutungen, die nur der Politik der Revanche und der Aggression des deutschen Imperialismus eine vertragliche Rechtfertigung verschaffen sollen, mit aller Schärfe und Konsequenz zurückzuweisen.

Herr Birnbaum, „Süddeutsche Zeitung":

Sehen Sie, Herr Vorsitzender, angesichts der Schwierigkeiten, die der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR durch bestehende Verträge der BRD entgegenstehen, zunächst die Möglichkeit „kleiner Schritte" zur Verbesserung der Beziehungen?

Walter Ulbricht:

Ich bin der Meinung, daß sich die Regierung Brandt/Scheel hinter den Pariser Verträgen, NATO-Abmachungen usw. verschanzt, um der Aufnahme wirklich gleichberechtigter Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten ohne jegliche Diskriminierung aus dem Wege zu gehen. Nachdem die beiden deutschen Staaten bereits im dritten Jahrzehnt bestehen und im dritten Jahrzehnt völkerrechtlich anerkannte Staaten sind, müssen hier endlich einmal klare Verhältnisse durch einen völkerrechtlichen Vertrag geschaffen werden. „Kleine Schritte" im Nebel helfen da jetzt nicht weiter.

Frode Jelling Kristoffersen, Danmarks Radio/TV:
Erwartet die DDR, innerhalb absehbarer Zeit von skandinavischen Staaten anerkennt zu werden?
Walter Ulbricht:
Die Aufnahme normaler diplomatischer Beziehungen zwischen der DDR und den skandinavischen Staaten steht an sich schon seit 20 Jahren auf der Tagesordnung. Die skandinavischen Staaten haben mit der Übernahme der Bonner Auffassungen und der bisherigen Verweigerung normaler Beziehungen zur DDR der Sache des Friedens und der Sicherheit in Europa sicherlich keinen guten Dienst erwiesen. Dabei gibt es zwischen der DDR und den skandinavischen Ländern, vor allem auch zwischen der DDR und Dänemark, keine Interessengegensätze, sondern gute Möglichkeiten der Zusammenarbeit und Kooperation auf den verschiedensten Gebieten. Es ist klar, daß diese Möglichkeiten nicht voll ausgeschöpft werden können, wenn es nicht einmal normale diplomatische Beziehungen gibt. Deshalb hoffe ich, daß die skandinavischen Länder und nicht zuletzt auch Dänemark sich bald zu dem Schritt entschließen werden, den sie ohnedies eines Tages tun werden.

Horst Büscher, „Westfalenblatt":
Sehen Sie den Wert einer international gültigen Gewaltverzichtsvereinbarung zwischen BRD und DDR, wie sie Bundeskanzler Brandt angeboten hat, geringer an als die formelle völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die Bundesregierung?
Walter Ulbricht:
Es geht darum, die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten auf der Grundlage ihrer völligen Gleichberechtigung und ohne jegliche Diskriminierung vertraglich zu regeln. Die DDR fordert nichts, was die BRD diskriminieren könnte oder was der Gleichberechtigung der BRD widerspräche. Genauso fordern wir aber, daß die DDR in keiner Beziehung benachteiligt oder diskriminiert wird. Das ist das ganze Problem. Es ist ohne Abschluß eines völkerrechtlichen Vertrages über die Regelung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten nicht zu lösen. Ein Gewaltverzicht zwischen zwei Staaten kann natürlich nur dann einen Sinn haben und wirklichen Verzicht auf Gewalt bedeuten, wenn beide vertragschließenden Teile sich als gleichberechtigte Staaten anerkennen und ihre gegenseitigen Rechte und Verpflichtungen in einem völkerrechtlichen Vertrag festlegen. Dazu gehört natürlich in erster Linie die volle Anerkennung der gegenwärtig bestehenden Grenzen.

Dr. Schröder, „Neue Westfälische", Bielefeld:
Hat die vertragliche Regelung des Verhältnisses zwischen beiden deutschen Staaten vor oder nach einer europäischen Sicherheitskonferenz zu erfolgen oder parallel dazu?
Walter Ulbricht:
Es hat doch keinen Zweck, hier Terminkalender aufstellen zu wollen. Ich möchte zunächst wiederholen: wer die Frage der Regelung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD mit dem Stattfinden einer europäischen Sicherheitskonferenz koppeln will, gerät in die Gefahr, das Zustandekommen dieser Konferenz zu erschweren. Eine ganz andere Frage ist, daß die Herstellung völkerrechtlicher vertraglicher Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten natürlich einen positiven Einfluß auf Frieden und Sicherheit in Europa haben wird.

Zusatzfrage von Dr. Schröder:
Wie stehen Sie zu einer Teilnahme der USA an einer europäischen Sicherheitskonferenz?
Walter Ulbricht:
Diese Frage wird gewiß zu gegebener Zeit, wenn sie auf der Tagesordnung steht, von den europäischen Staaten beantwortet werden.

P. H. Knorr, „Rhein-Neckar-Zeitung":
Der Streit geht nur um das Wort „völkerrechtliche Anerkennung". Warum können die beiden deutschen Staaten unter sich nicht gutnachbarlich verhandeln und gegenseitig ihre verschiedenen Gesellschaftsordnungen anerkennen?
Walter Ulbricht:
Es handelt sich hier nicht um juristische Spitzfindigkeiten. Es geht um gleichberechtigte völkerrechtliche Beziehungen. Und solche gleichberechtigte Beziehungen ohne Diskrimi-

nierung des einen oder des anderen Staates sind unabdingbare Voraussetzungen für alles andere. Über die gesellschaftliche Ordnung in der DDR hat das Volk der Deutschen Demokratischen Republik entschieden. Über die gesellschaftliche Ordnung in der Bundesrepublik wird das Volk der westdeutschen Bundesrepublik entscheiden.

Günter Hammer, „Westfälische Rundschau", Dortmund:
Die Regierung der DDR hat auch nach Abschluß der Pariser Verträge Vorschläge zur Überwindung der Spaltung Deutschlands gemacht, z. B. mit dem Angebot einer Konföderation. Warum setzen Sie diese Politik nicht fort?

Walter Ulbricht:
Wir haben von Anfang an eine klare politische Linie. Seit Gründung der beiden deutschen Staaten suchen wir nach Herstellung eines vernünftigen guten Verhältnisses. Zu den verschiedenen Vorschlägen, die wir zu den verschiedenen Zeiten gemacht haben, gehört auch der von Ihnen genannte. Alle Vorschläge aber, die wir bisher gemacht haben, sind von der Regierung der westdeutschen Bundesrepublik abgelehnt worden. Vielfach wurden wir nicht einmal einer Antwort gewürdigt. Von allen Möglichkeiten, die es einmal gegeben haben mag, ist — durch die Schuld der verschiedenen Bonner Regierungen — heute nur noch die Möglichkeit der Herstellung normaler völkerrechtlicher Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten auf der Grundlage der Gleichberechtigung und der Nichtdiskriminierung geblieben. Dem dient der Vorschlag der DDR. Teilen Sie bitte Ihren Lesern mit, daß es nicht gut wäre für das Volk in Westdeutschland, wenn die Regierung Brandt/Scheel diese Chance wieder verpassen würde.

Van Minnen, holländisches Fernsehen AVRO:
Vor zwei Jahren etwa haben Sie in unserem Fernsehinterview sinngemäß erklärt, die Bundesregierung wäre jetzt am Zuge. Glauben Sie, daß Brandt jetzt praktisch freie Hand für ein Arrangement mit Ihnen hat?

Walter Ulbricht:
Ich habe Herrn Brandt bereits aufgefordert, ungeachtet der Pariser Verträge den Mut zu finden, die Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik auf eine vernünftige Weise, d. h. durch einen völkerrechtlichen Vertrag zu regeln. Ob er dafür genügend freie Hand oder Mut besitzt, das wird sich erweisen.

Starfighter-Verluste

Das Bundesverteidigungsministerium machte am 20. Januar 1970 laut UPI folgende Angaben über die bisherigen Verluste an Starfightern F 104 G:

Von den ursprünglich 700 Maschinen habe die Truppe seit ihrer Einführung 113 verloren, davon 99 durch Flugunfall, 14 seien am Boden verloren gegangen, davon 11 vor dem Start oder nach der Landung und 3 außerhalb des Flugbetriebs durch Brände während der Wartung. Veröffentlicht würden nach internationaler Gepflogenheit nur die Flugunfall-Verluste, d. h. die relativen Zahlen.

Am 22. Januar 1970 stürzten nach einer Kollision 2 weitere Starfighter bei Lechfeld ab. Damit erhöhte sich die absolute Verlustziffer auf 115.

Preisliste für Sonderdrucke

Von allen in der Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik" veröffentlichten Beiträgen können Sonderdrucke bezogen werden. Bestellungen sind bis 30 Tage nach dem Erscheinungstermin jeder Ausgabe beim Pahl-Rugenstein Verlag, 5 Köln, Barbarossaplatz 2, möglich. Die in der untenstehenden Tabelle aufgeführten Preise verstehen sich zuzüglich Versandkosten.

	100 Exempl.	250 Exempl.	500 Exempl.	750 Exempl.	1000 Exempl.	2000 Exempl.	3000 Exempl.	4000 Exempl.
4 Seiten	44,–	50,–	64,–	77,–	88,–	138,–	185,–	227,–
8 Seiten	69,–	81,–	100,–	116,–	132,–	198,–	255,–	308,–
12 Seiten	102,–	116,–	138,–	160,–	182,–	250,–	312,–	370,–
16 Seiten	135,–	150,–	177,–	204,–	232,–	325,–	410,–	495,–
20 Seiten	168,–	187,–	215,–	242,–	270,–	380,–	484,–	585,–
24 Seiten	190,–	215,–	248,–	281,–	310,–	425,–	535,–	640,–
28 Seiten	220,–	245,–	282,–	319,–	355,–	476,–	594,–	708,–
32 Seiten	245,–	270,–	310,–	349,–	381,–	525,–	660,–	785,–
36 Seiten	260,–	287,–	326,–	360,–	390,–	540,–	685,–	805,–
40 Seiten	275,–	300,–	338,–	375,–	410,–	565,–	710,–	845,–

Autoren dieses Heftes

HALL, Martin, geb. 1904 in Gotha, studierte in Marburg, München und Berlin und war anschließend als Journalist tätig. 1933 mußte er emigrieren und lebt seit 1936 als freier Schriftsteller und Rundfunkkommentator in den USA. *** *BARTSCH, Prof. D. D. Dr. Hans-Werner,* geb. 1915 in Kiel, promovierte 1939 in Heidelberg, danach 20 Jahre Pastor in Lauenburg und Hessen, 1959 Habilitation in Frankfurt/Main, jetzt Ordinarius für ev. Theologie an der Abteilung für Erziehungswissenschaften der Universität Frankfurt. *** *HOLZ, Dr. Hans Heinz,* geb. 1927 in Frankfurt/Main, studierte Philosophie, Germanistik und Kunstgeschichte in Frankfurt/Main und Mainz, lebt als freier Publizist in Zürich; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *BAUKLOH, Friedhelm,* geb. 1927 in Dortmund, war nach dramaturgischer und journalistischer Ausbildung 1954—64 evangelischer Redakteur an der katholischen Wochenzeitung „echo der zeit", von 1964—65 „Spiegel"-Redakteur, jetzt als freier Publizist und Verlagslektor tätig. *** *STEFANOWICZ, Janusz,* geb. 1932 in Wloklawek, lebt heute in Warschau und ist stellvertretender Chefredakteur der katholischen Zeitung „Slowo Powszechne"; Buchveröffentlichungen: Christliche Demokratie, 1963; Die Welt in dreißig Aufzügen, 1966; Vatikan und Italien 1860—1960, 1967. *** *BREDOW, Dr. Wilfried Frhr. v.,* geb. 1944 in Neustettin, studierte politische Wissenschaften, Soziologie und Germanistik in Bonn und Köln, promovierte über „Der Primat militärischen Denkens. Die Bundeswehr und das Problem der okkupierten Öffentlichkeit" (erschienen 1969 im Pahl-Rugenstein Verlag); Wissenschaftlicher Assistent am Seminar für politische Wissenschaften in Bonn. *** *PREUSS-LAUSITZ, Ulf,* geb. 1940 in Sorau/Lausitz, studierte an der Pädagogischen Hochschule Eßlingen, von 1962—1964 Hauptlehrer. 1964—68 Studium der Soziologie, Psychologie und Politik in Tübingen und Berlin. Stipendiat des Instituts für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft. *** *WEYEL, Volker,* geb. 1944 in Nebra, studiert Ethnologie, Soziologie und Politikwissenschaft in Frankfurt/Main. Aufenthalt in Ostafrika (Uganda, Kenia und Tansania) 1967 und 1969. *** *AHLRING, Ingrid,* geb. 1946 in Oldenburg, studiert in Marburg/Lahn Politik, Anglistik, Philosophie und Geschichte. *** *SCHACHT, Kurt,* geb. 1932 in Hamburg, lebt dort und ist seit 1952 journalistisch tätig. *** *BAMBERG, Hans-Dieter,* geb. 1942 in Dortmund, zunächst kfm. Angestellter, dann Abitur am Abendgymnasium, studiert Politologie und Geschichte an der FU Berlin.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 2,50 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende DM 2,—), zuzüglich DM 0,25 Porto. Das Einzelheft kostet DM 3,50. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschließlich Porto (ohne Luftpostzuschläge) sfr 18,75 halbjährlich, sfr 37,50 jährlich; öSch. 112,50 halbjährlich, öSch. 225,— jährlich; hfl 16,75 halbjährlich, hfl 33,50 jährlich; belg.fr. 217,50 halbjährlich, belg.fr. 435,— jährlich; NF 21,25 halbjährlich, NF 42,50 jährlich; £ 1.16.6 halbjährlich, £ 3.13.— jährlich; Lire 2700 halbjährlich, Lire 5400 jährlich; dkr 33,— halbjährlich, dkr 66,— jährlich; skr 22,50 halbjährlich, skr 45,— jährlich; nkr 31,— halbjährlich, nkr 62,— jährlich; $ 4,40 halbjährlich, $ 8,80 jährlich. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Postscheck: Köln 65 14. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln 1, Barbarossaplatz 2, Telefon: 21 53 36. Druck: Peter Millard & Co KG, Köln

Es schrieben bisher u. a.

Wolfgang Abendroth
Heinz Abosch
Frank Allaun
Günther Anders
Stefan Andres
Manfred v. Ardenne
Otmar Frhr. v. Aretin
Hans-Dieter Bamberg
Geoffrey Barraclough
Friedhelm Baukloh
Arno Behrisch
Schalom Ben-Chorin
Martin Bennhold
Max Bense
Igor Bestushew
Wilhelm R. Beyer
Charles Bloch
Heinrich Böll
Bogislaw v. Bonin
William Borm
Achim v. Borries
Lord Boyd Orr
Wilfried v. Bredow
Wilhelm M. Breuer
Klemens Brockmöller
Fenner Brockway
Vittorio de Caprariis
John Collins
Hans Conzelmann
Eberhard Czichon
Wilfried Daim
Harold Davies
Frank Deppe
Karlheinz Deschner
Roshan Dhunjibhoy
Johannes Dieckmann †
Barbara Dietrich
Klaus Ehrler
Fritz Eichholtz
Helga Einsele
Vera Elyashiv
Bernt Engelmann
Hans Magnus Enzensberger
Hermann Etzel
Ossip K. Flechtheim
Friedrich Wilhelm Foerster †
Ragnar Forbech
Hildegard Forres
Gertrud v. le Fort
Wolfgang Friedmann
Ragnar Frisch
Klaus Fritzsche
Emil Fuchs
Christian Geißler
Albrecht Goes
Helmut Gollwitzer
Wilfried Gottschalch
Walter Grab
Kurt R. Grossmann
Heinrich Grüber
Max von der Grün
Wilmont Haacke
Sebastian Haffner
Werner Hahlweg
Martin Hall
George W. F. Hallgarten
Hildegard Hamm-Brücher
Heinrich Hannover

Wilhelm Hasenack
Hanns-Jochen Hauß
Hartmut Häußermann
Friedrich Heer
Horst Heiden
Eckart Heimendahl
Hans G. Helms
Werner Otto v. Hentig
Rudolf Hilf
Joachim Hirsch
Egbert Hoehl
Werner Hofmann †
Hans Heinz Holz
Alfred Horné
J. L. Hromadka †
Jörg Huffschmid
Hans Joachim Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Victor Kadalie
Erich Kahler
Robert M. W. Kempner
Klemens Keplicz
Hans Hellmuth Kirst
Dietrich Kittner
Friedrich Klein
Arno Klönne
Heinz Kloppenburg
Fritz Köhler
Oswald A. Kohut
Karsten Kullmann
Erich Küchenhoff
Reinhard Kühnl
Karl Kupisch
Manfred Lachs
Heinz Langerhans
Bernard Lavergne
Stephan Leibfried
Sidney Lens
Walter Lewald
Jonas Lesser †
Carlo Levi
Hanns Linhardt
Albert J. Luthuli
Walther Maas
Werner Maihofer
Bodo Manstein
Basil Mathiopoulos
L. L. Matthias
Ernst May
Peter Meier
Seymour Melman
Daniil Melnikow
Heinrich Meng
Eberhard Menzel
Jules Moch
Herbert Mochalski
Wayne Morse
Kalixte Mukendi
Wolf-Dieter Narr
Oswald v. Nell-Breuning
Anton Neuhäusler
Knut Nevermann
Anna Nieklewicz
Reinhard Opitz
Laszlo Márton Pákozdy
Sven G. Papcke
Wolfgang Plat
Linus Pauling

Helveg Petersen
A. Poltorak
Ulf Preuss-Lausitz
Ulrich K. Preuß
Helge Pross
L. A. Puntila
Adam Rapacki
Harold Rasch
A. J. Rasker
Hermann Rauschning
Marcel Reding
Marianne Regensburger
Gerhard Reintanz
Stefan Reisner
Felix Rexhausen
Hans Rheinfelder
Helmut Ridder
Renate Riemeck
Rainer Rilling
Karl Rode
Henry Rolin
Günther Rose
Peter Römer
Wolfgang Ruge
Bertrand Russell †
Paul Schallück
Franz B. Schick
Theo Schiller
Richard Schmid
Franz Paul Schneider
Robert Scholl
Rudolf Schottlaender
Conrad Schuhler
Levin Schücking †
Hans-Adalbert Schweigart
Seiei Shinohara
William L. Shirer
Julius Silverman
Karl Stankiewitz
Karl-Heinz Stanzick
A. S. Graf v. Stauffenberg †
Max Steenbeck
Karl Stoevesandt
Stephen Swingler
Horst Symanowski
Jerzy Sztucki
Tomas Torsvig
Dragoljub Trailovic
Gregori Tunkin
John E. Ullmann
Imre Vajda †
Fritz Vilmar
Todor Vladigerov
Heinrich Vogel
Karsten D. Voigt
H. Günter Wallraff
William Warbey
James P. Warburg
Rudolf Weckerling
Günther Weisenborn †
Wilhelm Wengler
Jochen Willke
Hans Wirtz
Claudia Wolff
Michail Woslenski
Konni Zilliacus †
Anton Zischka
Gerhard Zwerenz

Autoren dieses Heftes

HALL, Martin, geb. 1904 in Gotha, studierte in Marburg, München und Berlin und war anschließend als Journalist tätig. 1933 mußte er emigrieren und lebt seit 1936 als freier Schriftsteller und Rundfunkkommentator in den USA. *** *BARTSCH, Prof. D. D. Dr. Hans-Werner,* geb. 1915 in Kiel, promovierte 1939 in Heidelberg, danach 20 Jahre Pastor in Lauenburg und Hessen, 1959 Habilitation in Frankfurt/Main, jetzt Ordinarius für ev. Theologie an der Abteilung für Erziehungswissenschaften der Universität Frankfurt. *** *HOLZ, Dr. Hans Heinz,* geb. 1927 in Frankfurt/Main, studierte Philosophie, Germanistik und Kunstgeschichte in Frankfurt/Main und Mainz, lebt als freier Publizist in Zürich; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *BAUKLOH, Friedhelm,* geb. 1927 in Dortmund, war nach dramaturgischer und journalistischer Ausbildung 1954—64 evangelischer Redakteur an der katholischen Wochenzeitung „echo der zeit", von 1964—65 „Spiegel"-Redakteur, jetzt als freier Publizist und Verlagslektor tätig. *** *STEFANOWICZ, Janusz,* geb. 1932 in Wloklawek, lebt heute in Warschau und ist stellvertretender Chefredakteur der katholischen Zeitung „Slowo Powszechne"; Buchveröffentlichungen: Christliche Demokratie, 1963; Die Welt in dreißig Aufzügen, 1966; Vatikan und Italien 1860—1960, 1967. *** *BREDOW, Dr. Wilfried Frhr. v.,* geb. 1944 in Neustettin, studierte politische Wissenschaften, Soziologie und Germanistik in Bonn und Köln, promovierte über „Der Primat militärischen Denkens. Die Bundeswehr und das Problem der okkupierten Öffentlichkeit" (erschienen 1969 im Pahl-Rugenstein Verlag); Wissenschaftlicher Assistent am Seminar für politische Wissenschaften in Bonn. *** *PREUSS-LAUSITZ, Ulf,* geb. 1940 in Sorau/Lausitz, studierte an der Pädagogischen Hochschule Eßlingen, von 1962—1964 Hauptlehrer. 1964—68 Studium der Soziologie, Psychologie und Politik in Tübingen und Berlin. Stipendiat des Instituts für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft. *** *WEYEL, Volker,* geb. 1944 in Nebra, studiert Ethnologie, Soziologie und Politikwissenschaft in Frankfurt/Main. Aufenthalt in Ostafrika (Uganda, Kenia und Tansania) 1967 und 1969. *** *AHLRING, Ingrid,* geb. 1946 in Oldenburg, studiert in Marburg/Lahn Politik, Anglistik, Philosophie und Geschichte. *** *SCHACHT, Kurt,* geb. 1932 in Hamburg, lebt dort und ist seit 1952 journalistisch tätig. *** *BAMBERG, Hans-Dieter,* geb. 1942 in Dortmund, zunächst kfm. Angestellter, dann Abitur am Abendgymnasium, studiert Politologie und Geschichte an der FU Berlin.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 2,50 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende DM 2,—), zuzüglich DM 0,25 Porto. Das Einzelheft kostet DM 3,50. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschließlich Porto (ohne Luftpostzuschläge) sfr 18,75 halbjährlich, sfr 37,50 jährlich; öSch. 112,50 halbjährlich, öSch. 225,— jährlich; hfl 16,75 halbjährlich, hfl 33,50 jährlich; belg.fr. 217,50 halbjährlich, belg.fr. 435,— jährlich; NF 21,25 halbjährlich, NF 42,50 jährlich; £ 1.16.6 halbjährlich, £ 3.13.— jährlich; Lire 2700 halbjährlich, Lire 5400 jährlich; dkr 33,— halbjährlich, dkr 66,— jährlich; skr 22,50 halbjährlich, skr 45,— jährlich; nkr 31,— halbjährlich, nkr 62,— jährlich; $ 4,40 halbjährlich, $ 8,80 jährlich. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Postscheck: Köln 65 14. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln 1, Barbarossaplatz 2, Telefon: 21 53 36. Druck: Peter Millard & Co KG, Köln